Donnerstag, 23. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 46 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Golfkrieg: Iran hat im Mittel- und Südabschnitt der Front eine Großoffensive gestartet. Auf beiden Seiten gibt es hohe Verluste. London will eine Fregatte und einen Zerstörer in die Straße von Hormuz entsenden, um dort operierende US-Einheiten zu unterstützen, falls Iran die Blockade der Ölroute versuchen sollte.

Ost-Berlin: Die Ständige Vertretung Bonns und andere westliche Missionen klagen über „unerträgliche" Überwachung und Kontrolle durch „DDR"-Sicherheitskräfte. (S. 7)

Polen: Jetzt, da die Gewerkschaft „Solidarität" *offiziell nicht* mehr existiere, lehne die Kirche deren Wirken aus dem Untergrund ab, erklärt Primas Glemp bei einem Besuch in Brasilia. (S. 7)

Flucht: Ein 21jähriger Mann aus der „DDR" konnte unverletzt die Grenzsperren nach Niedersachsen überwinden.

Abrüstungswillen: US-Staatssekretär Burt unterstreicht in seinen Gesprächen mit „DDR"-Außenminister Fischer den festen Willen der USA zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen und zur Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen. (S. 10)

Libanon: Falange-Führer Frem und Ex-Präsident Chamoun distanzieren sich von Gemayels Abkehr vom Abkommen mit Israel.

CSU-Kritik: Das Auswärtige Amt wolle Vorabinformationen über Reisen des CSU-Vorsitzenden Strauß, um diese „schon im Ansatz zu stören und in ihrem Erfolg zu zerstören", schreibt das Parteiblatt „Bayernkurier". (S. 10)

Heute: Turnusmässige deutsch-italienische Konsultationen in Bonn. – Ministerpräsidenten erörtern Medienpolitik. – „Bundestagsuntersuchungsausschuß setzt Zeugenvernehmungen zum Fall Kießling fort.

Das politische Buch

Günter Rohrmoser bespricht die Neuerscheinungen „Zeitverhältnisse" von Hermann Lübbe und „Die unbewältigten Sozialwissenschaften" von F. H. Tenbruck. Außerdem: Alexander Schwan über „Marxismus als atheistische Weltanschauung" von Angelika Senge und Jens Hacker über „Was ist Deutschland?" von Dieter Blumenwitz. S.8

WIRTSCHAFT

Airbus: Mit Zuschüssen von 1,5 Milliarden DM beteiligt sich Bonn an den Entwicklungskosten der Kurz- und Mittelstreckenversion A-320. Paris will ebenso viel zahlen, London hat noch nicht entschieden. (S. 11)

Kraftwerk Union: Trotz weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung von 51 Prozent konnte 1982/83 wie im Vorjahr ein Gewinn von 50 Millionen DM an den Allein-Aktionär Siemens abgeführt werden.

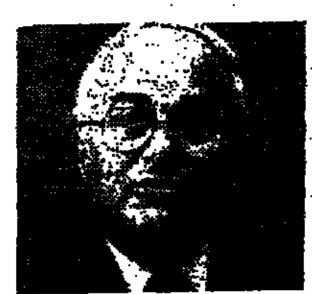
Strukturpolitik: *Die* Förderung industrieller Ansiedlungen in strukturschwachen Gebieten der Bundesrepublik hat nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest.

DGB: Die Mitgliederzahl sank im vergangenen Jahr um rund 100 000 auf 7,75 Millionen.

Autoversicherer: Die Haftpflichtversicherung wird ab 1. Januar 1985 erheblich teurer. Zugleich soll ein neuer Höchstrabatt von 65 Prozent eingeführt werden.

Börse: Die Aktienmärkte tendierten zur Wochenmitte schwach. *WELT-Aktienindex 149,6 (151,7).* Der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,6708 (2,7084). Goldpreis je Feinunze 395,25 (389,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



❞ Der Ost-West- und der Nord-Süd-Konflikt genügen. Wir brauchen nicht auch noch West-West-Streitigkeiten ❞

Bundestagspräsident Rainer Barzel, der eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA fordert
FOTO: DPA

KULTUR

Filmförderung: Die Bundesvereinigung des Deutschen Films lehnt es ab, Vorschläge zur Bundesfilmpreisverleihung zu machen. Als Grund wird genannt, daß Innenminister Zimmermann seine Vorstellungen zur künftigen Filmförderung noch immer nicht vollständig offengelegt habe.

Kölner Kunstschätze: Im Moskauer Puschkin-Museum ist eine Ausstellung der bekanntesten Kunstschätze des Römisch-Germanischen Museums aus der Römer- und Merowingerzeit eröffnet worden. In Köln wird derweil russische Malerei zu Anfang des 20. Jahrhunderts präsentiert.

SPORT

Ski: Deutsche Meister im Abfahrtslauf wurden in Schleching Regina Mösenlechner (Inzell) und Klaus Gattermann (Bayerisch-Eisenstein).

Fußball: Der DFB hat dem umstrittenen Torwart Toni Schumacher schriftlich versichert, daß er für die Europameisterschaft in Frankreich aufgestellt wird. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Umweltgift: Die Luftverschmutzung in der Bundesrepublik ist übermäßig hoch. Unklar ist noch, welche Gesundheitsrisiken sie für den Einzelnen birgt. (S. 20)

Brummi-Blockade: Aus Empörung über schleppende Abfertigung am Grenzübergang Brenner durch den italienischen Zoll haben Fernfahrer in Bayern die Inntal-Autobahn blockiert. In Österreich wird die Zufahrt zum Brennerpaß aus Protest gegen den Bummelstreik mit LKWs versperrt. Frankreich meldet ernste Versorgungsschwierigkeiten.

Wetter: Vereinzelt Regen oder Schnee. 0 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Golf-Krieg eskaliert. Schiffe schützen Straße von Hormuz

Stehen sich zur „Entscheidungsschlacht" 500 000 Soldaten gegenüber?

DW. London

Neben neun amerikanischen stehen seit gestern auch zwei britische Kriegsschiffe bereit, Positionen an der Straße von Hormuz im Persischen Golf zu beziehen. Durch sie führt der Weg der meisten Öltanker, die Rohöl aus dem Nahen Osten transportieren. Nach Schätzungen von Experten werden derzeit täglich acht Millionen Barrel Öl durch die Straße von Hormuz verschifft. Das entspricht rund 20 Prozent des Ölbedarfs aller westlichen Länder. Bis vor wenigen Jahren wurden rund 40 Prozent des westlichen Ölbedarfs durch diese Meerenge transportiert.

Anlaß für die Verlegung der amerikanischen und britischen Schiffe ist die Drohung Irans, im Zusammenhang mit dem iranisch-irakischen Krieg die Straße von Hormuz zu blockieren. Die USA hatten ihre Kriegsschiffe schon vor einigen Tagen in die Region beordert.

Der iranisch-irakische Krieg, der nun schon 41 Monate dauert, ist gestern möglicherweise in eine entscheidende Phase getreten. Der irakische Präsident Saddam Hussein *sprach in einer über Radio Bagdad* verbreiteten Botschaft von einer Eskalation des Krieges. Wörtlich sagte Saddam Hussein: „Die Verbrecher (Iraner) wollen offenkundig eine Entscheidungsschlacht." Er forderte seine Soldaten zu entschiedenem Einsatz und zu Heldentum auf, damit verhindert werde, *daß Iran die Bevölkerung* Iraks „zu Sklaven macht".

Radio Teheran sendet seit gestern nur noch Militärmusik und Kriegsnachrichten. Im Mittelabschnitt der Front tobt, so hieß es in Teheran, eine „schwere Schlacht"; die iranischen Truppen hätten sich der strategisch wichtigen Straßen zwischen Bagdad und dem Erdölhafen Basra bis auf 17 Kilometer genähert.

Sowohl in Teheran wie in Bagdad hieß es, iranische Truppen hätten an zwei mehr als hundert Kilometer voneinander entfernten Abschnitten eine Offensive gestartet. Nach iranischer Darstellung wurden dabei erhebliche Geländegewinne gemacht. In Irak hieß es dagegen, die Angreifer seien völlig aufgetrieben oder in die Flucht geschlagen worden.

Die neue iranische Offensive, die unter dem Codenamen „Morgenröte 6" läuft, begann genau eine Woche nach der gegen die irakische Grenzstadt Basra gerichteten Offensive *„Morgenröte 5", die offenbar vom* Irak zurückgeschlagen wurde. Auf beiden Seiten soll es dabei insgesamt 7000 Tote gegeben haben.

Um die Straße Bagdad/Basra waren bereits vor zwei Jahren für beide Seiten äußerst verlustreiche Kämpfe entbrannt. Dem Irak war es damals gelungen, die iranischen Truppen daran zu hindern, diese Straße zu erreichen. Sollten iranische Soldaten sie nun erreichen, hätten sie es verhältnismäßig leicht, tiefer in den Irak einzudringen. Die Straße gilt zugleich als die irakische Hauptversorgungslinie.

Ziel der neuen iranischen Offensive ist es nach Meinung politischer Beobachter auch, die seit drei Jahren vom Irak erfolgreich verteidigte Grenzregion Dehloran Botan im Norden der iranischen Erdölprovinz Khusistan unter Kontrolle zu bringen.

Nach Informationen, die dem amerikanischen Geheimdienst zugeschrieben werden, stehen sich bei den jetzigen Kämpfen 500 000 Soldaten gegenüber.

Der irakische Präsident Saddam Hussein hat angekündigt, notfalls werde sein Land neue Waffen einsetzen, „wie sie niemals vorher benutzt wurden". Westliche Diplomaten ver*muten, es könne sich dabei um so*wjetische Raketen handeln, die kürzlich nach Bagdad geliefert worden sein sollen.

C-Waffen: Entgegenkommen des Kreml?

Moskau will Kontrolle vor Ort zulassen / Nitze gegen Stationierungsstopp

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Wenige Tage nach der Amtseinführung des neuen sowjetischen KP-Generalsekretärs Tschernenko hat Moskau im Abrüstungsdialog zwischen West und Ost Kompromißbereitschaft erkennen lassen. Die Sowjetunion will bei der Vernichtung von chemischen Waffen eine international zusammengesetzte Kontrollkommission zulassen. Unterdessen warnte der amerikanische Unterhändler Paul Nitze vor westlichen Stimmen, die als Preis für die Rückkehr der Sowjetunion an den Genfer Verhandlungstisch über die Mittelstreckenwaffen eine Stationierungspause in Westeuropa vorgeschlagen hatten.

US-Botschafter Nitze sprach sich vor Journalisten in Washington gegen irgendwelche westlichen Konzessionen gegenüber der Sowjetunion aus. Die Sowjetunion habe die Verhandlungen über die Mittelstrekkenwaffen in Genf abgebrochen. Es sei deshalb an ihr, jetzt guten Willen zu zeigen. Eine Pause bei der Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern und Pershing 2-Raketen in Westeuropa würde den Ausgang der Genfer Verhandlungen nur vorzeitig festschreiben. Sie sei deshalb nicht hilfreich. Nach Nitzes Darlegungen gibt es derzeit keine Anzeichen dafür, daß die sowjetische Führung zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen bereit sei. Er äußerte die Vermutung, Moskau werde wie schon unter Andropow auch unter Tschernenko die eingeschlagene Linie weiterverfolgen, wonach sie eher

SEITE 2:
Chemisch unrein

die INF-Verhandlungen scheitern lasse als neue Mittelstreckenwaffen der NATO in Europa zu akzeptieren. Als wahrscheinlicher bezeichnete der Botschafter die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Waffen (START).

Im Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen, in dem vierzig Länder mitarbeiten, zeigte der sowjetische Vertreer hingegen eine gewisse Konzessionsbereitschaft zur Abrüstung der chemischen Waffen. Bundesaußenminister Genscher begrüßte für die Bundesregierung den jüngsten sowjetischen Schritt. Am Dienstag hatte der sowjetische Botschafter Viktor Issraelian die sowjetische Bereitschaft erklärt, bei der Vernichtung chemischer Waffen eine ständige Überwachung durch eine internationale Kontrollkommission zuzulassen. Westliche Konferenzteilnehmer in Genf hatten von einem „ersten abrüstungspolitischen Signal der neuen sowjetischen Führung" gesprochen. Issaelian zufolge will Moskau die ständige Anwesenheit von Inspektoren an den für die Vernichtung von C-Waffen vorgesehenen Anlagen zulassen. Bisher hatte die Sowjetunion solche Inspektionen für die Phase der Vernichtung gelagerter chemischer Kampfstoffe nur von Fall zu Fall und nach bestimmten Kriterien zulassen wollen.

Außenminister Genscher erklärte, in den kommenden Verhandlungen werde es darauf ankommen, mit der Sowjetunion auch in anderen Bereichen die notwendigen Kontrollen zum Abschluß eines Abrüstungsvertrages über C-Waffen zu vereinbaren.

● Fortsetzung Seite 10

Libanon: Gemayel steht vor Dilemma

Christen fordern Beibehaltung des Abkommens mit Israel / Jerusalem spricht mit Drusen

DW. Beirut

Libanons Staatspräsident Amin Gemayel ist von seiten der Christen in seinem Lande gewarnt worden, das Abkommen zwischen Beirut und Jerusalem vom Mai 1983 zu annullieren. Der frühere Staatspräsident Camille Chamoun und der Chef der christlichen Milizen Frem drohten, Gemayel ihre Gefolgschaft aufzukündigen, wenn er nicht an dem Abkommen mit Israel festhält, das unter anderem den gleichzeitigen Abzug der *syrischen und israelischen Truppen* aus Libanon vorsieht.

Damit steht Gemayel vor einem Dilemma: Nach dem Auseinanderbrechen der regulären libanesischen Armee ist der Präsident militärisch weitgehend von den christlichen Verbänden abhängig. Annulliert er das Abkommen mit Jerusalem, verliert er seine militärische Hausmacht.

Syrien wiederum verlangt im Einklang mit Saudi-Arabien das Aufgeben des Abkommens mit Jerusalem, das Verbleiben von syrischen Truppen in Libanon sowie die Bildung einer neuen libanesischen Koalitionsregierung, die vor allem den schiitischen und drusischen Bevölkerungsanteil besser repräsentieren soll. Kommt Gemayel diesen Forderungen aber nach, so gerät er in vollkommene Abhängigkeit von Damaskus und verliert die Unterstützung seiner Anhänger und die Israels, die ihm bislang das Verbleiben im Amt ermöglichten.

E. LAHAV, Jerusalem

Israels Armee ist bei ihrem jüng*sten Vorstoß nördlich* der Awali-Linie nach den Worten von Verteidigungsminister Arens ausschließlich gegen die Stellungen palästinensischer Freischärler vorgegangen. Arens wies Berichte falangistischer Kreise zurück, die israelische Armee sei auf Beirut vorgestoßen. Diese Stellen hätten, so Arens, ein Interesse an neuen *Kämpfen zwischen* Israel und Syrien.

Jerusalem habe keine derartige Absicht. Im Gegenteil, Israel habe seinen jüngsten Vorstoß nördlich der Awali-Linie mit den drusischen Milizen abgesprochen. Deren Chef Dschumblatt arbeite eng mit den Syrern zusammen. Doch habe er sich Jerusalem gegenüber verpflichtet, den palästinensischen Freischärlern die Errichtung von Stützpunkten zu verbieten, so Arens.

Aus anderen Quellen in Jerusalem wurde bekannt, PLO-Gruppen hätten zwar an der Seite der Drusen gegen die Christen gekämpft, doch sei ihnen dann nicht gestattet worden, in dem gewonnenen Gebiet zu verbleiben. Dschumblatt tue dies, weil ihm die israelische Armee klargemacht habe, sie würde Terroristen auf drusischem Gelände unter keinen Umständen dulden und sie, falls nötig, mit Gewalt vertreiben. In diese Kontakte hat sich die Führung der israelischen Drusen aktiv eingeschaltet.

Die neue *Libanon-Politik Israels* bedeutet eine Abkehr von dem langjährigen Bündnis Jerusalems mit den Falangisten. Die israelische Politik in Libanon ist nicht mehr ausschließ-

■ Fortsetzung Seite 10

Notaufnahmelager Gießen überfüllt

GREGOR KONDEK, Berlin

Das Bundesnotaufnahmelager in Gießen – erste Aufnahmestation für ehemalige politische Häftlinge, Flüchtlinge und Übersiedler aus der „DDR" und Ost-Berlin – bereitet sich *auf eine Ausweitung seiner Aufnah*mekapazität, derzeit maximal 600 Plätze, vor. Damit scheinen sich Informationen über den Anstieg der Zahl derer, die aus der „DDR" ausreisen dürfen, zu bewahrheiten. Allein im Januar soll die „DDR" 1000 Ausreiseanträge genehmigt haben (WELT vom 8. 2.). Von der Bundesre*gierung wurde der generelle Anstieg* der Übersiedlerzahlen aus der „DDR" bestätigt, aber dabei keine konkreten Zahlen genannt.

Das Lager in Gießen mit seinen Außenstellen in Laubach und Bad Nauheim platzt zur Zeit aus den Nähten. Vorbereitend auf den weiteren Anstieg der Übersiedlerzahl aus dem Personenkreis der Ausreiseantragsteller in der „DDR" will das Notaufnahmelager ein weiteres Ausweichquartier einrichten. Vorübergehend ist von einem Notquartier in einer Schule die Rede.

Seit November ist die Zahl der Übersiedler aus der „DDR" kontinuierlich gestiegen. Nach Angaben des Bundesausgleichsamtes waren es im November 697 legale Übersiedler, im Dezember 926 und im Januar wurden 1183 gezählt. Diese Zahlen liegen *deutlich über den jeweiligen* Vergleichszahlen des Vorjahres.

Diese Entwicklung soll in nicht unerheblichem Maße einen finanziellen Hintergrund in Ost-Berlin haben. Ebenso gewichtig dürften aber innenpolitische Gründe sein, die neben dem „Abtransport" von innenpolitischen Unruhefaktoren, die steigende Zahl der Arbeitslosen in der „DDR" betrifft. Informationen der WELT besagen, daß bei den Abteilungen Inneres der jeweiligen Kreisräte in der „DDR" die Zahl der dort gemeldeten Arbeitslosen steigt. So wurden in Jena, Rudolfstadt, Apolda, Arnstadt, Weimar, Erfurt und Suhl in Thüringen lange Warteschlangen von Arbeitsuchenden registriert.

Die Zahl derer, die in diesem Jahr aus politischer Haft in der „DDR" freigekauft werden, scheint ebenfalls zu steigen. So ist nach Berichten ehemaliger politischer Häftlinge die Abschiebehaftanstalt des Staatssicherheitsdienstes in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) überfüllt. Insgesamt warteten dort zur Zeit angeblich 2000 politische Häftlinge auf ihren Abtransport.

DER KOMMENTAR

Schwund

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Einzelgewerkschaften des DGB beklagen – nur drei der 17 sind davon ausgenommen – einen mehr oder weniger drastischen Mitgliederschwund. Insgesamt verlor der DGB 1983 etwa 100 000 Mitglieder. Bei einem Stand von knapp acht Millionen bedeutet das noch nicht die galoppierende Schwindsucht. Doch gut 40 Prozent des Gesamtverlustes treffen allein die IG Metall, und das will etwas heißen.

Mit einer Erklärung ist man *schnell* bei der *Hand.* Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit seien die Hauptursachen. So mag sich das in der Sicht von Gewerkschaftern ausnehmen, die in den achtziger Jahren die Arbeitslosigkeit mit ganz ähnlichen Hilfsprogrammen wie in den frühen dreißiger Jahren bekämpfen wollen. Heißt das: nichts dazugelernt? Auf die Idee, sich in kritischer Selbstprüfung zu fragen, welchen Beitrag zur Arbeitslosigkeit man selbst geleistet habe, kommen Gewerkschaften gemeinhin nicht.

Dabei hat die IG Metall Grund, sich solche Fragen zu stellen. Noch unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts hatte sie sich allzu lange nur für die Arbeitbesitzenden zuständig gefühlt und sich von der Solidarität mit den Arbeitslosen entlastet, indem sie dem Staat die Verantwortung für die Beseitigung der Erwerbslosigkeit zuschob. Dem sozialdemokratischen Kanzler wurden aufwendige Arbeitsbeschaffungsprogramme abverlangt, denen Schmidt als gelernter Ökonom mit begründeter Zurückhaltung gegenüberstand. Zum Glück haben die DGB-Gewerkschaften diese Haltung zumindest bei den Lohnabschlüssen korrigiert; doch das geschah spät, zu spät.

Jetzt versteift sich die IG Metall auf die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, statt einige Gedanken auf das zu verwenden, was ein Mann, der den Gewerkschaften ganz gewiß nicht fernsteht, wissenschaftlich herausgefunden hat. Professor Krupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin weist nach, daß nicht die moderne Technologie Arbeitsplätze killt, sondern daß Arbeit am ehesten dort verlorengeht, wo zu wenig modernisiert wird.

An den meisten DGB-Gewerkschaften rauscht das voll vorbei, weil sie noch auf die Rezepte der dreißiger Jahre schwören. Durchsetzung der 35-Stunden-Woche – eine Frage von Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften? Franz Steinkühler behauptet es, und er mag sich darin durch den Mitgliederschwund bestätigt glauben. Kommt die bessere Einsicht wiederum zu spät?

1983 verlor der DGB 100 000 Mitglieder

AP, Düsseldorf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat im vergangenen Jahr rund 100 000 Mitglieder verloren, berichtet die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit". Die Zahl der DGB-Mitglieder ging auf 7,75 Millionen zurück. Die absolut meisten Mitglieder verlor die Industriegewerkschaft Metall, deren Mitgliederzahl um 40 827 auf 2 535 644 zurückgegangen sei. Als Gründe für den Mitgliederrückgang wurden vor allem die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit angegeben.

Nach Angaben der Gewerkschaftszeitung verbuchten 14 der 17 im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften einen Mitgliederrückgang. Die Gewerkschaft der Eisenbahner, deren Mitgliederstand um 5,3 Prozent (21 835) auf 386 565 gesunken ist, hat die prozentual höchsten Verluste hinnehmen müssen. Die nach der IG Metall größte Einzelgewerkschaft, die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), verlor 125 Mitglieder. Sie zählte Ende 1983 insgesamt 1 173 525 Mitglieder. Bei der drittgrößten Gewerkschaft, der IG Chemie-Papier-Keramik, ging die Zahl um 7803 auf 635 276 Mitglieder zurück.

Geringen Mitgliederzuwachs konnten laut „Welt der Arbeit" nur drei Gewerkschaften verbuchen: die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (plus 32 auf 360 372), die Deutsche Postgewerkschaft (plus 999 auf 457 929) und die IG Bau-Steine-Erden, die von Januar bis Oktober 1983 ihre Mitgliederzahl um 1186 auf 524 286 steigern konnte.

Kohl verteidigt Bereitschaft zu Waffenlieferung

rtr/ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat erneut die Bereitschaft seiner Regierung zu Waffenlieferungen an Saudi-Arabien verteidigt. In einem Interview mit der in Düsseldorf erscheinenden „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" erklärte Kohl, er sei von den ehrlichen Bemühungen Saudi-Arabiens um Stabilität, Mäßigung und Ausgleich überzeugt. Die Bundesregierung glaube auch, daß dem Frieden im Nahen Osten am ehesten gedient werde, wenn die gemäßigten Kräfte unter den Arabern gestärkt würden.

Der Kanzler betonte, er habe bei seinem jüngsten Israel-Besuch der dortigen Regierung versichert, daß die Bundesregierung bei allen Entscheidungen auf diesem Gebiet die legitimen Interessen der mit der Bundesrepublik Deutschland befreundeten Länder in der Region berücksichtigen werde. Sie sei sich auch ihrer Verantwortung für die Sicherheit Israels bewußt. Im übrigen dürften „Beurteilungsunterschiede auf diesem Gebiet nicht das beherrschende Thema der deutsch-israelischen Beziehungen sein", sagte der Kanzler.

Er habe in Israel versichert, so betonte Kohl, „daß gerade wir Deutschen mit besonderem Nachdruck für gesicherte und anerkannte Grenzen Israels eintreten. Dabei konnte ich auch klarstellen, daß wir das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes natürlich nicht um den Preis der Zerstörung Israels befürworten, sondern nur im Zusammenhang einer ausgehandelten Friedensregelung, der auch Israel zustimmen muß."



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chemisch unrein

Von Herbert Kremp

Die Sowjets erhöhen die Zahl ihrer einsatzbereiten SS-20-Raketen gegenüber Europa und Asien und bestücken gleichzeitig ihr osteuropäisches Glacis mit Kurzstreckenwaffen. In Genf bietet Moskau zum erstenmal in obligatorischer Form die Kontrolle der Vernichtung chemischer Waffen durch internationale Inspektoren an Ort und Stelle an. Besteht zwischen Tat und Angebot ein Widerspruch, oder lassen sich die beiden Elemente als unterschiedliche Signale für ein und denselben Wunsch deuten, gerissene Verhandlungsfäden wieder zu knüpfen?

Bisher hat sich die Sowjetunion kategorisch geweigert, ausländischen Inspektoren den Zugang zu militärischen Sicherheitsbereichen zu öffnen. Das Verfahren paßt nicht zur geschlossenen Gesellschaft kommunistischer Art, in der expansive Politik, extremes Sicherheitsdenken und eine von anhaltender Spionagefurcht motivierte Geheimniskrämerei die Staatsveranstaltung prägen. Daran sind bisher alle Abrüstungsverhandlungen gescheitert. Aus diesem Grunde muß das sowjetische Angebot genau geprüft werden, bevor man das große Wort vom „historischen Zugeständnis" verwendet, wie es dem FDP-Abrüstungsexperten Feldmann passierte.

Was haben die Sowjets in Genf erklärt? Sie wollen Inspektoren dort zulassen, wo verbotene chemische Kampfstoffe vernichtet werden. Das wäre in der Tat etwas Neues, aber es wäre nicht viel. Entscheidend ist der Einblick in das Arsenal aller vorhandenen Waffen. Er wird aber nicht gewährt. Seine Voraussetzung, Kontrollen im Verdachtsfall, lehnt die Sowjetunion weiter ab. Sie will nicht zeigen, was sie besitzt, sie will nur zeigen, was sie laut Vereinbarung nicht mehr besitzen will. Das kann viel, das kann wenig sein. An Geheimgehaltenes, gegen das sich Verdacht regt, an tödliche Waffen beliebiger Quantität, über die nichts vereinbart wurde, kommt kein ausländischer Inspektor heran. Es kann, es wird wahrscheinlich das Wichtigste sein.

Was also bezweckt der sowjetische Vorschlag? Er soll im Westen hoffnungsvolle Stimmung verbreiten. Er soll suggerieren, daß Moskau zum Entgegenkommen bereit sei. Moskau ist zu der Erkenntnis gelangt, daß es durch Verhandlungen das *Lager des Westens tiefer beunruhigen kann als durch gepreßtes* Schweigen. Die Sowjets drängen in die Schlagzeilen zurück. Sie wollen erreichen, daß der Westen sich selbst zu Konzessionen drängt. Forcierte Raketen-Rüstung und Abrüstungsavancen sind zwei Wege zum gleichen Ziel.

Was – nicht töten dürfen?

Von Enno v. Loewenstern

Zweifellos, meinte Frau Sabine Kramarczyk, würde durch dieses Projekt eine Vielzahl von Problemen aufgeworfen. „Dieses Projekt" ist der Antrag der Bundesrepublik Deutschland, eingebracht in der UNO-Menschenrechtskommission, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen. Worin sieht Frau Kramarczyk die Probleme? Das hat sie nicht verraten.

Die Zuhörer können es sich jedoch denken. Frau Kramarczyk vertritt nämlich die „DDR" in der Menschenrechtskommission. Die Zusammenstellung erbringt täglich neue Peinlichkeiten. Am Tage zuvor hatte der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland darüber gesprochen, daß den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werde.

Er hatte sich freilich sehr behutsam ausgedrückt. Die Bundesregierung ist bemüht, die „DDR", der sie ja nun einmal das Entree in die UNO verschafft hat, dort in keine Ecke zu treiben. Und wenn das neue Mitglied sich in Organisationen wie der Unesco mit neuen Weltmedienordnungen und anderen Wunderdingen als wahre Vertretung der wahren Menschheitsinteressen aufspielt, dann hält die Bundesrepublik sich taktvoll mit Bewertungen zurück.

Nun ist von Interessen leicht reden; mit Rechten ist das etwas anderes. Der „DDR" wird oft auch von westlichen Adressen bescheinigt, daß ihr System etwas mit Fortschritt zu tun habe. Nur über die Todesstrafe redet der Fortschritt ungern im Zusammenhang mit den östlichen Verhältnissen. Jeder weiß, mit welchen Mitteln den Deutschen in der Zone die Ausübung der Selbstbestimmung vorenthalten wird, speziell dann, wenn sie sie in der Form des Grundrechts der Freizügigkeit ausüben wollen. Was würde das SED-Regime machen, wenn es ein internationales Verbot der Todesstrafe gäbe? Es sähe eine Vielzahl von Problemen aufgeworfen.

Soutane und Pistole

Von Andreas Wild

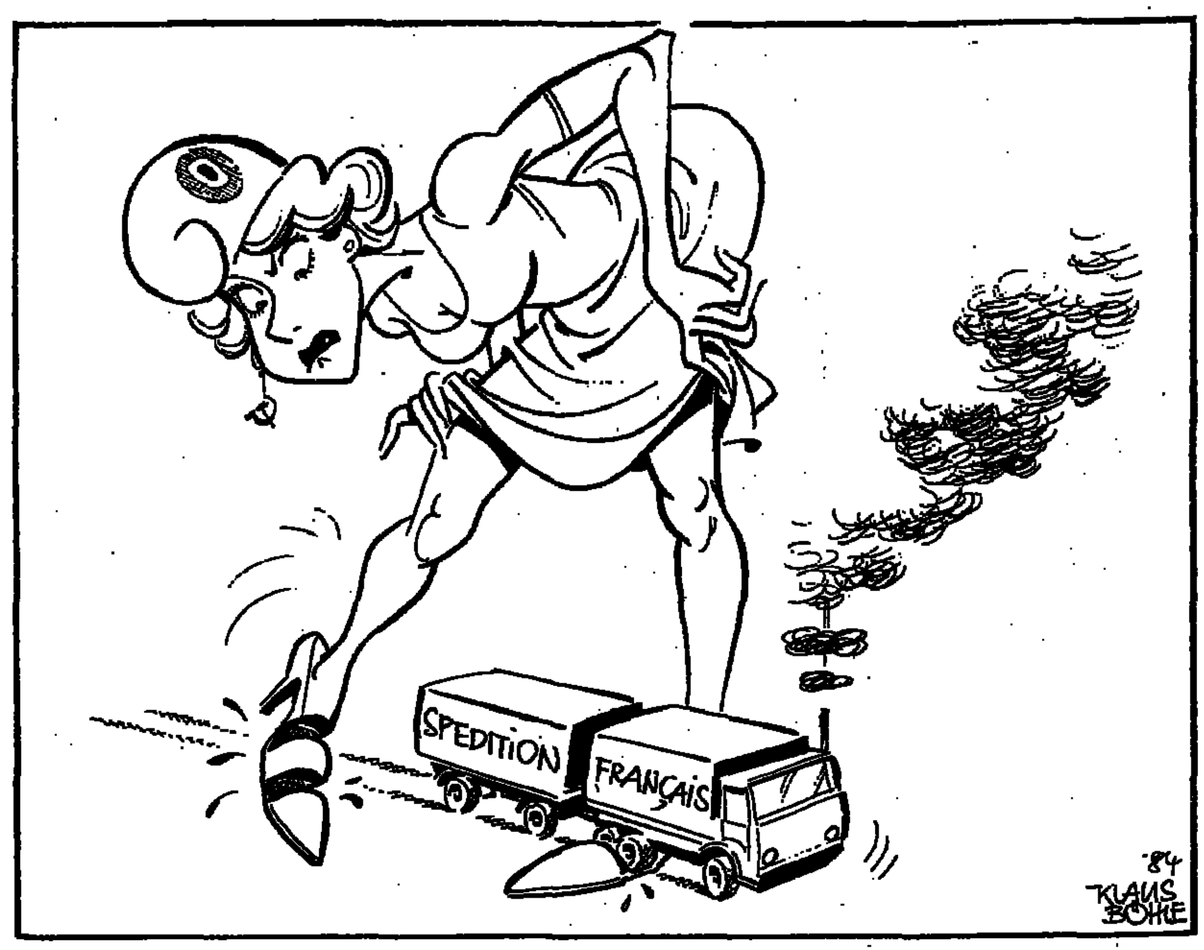
Entwicklungspolitische Aktions- und Informationsgruppen", *so lesen wir in einer linken Zeitung, hätten Krach* geschlagen, weil das Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit kein Geld mehr für die „entwicklungsbezogene Bildungsarbeit" bereitstelle und gewisse Dokumentarfilme, die noch unter der alten Koalition hergestellt worden seien, nicht mehr kostenlos vertreibe.

Um zu erkennen, was für eine „Bildungsarbeit" da gemeint ist, genügt schon ein Blick auf die Titel der nun nicht mehr geförderten Filme. „Warum Christen die Gewalt bejahen" heißt einer der Streifen und ein zweiter „Soutane und Pistolentasche". In beiden geht es um die völlig ungenierte Verherrlichung einer marxistischen, mit christlichen Phrasen verbrämten Stadt- und Landguerrilla.

Wieder ein anderer Film, „Die neuen Herren sind die alten", giftet gegen die erfolgreiche Zusammenarbeit von Frankreich und der Elfenbeinküste auf wirtschaftlichem Gebiet. „Bananera Libertad" ist ein reiner Hetzfilm gegen die USA, und „Mbogos Ernte" macht sich stark für eine „neue Weltwirtschaftsord*nung", wie sie die UNO seit Jahren befürwortet; sie läuft auf* eine extrem sozialistische Zwangswirtschaft hinaus.

Man muß den „Aktions- und Informationsgruppen" geradezu dankbar sein, daß sie mit ihrem Wehklagen an die Öffentlichkeit gegangen sind. Auf diese Weise erfährt der biedere Steuerzahler endlich einmal, wie die entwicklungspolitische „Bildungsarbeit" aussah, die Bonn jahrelang betrieben hat. Es handelte sich ganz offensichtlich um gröbsten Agitprop, dazu bestimmt, die westliche (und also auch die eigene deutsche) Entwicklungshilfe als „Neo-Imperialismus" zu verunglimpfen.

Ganz unverständlich ist deshalb, warum die neue Leitung des Ministeriums, die allmählich darangeht, den Augiasstall auszumisten, der Öffentlichkeit gegenüber verlegene Phrasen bemüht, um ihr Tun zu „rechtfertigen". Die Filme seien „veraltet" heißt es. In Wahrheit sind sie nicht veraltet, sondern von A bis Z falsch, plump demagogisch und politisch schädlich. Sie nicht mehr zu fördern, ist ein Gebot der Vernunft.



Das tut weh!!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Exzesse in der Folterkammer

Von Joachim Neander

Für den Kinofilm „Exzesse in der Folterkammer" wird in der Bundesrepublik zurzeit mit dem Text geworben: „In ganz Europa verboten – bei uns trotzdem frei".

Wen wundert da die Hektik, in der in Bonn plötzlich alle politischen Lager (nicht ganz im Gleichklang natürlich) nach gesetzlichen und anderen Maßnahmen rufen, mit denen man die Woge einer fast nicht mehr beschreibbaren Brutalität vor allem auf dem Markt der Videofilme wenigstens eindämmen kann?

Die Novelle zum Jugendschutzgesetz ist mitten in der Beratung. Ob die ins Auge gefaßte sogenannte „Kino-Lösung" auch für den Video-Markt (freiwillige Selbstkontrolle der Branche, Beschränkungen je nach Altersstufe) wirklich das gewünschte Ziel erreicht, ob nicht unerwartete technische Schwierigkeiten für die Videotheken auftauchen, ob schließlich nicht die gebotene Eile die ebenso gebotene Gründlichkeit der Überlegungen nicht bereits in Frage zu stellen beginnt – über all das wird am Schluß die Praxis befinden. Die entscheidenden Fragen jedoch bleiben – was immer in Bonn beschlossen wird – davon unberührt.

Erstens: Woher kommt die ungeheure Nachfrage nach diesen Entsetzlichkeiten beschriebener und *gefilmter Grausamkeit?*

Zweitens: Was befähigt Millionen junger Menschen nicht nur in der Bundesrepublik, diese zum Teil Ekel, Brechreiz oder ohnmächtige Wut erzeugenden Produkte mit einem kühlen Gleichmut über *sich ergehen zu lassen*, der *nach*denkliche Beobachter fast noch mehr erschüttert als die gezeigten Filme selbst?

Wer sich diesen beiden Fragen stellt, muß den Bogen etwas weiter spannen als nur über die jüngsten *Phasen medienpolitischer* Tagesdebatten. Natürlich kommt da auch die legendäre „Aktion Saubere Leinwand" vor fast zwanzig Jahren wieder ins Blickfeld. Dem vergleichenden Beobachter fällt dabei Verblüffendes auf.

Einige der Stimmen, *die damals* gönnerhaft oder hämisch ihren Hohn über den streitbaren Professor Adolf Süsterhenn und seine Helfer ausschütteten, scheinen regelrecht einen Stimmbruch erlebt zu haben. Verkehrte Fronten, ver*tauschte* Argumente *bis hin zur* Sprache. Zeitungen, die damals „Schmutz und Schund" nur in Anführungsstrichen schrieben, reden heute unbefangen von Videoschmutz und Videoschund – ganz ohne „Tüddelchen" und so, als seien es neue Wortprägungen. Statt dessen erscheint heute das Wort Freiheit – damals das wichtigste Feldzeichen im Streit gegen die, wie man glaubte, reaktionäre Betschwesternbewegung für eine „Saubere Leinwand" – auffällig oft nur noch an- und abgeführt.

Sozialdemokratische Minister rufen angesichts der Videogewalt die Eltern auf, endlich – so wörtlich – *„ihre Rechte und Pflichten als* Erzieher wahrzunehmen". Ein Bremer Professor läßt deutlich erkennen, daß er im Grunde für „präventive Eingriffe" bei den Produzenten ist. Doch Artikel 5 Grundgesetz verbietet jede Vorzensur. Das Wört*chen „leider" wird nicht ausgespro*chen. Aber man hört es durch. Und Zeugen von Vorführungen der Kannibalen- oder Zombie-Filme im geschlossenen Expertenkreis berichten verblüfft von der Heftigkeit, mit der vor allem politisch eindeutig *links ausgerichtete Reli*gionslehrer sofort nach der Todesstrafe für Hersteller und Verteiler rufen. Tempora mutantur. Die Vergeßlichkeit feiert Triumphe.

Niemand wird behaupten, daß es eine direkte Brücke gebe zwischen Ingmar Bergmans „Schweigen" von 1965, über das Süsterhenn und Freunde sich erregten, und den Foltersequenzen von heute. Doch daß zumindest auf der Seite der Konsumenten eine langsame, aber stetige Entwicklung zu einer immer deutlicher werdenden Unempfindlichkeit gegen alle Reize sowohl in Sachen Sexualität als auch bei Gewalt und Grausamkeit stattgefunden hat, läßt sich kaum leugnen.



Siegt der Ekel über die Unempfindlichkeit? Video-Folterfilm FOTO: POLY-PRESS

Auch die Erwartung, die allmäh*liche „Enttabuisierung" der Sexua*lität in der Gesellschaft werde das durch Verdrängung angestaute Gewaltpotential verringern, hat sich nicht erfüllt. Daß zwischen Sexualität und Gewalt Verbindungen bestehen, ist offenkundig. Aber die *Annahme, man könne aus einem* Cocktail aus Marx, Marcuse und Reich den neuen, friedvollen Menschen erstehen lassen, hat sich nicht bestätigt. Die Propheten dieser Religion der sozial-sexuellen Befreiung sitzen inzwischen zum Teil als Hochschullehrer auf Lebenszeit im Abseits. Die Griesgrämlichkeit des Vergessenwerdens prägt bei manchem schon die Gesichtszüge. Sexualkundeunterricht ist weithin langweilig geworden. Im Fernsehen streiten ehrbare, tiefernste Damen und Herren – wie neulich erst – um die Frage, wo der weibliche Orgasmus entsteht (zu ihrem Glück wissen sie nicht, daß man vielfach Tränen über sie lacht). Zur Sommerzeit erregen selbst kopulierende Paare in Parks kein Aufsehen mehr. Sexuelle Tabus werden allenfalls in der Frauenbewegung neu aufgerichtet.

Aber Gewalt und Brutalität hat dies alles eher noch anwachsen lassen. Rezepte dagegen sind nicht in Sicht. Billige Formeln wie die von der „herrschenden Gesellschaftsordnung", die das alles hervorbringe, sind verbraucht. Und es tröstet nicht, daß der jähe Antipornoeifer bei vielen erst aufgetaucht ist, seit Video ihr Monopolfernsehen bedroht. Doch könnte es sein, daß Hilfe ebenso unerwartet kommt wie zuvor die Bedrohung.

Der Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften berichtet von erstaunlichen Erfolgen, *die er mit einem* simplen Appell an Anstand und Rechtsempfinden bei den Betroffenen erzielt. Und soeben meldet der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" aus den USA, dort stehe man fassungslos einem steilen Umsatz*rückgang bei Horrorfilmen im letz*ten Jahr gegenüber.

IM GESPRÄCH Liv Ullmann

Fast Unmögliches erreichen

Von Margarethe von Schwarzkopf

Sie habe im Leben alles gehabt, was sie je hätte erreichen können und wollen. „Wenn ich heute sterben müßte, so könnte ich sagen, daß mein Leben vollendet war. Nur eines bedauere ich: daß ich nicht mehr Zeit für meine Tochter Liv gehabt habe. Von allen Rollen, die ich je gespielt habe, war die Mutterrolle im alltäglichen Leben die schwierigste."



Von der Leinwand in die Diplomatie: Liv Ullmann FOTO: DPA

Die Frau, die diese Sätze jüngst in einem Interview sagte, ist erst 46 Jahre alt. Seit fast zwanzig Jahren aber gehört sie zur ersten Garde der internationalen Schauspielerinnen. 1966 wurde sie von Ingmar Bergman entdeckt, der ihr die Hauptrolle in dem Film „Persona", das Schicksal einer stummen Schauspielerin, anvertraute. Jahrelang galt die Norwegerin Liv Ullmann, die in Tokio geboren und während des Krieges in Kanada aufgewachsen ist, als „Bergmans Geschöpf". Inzwischen hat sie sich aber längst aus ihrer Pygmalion-Beziehung befreit, obwohl sie heute noch mit Begeisterung und Dankbarkeit von ihrer Zeit als Bergmans Star und Lebensgefährtin spricht: „Natürlich verdanke ich Bergman unendlich viel. Er hat mir großartige Rollen gegeben in Filmen wie 'Szenen einer Ehe', 'Flüstern und Schreie' oder 'Herbstsonate'. Er hat mir gezeigt, daß man mit dem Willen fast Unmögliches erreichen kann und daß in jedem Schauspieler eine Reserve von Kraft und Begabung steckt, die man selbst nicht unbedingt erkennt. Vor allem aber stammt meine Tochter Liv aus unserer Beziehung – das größte Geschenk, das er mir je gemacht hat".

Liv Ullmann dreht heute kaum noch Filme. Sie ist für die Unesco unterwegs, kümmert sich in aller Welt um Kinder, die in Elend und Krieg aufwachsen, die in Lagern leben oder in Hungergebieten. Zwei Drittel des Jahres ist sie als Botschafterin der Unesco tätig, tritt bei Veranstaltungen auf, diskutiert über die Probleme ihrer Sorgenkinder, wirbt für ihre Organisation. Mit dem Widerspruch, für die Kinder in aller Welt aufzutreten und das eigene Kind manchmal hintanzustellen, lebt sie. Nebenbei findet sie auch noch Zeit, im Theater mitzuwirken, hie und da – wenn auch selten – eine Filmrolle anzunehmen oder, wie jetzt bei den *Filmfestspielen* in Berlin, den Part der Jury-Vorsitzenden zu besetzen.

Ihrer Jury gehören sehr verschiedene Persönlichkeiten aus dem internationalen Filmschaffen an. Zum Beispiel Jules Dassin, der amerikanische Regisseur und Ehemann von Melina Mercouri; auch Vertreter aus dem Ostblock und aus Südeuropa zählen dazu. Im Schlichten der Wogen heftiger Diskussionen, um Spannungen bei der Beurteilung der preisverdächtigen Filme zu entschärfen, ist sie freilich geübt. Nicht nur durch ihre Rolle als prominenteste Vertreterin der Unesco, sondern auch durch ihre langjährige Erfahrung als Lebensgefährtin Bergmans. Liv Ullmann aber hat auch das gemeistert, wie die vielen anderen Rollen in ihrem Leben, die vielen sehr unterschiedlichen Aufgaben, die sie sich selbst gestellt hat. Sie ist das, was man im Englischen „a woman for all seasons" nennt, zu deutsch etwa: eine Frau für alle Situationen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchner Merkur

Das Blatt merkt zum jüngsten Auftritt des IG-Metall-Vize Steinkühler an:

Die Reizwörter haben längst keinen Reiz mehr: Mitbestimmung, Investitionslenkung, Verstaatlichung. Millionen Arbeitnehmer überkommt das große Gähnen, wenn verstaubte Kampfparolen wiederbelebt werden sollen. Die Stimmung steht weder auf Staatseigentum noch auf Funktionärsherrschaft. Man hat andere Interessen, Sorgen und Probleme: Arbeitsplatzsicherung, Preisstabilität, Altersversorgung. Wenn Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten das Sesselleder polieren, vergrößert sich – das ist längst weithin begriffen worden – weder der Freiheitsraum des Einzelnen noch seine Menschenwürde ... Steinkühler hat soeben neben der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien eine gleichberechtigte Mitbestimmung und Investitionslenkung gefordert. Das seien, meint er, „keine verstaubten Erinnerungsposten". Was da aufgedämpft wurde, sind uralte Hüte. Da sie sicher nicht als Faschingsartikel angeboten werden sollen, muß es eine andere Absicht geben. Etwa die der zusätzlichen Verunsicherung der Arbeitgeberseite? Oder sollen jene aus dem Gewerkschaftslager übertönt werden, die mittlerweile moderate *Zwischentöne zur 35-Stunden-*Woche von sich geben?

DIE PRESSE

Zu den Straßenblockaden in Frankreich meint die Wiener Zeitung:

Die Interessenvertreter, die da auf die Straße gehen, Blockaden errichten lassen und innerstaatliche Machtkämpfe ganz bewußt auf die Ebene internationaler Konflikte tragen, kopieren nur, was ihnen Regierungen allenthalben auf höherer Ebene vorexerzieren. Der weltweite Freihandel wird längst nur noch in Sonntagsreden beschworen, während in der Praxis die Grenzen abgeschottet werden. Den sogenannten Europa-Politikern stünde es gut an, sich in nächster Zeit weniger um die Erweiterung der EG als um das Funktionieren der bestehenden Gemeinschaft zu kümmern. Von echter Integration kann ja ohnehin längst keine Rede mehr sein. Wenigstens aber sollte der internationale Warenaustausch schleunigst von Blockaden aller Art befreit und nachhaltig gesichert werden. Ein Rückfall in alte Raubritter-Traditionen gefährdet nämlich auf die Dauer auch den Wohlstand derer, die in der ersten Phase von Handelshemmnissen profitieren könnten.

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt bemerkt zum amerikanischen Vorwahlkampf:

Die Vorwahlversammlungen in Iowa sind vielleicht die letzte von Politikern ersonnene wissenschaftliche Methode zur Ermittlung der öffentlichen Meinung, abgesehen von allgemeinen Wahlen in der Sowjetunion ... Die Bedeutung Iowas besteht allein darin, daß es der erste Test der Wählermeinung ist, der sich im Fernsehen darstellen läßt. Ungeachtet dieser Vorbehalte ist der Erfolg von Herrn Mondale – fast 49 Prozent aller Stimmen bei insgesamt sieben Kandidaten – dramatisch ... Er muß jetzt als sicherer Anwärter für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei angesehen werden.

Ende einer Isolation nach einem halben Jahrtausend

Was die Allerkatholischsten Könige erstrebten, vollendet der konstitutionelle König / Von Rolf Görtz

Geredet wird von Obst und Gemüse, von Olivenöl, Wein und Schweinefleisch. Aber wenn sich die Unterhändler Spaniens und der EG in Brüssel *in jedem einzelnen Falle* darüber geeinigt haben, wann die europäischen Zollschranken für die spanische Produktion fallen – bis zum 30. September –, dann liegt eine Entscheidung auch von hoher politischer Bedeutung vor.

Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez kündigte an, daß seine Leute in Brüssel ausdauernd und hart um möglichst geringe Übergangsfristen für den Verkauf spanischer Landwirtschaftsprodukte und möglichst lange Fristen für die industrielle Anpassung kämpfen werden. Die gleiche Härte erwartet man von der Kommission. Aber darüber herrscht kein Zweifel in Madrid: Das Ziel bleibt der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bis zum 1. Januar 1986. Man wird es nicht wegen ein paar Tonnen Tomaten mehr oder weniger aufs Spiel setzen.

Für die Spanier bedeutet die Aufnahme in die EG wesentlich mehr als der Beitritt zu einem gemeinsamen Markt. Die Integration soll der Isolation ein Ende setzen, in die Spanien sich vor fünfhundert Jahren begab. Und zwar im Interesse Europas – so, wie Spanien dieses Interesse in einem acht Jahrhunderte währenden Kampf gegen den Islam verteidigte. Nach dem Sieg ging es für die Allerkatholischsten Könige um das von Kaiser Karl I. angestrebte Imperium, das das christliche Europa umfassen sollte. Die Reformation ließ diese erste europäische Reichsidee zerbrechen und isolierte Spanien jenseits der Pyrenäen.

Renaissance und französische Revolution konnten schon deshalb in Spanien nicht das gleiche Echo finden wie im übrigen Europa. So versuchten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts spanische Philosophen den Anschluß wiederherzustellen. Ein Bemühen, das seine Zeit brauchte; das paradoxerweise auch dadurch eingedämmt wurde, daß es der jeweiligen Staatsführung gelang, die Nation aus den beiden Weltkriegen herauszuhalten. Ein Umstand, der gerade viele konservative Kräfte des Landes empfehlen ließ, sich auch der *NATO fernzuhalten, als diese um den* spanischen Beitritt warb.

Die Errichtung der konstitutionellen Monarchie eröffnete außenpolitisch neue Chancen, denn die Etablierung eines demokratischen Systems war von der EG als Voraussetzung für den Beitritt gefordert worden. Acht Jahre sind seither verstrichen, ohne daß sich der spanische Wunsch erfüllte. Und fast zwei Jahre, seit Spanien der NATO beitrat. Aber NATO und EG hängen als Bündnisformen der westlichen Schicksalsgemeinschaft weit enger zusammen, als dies die Kommissionäre über Tomaten- und Apfelsinenlisten in Brüssel erkennen ließen.

Das große Verdienst der im Oktober 1982 abgewählten Regierung Calvo Sotelo bestand in dem nur wenige Monate vorher eiligst vollzogenen und von der Atlantischen Gemeinschaft freudig begrüßten NATO-Beitritt. Dieser Schritt gegen die damalige Opposition und gegen die Kommentatoren der meisten spanischen Massenmedien half im übrigen *Europa auch* jene sachlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die der Erweiterung der EG tatsächlich entgegenstehen.

Weniger die gleiche Ideologie mit den jetzt regierenden Sozialisten als vielmehr die Einsicht der Spanier in Fragen der Verteidigungsgemeinschaft brachte Frankreichs Staatspräsident Mitterrand dazu, den Widerstand seiner Regierung gegen die Aufnahme Spaniens aufzugeben. Tatsächlich *zeigt Felipe Gonzalez* sich davon überzeugt, daß ein Austritt aus der NATO – wie er ihn im Wahlkampf 1982 selbst proklamierte – nicht nur die atlantische und die Europäische Gemeinschaft, sondern auch Spanien selber schädigen würde. So, wie es das Verteidigungsministerium kürzlich formulierte. Gonzalez vertritt heute die Meinung, daß das von ihm versprochene NATO-Referendum – wenn es überhaupt zustande kommen sollte – die Mitgliedschaft nicht mehr in Frage stellen dürfe.

Für Europa und für die atlantische Gemeinschaft muß die Regierung in Madrid auch auf einer anderen Front gegen die Meinung jener kämpfen, die sie gewählt haben, die aber von kommunistischen Gewerkschaften mit Streikwellen gegen die Regierung aufgewühlt werden: *die Massen der* Industriearbeiter, die mit neuen Entlassungen rechnen müssen, wenn die Regierung an ihrem Plan zur Gesundung der Wirtschaft festhält. Das aber muß sie im Interesse der Integration tun. Statt, wie im Wahlkampf versprochen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die Industrieunternehmen – private sowie staatliche – zusätzlich weiter Arbeitskräfte entlassen. In absehbarer Zeit werden zwanzig Prozent der Beschäftigten ohne festen Verdienst sein. Ein Opfer zugunsten der Sanierung der Industrie, um sie wettbewerbsfähig zu machen. Ein Opfer auch für die Integration in Europa. Aber ein Opfer für die Zukunft.

Der zögernde Aufstieg eines Musterschülers

Er ist der Favorit der Demokraten im Rennen um die Präsidentschaft: Walter Mondale, Vize unter Carter, lebt jedoch mit zwei Handikaps. Er gilt als entschlußschwach und nachgiebig gegenüber Einzelinteressen.

Von TH. KIELINGER

Es war im Herbst 1972, während eines Heimfluges nach Washington. Hubert Humphrey, in Gedanken verloren über seine politische Zukunft, über George McGovern, *der ihm endgültig alle Hoffnungen auf eine Präsidentschaft genommen hatte*, wandte sich plötzlich an den Reisenden neben ihm, an Walter „Fritz" Mondale, seinen Protegé seit 1948: „Fritz, ich hab's jetzt", brach es aus dem Senator und ehemaligen Vizepräsidenten *unter Lyndon Johnson* hervor. „Du mußt auf die nationale Bühne klettern."

Der Satz zündete nicht, damals noch nicht. Der lange Aufstieg des Walter Mondale an die Spitze des Establishments seiner Partei, der Demokraten, war *nie gekennzeichnet* durch Sprünge der Phantasie oder Risikofreudigkeit. Mochte Humphrey, aus Sorge um sein eigenes politisches Erbe, auch noch so sehr an einer frühen Krönung eines Nachfolgers interessiert sein – Fritz Mondale, *damals 44 Jahre alt, nahm sich Zeit.*

Zwei Jahre nach jener denkwürdigen Anregung seines politischen Patenonkels trat der Junior-Senator aus Minnesota vor die Mikrofone, nicht um seinen Erst-Auftritt auf der nationalen Bühne bekanntzugeben, nein – um eine Rolle im Präsidenten-Wahlkampf 1976, der seine Schatten vorauszuwerfen begann, ausdrücklich auszuschlagen. Die Absage Mondales im November 1974 ist in die Annalen eingegangen als ein Fall von Selbstverstümmelung, von der sich Politiker eigentlich nicht mehr zu erholen pflegen.

Viel Spott für Vorwahlen und Vizepräsidenten

Mondale damals: „Ich glaube nicht, daß jemand Präsident werden sollte, der nicht durch Feuer zu gehen bereit ist. Was mich angeht, so habe ich bei mir grundsätzlich nicht jene überwältigende Begierde entdeckt, Präsident sein zu wollen, wie sie wesentlich ist, will man die Kampagne führen, auf die es ankommt." Mondale schien wie besessen von seiner Nicht-Rolle auf der nationalen Bühne. „Ich glaube, wir haben in diesem Land den Punkt erreicht", bekannte er im Jahr darauf, „wo ein Mann sich unmöglich in den Vorwahlen stellen kann und gleichzeitig für sich in Anspruch nimmt, er sei ein rationales Wesen."

Und weiter, im Stil des amüsierten Zuschauers: „Eine der größten Grausamkeiten, die wir uns zugemutet haben, ist das Amt des Vizepräsidenten. Es ist der einzige Job, in dem man, um befördert zu werden, erst warten muß, daß der Mann, der einen ernannt hat, stirbt ... Nur die Irrealität begreift das. Wer auf der Welt kann *den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten* ernst nehmen?"

Nun, es dauerte kein Jahr, da fand sich – wiederum hatte Humphrey seine Finger im Spiel – Walter Mondale als Kandidat für jenes Amt wieder, das er so offen dem Gespött preisgegeben hatte. Und heute weist er auf seine Erfahrungen an der Seite Jimmy Carters, auf seine Erfahrung als Vizepräsident hin wie auf ein Geheimkonto politischer Kraft.

Jetzt ist Walter Mondale offenbar bereit, „durchs Feuer zu gehen", jetzt *hat er offenbar jene „überwältigende* Begierde" in sich entdeckt, Präsident werden zu wollen. Seine Partei scheint sich mit ihm in diesem Zenit der Selbsteinschätzung zu treffen: Beim ersten Wählertest, der Präferenzwahl in Iowa, fielen fast 50 Prozent der Stimmen – *das ist ein selten* erlebtes Resultat in diesem frühen Stadium der Vorwahlen – an Mondale, den Abkömmling norwegischer Einwanderer und politischen Musterschüler Humphreys und der „Democratic Farmer-Labor"-Partei (DFL) seines Heimatstaates Minnesota.

Mag er gewillt sein, durchs Feuer zu gehen – Feuer zu fangen scheint dieser Mann nicht, auch keines anzufachen in den Herzen seiner politischen Anhänger. Er zieht nicht glühende Verehrung auf sich, sondern die wohlerwogene *Unterstützung* von Interessenten, die sich traditionell um die Demokratische Partei wie um den Honigtopf versammeln. Selten hat ein Kandidat so früh und so uneingeschränkt das offizielle Ja-Wort so vieler Interessenverbände erhalten wie Walter Mondale.

Das begann mit dem Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO, der der gewichtigste Verbündete ist, setzte sich fort mit der einflußreichen Erziehungsgewerkschaft, den Frauenverbänden, Altengruppen, Sozialausschüssen, Fürsorge-Anwälten, Homosexuellen-Vereinigungen und was die Demokratische Partei so alles in ihrer kostspieligen Umarmung vereint. Offenbar setzt der politische Partikularismus in Amerika auf Mondale als seinen treuesten Freund und Geldausgeber. Wird die Rechnung aufgehen?

Mondale hat in seiner politischen Karriere so viel Mut gezeigt und überrascht wie der Schnee, der im Januar fällt, und die Sonne, die den Juli erwärmt. In seinen Jahren im US-Senat (1964 bis 1976) stimmte niemand so konstant wie er für die Programme der „Great Society". Noch in der Phase fiskalischer Bremsversuche der Carter-Administration versuchte Mondale die Ansprüche der demokratischen Klientel zu wahren und vor Streichungen in Schutz zu nehmen.

Wo die Südstaaten-Demokraten für eine stärkere Verteidigung eintraten, wandte sich Mondale als Senator regelmäßig gegen jedes neue Waffensystem, das dem strategischen Arsenal der USA hinzugefügt werden sollte: sei es die Minuteman III, die MX, die Trident-U-Boot-Rakete, der B-1 Bomber, das Cruise Missile. Er zeigte mehr Parteiabhängigkeit als im amerikanischen politischen System üblich ist.



Land in Sicht: Walter „Fritz" Mondale FOTO: DPA

War es übergroße Vorsicht oder Loyalität gegenüber seinen Gönnern – und er hatte deren viele – was der Zurückhaltung Mondales, sich zu profilieren, zugrundelag? Auf jeden Fall machte er sich bei den Hütern der liberalen Flamme ebenso beliebt wie bei den schärfer hinschauenden Kritikern suspekt. Aus Treue zu Hubert Humphrey und Lyndon Johnson hielt Mondale drei Jahre lang mit seinen Zweifeln über den Vietnam-Krieg hinterm Berg und löste sich erst im Oktober 1969 – als die Mehrheit des Landes längst abgeschwenkt war – von dieser politischen Hypothek.

Für Carter trug er ungeliebte Entscheidungen

Für seinen Präsidenten, für Jimmy Carter nahm er Entscheidungen auf sich, die er innerlich ablehnte – so das Weizen-Embargo gegen die Sowjetunion, Anfang Januar 1980. Aber mußte er so weit gehen, treuer Soldat, der er war, seinem alten Kampfgefährten Edward Kennedy „mangelnden Patriotismus" vorzuhalten, weil dieser sich offen gegen die Carter'sche Maßnahme ausgesprochen hatte?

Länger als die übrigen Kandidaten dieses Wahljahres brauchte Mondale, sich über die Intervention in Grenada eine eigene – schließlich positive – Meinung zu bilden: genau achtzehn Tage, Und die militärische Präsenz in Libanon kritisierte er ebenfalls als Letzter – achtzehn Monate, nachdem sie begonnen hatte. „Was für Indizien gibt es, Mr. Mondale", fragte ihn der Moderator einer öffentlichen Debatte in Iowa, „daß Sie als Präsident entschieden zu handeln verstünden?" Und Gary Hart, sein jetzt nächster Verfolger, pflegt ihm zuzurufen: „Walter, Du kannst nicht regieren, indem Du allen alles versprichst."

Zwischen dem Image mangelnder Entschlußkraft einerseits und Hörigkeit *gegenüber Einzelinteressen geht* Mondale auf einen schmalen Pfad. Darüber kann auch seine gegenwärtige Popularität nicht hinwegtäuschen. Kein Wunder, daß die „Jungtürken" innerhalb der Demokratischen Partei händeringend nach *einer Alternative für Mondale Ausschau halten. Sie* glauben sie in Senator Gary Hart entdeckt zu haben, der von sich – und in Kritik an Mondale – sagt, er sei nicht „mit den Fehlern der alten politischen Führung" (sprich: von der überfrachteten Great Society bis zum *Fehlschlag der Carter-Präsidentschaft*) in Verbindung zu bringen. „Ich bin die Wahl zwischen der Vergangenheit und der Zukunft dieser Partei", sagt Hart von sich.

Im Grunde entfaltet sich vor den Augen der amerikanischen Wähler in diesem Jahr ein Doppel-Konflikt: Der Kampf zwischen Reagan und den Alt-Liberalen und der Kampf um die Seele und das Programm der liberalen Partei selber. Mondale wirkt wie der Vertreter der Großen Restaura*tion – jedes zweite Verbum aus sei*nem Mund ist „Ich werde wiederherstellen": die Beziehungen zu Moskau, die unter Reagan gestrichenen Sozialprogramme, die alte, gerechtere Steuergesetzgebung, den Sinn für Fairneß, Gerechtigkeit für den amerikanischen *Arbeitnehmer* und seinen Arbeitsplatz (durch eine kräftige Dosis Protektionismus).

Er verfährt nicht so sehr nach eigenem Programm als daß er vielmehr die vier Jahre Reagan einfach zurückrollen möchte. Dagegen versucht Gary Hart nach vorne zu sehen: zu einer marktwirtschaftlich orientierten neuen Industriepolitik (von ferne verwandt der deutschen „Konzertierten Aktion"), Investitionen im Bereich der High Technologies, etc.

„Fritz" Mondale ist dabei, auf die nationale Bühne zu klettern. Aber er baut auf das alte Bühnenbild, die alten Versatzstücke.

Die Reform gibt zurück, was genommen wurde

Steuerreform lautet die Verheißung. Doch beim Publikum dürfte sich die Faszination in Grenzen halten, denn mit Steuersenkungen ist kaum zu rechnen. *Allenfalls* steigt die Belastung etwas langsamer. Derzeit befindet sie sich auf Rekordniveau.

Von PETER GILLIES

Wer zündet eigentlich ein Thema, bei dem es bisher nie politische Gewinner gab? Dem deutschen Steuerrecht ist ein Phänomen eigen, das man als „kalte" oder „heimliche" Progression bezeichnet. Der Fiskus erfaßt Lohn und Einkommen ungeachtet ihrer wirklichen Kaufkraft. Durch das Zusammenwirken von Progression und Inflation werden mithin Einkommen besteuert, über die der Bürger faktisch gar nicht verfügt – ein grober Verstoß gegen das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Alfred Dregger räumte es freimütig ein: „Die Tarifkorrektur ist kein Geschenk; sie korrigiert Steuererhöhungen, die nie beschlossen wurden."

Die „nie beschlossenen Steuererhöhungen" summieren sich auf viele Milliarden. Der Steuerzahler-Bund errechnete an heimlich-unheimlichen Steuererhöhungen 50 Milliarden Mark in den Jahren 1965 bis 1974 und weitere 35 Milliarden für die Jahre 1981 bis 1984. Oder anders: Selbst wenn das jetzt geplante Volumen von 25 Milliarden Mark voll an die Steuerzahler zurückgegeben würde (womit nicht zu rechnen ist), verblaßt diese Reform vor dem Notwendigen. Das Münchner Ifo-Institut bescheinigte dem Fiskus unter der christlich-liberalen Bundesregierung einen Zugriff „bisher nicht gekannter Härte". Das Motto sei: Der Batzen dem Staat, der Heller dem Arbeitnehmer.

Daß angesichts einer Rekordbelastung mit Steuern und Sozialabgaben von 43 Prozent beim Durchschnittsverdiener keine Leistungsfreude aufkommt, beunruhigt jene, die durch Aufschwung und Motivation aller die Arbeitslosigkeit abbauen wollen. Der Zangengriff von Fiskus und Sozialversicherungen treibt die Blüten der Schattenwirtschaft. Noch gefährlicher hat sich die Grenzbelastung entwickelt, also der Zugriff auf die zusätzlich verdiente Mark. Da bleiben im Durchschnitt nur noch 43 Pfennig, bei Ledigen gar nur 33 Pfennig übrig.

Aus der Sicht steuerlicher und wirtschaftspolitischer Vernunft wären jährliche Korrekturen des Steuerrechts nötig. Die explosionsartig hinaufgetriebene Staatsverschuldung verhinderte sie. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gibt sich *hartleibig* und *erinnert daran*, daß erst zurückgegeben werden kann, wenn der Haushalt annähernd saniert ist. Das wird weder 1984 noch 1985 der Fall sein, allenfalls 1986/87 besteht dafür Spielraum.

Die Solidität zu bewahren – was *ihm bisher gelang* – entspricht dem Versuch, ein Stück Seife in der Badewanne zu packen. Er muß die Risiken einordnen und die Begehrlichkeiten seiner Koalitionsfreunde sedieren. Allein die ungeklärte Finanzlage der EG setzt ein Fragezeichen hinter vier bis sechs *Milliarden Mark, hinzu* kommen Beamtenbesoldung, Innovations- und Rentenfinanzen, der Wohnungsbau, die chronische Finanzschwäche einiger Länder (Bremen, Hamburg, NRW, Saarland) und manches andere. Bereichert wurde *die Debatte* um die *beredte* Klage über die Dotierung der Familie.

Immerhin ist jetzt der Umfang „des Dings" fixiert: 25 Milliarden Mark dürfen es sein. 1986 ist das kaum zu finanzieren, 1988 wäre die Summe vermutlich etwas opulenter. Der Fristenkompromiß 1987 liegt auf der Hand. Wie nun soll das Geld verteilt werden? An erster Stelle steht die Absicht, diejenigen etwas zu entlasten, die besonders gebeutelt werden, also die Einkommen in der unteren Progression (Jahreseinkommen etwa 30 000 bis 50 000 Mark). Den kleinen Einkommen käme ein erhöhter Grundfreibetrag zugute.

„Fünf plus x Milliarden" sind für Familien mit Kindern vorgesehen. Favorisiert ist hier ein Kinderfreibetrag von 2400 Mark je Kind. Ob weitere „x Milliarden" bereitstehen, hängt entscheidend davon ab, ob die Politik den Sparkurs durchsteht. Festhalten will man daran, ein geschlossenes Konzept vorzulegen, notfalls mit einem stufenweisen Inkrafttreten.

Hoch gehen die politischen Wogen bei der Frage, wie das Geld aufzubringen sei. Stoltenberg hält es für realistisch, etwa die Hälfte der 25 Milliarden durch eine um einen Prozentpunkt höhere Mehrwertsteuer und/oder durch andere Verbrauchssteuern (Tabak, Mineralöl etc.) einzutreiben. Seine Fraktion wehrt sich dagegen und fürchtet den bekannten Einwand, der Staat nehme mit der einen Hand, was er mit der anderen *„großzügig"* austeilt.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag nennt die ins Auge gefaßte Mehrwertsteuererhöhung eine „Falltür in die Schattenwirtschaft", also ein Stimulans für noch mehr Schwarzarbeit. Deren Umfang wird schon *heute auf jährliche* Summen zwischen 100 und 200 Milliarden geschätzt. Gewiß ließen sich bewährte Gründe für höhere Tabak- oder Benzinsteuer finden (Finanzminister Matthöfer erinnerte seinerzeit an die Volksgesundheit und das Energiesparen), aber vertrauensbildend wirkten derartige Manöver keineswegs.

Der Finanzminister steht in der Aufgabe, einen Sack Flöhe zusammenzuhalten. Die auseinanderdriftenden Motive – jedes für sich berechtigt – dürfen die Priorität nicht zerschlagen. Sie lautet: mehr Arbeitsplätze durch Gesundung von Wirtschaft und Staatsfinanzen. Alles andere rangiert danach, meint jedenfalls Stoltenberg.

WIE WAR DAS? Als der DGB Kontakte zu den Kollegen in Ost-Berlin aufnahm

Von GÜNTHER BADING

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hält sich zu dreitägigen Gesprächen mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der „DDR" auf. Was heute so selbstverständlich klingt, war Anfang der 70er Jahre noch eine Sensation. Heinz Oskar Vetter war damals, am 18. und 19. Oktober 1972, zum ersten Mal in die „DDR" gefahren und hatte damit ein jahrzehntealtes Tabu gebrochen. Seit 1948 waren die interzonalen Kontakte zwischen DGB und FDGB abgebrochen gewesen. Mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hielt sich der DGB an die Linie: keine Kontakte zu Staatsgewerkschaften.

Entsprechend hölzern war die erste Begegnung: In blütenreinem Amtsdeutsch hieß es im gemeinsamen Kommuniqué: „Über das Stattfinden eines solchen Gesprächs hatte es in den letzten Monaten mehrere interne Fühlungnahmen gegeben. Dabei war vereinbart worden, daß dieses erste Gespräch hauptsächlich der gegen*seitigen Information über die Tätig*keit des FDGB beziehungsweise des DGB dienen solle." Dabei blieb es auch. Alle strittigen Fragen habe man ausgeklammert, berichtete Vetter.

Strittig war zunächst sogar der Reiseweg. Ein Besuch 1970 scheiterte daran, daß die DGB-Gewerkschafter darauf bestanden, aus West-Berlin „einzureisen". Erst Ende 1972 war die SED-Gewerkschaft bereit, dies stillschweigend zu akzeptieren.

Den „Wandel durch Annäherung" hatte allerdings nicht Vetter, sondern vor ihm Heinz Kluncker eingeläutet. Der ÖTV-Vorsitzende traf schon 1965 in der CSSR Funktionäre der Staatsgewerkschaft. Er wolle „nicht der letzte kalte Krieger sein", sagte er damals. Die DGB-Oberen lehnten aber nach wie vor Kontakte mit dem FDGB in der „Zone" (damals noch ein gängiges Wort beim DGB) ab. Die *Funktionärszeitung „Quelle" damals:* „Unser Motiv für Kontakte mit osteuropäischen Völkern gelten nicht für den anderen Teil Deutschlands, denn hier geht es nicht um die Aussöhnung der Völker. Wir sind immer noch ein Volk." Und: „Solange ent*lang der Zonengrenze und an der Ber*liner Mauer auf wehrlose Menschen geschossen wird und die Arbeitnehmerorganisationen aus dem anderen Teil Deutschlands sich dagegen nicht zur Wehr setzen, halten wir Gespräche für sinnlos."

Der Reiseweg ist kein Thema mehr. Breit kam über West-Berlin. Aber er mußte durch die Mauer – das hat sich seit 1965 nicht geändert.

Die „DDR“ setzt an der Grenze Flugdrohnen ein

Nachbildungen von israelischen Kleinflugzeugen?

WERNER KAHL, Bonn

Wie Flugzeugmodelle aus dem Bastelkasten tauchten sie im bayerischen Grenzdreieck der Bundesrepublik zur „DDR“ und CSSR auf. Geräuschlos, so meldeten überraschte westliche Grenzposten, seien zweieinhalb bis drei Meter lange Flugkörper aus dem Osten herangeschwebt und nach Kreisflügen – offenbar ferngelenkt – wieder hinter den Todesstreifen zurückgekehrt.

Die erstmals in Deutschland an der Nahtstelle der freien Welt zum Sowjetimperium beobachteten Modelle gehören offenbar zu einer Testserie verstärkter elektronischer Aufklärung durch Truppen der Warschauer Paktstaaten. Das äußerten gestern Experten gegenüber der WELT. Nach den ersten Meldungen von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes in Bayern Ende vergangenen Jahres über „UFOs“ aus dem Osten wurden auch Ballons und andere motorgetriebene Flugobjekte geortet.

Bei intensiveren Beobachtungen stellten Sachverständige inzwischen fest, die östliche Seite experimentiere bei solchen Aufklärungsflügen auch mit Wankelmotoren. Dies läßt darauf schließen, daß der Ostblock anscheinend im Westen bereits erprobte Technologien testet, zu denen geräuscharme Flüge gehören, für die sich der Wankelmotor empfiehlt.

Von Syrien erbeutet?

Das Auftauchen geräuscharmer, von Grenzposten sogar als geräuschlos empfundener Mini-Flugkörper bedeutet Experten zufolge, daß der Osten offenbar Nachbildungen von israelischen Wissenschaftlern konstruierter „Drohnen“ – ferngelenkte Kleinflugzeuge – ausprobiert. Nach den vorliegenden spärlichen Angaben ist die östliche Seite vermutlich in den Besitz entsprechender Technologien gelangt. Möglicherweise stellte Syrien erbeutete „Drohnen“ aus dem Luftkrieg in Libanon zur Auswertung zur Verfügung.

Die israelischen Streitkräfte verwendeten ferngelenkte Kleinflugzeuge mit verblüffendem Erfolg. So ist „Scout“ von Israel Aircraft Industries seit Jahren im Einsatz. Mit einer Spannbreite von 3,6 Metern und einer Länge von 3,68 Metern erreicht sie eine Höhe von etwa 3000 Metern und kann sich über vier Stunden in der Luft halten. Neuere Modelle haben eine Spannweite von 4,3 Metern, eine Länge von 2,6 Metern und ein Startgewicht von 75 Kilo, davon 15 Kilo für Ausrüstung. Die Flugdauer beträgt sechs Stunden.

Als Köder benutzt

Mini-Modelle, wie sie jetzt offenkundig der Ostblock nachbaut, werden als Köder für elektronische Aufklärung und Störaktionen benutzt. Durch Radarlinsen können sie größere Flugzeuge und Schiffe vortäuschen. Im Normalfall werden sie zur Grenzüberwachung eingesetzt. Ein Sprecher des Grenzschutzkommandos Küste erklärte auf Anfrage der WELT, im norddeutschen Bereich seien diese Flugkörper noch nicht beobachtet worden.

Über die Ausrüstung der – im Westen als „Remotely piloted vehicles“ (ferngesteuerte Drohnen, RPV) – bekannten Kleinflugzeuge des Ostblocks ist bisher nichts bekanntgeworden. Fachleute verweisen darauf, daß die Flugkörper vergleichsweise billig seien. Hinzu kommt, daß sie – da keine biologischen Grenzwerte zu beachten seien – ungleich manövrierfähiger als bemannte Zielflugzeuge seien.

Die neuesten „Drohnen“ können nach Computerprogrammen fliegen und ohne verräterische Emission tief in das gegnerische Land eindringen. Auf Fragen, ob es der westlichen Abwehr gelungen ist, eine (Ost-)Drohne zu erbeuten, schweigen zuständige Behörden.

Am Beispiel Hamburgs zeigt sich die Krise der Gesamtschule

Eine umstrittene Gesetzesänderung soll die ungeliebte und kostspielige Schulform festigen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der zum linken Flügel der Hamburger SPD zählende Schulsenator Professor Joist Grolle ist auf dem besten Wege, dem Senat und der Regierungspartei einen Brandherd zu schaffen, der leicht die ganze Schullandschaft der Hansestadt erfassen kann. Vor dem Hintergrund drastisch zurückgehender Schülerzahlen werden die „Verteilungskämpfe“ zwischen den miteinander konkurrierenden Schulformen – hier das herkömmliche gegliederte Schulsystem, dort die Gesamtschule – zunehmend schärfer. Dabei kommen aus strukturellen Gründen die Gesamtschulen in desto größere Bedrängnis, je geringer das „Schüleraufkommen“ insgesamt ist. Wenn sich dann noch das „Anmeldeverhalten“ der Eltern zu ihren Ungunsten verändert, geraten Gesamtschulstandorte in akute Gefahr.

Genau das ist die Situation, vor der Grolle und seine Planungsexperten heute stehen. Die Anmeldezahlen für das nächste Schuljahr zeigen, daß die Gymnasien sich bei den Eltern nicht nur eines konstanten, sondern sogar eines prozentual eher steigenden Zuspruchs erfreuen – und das aus Gründen, die über Hamburg hinaus von bundesweiter Bedeutung sind, weil sie die nicht wegzudiskutierende Krise der Gesamtschulbewegung insgesamt widerspiegeln.

Joist Grolle und die Bildungspolitiker der Hamburger SPD sind in diesem Punkt ohne Illusionen. Das zeigte sich schon vor einigen Monaten, als Experten, unter ihnen Grolle, auf einer Veranstaltung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) in der Hansestadt die Zukunft dieser Schulform erörterten. Das Fazit war, daß die Gesamtschule keine Ausweitung zu Lasten der Gymnasien erzielen konnte und überdies auch ihre pädagogische Attraktivität aus den 70er Jahren weitgehend eingebüßt hat. Selbst Sozialdemokraten, so beklagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Bodo Schumann, selbst Gesamtschullehrer, bevorzugen diese Schulform keinesfalls.

Der Schulsenator mußte seine Gesprächspartner zudem noch mit einem düsteren Tatbestand konfrontieren:



Schulsenator Grolle

Der Rechnungshof der Hansestadt untersucht gegenwärtig, ob denn wohl der bisher anstandslos anerkannte Sonderbedarf bei Gesamtschulen in der Lehrerstundenzuweisung noch gerechtfertigt sei, nachden die Gesamtschulen in Hamburg seit einigen Jahren nicht mehr Versuchsschulen sind, sondern den Status der Regelschule besitzen. Wenn dieser Rechnungshofbericht vorliege, so warnte Grolle, und die Konsequenzen daraus umgesetzt werden müßten, so werde das die Gesamtschulen in existenzielle Gefahr bringen. Angesichts des mehr als kritischen Zustands, in den Hamburgs Staatsfinanzen geraten sind, konnte der Schulsenator unabhängig von dem Ergebnis des Rechnungshofberichts auch keine nennenswerte finanzielle Hilfestellung zugunsten der Gesamtschulen zusagen. So blieb es denn – neben verstärkter Elternarbeit, um das „Image“ der Gesamtschulen aufzupolieren – im wesentlichen bei dem Plan, durch eine Änderung des Schulgesetzes juristische Standortsicherung zu betreiben.

Die entsprechende Novelle hat Grolle jetzt vorgestellt. Das deutlich erkennbare Ziel ist zum einen eine „Umverteilung“ der Schülerströme zugunsten der Gesamtschulen, zum anderen die Beseitigung von „juristischen Schwachstellen“ in der Schulpolitik des Senats. Die politische Brisanz der Gesetzesänderung liegt unter anderem darin, daß Grundschulen künftig als organisatorisch nicht selbständige Einheiten auch Gesamtschulen zugeordnet werden können. Auf diese Weise soll auf dem Wege des „nahtlosen Übergangs“ der Prozentsatz derjenigen Schüler erhöht werden, die ab Klassenstufe fünf die Gesamtschule besuchen. Das Aufbaugymnasium, das Realschulabsolventen zum Abitur führen soll, wird zum „Technischen Gymnasium“ umfirmiert und dem Ziel dienstbar gemacht, in ihrem Bestand bedrohte Gesamtschul-Oberstufen abzustützen. Die gesetzliche Festlegung einer Mindestzahl von Parallelklassen (Zügigkeit) schließlich soll Schulschließungen erleichtern – natürlich zugunsten von Gesamtschulstandorten.

SPD-Fraktionschef Henning Voscherau witterte schulpolitischen Brandgeruch. Nur Stunden nach Grolles öffentlichem Auftritt in dieser Sache verwies er darauf, daß es sich um einen Alleingang des Schulsenators handele; er selbst, so fügte Voscherau verärgert hinzu, sei „überrascht“.

„Die Dritte Welt rüstet immer stärker auf“

Anhörung in Bonn: Es ist leicht, an Waffen zu kommen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in einer Anhörung von rund zwanzig Fachleuten Erkenntnisse zu der Frage zu gewinnen versucht, in welcher Weise der Rüstungsexport der Industrieländer in solche der Dritten Welt, deren politisch, wirtschaftiche und gesellschaftiche Entwicklung beeinflussen. Besondere Aufmerksamkeit widmeten dabei die Bundestagsabgeordneten der Rolle der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits der Vertreter des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri, Brzoska, verdeutlichte, daß selbst für den theoretischen Fall, daß die Bundesrepublik ihren Rüstungsexport in die Entwicklungsländer vollständig stoppen würde, dies auf den Waffenimport dieser Länder „relativ wenig“ Einfluß hätte. Das Angebot auf dem Weltmarkt sei sehr vielfältig und die Konkurrenz der Anbieter stark, so daß am Rüstungskauf interessierte Länder sich bei anderen als deutschen Anbietern versorgen könnten. Neben dem schwedischen Sipri traten in der Anhörung auch das entsprechende norwegische Institut auf, dazu aus der Bundesrepublik die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) aus Ebenhausen, Vertreter beider Kirchen, der Deutsche Gewerkschaftsbund, „Amnesty International“, sowie die Professoren von Baudissin, Senghaas und Hanf. Bei der von der SPD-Fraktion initiierten Anhörung waren weder Vertreter der wehrtechnischen Industrie, noch solche aus dem wissenschaftlichen Bereichen geladen.

Generell hieß es, trotz zum Teil niedrigsten sozialen Niveaus werde in den Ländern der Dritten Welt immer stärker militärisch aufgerüstet. Die Rüstungsausgaben aller Entwicklungsländer hätten sich von 1968 bis 1980 von 33,3 auf 146,8 Milliarden US-Dollar erhöht. Nach wie vor stamme der ganze überwiegende Teil der Waffenlieferungen in die Dritte Welt aus westlichen und östlichen Industrieländern, vor allem aus den USA und der Sowjetunion. Aber auch die Eigenproduktion der Entwicklungsländer steige ständig. 30 Länder verfügten über eine teilweise von den Industrieländern bereits unabhängige Rüstungsproduktion.

Nach der Analyse von SWP sind die Motive, die Entwicklungsländer veranlassen, Waffen zu kaufen oder selbst zu fertigen, von denen westeuropäischer Staaten nur teilweise abweichend. Genannt wird die Suche nach besserer Unabhängigkeit von externer Belieferung, das Streben nach regionaler Vormachtrolle und die Hoffnung, auf diese Weise Anschluß zu finden an als wichtig erachtete Technologien.

Wie SWP weiter analysierte, macht der Rüstungsexport der Bundesrepublik in Entwicklungsländer weniger als 0,1 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Diese Zahl fußt auf amerikanischen Angaben, da in Bonn keine amtlichen Zahlen veröffentlicht werden. Für den Rüstungsexport arbeiten laut SWP in der Bundesrepublik zwischen 30 000 und 40 000 Menschen. Westdeutsche Waffen seien in der Dritten Welt derzeit recht weit verbreitet, vor allem leichte Infanteriewaffen und Kriegsschiffe. Die Bundesrepublik exportiere nur teilweise direkt Waffen in die Dritte Welt. Ihr sogenannter indirekter Export (Verkauf von Lizenzen, Lieferungen von Fabrikationsanlagen zur Rüstungsproduktion, Exporte auf dem Umweg über Rüstungskooperation mit dem westeuropäischen Ausland) sei bei der Bundesrepublik höher als bei jedem anderen westlichen Industrieland. Innerhalb der NATO ist im übrigen die Bundesrepublik nach amerikanischen Angaben noch vor Frankreich und Großbritannien der zweitgrößte Rüstungslieferant geworden.

Wehner, ein „treuer Freund Israels“

Co. Bonn

Dem langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner ist gestern als „herausragendem Staatsmann und treuem Freund des jüdischen Volkes und des Staates Israel“ die Ehrendoktorwürde der Hebräischen Universität Jerusalem verliehen worden. Die Feierstunde in der Residenz des israelischen Botschafters in Bonn, Ben-Ari, wurde zu einem in der Bundeshauptstadt seltenen übernationalen und überparteilichen Ereignis.

Sichtlich bewegt nahm der siebenundsiebzigjährige, von schwerer Krankheit mitgenommene politische Veteran die Ehrung und den von allen Seiten gezollten Respekt entgegen. Der Kanzler der Jerusalemer Universität, Harman, bezeichnete Wehner als einen „großen Bürger und einen der Architekten des erneuerten Deutschland“. Der Fraktionsvorsitzende des Arbeiterblocks im israelischen Parlament, Shachal, rühmte Wehners Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seinen „zentralen Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung eines deutschen Parlamentarismus“.

Alle Anwesenden applaudierten lebhaft, darunter Bundestagspräsident Barzel (CDU), Ex-Bundeskanzler Schmidt (SPD), die Fraktionsvorsitzenden Vogel (SPD) und Mischnick (FDP), die Staatsminister Vogel und Mertes (beide CDU) und der CSU-Landesgruppen-Vorsitzende Waigel. Ben-Ari verlas unter anderem Glückwünsche des israelischen Ministerpräsidenten Shamir und des Verlegers Axel Springer.

Medienpolitik der SPD jetzt ohne Börner?

PETER PHILIPPS, Bonn

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner will nicht länger Vorsitzender der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD sein. Unmittelbar nachdem aus Teilen der Partei, unter anderem, aus dem SPD-Bezirk Hessen-Süd, scharfe Kritik am „medienpolitischen Salto der SPD“ (Jusos) laut geworden ist, wurde Börners Entscheidung gestern in Bonn bekannt.

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hatte am vergangenen Donnerstag das medienpolitische Aktionsprogramm vorgestellt, das von der Parteikommission erarbeitet worden war. Zu dessen entscheidenden Aussagen gehört das bedingte Ja der SPD zu privaten Rundfunkveranstaltern. Glotz verwies ausdrücklich darauf, daß das Kommissionspapier auch von den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Börner, Rau, Koschnick und Dohnanyi mitgetragen werde. Die Gegenbewegung ließ nicht lange auf sich warten: Der südhessische SPD-Bezirksvorsitzende Willi Görlach verkündete zu der privatrechtlichen Öffnung, die auf dem Bundesparteitag im Mai von den Delegierten abgesegnet werden soll, ein klares Nein. Die SPD müsse alles tun, um die von der „Rechtsregierung mit Unterstützung der Medienkonzerne betriebene Einführung des Kommerzfernsehens“ zu verhindern. Die Jusos sprachen gestern von einer „glatten Fehleinschätzung“ der Medienkommission. In der Bonner Parteizentrale wird allerdings ausdrücklich betont, daß Börners Verzicht damit nichts zu tun habe.

Giftiges Grundwasser in Stuttgart bereitet Rommel Kopfzerbrechen

Trinkwasser-Versorgung nicht gefährdet / Minister Weiser (CDU) spricht von „Zeitbombe“

XING-HU KUO, Stuttgart

Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) steht unter Beschuß, weil das Grundwasser in der Landeshauptstadt hochverseucht ist und der Stadtverwaltung diese Tatsache, die ihr seit Juli 1983 bekannt ist, verschwiegen hat. Die schmutzige Angelegenheit hatte nicht die Stadt Stuttgart ans Tageslicht gebracht, sondern der SPD-Politiker Uli Maurer, „Umweltminister“ im Schattenkabinett der baden-württembergischen SPD. Am 6. Februar gab OB Rommel dann erstmals Einzelheiten bekannt, die inzwischen durch immer gravierendere Details überholt worden sind.

Zunächst hieß es, bei routinemäßigen Messungen durch das Chemische Untersuchungsamt in Stuttgart seien bereits im Sommer 1983 bei „einzelnen Proben“ des Grundwassers chlorierter Kohlenwasserstoff (CKW) in Mengen bis zum 20fachen des zulässigen Höchstwertes von 25 Mikrogramm pro Liter gefunden worden. Dieser Schadstoff kommt häufig von Reinigungsmitteln verschiedenster Art und ist nach Erkenntnissen des Leiters des Stuttgarter Gesundheitsamtes, Professor Gerhard Neumann, „krebserregend“.

In dieser ersten Phase des Umweltskandals wurde von Rommel versichert, die Gesundheit der Stuttgarter sei keineswegs gefährdet, denn die Stadt beziehe ihr Trinkwasser vom Bodensee. Sorge bereitete Stadtverwaltung und Bevölkerung die Frage, ob die zahlreichen Mineralquellen mit dem Grundwasser in Berührung gekommen seien. Bis jetzt wird diese Frage verneint, allerdings hat ein bekanntes Sprudel-Unternehmen sein Mineralwasser jetzt vor der Füllung in die Flaschen erst einmal durch Reinigungsfilter prophylaktisch säubern lassen. Nach Budapest verfügt Stuttgart in Europa über die meisten Mineralquellen.

Da in Baden-Württemberg am 25. März ein neuer Landtag gewählt wird, ist der Grundwasserskandal in Stuttgart sofort propagandistisch ausgeschlachtet worden. Die SPD forderte gar eine „Sondersitzung“ des Landtags. Obwohl von der CDU-Mehrheitsfraktion abgelehnt, hat auch die Regierungsfraktion eine Anfrage an die Landesregierung gestartet. Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) räumte ein, daß in der Frage der öffentlichen Wasserversorgung, die er vor Bekanntwerden der Affäre noch positiv dargestellt hatte, „viele Zeitbomben ticken“. Nicht zuletzt der starke öffentliche Druck hat Rommel nun veranlaßt, einen umfangreichen Maßnahmekatalog der Öffentlichkeit zu präsentieren. Gleichzeitig teilte er Anfang dieser Woche eine neue Hiobsbotschaft mit: im Stadtteil Feuerbach wurde ein CKW-Gehalt im Grundwasser von 13000 Mikrogramm pro Liter, oder das 520fache des zulässigen Höchstwertes gemessen. Der Oberbürgermeister kündigte jetzt an, daß zahlreiche Probebohrungen gemacht werden sollen. Das hochgiftige Wasser in Feuerbach werde schon nächste Woche an die Erdoberfläche gepumpt und mit Aktivkohlefiltern gereinigt.

Altdeponien (rund 30 sind bekannt) sollen daraufhin untersucht werden, ob sie möglicherweise Giftstoffe ins Grundwasser gebracht haben. 1500 Firmen wurden bereits als mögliche Verursacher unter die Lupe genommen. Weitere 1000 Betriebe sollen nach Rommels Angaben überprüft werden. Auch mögliche Giftquellen im Umkreis Stuttgarts sollen mit Hilfe des Regierungspräsidiums und der Gemeinden kontrolliert werden.

Aber nicht nur Stuttgart hat Wasserverschmutzungsprobleme. Die Stadt Bad Schussenried (unweit von Biberach, etwa 100 Kilometer südlich von Stuttgart) hat seit fünf Wochen Müttern von Säuglingen bis zu vier Monaten täglich kostenlos 1,10 DM für den Kauf von etwa zwei Litern Mineralwasser zur Verfügung gestellt. Grund für diesen seltenen Beschluß: das Trinkwasser der Stadt enthielt 65 Milligramm Nitrat pro Liter. Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation: höchstens 45 Milligramm, die EG genehmigt von 1985 an 50 Milligramm, besser wäre jedoch nach europäischer Auffassung eine Höchstgrenze von 25 Milligramm. Nitrat kann gerade bei Kleinstkindern zur gefürchteten Blausucht führen. Inzwischen hat Bad Schussenried den Mineralwasser-Zuschuß wieder eingestellt. Begründung: der Nitratgehalt im Trinkwasser habe sich gebessert. Und: der Ruf der Kurstadt dürfe nicht weiter gefährdet werden....

„Die Jugend muß wissen, wo die Freiheit aufhört“

Französische Schüler sollen die Berliner Mauer sehen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Einige 100 Kilometer weiter westlich habe man die Mauer von Berlin bereits vergessen, deswegen werde er dafür sorgen, daß vor allem die Jugend seiner Gemeinde die Existenz dieser Mauer kennenlernt. Dies hat ein Franzose, der Gaullist und ehemalige Widerstandskämpfer Alain Griotteray, vor einigen Tagen in Berlin-Tempelhof den Berlinern versichert. Griotteray ist Bürgermeister des Pariser Vorortes Charenton, der seit 1977 mit Berlin-Tempelhof ein Partnerschaftsverhältnis unterhält. Zwischen den Städten Paris und West-Berlin kann es ein solches nicht geben, da sich schon 1949 Paris mit Rom verschwisterte und eine Klausel die Ausschließlichkeit dieses Verhältnisses festlegt.

Reise für Schulklassen

Alain Griotteray will seine Ankündigung sehr bald wahr machen. Er hat die Absicht, ganze Schulklassen seiner 27 000-Einwohner-Gemeinde nach Berlin in Marsch zu setzen. Bis zur deutschen Grenze wird die Gemeindekasse die Reisekosten tragen, von da ab soll der Transport von französischen Militärzügen übernommen werden, die regelmäßig und unkontrolliert zwischen Paris und Berlin verkehren. „Unsere Jugend soll wissen, wo die Freiheit aufhört und die Diktatur beginnt, und das kann sie nirgendwo besser erfahren als an der Berliner Mauer“, sagte der Politiker gegenüber der WELT.

Griotteray, nebenher stellvertretender Chefredakteur des konservativen Pariser Wochenblattes „Figaro-Magazin“, hat in Berlin auch zum Thema europäische Verteidigung Stellung genommen. „Wir Deutsche und Franzosen versichern uns dauernd gegenseitig, daß wir zusammen leben wollen. Aber wollen wir auch zusammen sterben?“ fragte er anläßlich seines letzten Berlin-Besuchs. „Sind wir bereit, das Risiko des gemeinsamen Todes auf uns zu nehmen, um weiter gemeinsam leben zu können, mit anderen Worten, uns an unserer gemeinsamen Grenze hier in Berlin zu verteidigen?

Angstvolle Fragen

Die Franzosen der 80er Jahre fragen sich angstvoll, ob die Deutschen noch dazu bereit sind. Nach einem halben Jahrhundert unter fremdem Schutz sind sie Pazifisten und Neutralisten geworden, sehnen sie sich nach einer vagen österreichischen Lösung, die sie aus ihrem 40jährigen Minderheitsstatus befreien könnte.“

Griotteray gibt auf diese Fragen eine verblüffende Antwort: „Die Folgerung aus all dem kann nur lauten, daß Europa seine Verteidigung endlich in die eigene Hand nimmt. Alles andere ist Gewäsch. Europa aber ist Deutschland und Frankreich. Und zwar nicht nur eine deutsch-französische Infanterie, sondern die deutsch-französische Atombombe.“ Griotteray greift damit einen Vorschlag auf, den schon 1980 der Gaullist Sanguinetti kurz vor seinem Tode machte.

Die Seligsprechung – auch politisch aktuell

ALFONS DALMA, Rom

Das Räderwerk der römischen Kirche hat mit den Mühlen Gottes die Langsamkeit gemeinsam. Der polnische Papst Johannes Paul II. hat 98 französische Märtyrer fast 200 Jahre nach deren Opfergang zur Zeit der „großen Revolution" seliggesprochen. Als ein streng kirchliches Ereignis hat der Vorgang seine sakrale Bedeutung, für die französischen Katholiken auch einen tiefen Gefühlswert.

Geistesgeschichtlich, in bezug auf die Beurteilung der Französischen Revolution, war der feierliche Abschluß dieses kirchenrechtlichen Prozesses keine besondere Geste. Die erste Seligsprechung von religiösen Opfern des revolutionären Terrors zur Zeit des großen Umsturzes in Frankreich hatte schon Pius X. knapp hundert Jahre nach jenen Vorgängen proklamiert. Seitdem hat es sieben weitere, wie es in der kirchlichen Sprache heißt, „Erhebungen zur Ehre der Altäre" für das heroische und mit dem gewaltsamen Tode besiegelte Glaubensbekenntnis von Franzosen in den Jahren zwischen 1789 und 1974 gegeben.

Die neueste war außerdem zwischen anderen großen Kundgebungen des Wojtyla-Pontifikats – am Tag zuvor machte der Abschluß des neuen Konkordats mit Italien in der ganzen Welt Schlagzeilen – eingebettet und damit der Einmaligkeit beraubt. Und dennoch war die päpstliche Handlung sowohl politisch als auch geistesgeschichtlich von größter Aktualität.

Der Papst selbst und die Verfasser der kanonischen Begründungsakten haben darauf hingewiesen. So Johannes Paul II.: „Diese Märtyrer fordern uns auf, an die Mengen von Gläubigen zu denken, die noch heute in der ganzen Welt unter der Verfolgung leiden, oft im Verborgenen, aber deshalb nicht weniger grausam und weniger schwer, weil immer dabei die Verweigerung der religiösen Freiheit, die Diskriminierung der Christen, die Unmöglichkeit der Verteidigung, die Internierung und der bürgerliche Tod zur Anwendung kommen. Die Prüfung zahlreicher Zeitgenossen ist ihnen mit den heute Seliggesprochenen gemeinsam."

Glaubenspflicht erfüllt

Weiter sagte der Papst: „Ohne Zweifel, in den Zusammenhängen von großen ideologischen, politischen und militärischen Spannungen konnte gegen sie der Verdacht der Untreue zum Vaterland gelegt werden. Das geschieht im Zuge aller Verfolgungen, gestern und heute ... Was aber diese Menschen wirklich *erlebt* haben, was heute noch in den Protokollen der Gerichte festgeschrieben steht, läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie lediglich entschlossen waren, ihrem Glauben unter Lebensgefahr treu zu bleiben und ihre Glaubenspflicht zu erfüllen, während sich ihre Richter vom Haß gegen diesen Glauben, den sie als unhaltbare Bigotterie und Fanatismus verachteten, leiten lassen."

Kardinal Gabriel Marie Garrone hat auch die diesmal *auserwählten 98* Opfer der Französischen Revolution in die große Reihe der Märtyrer eingeschlossen, die liquidiert worden sind, weil sie für ihre Überzeugung ohne Rücksicht auf Gefahren Zeugnis ablegen wollten: „... von Thomas Morus ... bis Maximilian Kolbe." Daß die Serie auch nach 1945 und bis heute fortgesetzt wird, steht außer Diskussion. Karol Wojtyla erinnert bei jeder Gelegenheit an das Schick*sal der baltischen Katholiken*. Der byzantinische Gottesdienst am ersten Februarsonntag in der Peterskirche war ein Andenken an die Tragödie der unierten slawischen Katholiken. Zehn Tage später kommemorierte das katholische Rom in der historischen Kroatenkirche San Gerolamo den Todestag des von den Tito-Kommunisten verfolgten Kardinal Stepinac. In der Januar-Ausgabe der italienischen katholischen Zeitschrift „Il Regno", die im Rufe des progressistischen Geistes steht und für die dem Datum nach jüngste Revolution, die sandinistische in Nicaragua, einiges übrighat, wurde ein Artikel unter dem Titel „Nicaragua als Tierfarm" veröffentlicht. Darin wird eine Katholikenverfolgung – Pression und Terror – analysiert, deren Todesopfer noch zu zählen sind.

Zornige Scholastiker

Als Antwort darauf ließ ein Angriff des linkskommunistischen „Il Manifesto" nicht auf sich warten. Diese Polemik läßt die geistesgeschichtliche Aktualität der jetzigen Seligsprechung sichtlich werden. Was die leninistisch-marxistischen Scholastiker ganz besonders zornig werden läßt, ist die Feststellung, daß sich „die Institutionalisierung von Revolutionen historisch als ebenso absolutistisch und noch unduldsamer erwiesen hat, als das von ihr gestürzte System". Selbst die Neomarxisten sehen darin eine unzulässige A-priori-Behauptung, ein ideologisches und antirevolutionäres Vorurteil. Sowohl die französische als auch die russische Revolution sind aber inzwischen Gegenstand von so vielen Studien, dokumentierten Analysen und sogar Selbstbekenntnissen der Revolutionäre gewesen, daß der Terror nicht als eine sekundäre Begleiterscheinung des revolutionären Vorganges abgetan werden kann, sondern als eine unabwendbare und gesetzmäßige Entartung der Revolution bezeichnet werden muß.

Die französische Geschichtsschreibung – gleich wie sie sonst mehr prinzipiell zur „großen Revolution" stehen mag – geht nicht mehr über die Tatsache hinweg, daß der jakobinische Terror die Bevölkerung des 28-Millionen-Landes um zwei Millionen reduziert hatte. Selbst kommunistische Rußland-Historiker können seit Chruschtschow nur noch die Zahl der Lenin- und Stalin-Opfer le*diglich um einige Millionen niedriger* zu halten versuchen als die objektive Geschichte.

Die 98 theologisch untersuchten und zur Seligsprechung gelangten Fälle stellen einen repräsentativen Querschnitt der ausgerotteten Bevölkerung dar: zwölf Priester, drei Nonnen, sechs adelige Frauen, vier Bauern oder Handwerker und der Rest Frauen aus dem Bürger- und Bauernstand, darunter eine Hebamme und sechs Minderjährige. Es ist nicht *schwer, den Querschnitt aus den* Konzentrations- und GULag-Lagern oder aus den Liquidierungszügen unseres Jahrhunderts wiederzuerkennen.

Die Sikhs tragen ihren Kampf um mehr Rechte jetzt auf der Straße aus

Verhandlungen mit Neu-Delhi brachten keine Lösung / Zusammenstöße mit Hindus nehmen zu

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Der goldene Tempel in Amritsar, religiöses Zentrum der Sikhs, gleicht einer belagerten Festung. Ein Ring schwerbewaffneter Soldaten paramilitärischer Einheiten trennt die Fronten zwischen Hindus und Sikhs, die militante Angehörige beider Religionsgruppen in den nordindischen Bundesstaaten Punjab und Haryana seit Tagen prügelnd, mordend und brandschatzend überschreiten. Hindus, aufgepeitscht von religiösen Führern, wollen die mehr als zweijährige Agitation der Sikhs nicht mehr hinnehmen. Sikhs kämpfen für mehr Rechte, größere Unabhängigkeit von der Zentralregierung und den Besitz der im Hindu-Staat Haryana gelegenen Stadt Chandigarh, die nach ihrer Meinung eigentlich zum Punjab gehört. Die Lage hat sich gestern erneut verschärft, nachdem zehn Hindus von Sikhs erschossen worden sind. Zu Straßenschlachten kam es in den letzten Tagen auch in Haryana; mindestens zehn Tote und mehr als 100 Verletzte sind die Bilanz. In den meisten Städten der beiden Bundesstaaten herrscht nächtliche Ausgangssperre, das Straßenbild ist von Soldaten bestimmt, die ohne Warnung auf *Teilnehmer von inzwischen verbote*nen Demonstrationen schießen.

Politischer Hintergrund

Der seit mehr als zwei Jahren andauernde Streit zwischen den Sikhs und der indischen Zentralregierung, der seit einem Jahr nicht mehr am Verhandlungstisch, sondern auf der Straße ausgetragen wird, hat Dimensionen angenommen, die an einen Religionskrieg erinnern. Hindus, die in der Vergangenheit stets Opfer von Sikh-Terroranschlägen waren, haben sich in Haryana, wo sie mehrheitlich leben, zum Widerstand entschlossen. Organisiert in den konservativen Hindu-Sammelbecken „Hindu Suraksha Samiti" und „Hindu Shiv Sena" zogen sie zu Tausenden prügelnd, plündernd und brandschatzend durch Städte wie Panipath, 80 Kilometer nördlich von Neu-Delhi, stoppten Busse und Züge, um Rache an Sikhs zu nehmen.

Der Führer der Sikh-Partei Akali Dal, Harchand Singh Longowale, gibt Ministerpräsidentin Indira Gandhi die Schuld an dieser Entwicklung. Sie habe eine Lösung für den Punjab bewußt hinausgezögert, in einigen religiösen Forderungen zwar Zustimmungsbereitschaft gezeigt, die Hauptforderung der Sikhs, Rückführung der in Haryana gelegenen Stadt Chandigarh in den Punjab, aber nicht erfüllt. Aus rein wahltechnischen Gründen, meinen Gandhi-Kritiker, da dies der Regierungspartei bei den bevorstehenden Wahlen Stimmen aus der Hindu-Bevölkerung Haryanas kosten könne. Andererseits will die Ministerpräsidentin durch weitgehende Zugeständnisse an die Sikhs keinen Präzedenzfall für andere religiöse Minderheiten oder Bundesstaaten schaffen.

Der Hintergrund der Punjab-Krise ist allerdings weniger religiöser als vielmehr politischer Natur. Der Akali Dal geht es um die Wiedererlangung politischer Macht im Staat Punjab, die sie mit dem Wahlsieg Indira Gandhis 1980 verloren hatte. „Ein paar Ministerposten für die Akali Dal", so Beobachter der Punjab-Szene, „würden schon reichen, um den Frieden wiederherzustellen."

Doch dieser scheint zur Zeit weiter entfernt als je zuvor. Die Akali Dal wurde, nicht zuletzt durch geschickte Schachzüge Indira Gandhis, Opfer ihrer eigenen Agitation. Als „trojanisches Pferd" in der Partei gilt der militante Sikh-Führer Jarnail Singh Bhindranwale mit seinen meist jugendlichen 200 Anhängern. Stets verhinderten Terrorakte, die auf Bhindranwales Konto gehen, eine greifbar nahe Lösung für den Punjab-Konflikt. Die beiden Verhandlungsparteien, die Akali-Dal-Führung auf der einen Seite, die Regierung Gandhi auf der anderen, lehnten vereinbarte Gespräche ab. Erst am 14. Februar platzte eine lang erwartete Gesprächsrunde zwischen Akali Dal, Vertretern der Regierungspartei und der Opposition. Diesmal waren es Gewalttätigkeiten der Hindus, welche die Sikh-Delegation als Anlaß nahm, *die Gespräche abzusagen*.

Kritik an Parteiführer

Der Verlierer in Punjab scheint schon festzustehen: der moderate Akali-Präsident Harchand Singh Longowale mitsamt seinem Präsidium. Nicht nur Bhindranwale zeigt dem Parteiführer die kalte Schulter. Weitere Akali-Dal-Splittergruppen wie die Sikh-Studentenorganisation „All India Sikh Students Federation", die kleine, aber militante Gruppe „Bhabar Khalsa" üben jetzt offene Kritik an Singh Longowale. Er habe von Anfang an den Standpunkt der Sikhs gegenüber Indira Gandhi zu schwach vertreten.

Die Regierung Gandhi zeigt sich über die Entwicklung überaus besorgt. Anders als Assam, wo im Frühsommer 1983 kommunale Unruhen zur buchstäblichen „Abschlachtung" von Hunderten von Menschen führten, liegen die Staaten Punjab und Haryana unmittelbar vor der Haustür Neu-Delhis; Punjab ist zudem sensitiver Grenzstaat zu Pakistan.

Berlinguer will Koalition aufbrechen

KPI sieht sich durch Eingriff Craxis in die gleitende Lohnskala ins Abseits gedrängt

F. MEICHSNER, Rom

Italiens Kommunisten haben der Regierung Craxi den bedingungslosen Kampf angesagt. Vor dem Zentralkomitee seiner Partei forderte Generalsekretär Enrico Berlinguer die Ablösung des ersten sozialistisch geführten Kabinetts in der Geschichte des Landes durch eine „Programmregierung", der er die kommunistische Unterstützung in Aussicht stellte.

Die ersten Auswirkungen der kommunistischen „Kriegserklärung" bekommt die Bevölkerung seit Tagen mit einer nicht abreißenden Kette „spontaner" Streiks zu fühlen, die vor allem das Transportwesen weitgehend lahmlegen. Sie richten sich gegen die von der Regierung dekretierte Abbremsung der gleitenden Lohnskala.

Die Aufstände blockieren nacheinander die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte des Landes. Sie sprangen von Florenz nach Mailand und dann nach Rom über, wo der kommunistische Flügel des allgemeinen Gewerkschaftsbundes CGIL für gestern auch zur Arbeitsniederlegung in der Indu*strie, im städtischen Transportwesen*, auf den Flugplätzen, in den Krankenhäusern, Zeitungsdruckereien und Schulen aufgerufen hatte. Im Senat stand am gleichen Tag der kommunistische Antrag zur Debatte und Abstimmung, das Lohndekret, mit dem der Inflationsausgleich in diesem Jahr von zwölf auf neun Punkte reduziert wird, für verfassungswidrig zu erklären.

Mit den kombinierten Attacken an der Sozial- und Parlamentsfront zielt Berlinguer darauf ab, die demokratische Fünferkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen aufzubrechen. Unter Führung des sozialistischen Parteisekretärs Craxi hat diese Koalition jetzt zum ersten Mal, gegen den Widerstand der Kommunisten, einen Eingriff auf dem Gebiet der inflationstreibenden Lohndynamik gewagt. Sie realisierte das, was frühere Regierungen mehrfach vergeblich versucht hatten.

Entscheidend schlug dabei die Tatsache zu Buche, daß es Craxi als Ministerpräsidenten gelang, die eigene Partei zu disziplinieren, in der bisher jede staatliche Reglementierung in der Lohnpolitik auf entschiedene Opposition gestoßen war. Er *sicherte sich* darüber hinaus sogar die Zustimmung des sozialistischen CGIL-Flügels sowie der beiden anderen großen Gewerkschaften CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialistisch-sozialdemokratisch-republikanisch).

Die Kommunisten sahen sich dadurch ins Abseits manövriert. Sie befürchten offensichtlich, daß die erfolgreiche Weiterführung der von Craxi eingeleiteten Antiinflationspolitik dem Ministerpräsidenten und seiner Partei zunehmend Sympathie auch bei der bisher kommunistischen Mehrheit der Arbeitnehmerschaft eintragen könnte. Der Alptraum ist eine „französische Entwicklung", das heißt, die Ablösung der KPI als dominierende Partei der Arbeiterklasse durch die Sozialisten. Deshalb entschloß sich Berlinguer zur Generaloffensive.

Er setzt dabei sowohl sein strategisches Projekt einer Linksalternative als auch die Gewerkschaftseinheit aufs Spiel. Die Linksalternative als Fernziel ist ohne sozialistische Beteiligung nicht realisierbar. Durch Berlinguers Frontangriff auf Craxi wird sie ernsthaft in Frage gestellt, denn das Verhältnis zwischen KPI und Sozialisten hat sich dadurch wesentlich verschlechtert. Und die Gewerkschaftsbewegung ist praktisch schon auseinandergebrochen. CISL und UIL haben sich von der kommunistisch beherrschten CGIL abgesetzt, und der CGIL droht die Spaltung.

Voller Zorn bekämpfen Franzosen die Schulreform

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zur gleichen Zeit, in der 3000 Lastwagenfahrer Frankreichs Autobahnen und Fernstraßen in einem Drittel des Landes durch Straßensperren lahmlegten, zogen 400 000 Menschen singend und betend, angeführt von ihrem Bischof und dem Dechant Guibertau, dem Generalsekretär des katholischen Erziehungswesens, durch die bretonische Hauptstadt Rennes.

An den drei vorausgegangenen Wochenenden hatte es ähnliche Umzüge in Bordeaux, Toulouse und Lyon gegeben. Noch nie aber waren so viele Menschen zusammengekommen wie hier in der erzkatholischen Bretagne, die bisher jeden Versuch des Zentralstaates, sie auf den republikanischen Bügel zu spannen, mit Zähnen und Klauen abzuwehren wußte. Allen diesen Menschen aber geht es, ganz gleich in welcher Ecke Frankreichs sie angesiedelt sind, um die gleiche Sache: die Verteidigung des Rechtes eines Vaters und einer Mutter, die Erziehung des Kindes selbstgewählten Lehrern anzuvertrauen. Dieses Recht wird von einem Schulreformgesetz des sozialistischen Erziehungsministers Alain Savary erheblich eingeschränkt und auf lange Sicht mit Aufhebung bedroht.

Der *fanatische Widerstand* der katholischen Elternschaft hat die Regierung offensichtlich überrascht. Savary, vom Temperament her auf Ausgleich bedacht und erfahren in der Behandlung gesellschaftlicher Konflikte, hat in einigen Punkten Terrain aufgegeben. Die seit Monaten in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen ihm und der katholischen Eltern- und Lehrerschaft werden von ihm künstlich hinausgezögert und scheinen von der höheren Weisung diktiert zu sein, die Dinge nicht bis zum Bruch zu treiben.



Erziehungsminister Alain Savary zögert Verhandlungen hinaus.
FOTO: CAMERA PRESS

Im Prinzip soll, entsprechend dem sozialistischen Wahlprogramm von 1981, das Bildungswesen in Frankreich vereinheitlicht und die seit anderthalb Jahrhunderten bestehende Teilung des Bildungsstranges in eine laizistisch-öffentliche und eine religiös-private Schiene beendet werden.

Dies ist an sich schon eine Ungeheuerlichkeit in einem Staat, der trotz dreier laizistischer Republiken, trotz gesetzlicher Trennung von Kirche und Staat und trotz des Aufkommens einer modernen pluralistischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg nie den in der großen Revolution geborenen Antagonismus zwischen der spirituellen und der zeitlichen Gewalt überwunden hat. Im sozialistischen Frankreich von heute treten diese Gegensätze ungleich schärfer zutage. Es genügt zu wissen, daß ein gutes Drittel der Sozialistischen Partei aus Lehrern besteht und daß die „Instituers" in der 267 Köpfe zählenden Kammerfraktion der Partei sogar die absolute Mehrheit haben, um die Eile zu verstehen, mit der die Regierung die Privatschulen, letzte Bastion des Katholizismus, abschaffen wollen. Heute wie 1930 könnte der große Soziologe André Siegfried schreiben: „Kein Militanter der Linken ließ sich bisher überzeugen zu glauben, daß die Kirche ernsthaft für die Republik arbeiten könnte."

Es kommt aber etwas anderes hinzu. Heute kämpfen nicht nur katholische Eltern und praktizierende Gläubige für den Erhalt der Privatschulen, sondern Menschen, die nicht mehr in die Kirche gehen und sogar dem Linksregime nahestehen. Umfragen weisen einwandfrei nach, daß die Befürworter eines privaten Bildungswesens in Frankreich in der Überzahl sind (bis zu 70 Prozent), und dies nicht nur, weil sie als gute Republikaner den Pluralismus gerade im Schulwesen verteidigen, sondern weil die Resultate der rund 10 000 Privatschulen im Vergleich zur öffentlichen Schule seit Menschengedenken einwandfrei besser ausfallen.

Deshalb schicken auch Franzosen mit geringem Einkommen, soweit sie sich das vom Staat durch Subventionen niedriggehaltene Schulgeld leisten können, ihre Kinder lieber zu den Brüdern oder Schwestern. Unter den 80 000, die in Bordeaux, den 150 000, die in Lyon, den 400 000, die in Rennes hinter der Fahne der Jungfrau von Orleans und ihren Spruchbändern durch die Straßen zogen, auf denen die Freiheit der Wahl der Schule verlangt wurde, waren auch Wähler, die 1981 für Mitterrand gestimmt hatten.

Die Dinge werden sich weiter zuspitzen. Das Gesetz kommt im April vor das Parlament, ungeachtet der Aussicht, daß man sich bis dahin geeinigt hat oder nicht. Savary wird sich allein im Palais Bourbon einem erbitterten Widerstand der Opposition gegenübersehen, die, ermutigt von ihren Verzögerungserfolgen, bei der wochenlangen Diskussion des Pressegesetzes, schon jetzt 10 000 Abänderungsanträge (soviel wie es Privatschulen gibt) gestellt hat. Ungleich härter wird der Widerstand auf der Straße sein. Für den 5. März haben Elternschaft und Kirche eine Massenkundgebung in Versailles bei Paris angesagt, die zur Apotheose aller bisherigen Manifestationen werden soll. Es ist nicht ersichtlich, warum Mitterrand, selber ein Zögling katholischer Paulaner-Patres, an seinem Vorhaben festhält. Will er den Krieg? Die Opposition vermutet eine „Flucht nach vorne" des Staatschefs, der angesichts der langsam sich auflösenden Regierungskoalition zwischen Kommunisten und Sozialisten kein anderes Mittel zum Zusammenhalt seiner Truppen sieht.

Wenn Sie gewohnt sind, Ihre Ziele ganz direkt anzusteuern.

Anchorage
Calgary
Vancouver
Montreal
Toronto
Chicago
Boston
New York
Philadelphia
San Francisco
Los Angeles
Dallas
Atlanta
Miami
Mexico
San Juan

Satellitenfoto: Seasat Altimeter Data. Copyright W. F. Haxby, Lamont-Doherty Geological Observatory.

Der direkte Weg ist immer noch der kürzeste. Lufthansa bringt Sie direkt zu 16 Zielen in Nord- und Mittelamerika. Ohne Umweg, ohne Umsteigen und meistens ohne Zwischenlandung. Und das nicht nur ab Frankfurt. Wenn Sie also mit Amerika schnell ins Geschäft kommen wollen: Lufthansa.



Sie finden uns: Halle 9, Stand 9.18.

Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Parteibuch im Waffenrock

Sehr geehrte Damen und Herren,

der am 14. Februar von Ihnen unter der Überschrift „Ohne Parteibuch" veröffentlichte Leserbrief des Herrn Pickert zielt m. E. darauf ab, mir als Berufssoldat der Bundeswehr Grundrechte zu verweigern. Zweifellos ist das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform", das dem Soldaten die staatsbürgerlichen Rechte nur insoweit einschränkt, als es der Auftrag der Streitkräfte zwingend gebietet, ein frag-, diskussions- und verbesserungswürdiges Prinzip. Es hat sich aber auch in Jahrzehnten bewährt.

Das Bild des unpolitischen Soldaten entstammt der Monarchie, hat sich demokratisch nicht bewährt und hat folgerichtig auch nicht überdauert. Vielmehr hat es wesentlichen Anteil daran, daß die Reichswehr unter Vernachlässigung preußischer Traditionen und Ehrbegriffe zum Steigbügelhalter der Hitler-Diktatur verkam. Verletzte sie nicht letztlich ihren auf Volk und Vaterland geleisteten Eid in der bedingungslosen Auslieferung an den „Führer und Reichskanzler"?

Wer uns dieses System heute als „segensreich" offerieren will, muß sich nach seinem persönlichen Anteil an Verbrechen und Elend unseres Volkes fragen lassen, vermag er doch offensichtlich damals wie heute nicht zu unterscheiden, was er seinem Führer und was er seinem Volk schuldig gewesen wäre.

Es gehört für mich zu den äußerst glücklichen Traditionen der Bundeswehr, sowohl durch Öffentlichkeit und Parlament als auch durch umsichtige politische und militärische Führer in den fast drei Jahrzehnten ihres Bestehens vor solchen gestrigen, besser noch: vorgestrigen, aber keineswegs frag- und diskussionswürdigen „Segnungen" bewahrt geblieben zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Schütte,
Major
Klein-Winternheim

*

„Leserbrief: Ohne Parteibuch"; WELT vom 14. Februar

Dem Hinweis auf das „Segensreiche" der von Noske und Ebert bejahten Regelung der Weimarer Republik, *daß in der Reichswehr das aktive* und passive Wahlrecht der Berufssoldaten ruhte, kann nur zugestimmt werden, auch wenn dieser Hinweis in der durch das 1956 erlassene Soldatengesetz getroffenen Festlegung für die Bundeswehr nur zum Stoßseufzer: „Wie schön wäre es, wenn ..." verurteilt ist. Mit der Bestimmung „gleichen Rechts für den Soldaten wie für jeden anderen Staatsbürger" wurde grundgesetzgemäß und edel gemeint ein innerer Zwiespalt in der Bundeswehr verankert.

Möglich, daß die Fehlstruktur am Fall Kießling im Untersuchungsausschuß des Bundestages zutage tritt und in ihrer Grundsätzlichkeit erkannt wird bis zu der Fragwürdigkeit, daß ein ziviler Staatssekretär den Minister der Verteidigung als Oberbefehlshaber im Frieden vertritt.

Schließlich ist die Bundesrepublik der einzige NATO-Partner, in dem Gewerkschaften in der Truppe aktiv tätig werden können. Auch wenn die ÖTV für Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr in ihrer Satzung einen Streik ausschloß, andere Gewerkschaften folgten nicht. Wir erinnern uns an 1965, als ein Erlaß des Bundesverfassungsgerichts auf Klage der ÖTV einen Einspruch des Führungsstabs der Bundeswehr gegen Aktivitäten in der Truppe aufhob und daß Generalinspekteur Trettner und General Pape, Wehrbereichsbefehlshaber III, daraufhin zurücktraten, während spontan die Generale Graf Baudissin und Schmückle den Bundeswehrverband verließen und ostentativ der ÖTV beitraten.

Die ängstliche Sorge, die Bundeswehr könne der Wehrmacht gleichen, führte zur grundsätzlichen Fehlkonstruktion; der Einsicht der Bundeswehrführung wurde ein Riegel vorgeschoben. Wem zu Nutzen, bleibt die Frage. Vielleicht bringt der Fall Kießling noch mehr dazu zutage.

Die Bundeswehr wird sich weiterhin als einzige Truppe mit grundgesetzgemäßen Quereien innerpolitischer Betätigung der Gewerkschaften abfinden müssen. Auf Sicht ist eine qualifizierte Mehrheit für eine Änderung der Festlegung des Soldatengesetzes nicht in Sicht.

H. Schultz,
Grafenaschau

Hiermit beenden wir die Diskussion
Die Redaktion.

Ehrenhüter?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 3. Februar brachten Sie in der Rubrik „Die Meinung der anderen" eine ganze Sammlung schärfster Angriffe, darunter einen bösartigen Artikel des Hamburger Abendblattes zu o. a. Fall, in dem unter anderem zu lesen stand: „Aber kann man einem Mann, den man in aller Öffentlichkeit nackt ausgezogen hat, den man gedemütigt und durch die Gosse gezogen hat, durch ein Wort alles wiedergeben, was man ihm genommen hat?"

Die Frage muß erlaubt sein, wer ist hier „man"? Der Minister doch wohl nicht, sondern die öffentlichen Medien aller Art mit ihrer lüsternen Sensationsmache. Es hätte der WELT gut angestanden, sich deutlich von solcher Form der Berichterstattung zu distanzieren.

Es ist erfreulich, daß nun endlich General Kießling rehabilitiert worden ist – wenn er auch bedauerlicherweise ein Trauma mit sich tragen wird. Es ist aber auch beruhigend, daß es nicht gelungen ist, mit dem angestrebten Sturz des Ministers den Hebel für eine Regierungskrise anzusetzen. Peinlich enthüllend bleibt jedoch die Erkenntnis, daß es den meisten der auf hohem Roß dahertrabenden Ehrenhüter sehr schnell weniger um den General als um einen willkommenen, handfesten politischen Skandal ging. General Kießling dürfte diesen „Helfern" wohl kaum Dank wissen!

Mit freundlichem Gruß
E. Gröpler,
Brigadegeneral a. D.
Gelnhausen

Wort des Tages

» Ich glaube, daß der Mensch besser zu sein versucht, als er ist, als er zu sein glaubt. Ich glaube, daß hierin seine Unsterblichkeit liegt: er versucht, besser, tapferer, ehrenhafter zu sein, als er seiner eigenen Neigung nach jemals sein wird. «

William Faulkner, am. Autor (1890–1962)

Personalien

GEBURTSTAG

In einem Glückwunschschreiben hat Bundespräsident **Karl Carstens** dem früheren Intendanten des Senders Freies Berlin und ehemaligen SPD-Vorstandssprecher in Bonn, **Franz Barsig**, gratuliert, der gestern 60 Jahre alt wurde. Carstens nannte Barsig, der als freier Journalist eine Medienkette von Kiel bis Konstanz bedient und auch für die WELT und für die WELT am SONNTAG tätig ist, „einen engagierten Journalisten". Zu den zahlreichen Gratulanten gehörten auch der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau** und CDU/CSU-Fraktionschef **Alfred Dregger**. Barsig, Sohn eines Bergmannes aus Beuthen, hatte nach dem Krieg zunächst eine „Jugendsünde" begangen, wie er sagte, war Mitglied der Kommunistischen Partei geworden. Unter der Obhut der SPD, die ihn später in ihre Reihen aufnahm, entdeckte er schnell seine großen Talente als Journalist. So war er unter anderem Ressortchef für die Innen- und Wirtschaftspolitik beim „Vorwärts", Sprecher des SPD-Parteivorstandes und stellvertretender Deutschlandfunk-Intendant. 1968 hatte er für zehn Jahre als „Rekordhalter" den Intendantenposten in Berlin übernommen.



Abschied: Von links General a. D. Albert Schnez, Horst Schröder, Marlies Stadler und Fritz Bohnmüller FOTO: KEIL

VERANSTALTUNG

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Horst Schröder** (Lüneburg) wird Geschäftsführer der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, in der der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** Aufsichtsratsvorsitzender ist. Schröder gehörte dem Parlament, das er jetzt verläßt, seit 1972 an. Der Diplomvolkswirt hatte sich ganz besonders als Mitglied im Haushaltsausschuß profiliert. Zu einem Abschiedsempfang, den Dr. **Fritz Bohnmüller** zu Ehren von Horst Schröder in Bonn gab, kamen Politiker und Diplomaten. Unter den Gästen waren **Lothar Haase**, Präsident der Europäischen Rechnungskammer in Luxemburg, der Direktor des Deutschen Bundestages, Dr. **Helmut Schellknecht**, und **Helmuth Burr**, Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt.

Klagen über Behinderungen in Ost-Berlin

rtr, Berlin

Die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin und die anderen westlichen Missionen im Ostteil der Stadt sehen nach Angaben westlicher diplomatischer Kreise ihre Arbeit durch eine zunehmende Überwachung und Kontrolle durch „DDR"-Sicherheitskräfte behindert. In der Ständigen Vertretung werde der Zustand, der die Beziehungen der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland belasten könne, als unerträglich beschrieben, hieß es gestern. Die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen der „DDR" gehen offenbar auf die spektakuläre Ausreise von insgesamt 18 „DDR"-Bürgern Ende Januar zurück, die Zuflucht in der US-Botschaft und der Ständigen Vertretung gesucht hatten. Besorgnis erregten den Angaben zufolge auch Berichte, daß verschiedentlich für „DDR"-Bürger Kontaktverbote ausgesprochen würden. Außerdem soll es Androhungen geben, daß der Besuch in den Vertretungen strafbar sei.

Kein Anspruch auf Entschädigung

AP, Karlsruhe

Wer wegen eines Irrtums eines ausländischen Staates in der Bundesrepublik Deutschland zu Unrecht in Auslieferungshaft sitzt, kann keine Entschädigung aus der deutschen Staatskasse verlangen. Seine notwendigen Auslagen für die gerichtliche Prüfung der Zulässigkeit der Auslieferung müssen ihm dagegen auch in Fällen ersetzt werden, in denen die Bundesrepublik die unberechtigte Verfolgung nicht zu vertreten hat. Diee am Mittwoch veröffentlichte Entscheidung hat der Bundesgerichtshof im Falle eines Türken getroffen, der rund sechs Monate in Auslieferungshaft gesessen hat, weil die türkische Regierung seine Auslieferung wegen Mordes begehrt hatte.

China dementiert Waffenlieferungen

AP, Peking

Die chinesische Regierung hat einem Bericht der britischen Tageszeitung „Daily Mail" vom Dienstag widersprochen, wonach die Volksrepublik China Waffen nach Iran liefern werde. Auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz bezeichnete der Sprecher des Außenministeriums in Peking, Wang Zhenyu, den Pressebericht als „jeder Grundlage entbehrend". Es sei wohlbekannt, daß China im Golfkrieg zwischen Iran und Irak auf strikte Neutralität achte und an keine der kriegführenden Parteien Waffen liefere.

Die Zeitung hatte am Dienstag gemeldet, China werde Waffen und Munition im Wert von einer Milliarde Pfund (etwa vier Milliarden Mark) an Iran liefern. Das Waffengeschäft sei durch Vermittlung Syriens zustande gekommen.

Erstes ökumenisches Institut in Polen

KNA, Lublin

Das erste ökumenische Institut in Polen hat an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Lublin seine Tätigkeit aufgenommen. Das teilte der Leiter der Ökumene-Kommission der Polnischen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Alfons Nossol, gestern in Lublin mit. Seine Hauptaufgabe wird die Förderung des Ökumenismus auf wissenschaftlicher, didaktischer und praktischer Ebene, die Ausbildung der künftigen Theologiedozenten und von ökumenisch engagierten Priestern und Laien sein.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Glemp auf Distanz zur „Solidarität"

Kardinal verurteilt Hungerstreik in Ursus

DW. Brasilia/Warschau

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat sich während seiner Brasilien-Reise öffentlich von der im Untergrund wirkenden Gewerkschaft „Solidarität" in seiner Heimat abgegrenzt. Nach einem Empfang beim brasilianischen Staatspräsidenten General Figueiredo bekräftigte Glemp das Prinzip der Nichteinmischung der Kirche in die Politik. Die Unterstützung der katholischen Kirche für die unabhängige Gewerkschaft, so präzisierte der Kardinal, habe nur gegolten, solange die Tätigkeit der „Solidarität" mit der Sozialdoktrin der Kirche übereinstimmte. Jetzt, da die „Solidarität" offiziell nicht mehr bestehe, sei die Kirche gegen deren Wirken aus dem Untergrund. Allerdings kämpfe sie weiter für die Freilassung inhaftierter Mitglieder der „Solidarität".

Der Primas wandte sich auch scharf gegen die Versuche von Gläubigen in der Pfarrei Ursus bei Warschau, über Proteste und Hungerstreiks die Rückkehr des versetzten Priesters Mieczyslaw Nowak zu erreichen. „Dieser Hungerstreik und die ganze Agitation in der Kirche von Ursus ist das Werk einiger Dutzend Personen, die für sich politisch Reklame machen wollen", sagte Glemp. Er steuerte eine neue Version zu der Auseinandersetzung um den Priester bei, der engagiert für die Ziele der „Solidarität" eintritt. Pater Nowak, so der Primas, habe seine Versetzung selbst beantragt, da eine „destruktive Gruppe" Unordnung provoziert habe. Dieser Darstellung widersprach der Kaplan energisch. Er habe nicht um Versetzung nachgesucht.

Die Äußerungen Glemps über die „Solidarität" liegen auf der Linie des Kardinals, neue Kontroversen mit der Staatsmacht zu vermeiden. Der Primas war bereits im Herbst 1982 zum „Untergrund" der Gewerkschaft auf Distanz gegangen. Für die Kirche war das Thema „Solidarität" offensichtlich spätestens mit dem Verbotsdekret durch Warschau erledigt. Sie konzentrierte sich darauf, Bedrängten Hilfe zu gewähren und einen gewissen Freiraum für oppositionelle Meinungen unter ihrem Dach zu schaffen. Diesen Freiraum zu erhalten, dienen auch die derzeitigen Verhandlungen zwischen Kirche und Staat in Polen.

Gegen heftigen Widerstand aus den eigenen Reihen rät Primas Glemp den Priestern zur politischen Zurückhaltung. Die Regierung hatte ihm eine Liste mit den Namen von 69 sogenannten „extremistischen Geistlichen" übermittelt. Zu diesen zählt Warschau auch zwei Bischöfe, Tokarczuk aus Przemysl und Kraszewski aus Warschau. Einer der so apostrophierten Geistlichen ist auch Pater Nowak, um dessen Versetzung in eine Landgemeinde – nach den Worten Glemps eine „Beförderung" – es jetzt zu der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Gläubigen und der Hierarchie gekommen ist.

Mit früher Wahl will sich Nicaraguas Junta absichern

Boykott der Opposition, falls Ausnahmezustand andauert

dpa/AFP/rtr, Managua

Die Sandinisten haben mit den überraschend früh auf den diesjährigen 4. November angesetzten Wahlen ihren Gegnern innerhalb und außerhalb Nicaraguas den Wind aus den Segeln genommen und etwas für das eigene Überleben getan. Die Opposition hatte die ursprünglich geplante Aufschiebung der Wahlen bis zum nächsten Jahr mit der Begründung kritisiert, die Regierenden wollten lediglich Zeit gewinnen und durch vollendete Tatsachen möglicherweise jede Abstimmung überflüssig machen.

Am 4. November soll die Hälfte der Bevölkerung des Landes – rund 1,5 Millionen Nicaraguaner – für sechs Jahre den Staatspräsidenten, den Vizepräsidenten und 90 Abgeordnete wählen. Der Amtsantritt der neuen Regierung und der verfassunggebenden Versammlung sind für den 10. Januar 1985 vorgesehen. Die Erlaubnis, schon 16jährige an die Urnen zu lassen, soll den Sandinisten die Mehrheit der 300 000 Stimmen dieser Altersgruppe bringen.

Die meisten Oppositionsparteien in Nicaragua wollen die Wahlen boykottieren, wenn die Regierung nicht vorher den Ausnahmezustand und die Pressezensur aufhebt. Solange die „Konterrevolutionäre" im Norden und Süden angreifen, haben die Sandinisten allerdings einen Grund, den Ausnahmezustand nicht aufzuheben. Die Sozialchristliche Partei will an den Wahlen teilnehmen, da sie noch auf eine demokratische Entwicklung hofft.

In Nicaragua wird abgestimmt zwei Tage vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Nach Auffassung von Beobachtern glaubt die Junta, Präsident Reagan könne sich vor den Wahlen keine Intervention in Nicaragua leisten. Ein Sprecher der Sandinisten bestritt jedoch jeden Zusammenhang mit den terminierten US-Wahlen und erklärte, die Sozialistische Internationale habe die Regierung aufgefordert, den Wahltermin vorzuverlegen. US-Außenminister Shultz bekräftigte, seine Regierung hege „keinerlei Plan" für eine militärische Intervention in Nicaragua.

Streit um Todesstrafe

„DDR" wendet sich gegen UNO-Appell der Bundesrepublik

WERNER KAHL, Bonn/Genf

Die „DDR" versucht, den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland für eine weltweite Ächtung der Todesstrafe zu unterlaufen. Vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf reagierte Ost-Berlin im Namen des sozialistisch-kommunistischen Lagers mit einer gewundenen Erklärung auf den Bonner Vorstoß. Die Frage der Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe werde „ausgewogen für die mögliche Praxis aller Staaten flexibel geregelt", hieß es in der „DDR"-Stellungnahme.

Diskussionen über ein neues völkerrechtliches Instrumentarium würfen nur „eine Vielzahl von Problemen auf", meinte die „DDR"-Sprecherin Sabine Kramarczyik. Sie begründete anstelle des derzeitigen Delegationschefs Professor Klenner (SED) das Festhalten an der gegenwärtigen Praxis (Todesstrafe in der „DDR" und in den anderen Ostblockstaaten).

Klenner war zur Eröffnung der Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission – nach einem heftigen Angriff auf Israel – seine Mitgliedschaft in der NSDAP vorgehalten worden. Der Jurist hatte sich zwar gegen solche Vorwürfe im Plenum verwahrt, es jedoch vermieden, sich klar zu äußern, ob er 1944 mit der Mitgliedsnummer 9756 141 in die Nazi-Partei aufgenommen wurde (WELT vom 10. 2.). In der SED-Zeitschrift „Theorie" urteilte Klenner 1977: „Menschenrechtsverwirklichung heißt Klassenkampf."

Kontrolle über Geheimdienste ohne Grüne?

MANFRED SCHELL, Bonn

Grüne Bundestagsabgeordnete sollen keinen Einblick in die Wirtschaftspläne der drei Nachrichtendienste erhalten. CDU/CSU und FDP haben offenbar Befürchtungen, die Grünen könnten die Vertraulichkeit nicht wahren und Informationen, die sie in geheimen Beratungen erhalten, mißbrauchen. Im Plenum des Parlaments, das sich heute erstmals mit diesem Vorgang befaßt, wird es darüber zu einem Streit auch mit der SPD kommen.

Die Koalitionsfraktionen haben den Antrag eingebracht, der Bundestag solle mit absoluter Mehrheit fünf Abgeordnete wählen, die dann die Haushaltsmittel des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) kontrollieren. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse wäre somit eine Beteiligung der Grünen ausgeschlossen. Die SPD hat demgegenüber einen eigenen Antrag eingebracht, der vorsieht, daß jede Fraktion einen Bundestagsabgeordneten für diese Aufgabe stellt. Dies würde bedeuten, daß auch die Grünen elementare Einblicke in die Finanzmittel der Nachrichtendienste, deren Ausrüstung und operative Planung erhielten. Sie haben bei der für Freitag vorgesehenen Verabschiedung des Koalitionsantrages namentliche Abstimmung beantragt. Nach den Vorstellungen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sollen aus ihren Reihen folgende Abgeordnete die Geheimdienste im finanziellen Bereich kontrollieren: Manfred Carstens (CDU), Erich Riedl (CSU), Hans-Günter Hoppe (FDP). Bei den Sozialdemokraten, die zwei Parlamentarier stellen, sind die Namen Rudi Walther und Klaus-Dieter Kühbacher im Gespräch.

Würtz kandidiert im Bundeswehrverband

rmc. Bonn

Erstmals in seiner fast 25jährigen Geschichte könnte der Deutsche Bundeswehrverband im nächsten Jahr einen Vorsitzenden bekommen, der gleichzeitig Bundestagsabgeordneter ist. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Würtz, ein Berufsoffizier außer Dienst, hat sich bereit erklärt, als Nachfolger des gegenwärtigen Vorsitzenden, Oberst a. D. Heinz Volland, bei den im Oktober 1985 stattfindenden Vorstandswahlen zu kandidieren. Mit Würtz zusammen interessieren sich damit für den Verbandsvorsitz fünf Bewerber. Die vier anderen Kandidaten gehören dem gegenwärtigen Bundesvorstand des Bundeswehrverbandes an. Drei sind Oberstleutnants bei Heer und Luftwaffe, einer Kapitänleutnant und Marineoffizier. Würtz erklärte gestern, er werde sich bei der Bundestagswahl 1987 wieder um ein Mandat für den Bundestag bewerben.

Marschroute für den EG-Gipfel abgesteckt

HEINZ HECK, Bonn

Unter Vorsitz des Bundeskanzlers haben sich nach der gestrigen Kabinettssitzung die Minister Genscher, Kiechle, Graf Lambsdorff und Stoltenberg um die Festlegung einer Marschroute für den nächsten EG-Gipfel am 19. und 20. März in Brüssel bemüht. Dem Thema kommt mit Blick auf das Treffen Kohls mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am Freitag besondere Bedeutung zu.

So wird mit Sorge gesehen, daß nicht nur bei Milch und Getreide, sondern auch bei einer Reihe von Mittelmeerprodukten massive Kostensteigerungen eintreten. Aus deutscher Sicht gilt es, objektivierbare Kriterien für die Ausgabenbegrenzung zu ziehen.

Die Vernunft wird wieder konservativ

Eine Wissenschaft will Orientierung in der Krise geben

„Herkunft und Zukunft" ist der Titel einer neuen Reihe des Styria-Verlags, von der die ersten drei Bände vorliegen. Verantwortlich als Herausgeber sind die Professoren Tenbruck, Lobkowicz, Lübbe, Nipperdey und Schramm. Die Reihe will Fundamente für ein neues Bewußtsein legen und verfolgt damit ein Ziel, das an die Autoren hohe Anforderungen stellt. Die Herausgeber sind von der Notwendigkeit ihrer Aufgabe überzeugt.

Die Reihe soll, wie es in der Ankündigung heißt, die heute weitgehend verdrängte Frage nach den geistigen und sittlichen Grundlagen unserer modernen Welt stellen, und sie will damit sowohl der Orientierung des einzelnen als auch der Befestigung von Staat und Gesellschaft in den Lebensformen der Freiheit dienen. Sie will damit einen Beitrag zur Bewältigung jener geistigen Orientierungskrise leisten, die durch den Fortschritt der Daseinsrationalisierung ausgelöst wird. Sie sieht in der inneren Entleerung und Veräußerlichung der immer artifizieller werdenden Lebensverhältnisse die tiefere Ursache jener weitverbreiteten Entfremdungs- und Sinnlosigkeitserlebnisse, die entweder als neue Ansprüche der Solidargemeinschaft angelastet oder als Gewalt und Terror gegen den zum Dienstleistungsbetrieb neutralisierten Staat gekehrt werden.

Eine vorzügliche Einführung in das Programm der Reihe stellt die Untersuchung von Hermann Lübbe „Zeitverhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts" dar, dessen Stand er in der Reflexion auf die Veränderung des Verhältnisses von Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart thematisiert. Herkunft und Zukunft treten immer dramatischer, unvermittelbarer und unbeziehbarer zueinander. Unter dem Druck und der Last eines sich ständig steigernden Tempos des wissenschaftlich-technischen Wandels, einer sich immer mehr differenzierenden und immer komplexer werdenden Zivilisation zerfällt die Einheit der Geschichte, innerhalb derer sich das erfahrungs- und lebensweltgebundene einzelne Subjekt noch identifizieren konnte.

Lübbe wiederholt in dieser Untersuchung seine These, daß die emanzipatorische Kulturrevolution des letzten Jahrzehnts von einer fundamental falschen Voraussetzung ausging, wie er meinte, erstarrte und zementierte Strukturen erst „zum Tanzen" bringen zu müssen. Ganz im Gegenteil sei es unser Problem, dem rasanten Wandel, seinen Folgen und unvorhersehbaren Nebenwirkungen noch entsprechen zu können. Lübbe sieht die Geschichtlichkeit unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation in ihrer beispiellosen Dynamik und der unwiderstehlichen Macht, mit der sie alle Daseinsordnungen und Lebensverhältnisse in den Sog ihres alles verändernden Fortschritts zieht. Seine Sorge ist es nicht, daß wir in sklerotischen Strukturen und Verhältnissen an Erstarrung und Verkalkung zugrunde gehen, sondern daß die von dem Beschleunigungstempo des zivilisatorischen Wandels ausgehenden Zumutungen die Grenzen unserer anthropologischen und kulturellen Belastbarkeit und Wandlungsfähigkeit übersteigen.

Damit ist ein entscheidender Punkt angesprochen, der die progressive Linke von den sogenannten Neokonservativen trennt. Die Gegenwart schrumpft immer mehr zu einem flüchtigen Übergang, in welchem die Geschichte *ins unwiederholbar* Vergangene und damit Vergessene versinkt und jeder Zukunftsentwurf von der Dynamik des Prozesses dementiert und überholt wird. Die Folgen sind sind Geltungsverlust der Tradition und schwindende Zukunftsgewißheit. Die Geschichte verfällt dem Museum und die Zukunft der Utopie. Unter diesen Bedingungen muß die Vernunft konservativ werden, das heißt, sie plädiert für schonenden Umgang mit Traditionen.

Die Argumentation von Hermann Lübbe ist für den nachvollziehbar, der seine Auffassung teilt, daß wir es in der Gegenwart nicht mit einer Ziel-, sondern mit einer Steuerungskrise zu tun haben. Dann ist Kultur allerdings nicht mehr und nichts anderes als ein Phänomen, das den wissenschaftlich-technisch gesteuerten Prozeß kompensiert.

In die Radikalität einer vielleicht nunmehr *fälligen und notwendigen Fragestellung* führt uns das bedeutende Werk von F. H. Tenbruck „Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen". Es enthält einen überwältigenden Reichtum an Erkenntnissen, Einsichten, an originellen Perspektiven und produktiven Fragestellungen – es ist ein Buch, an dem sich die Geister scheiden. Thematisch handelt es von den Sozialwissenschaften, genauer von der Soziologie als der leitenden Orientierungs- und Führungswissenschaft der Kultur des 20. Jahrhunderts.

Das Buch von Tenbruck ist die im Ansatz radikalste und in ihren möglichen Konsequenzen weitestreichende Kritik, die an der

Hermann Lübbe:
Zeitverhältnisse
Zur Kulturphilosophie des Fortschritts. 151 S., 24 Mark.
Friedrich H. Tenbruck:
Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen
328 S., 45 Mark.
Heinrich Schipperges:
Die Vernunft des Leibes
Der Wandel der Begriffe Gesundheit und Krankheit seit der Aufklärung. 136 S., 45 Mark. – Alle im Verlag Styria, Graz/Köln.

Soziologie als Macht der kulturellen Prägung und Gestaltung menschlichen Lebens bisher vorgetragen wurde. Sie ist eine Destruktion des Anspruchs, der mit dieser Wissenschaft verbunden war, die geschichtlich-gesellschaftlichen Bedingungen und Gesetze des kulturellen Daseins des Menschen wissenschaftlich objektiv zu erkennen und das zu leisten, was man eine abschließende Theorie der Gesellschaft genannt hat. Die Sozialwissenschaften wurden für Tenbruck zu einer ebenso ungewöhnlichen wie undurchschauten Macht über unser privates wie öffentliches Dasein, weil sie – auf vielfältigen, verschlungenen und versteckten Wegen – zu den Autoritäten geworden sind, die uns die gesellschaftliche und geschichtliche Wirklichkeit, in die wir uns *hineingestellt* finden, auslegen.

Die Frage Tenbrucks ist also nicht wissenschaftstheoretischer oder wissenschaftsmethodologischer Natur, sondern es interessiert ihn zu erfahren, woher und worin die Stellung der Sozialwissenschaften als einer kulturellen und geistigen Macht, als einer Herrschaft über die moderne Kultur begründet ist. Ein wichtiger Teil seiner Antwort besteht in dem Nachweis, daß die Soziologie nicht als erfolgreiche Wissenschaft zugewachsen ist. Im Gegenteil: Die Sozialwissenschaften haben von ihren umfassenden theoretischen Programmen, ihren An-


Hermann Lübbe — Friedrich H. Tenbruck — Heinrich Schipperges
FOTOS: DIE WELT

sprüchen und Ambitionen in Wirklichkeit wissenschaftlich nichts einlösen können. Ihren epochalen Erfolg verdanken sie ihrer Funktion, einem bestimmten Weltbild als Vehikel zu dienen.

Als Produkt der Aufklärung spielen sie die Rolle eines Funktionärs des Glaubens, dem die Aufklärung zum Siege verholfen hat, nämlich die transzendent begründeten Ansprüche der Religion durch Wissenschaft säkular und diesseitig einzulösen. Es ist außerordentlich erhellend, wie Tenbruck die Karriere der Sozialwissenschaften aus der Glaubensgeschichte der Moderne und ihren Weltanschauungskämpfen herleitet. So wie die mathematischen Naturwissenschaften erfolgreich die äußere Natur unter Kontrolle des Menschen gebracht zu haben schienen, so sollten die Sozialwissenschaften für das gesellschaftliche, soziale Dasein des Menschen leisten, was Proudhon eine Defatalisierung des Schicksals nannte.

Die Auslegung des Wissenschaftsverständnisses der Sozialwissenschaften in Analogie zu dem der mathematischen Naturwissenschaften ist nun die Quelle einer ständigen Selbstmystifikation der Sozialwissenschaften. Sie analysieren keineswegs voraussetzungslos in der Haltung empirischer Objektivität die gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern setzen in einer methodischen, kontrollierbaren Weise ein ihren Weltbildprämissen entsprechendes, reduziertes Modell der Wirklichkeit an die Stelle der Wirklichkeit, ein Modell, das den Menschen als Produkt *seiner sozialen Bedingungen* unterstellt.

Tenbruck spricht von einer fundamentalen Paradoxie. „Nirgends gestand man sich ein, daß der übermächtige Drang zur geistigen Herrschaft auf das praktische Eingeständnis hinausließ, daß die gesellschaftlichen und geschichtlichen Vorgänge von den Vorstellungen abhängig seien, die sich die Menschen davon machten. Nirgends machte man sich ein Gewissen daraus, daß der Griff nach der geistigen Herrschaft einen Glauben an die Macht der Ideen belegte, der die Theorie einer durch Ideen unbeeinflußten Gesellschaft Lügen strafte." Damit gewinnt die These Tenbrucks von der Abschaffung des Menschen durch die Sozialwissenschaft Konturen. Die Abschaffung besteht darin, daß man ihn durch Reduktion der Wirklichkeit seiner eigenen Möglichkeiten auf – grob gesprochen – das verkürzt, was für eine möglichst angenehme, schmerzfreie und reibungslose Daseinsführung sorgt.

Ganze Bestände der Wirklichkeit fallen also aus dem Wahrnehmungs- und Interessenhorizont der Sozialwissenschaften heraus: Natur, Kultur, Staat, Familie, Religion. Tenbruck fordert daher zu Recht die Rehabilitierung der spezifisch zur deutschen Tradition gehörenden und in ihr entwickelten Soziologie, eine Besinnung auf das Erbe Diltheys, Simmels und vor allem Max Webers, als dessen kongenialer Interpret sich Friedrich H. Tenbruck in seinem Buch erweist. So wird sich niemand wundern, daß er in der Tradition Max Webers die für Sinn und Zweck der Wissenschaft entscheidende Frage herausarbeitet: Was ist wert, gewußt zu werden? Diese Frage ist aber nach den Prinzipien der Weberschen Wissenschaftslehre selbst wissenschaftlich nicht zu entscheiden.

Die Grenzen Tenbrucks, an denen jede kritische Auseinandersetzung mit ihm ansetzen muß, sind auch im Grunde Grenzen, die auch die Auseinandersetzung mit Max Weber bisher bestimmt haben. Es ist nur eine Folge dieses mit Weber geteilten Wissenschaftsverständnisses, daß Tenbruck weder Hegel, Marx noch den Ansätzen der Frankfurter Schule von Horkheimer bis Habermas ganz gerecht wird.

Nur kurz können wir auf das schöne Buch von Heinrich Schipperges hinweisen, der dem Wandel der Begriffe *Gesundheit und Krankheit* seit der Aufklärung nachgeht und eine Art Paradigmawechsel in der Medizin feststellt: Das naturwissenschaftliche Paradigma wird ersetzt oder besser transzendiert durch neue, bisher übersehene oder vergessene Dimensionen – die psychosomatische, die soziale, die kulturanthropologische, die naturphilosophische, ja die theologische Dimension.

Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist der stetig anwachsende Prozentsatz von Zivilisationskrankheiten wie Freßsucht, Trunksucht, Drogensucht und psychosozialer Streß. In der Zunahme dieser Art von Krankheiten spiegelt sich der Erkrankungsprozeß unserer Gesellschaft. Eine den objektivierenden, reduktionistischen Kategorien naturwissenschaftlicher Medizin verhaftete Heilpraxis stößt angesichts dieser Phänomene verständlicherweise an ihre Grenzen. Schipperges plädiert daher ebenso temperamentvoll wie leidenschaftlich für ein neues Bündnis von Medizin und Philosophie. Platon und Nietzsche sind seine großen Zeugen.

Es leuchtet ein, daß die Frage, was eigentlich Gesundheit ist, mit den Kategorien naturwissenschaftlichen Denkens nicht beantwortet werden kann. In der Konsequenz der Perspektiven Schipperges liegt nicht weniger als das Programm einer Kulturrevolution, die mit den alten Kategorien progressiv und konservativ nicht mehr beschrieben werden kann.

GÜNTER ROHRMOSER

Mit Heilserwartungen in den Klassenkampf

Angelika Senges Arbeit über den Atheismus des Marxismus

Die Arbeit von Angelika Senge kann besonderes Interesse wegen ihres letzten, des sechsten Kapitels beanspruchen, das bei der Vorlage im Promotionsverfahren vom Fachbereich Katholische Theologie der Universität Münster zurückgewiesen wurde. Es handelt über „Marxistische Christen und christlicher Atheismus" und setzt sich kritisch mit der Position der „Christen für den Sozialismus" auseinander, die vor allem in Lateinamerika erhebliche Virulenz an den Tag legen – im Rahmen der dortigen revolutionstheologischen Tendenzen und der „Basiskirchen", aber auch bis in linksradikale Führungszirkel hinein, z. B. in Nicaragua –, die aber auch in Europa *militante theologische Fürsprecher* haben, allen voran Dorothee Sölle, Gerhard Bonné und Giulio Girardi, die Angelika Senge vornehmlich behandelt.

Die Verfasserin hatte sich mit ihrer fundierten Kritik wohl zu beherzt in die Höhle des Löwen gewagt, weist doch der Münsteraner Fachbereich ein durchsetzungsfähiges Kontingent „politischer Theologen" auf, die mit den „Christen für den Sozialismus" sympathisieren und derartige Kritik offensichtlich nicht gern entgegennehmen. Erfreulicherweise haben wir aber, da nicht im

Angelika Senge:
Marxismus als atheistische Weltanschauung
Zum Stellenwert des Atheismus im Gefüge marxistischen Denkens. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn. 329 S., 58 Mark.

„Sozialismus" lebend, immer noch die freie Öffentlichkeit, der trotz solcher Zurückweisung kritische Stimmen nicht verborgen bleiben.

In den vorangehenden Kapiteln zeigt Angelika Senge in weit ausholender, minuziöser, doch zugleich auf die wesentlichen Lehrstücke bei Karl Marx und Friedrich Engels konzentrierter Darstellung, daß der Marxismus in seinem Kerngehalt und in allen maßgeblichen theoretischen und praktischen Folgerungen materialistische Weltanschauung ist, die ein Gesamtbild von Natur und Geschichte konstruiert, innerhalb dessen der Mensch als das „höchste Wesen für den Menschen" angesetzt ist und „verwirklicht" werden soll. Wie die Autorin – im Gegenzug gegen häufige Versuche, Marx von seinen marxistischen Nachfahren, aber auch schon von Engels scharf abzuheben – überzeugend belegt, verknüpft diese Weltanschauung schon im Anfang den geschichtsanalytischen „historischen Materialismus" mit dem universalen Anspruch eines die ganze Natur und alles Seiende fixierenden „dialektischen Materialismus", der dann mehr und mehr dogmatischen und totalitären Systemcharakter annimmt.

In dem geschlossenen System des orthodoxen *Marxismus* ist für religiöse Vorstellungen, ist für Gott, ist namentlich für den christlichen Glauben an einen persönlichen Gott dezidiert kein Platz. Den erklärten *Atheismus erweist* Frau Senge als zentralen Bestandteil der Marxschen und marxistischen Weltanschauung. Er kann nicht als persönliche, zeitbedingte, eher beiläufige Option von Karl Marx verharmlost werden. Folglich vermögen echte Marxisten religiös motivierte Kombattanten aus lediglich taktischem Interesse als nützliche Helfershelfer *zu instrumentalisieren*, nicht aber als gleichwertige originäre Partner anzuerkennen.

Ein machtzweckfreier, wirklich offener Dialog ist unmöglich. Er hat sich auf längere Sicht *immer* wieder als aussichtslos und vergeblich herausgestellt. Die Reformkommunisten der sechziger Jahre, die ihn ehrlich aufnahmen, haben ihre Positionen innerhalb der etablierten kommunistischen Parteien nicht halten können. Sie hatten Marx und den Marxismus schon im Ansatz zu partiell angeeignet und zu subjektiv interpretiert, um fest genug verankert zu sein. Insofern beruhte der „Dialog" auf der Selbsttäuschung der meisten daran Beteiligten.

Wenn die „Christen für den Sozialismus" heute nicht mehr nur einen Dialog mit Marxisten führen, sondern den Marxismus „übernehmen" wollen (jedoch nur als wissenschaftliche und politische Methode, nicht dagegen als Weltanschauung), so versehen sie sich an der notwendigen inneren und äußeren Einheit der marxistischen Lehrstücke und Strategievorstellungen. Kapitalismusanalyse und Revolutionsstrategie sind *in ihrer Radikalität*, Einseitigkeit und Apodiktik nur verständlich auf dem Grunde des weltanschaulichen Wahrheitsabsolutismus. Dies arbeitet Senges Publikation stringent heraus.

Infolgedessen müssen die Theologen, die sich in den Dienst der „Christen für den Sozialismus" stellen, schwerwiegende Uminterpretationen und Reduktionen zentraler christlicher Glaubensgehalte vornehmen, um diese – scheinbar – marxistisch adaptierfähig zu machen. Die christliche Heilserwartung wird von ihnen zum Postulat rein im*manenter revolutionärer* Befreiung aus ökonomischen und politischen Entfremdungsverhältnissen durch Klassenkampf – bis in die Kirche hinein – heruntergestuft.

Was noch übrigbleibt – der Klassenkampf bis aufs Messer –, wird von konsequenten Kommunisten allemal effizienter geleistet als von jenen Christen, die sich ihnen andienen und doch mit ihren mentalen Reservationen nur als halbherzige Schwächlinge erscheinen. Zwischen theistischem Christentum und atheistischem Marxismus gibt es in den weltanschaulichen Grundüberzeugungen und in den weltpolitischen Zielsetzungen keine Korrespondenz.

ALEXANDER SCHWAN

Ein GULag im Fernen Osten

Xing-hu Kuo berichtet über Entwicklungen in Nordkorea

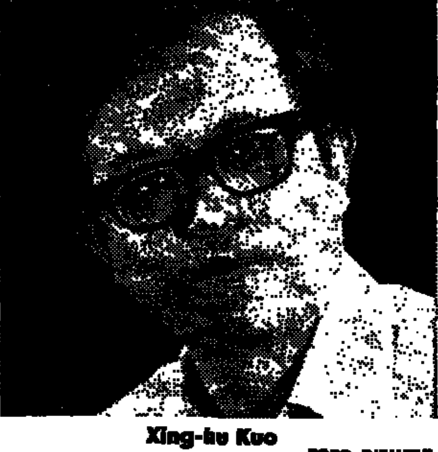
In seinem Buch über Nordkorea hat Kuo, ein deutscher Autor chinesischer Abstammung, eine Fülle von Material über die kommunistische Wirklichkeit in diesem Staat zusammengetragen. Dabei zieht der Verfasser eine treffende Parallele zwischen der Gruppe um den heutigen Diktator Kim Il-Sung in Pjöngjang und der Gruppe Ulbricht in Ost-Berlin, die beide durch den Kreml eingesetzt wurden. Zugleich arbeitet er den Vorteil Kims heraus, der sich als „Befreier" von der ausländischen Kolonialmacht Japan hinstellen konnte.

Den Wert der umfassenden Faktensammlung beeinträchtigt die Wiedergabe zahlreicher Gerüchte und Spekulationen über Kim Il-Sung und dessen Sohn und „*Thronerben*" Kim Chong-Il. Eindrucksvoll belegt Kuo

Xing-hu Kuo:
Nordkorea
Ein GULag im Fernen Osten.
Seewald Verlag, Stuttgart. 264 S., 36 Mark.

hingegen seine These, daß der Personenkult um den zum Gott erhobenen Kim senior die organisierte Verherrlichung von Adolf Hitler, Josef Stalin und *Mao Zedong* noch weit in den Schatten stellt.

Der Tragik der Teilung Koreas widmet Kuo, der die deutsche Teilung aus eigener Erfahrung kennt und in der „*DDR*" siebeneinhalb Jahre lang inhaftiert war, breiten Raum. Er macht anschaulich, daß Koreas Teilung viel perfekter ist als die Teilung *Deutschlands: Im „Land der Morgenfrische"* gibt es seit fast 40 Jahren nicht einmal Telefon-, Brief- oder Reiseverkehr. Der Autor betont, daß beiden Grenzen der Schießbefehl, die Minen und der *Stacheldraht* gemeinsam sind, und verweist darauf, daß der Korea-Krieg (1950 bis 1953) die von rund 600 000 Nordkoreanern genutzte letzte Chance bot, in den Süden zu fliehen. Daher


Xing-hu Kuo
FOTO: DIE WELT

seien viel mehr Familien getrennt worden als in Deutschland, und daher äußere sich der *Wunsch* der Koreaner nach Wiedervereinigung besonders stark. In Nordkorea, dies wird mit präzisen Angaben belegt, gibt es heute mindestens acht Konzentrationslager mit rund 105 000 politischen Gefangenen.

Mit Recht macht der Verfasser auf die in der Abwehr der japanischen Expansion begründete Schicksalsgemeinschaft zwischen Koreanern und Chinesen aufmerksam, die heute noch in den Beziehungen sowohl zwischen Pjöngjang und Peking als auch zwischen Seoul und Taipeh nachwirkt. Dabei geht er auch auf die vom Buddhismus und Konfuzianismus geprägten vielfältigen kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Völkern ein.

In dem Band wird zwar die Dschutsche-Ideologie Kim Il-Sungs einige Male erwähnt, wobei aber der Begriff nicht erläutert, sondern verschiegen wird, daß Dschutsche (wörtlich: self-reliance bzw. Autarkie) dem Regime auch als Grundlage für das vom Autor behandelte Lavieren Nordkoreas zwischen den beiden kommunistischen *Großmächten Sowjetunion und Rotchina* dient.

Der 1938 als Sohn eines in ganz Südostasien bekannten Zeitungsverlegers in Indonesien geborene Autor lebt und arbeitet seit 1957 in Deutschland. 1978 erschien im selben Verlag sein Buch „Das geteilte Korea", 1982 folgte das vielbeachtete Werk „Freies China".

HEINER KLINGE

Meinungen mit Schlagseite

Eine neue politische Zeitschrift stellt sich vor

In diesen Tagen ist die zweite Ausgabe der neuen „Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden" (so der Untertitel) *auf den Markt gekommen. Etablieren will* sie sich unter dem prägnanten Kürzel „S + F". Ob ihr das gelingt, bleibt abzuwarten, jedenfalls ist es ein wagemutiges Experiment. Abzuwarten bleibt auch, ob eine Schrift, die ihren Hang zur Veränderung, zur Innovation, zur Kritik des Bestehenden trotz aller gegenteiligen Beteuerung geradezu plakatiert, in etablierter Wissenschaft und Politik ausreichend Echo finden wird.

Erstmals erschien das neue Periodikum, das sich mit der Erhaltung und Sicherung des Friedens beschäftigt, im vergangenen Herbst, als die Republik widerhallte vom öffentlichen Streit um den Sinn des NATO-Doppelbeschlusses. Damals lag es natürlich nahe, als Themenschwerpunkt den „heißen Herbst" zu präsentieren, mit einer Reihe

S + F
Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden
Nomos Verlag, Baden-Baden. Jahresabonnement 38 Mark.

von Aufsätzen zur Einordnung der „Friedensbewegung", den rechtlichen Problemen des Widerstandes" gegen die Stationierung neuer Nuklearwaffen und schließlich zu ethischen Fragen der Verteidigungspolitik.

Einheitlich – gewiß – waren die dargestellten Meinungen nicht. Doch schon bei der ersten Ausgabe hatte man einen Eindruck, der sich nach der Lektüre der zweiten noch verstärkt: *dem Anspruch*, ein Diskussionsforum gegenteiliger Ansichten zu sein, wird die Zeitschrift bis jetzt nicht gerecht. Das „Editorial" der Herausgeber, das Start und Zukunft von „S + F" mit einer Reihe von redaktionellen Prinzipien bestimmen sollte, verlangt mehr, als sie selbst in den ersten beiden Nummern zuzulassen bereit waren. Folgender Satz, bliebe er (künftig) nicht nur deklaratorisch, könnte die neue Zeitschrift in einen allseits akzeptierten Rang heben. „Wer aus der Zusammenschau der unterschiedlichsten Analysen, Positionen und Perspektiven Realität darstellen, begreifen und gegebenenfalls auch verändern will, muß abweichend Meinungen tolerieren und *unbequeme Kritik ertragen können*

Wer sind die Herausgeber? Neben Dieter S. Lutz, dem stellvertretenden Direktor des Baudissi-Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Hamburger Universität, der sich dort wie in seinen Schriften als wissenschaftlicher Vertreter einer stark zu verändernden Sicherheitspolitik in Europa ausgewiesen hat, sind es ähnlich denkende beamtete Wissenschaftsräte und Offiziere der Fachrichtungen Soziologie, Politik und Psychologie aus dem „schmalen Wissenschaftsbetrieb" der Bundeswehr zwischen Führungsakademie, Hochschulen und Sozialwissenschaftlichem Institut. Diese Gruppe mag es subjektiv als befreiend empfinden, entfernt von den hierarchischen Strukturen der Lehr- und Ausbildungsorganisation der Streitkräfte ganz eigene Analysen und Thesen zur Friedensproblematik im Atomzeitalter entwickeln und vortragen zu können. Nur reicht das nicht für die beabsichtigete Zusammenschau".

Eine solche *existiert* bislang nur dem Buchstaben nach. Denn die Breite linkstheoretischer *Friedensansätze* – die analytisch mit dem Heruntergewichten von Bedrohungen durch die Sowjetideologie beginnen und sich programmatisch in die Lutz-Thesen von einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) steigern – wirkt durch Autoren wie die CDU-Politiker Mertes und Wörner oder auch durch den vormaligen NATO-Oberbefehlshaber Franz-Joseph Schulze nur mühsam konterkariert. Um es unumwunden zu sagen: Die Letztgenannten werden zum Feigenblatt einer Wissenschaftsposition gemacht, die kaum sachlich mit dem Andersdenkenden diskutieren will, sondern auf politische Wirkung aus ist, auf politische Veränderung.

Dies kritisch anzumerken heißt nicht eine *grundsätzliche* Verdammung *des* Experiments. Es heißt, bei den Herausgebern die Verwirklichung der selbstgesetzten Prinzipien anzumahnen.

RÜDIGER MONIAC

Wo verlaufen die Grenzen?

Zur deutschen Frage und ihrer Rolle in der Ostpolitik

Da sich das staats- und völkerrechtliche Schrifttum zur „deutschen Frage" kaum noch überschauen läßt, ist es gut, wenn gelegentlich knappe Darstellungen über wichtige Teilaspekte dieser vielschichtigen Problematik informieren. In *seiner mit einem breiten dokumentarischen* Anhang und bibliographischen Hinweisen versehenen Analyse befaßt sich Dieter Blumenwitz zunächst mit dem Fortbestand Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, wobei er mit Recht von der Staatenpraxis der Siegermächte ausgeht. Die Kontinuität des deutschen Staates über das Jahr 1945 hinaus gehört seit 1949 zum *staatsrechtlichen Selbstverständnis* der Bundesrepublik Deutschland.

Nach anfänglichem Zögern setzte sich in der Praxis der Bundesrepublik die Identitätstheorie durch, nach der die durch das Grundgesetz statuierte staatliche Ordnung mit der größeren Ordnung des deutschen Gesamtstaates „identisch" sei; die Identität

Dieter Blumenwitz:
Was ist Deutschland?
Staats- und völkerrechtliche Grundsätze zur deutschen Frage und ihre Konsequenzen für die deutsche Ostpolitik. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn. 175 S., 18,80 Mark.

der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich ist eine rechtliche, nicht aber eine geographische. So führte die Bundesrepublik Deutschland die vom Deutschen Reich abgeschlossenen zwei- und mehrseitigen Verträge fort und *bekannte* sich auch zu dessen Schulden.

Blumenwitz legt dar, daß eine Reihe von Bestimmungen des Grundgesetzes diese wichtige Grundeinstellung der Verfassung reflektiere. So gehen die Artikel 16 und 116 des Grundgesetzes von der „deutschen Staatsangehörigkeit" aus (und nicht von einer Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland) und unterstreichen damit die Fortexistenz des gesamtdeutschen Staatsvolkes. Er verweist außerdem auf die Artikel 23 und 146. Das in der Präambel enthaltene *Einheitswahrungs-* und Wiedervereinigungsgebot stehe im Einklang mit allen anderen Verfassungszielen, so daß die Wiedervereinigungspolitik nicht als friedensstörend *bezeichnet werden könne*.

Auch wenn Blumenwitz den Wandel im staatsrechtlichen Selbstverständnis der „DDR" behandelt, hätte er klarer herausarbeiten müssen, daß die *letzte und entscheidende* Wandlung in der Argumentation Ost-Berlins 1956 eintrat, als man verkündete, beide deutsche Staaten seien Nachfolger des untergegangenen Deutschen Reiches mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten. Widersprochen werden muß Blumenwitz' Feststellung, die entsprechenden Souveränitäts-Einbußen der „DDR" ließen sich völkerrechtlich nicht so klar dokumentieren wie die der Bundesrepublik. Während die drei Westmächte in dem am 5. Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschland-Vertrag ihre nach wie vor geltenden Vorbehaltsrechte klar spezifiziert haben, hat sich die Sowjet*union in* allen *wichtigen bilateralen* Verträgen mit der „DDR" immer *gehütet*, ihre Vorbehaltsrechte sachlich einzugrenzen.

In seinen Darlegungen über „Die Konsequenzen der neuen deutschen Ostpolitik für den Fortbestand Deutschlands in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937" analysiert Blumenwitz den „grundlegenden Wandel der deutschlandpolitischen Konzeptionen", den die SPD/FDP-Bundesregierung im Herbst 1969 eingeleitet hat. Dabei bezieht er nicht nur die Verträge von Moskau und Warschau aus dem Jahre 1970, das Vier*mächte-Abkommen* über Berlin vom 3. September 1971, die vertraglichen Abmachungen mit der „DDR" von 1972 und den Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973, sondern auch die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in seine Darstellung ein. Gut herausgearbeitet hat Blumenwitz die Elemente des „Offenhaltens der ‚deutschen Frage'". So hat die Bundesrepublik Deutschland durch *die Ostverträge* nicht über deutsche Gebiete verfügt. Auch hat sie darin keine förmliche völkerrechtliche Anerkennung des bestehenden beiderseitigen Besitzstandes ausgesprochen.


Dieter Blumenwitz
FOTO: SVEN SIMON

Wichtig ist Blumentwitz' Hinweis, zum Offenhalten der „deutschen Frage" zählten auch politische und rechtliche Elemente, die den „friedlichen Wandel" (peaceful change) in Europa gewährleisteten: „Die Ostverträge und die KSZE-Schlußakte enthalten keine Garantie der Grenzen in Mitteleuropa. Insbesondere gibt es für die beiden deutschen Staaten kein ‚Anschlußverbot', wie dies aufgrund des österreichischen Staatsvertrages für das wiederhergestellte Österreich gilt."

JENS HACKER

هكذا من الأصل

Kein Interesse an den Nachbarn? – ZDF-Auftaktsendung zur Europawahl

Körbe für die Mainzelmänner

Gut vier Monate vor der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft steht es nicht gut um das europäische Bewußtsein im Lande des Europa-Pioniers Konrad Adenauer. Die Forschungsgruppe Wahlen e.V. ermittelte im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens: Nur 22,5 Prozent aller wahlberechtigten Bürger der Bundesrepublik Deutschland zeigen Interesse an der kommenden Wahl, 47 Prozent sind nicht besonders, 30 Prozent überhaupt nicht interessiert. Lediglich 46 Prozent erklärten ihre Bereitschaft, unbedingt zur Wahlurne zu gehen, ein Drittel ist noch unentschieden. Zudem betonen rund drei Viertel der Wähler, sie seien nicht ausreichend über das Europäische Parlament und die bevorstehende Europawahl informiert.

Da müssen halt die Meinungsbildner Gewissenserforschung treiben. Horst Keller tut dies stellvertretend für die *Mainzelmänner. In einem* Beitrag, der in der März-Ausgabe des EG-Magazins erscheinen wird, nimmt Keller – derzeit ZDF-Koordinator für Europa – kein Blatt vor den Mund. Nur wenige Journalisten, so Keller, seien engagierte Europäer. Für die meisten – auch beim Fernsehen – sei Europa „nicht sonderlich populär". Denn Europapolitik gehöre nicht zu den klassischen TV-Ressorts.

Keller kramt weiter aus dem Nähkästchen: „So ist beispielsweise die Europa-Berichterstattung im ZDF auf vier Hauptredaktionen verteilt. Das Fehlen eigener Europa-Redaktionen und eigener Programmplätze ist beim permanenten Kampf der Redaktionen um Sendezeiten zweifellos der wichtigste Grund für die Vernachlässigung Europas in den Medien". Es scheint: Nun begeht das ZDF tätige Reue. Es will nicht bis zum 17. Juni warten, sondern bereits heute ein Präludium zur Sendefolge „Europa '84" intonieren.

Mit der zweiteiligen Dokumentation „Was einem Nachbarn so auffällt" hatte sich das ZDF ursprünglich noch mehr vorgenommen: nämlich eine Kooperation mit großen Fernsehanstalten in Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Dänemark. Aber siehe da: Télévision Française 1 und BBC London gaben den Mainzelmännern einen Korb. Nur NOF Hilversum, BRT Brüssel und Dansk Radio Kopenhagen reichten dem ZDF die Hand zum Bunde. Sie produzierten je einen Viertelstunden-Beitrag und strahlen die heutige Dreiviertelstunde-Sendung – wie die folgende am 8. März – gemeinsam mit dem ZDF aus.

Aber trotz TF 1- und BBC-Absagen: Auf Frankreich und die Franzosen wollten die Mainzelmänner *genausowenig verzichten* wie auf Großbritannien. Deswegen berichtet heute der englische Tele-Mann Charles Wheeler für Niederländer, Belgier, Deutsche und Dänen aus den Niederlanden, während der Beitrag über die Briten von dem Niederländer Hans van der Werf produziert wurde. Und beim Nachbarn Frankreich machte sich der Belgier Dirk Sterckx kundig. Am 8. März wird hingegen der Kieler ZDF-Mann Hans-Joachim Kürtz den Dänen in die Töpfe schauen, während der dänische Tele-Mann Tomy Oesterlund sich beim großen Nach*barn im Süden umschaut.* Und was einem Franzosen so in Belgien auffällt, das erzählt Bernard Volker *den Dänen,* Deutschen, Niederländern und Belgiern. Ein hübsches, auf zwei Abende verteiltes Europa-Karussell – so hat es den Anschein.

Aber offensichtlich sind in der europäischen „Animal Farm" des ZDF *halt manche Europäer „gleicher" als* die anderen. Da heißt es in der vom ZDF initiierten Wähler-Befragung: Nur etwas mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik nennen Irland als EG-Mitgliedsland. Aber das ZDF tut nichts, um *den Bekanntheitsgrad der grünen In*sel zu erhöhen. Griechenland fehlt ebenso. Selbst zwei Staaten der alten Sechser-Gemeinschaft wurden ausgespart: Italien, wo 1957 die Römischen Verträge für die Europäische Wirtschafts- und Atomgemeinschaft *geschlossen wurden, und* Luxemburg, das heute noch die wichtigsten europäischen Institutionen beherbergt.

GISELHER SCHMIDT

Was einem Nachbarn so auffällt – ZDF, 22.05 Uhr

TENNIS / Ab morgen Davispokal-Begegnung in Stuttgart – Wieder mal Gerangel hinter den Kulissen

Gegen Vilas und Clerc darf sich das deutsche Team wie immer brav eine Niederlage abholen

H. J. POHMANN, Bonn

Wenn morgen nachmittag um 15 Uhr die deutschen und argentinischen Davis-Cup-Spieler die ersten Bälle über das Netz schlagen, wird *den 8000 Zuschauern in der Stuttgar*ter Martin-Schleyer-Halle wieder einmal die heile Welt des Deutschen Tennisbundes (DTB) vorgegaukelt. Da sitzen dann die Funktionäre des Verbandes schön aufgereiht in den ersten Reihen, rühmen sich, alles für das schwierige Match der Superliga des Davis-Cup-Wettbewerbs getan zu haben und werden am Ende wieder höflich die Überlegenheit der Gäste anerkennen.

Alles schon einmal dagewesen; denn nun schon zum dritten Mal innerhalb von vier Jahren müssen die deutschen Spieler gegen die Argentinier mit ihren Weltklassespielern José Louis Clerc und Guillermo Vilas antreten. Und nach wie vor ist die Chance, die südamerikanischen Gegner zu bezwingen, verschwindend gering. Im Gegenteil: Fast mit Wehmut erinnert man sich an die Begegnung in München im Frühjahr 1981, als Ulli Pinner und Rolf Gehring ihr Einzel gegen Clerc gewannen und Gehring/Zipf im entscheidenden Doppel nur knapp gegen Vilas und Clerc unterlagen. Unwichtig dabei, daß Clerc untrainiert von seinen Flitterwochen antrat. Gejubelt wurde trotzdem. Und gejubelt wurde auch im Herbst 1982. Da unterlag man in Buenos Aires ebenfalls 2:3, übersah aber geflissentlich, daß Vilas und Clerc nach der uneinholbaren 3:0-Führung bereits zum nächsten Turnier reisten und Ersatzleute die restlichen Einzel spielten.

Diesmal nun wird jegliches Jubeln schwerfallen. Dazu genügt schon der Blick hinter die Kulissen des mit 1,7 Millionen Mitgliedern stärksten Tennisverbandes der Welt. Nach der King's-Cup-Niederlage im Januar gegen Schweden begann erst einmal ein richtig schönes Durcheinander um die Turnierplanung der Spieler. Trainer Niki Pilic wollte Hans-Dieter Beutel und Michael Westphal auf zwei Satellit-Turnieren melden, auf denen es aber für die Spieler keine Punkte für die Weltrangliste zu gewinnen gab. Sponsor der Turnierserie war Garcia, Schlägerfirma von Pilic. Beutel und Westphal hingegen hatten schon vorher für die Qualifikation der Grand-Prix-Turniere in Memphis und La Quinta (Kalifornien) gemeldet. Also jetteten sie in *die USA, zurück blieb ein verärgerter* Pilic.

Zwischendurch gab's die Mitgliederversammlung des DTB in Frankfurt. Dort trat Sportwart Dr. Waldemar Timm (38), erst ein Jahr im Amt, zurück. „Sechzig Tage Repräsentationsaufwand" 1983 waren dem Wirtschaftsingenieur zuviel. Daraufhin geriet Sportdirektor Günter Sanders in die Kritik. Er mußte sich auf der Sportwartetagung Kritik über mangelnde Konzeptionen für Turnier- und Trainingsplanung gefallen lassen. Doch schon hier wird das für den Spitzensport unsinnige System des DTB deutlich. Als Angestellter des DTB hat Sanders keine Stimme im Präsidium und darf demzufolge den Posten des Sportwarts nicht ausüben. Er hat also auch nicht die Kompetenzen für sportliche Entscheidungen, für die er schon jetzt geradestehen muß. Geradezu blamabel die heutige Situation. Weil sich die 13 Sportwarte der Landesverbände auf keinen neuen DTB-Sportwart einigen konnten, muß Präsident Walther Rosental das wichtige Amt bis zum Mai kommissarisch ausfüllen. Die Reaktion der Mitgliederversammlung: Ab sofort wurden die Sportwarte als „Kasperleverein" abgehandelt.

Bei all diesen Ungereimtheiten im DTB fällt dann schon die sportliche Unterlegenheit gegenüber den Argentiniern gar nicht mehr besonders auf. Der Aufschwung der deutschen Stars der Saison 83 mit dem Gewinn des King's Cup und dem Aufstieg in die Superliga des Davis Cups ist vergessen. Zur Zeit zählen lediglich die Ranglistenplätze auf der Komputerrangliste der Berufsspieler. Hier sind die beiden Einzelspieler Beutel und Westphal auf Rang 108 bzw. 136 durch Welten von Vilas (9.) und Clerc (14.) getrennt. Dementsprechend ist auch die Vorbereitung der Argentinier. Während die deutsche Mannschaft seit vergangenen Donnerstag in Sindelfingen zusammen trainiert, reisten die Südamerikaner nach eigenem Flugplan an. Die Funktionäre mit den Ersatzspielern Ganzabal und Arguello sind seit Montag in Stuttgart. Guillermo Vilas kam mit Manager und Trainer Ion Tiriac am Mittwoch von einem 30-Stunden-Trip aus Sydney, José Louis Clerc wurde gestern aus Amerika erwartet. Doch auch diese Reisestrapazen der Argentinier werden dem deutschen Team kaum helfen können, zumal in Stuttgart auf einem langsamen Teppichboden gespielt wird, der besonders den Defensivspielern Vilas und Clerc entgegenkommt.

„Mangelnde profihafte Einstellung" warf Niki Pilic seinen Spielern nach dem King's Cup vor. An ihnen wird es liegen, ob das deutsche Herrentennis am Sonntag fürs nächste abgehakt wird oder ob doch noch gehofft werden darf. Vielleicht besiegen sie sich einmal selber und beißen sich durch. Zu gönnen wäre es ihnen.

In der ersten Hauptrunde (24.–26. Februar) kommt es im 73. Davis-Cup-Wettbewerb zu folgenden Begegnungen: Australien – Jugoslawien (in Perth), Großbritannien – Italien (in Telford), Deutschland – Argentinien (in Stuttgart), Rumänien – USA (in Bukarest), CSSR – Dänemark (in Hradec Kralove), Indien – Frankreich (in Neu Delhi), Neuseeland – Paraguay (in Christchurch), Schweden – Ekuador (in Norrköping).

KRITIK

Feministische Belehrungen

Daß die **Lebenslinien** (ZDF) der Wiener Frauen im mittleren Teil der Trilogie von Käthe Kratz (Buch und Regie) nicht aufwärts, sondern in neues Elend führen würden, durfte man schon aus der Zeitangabe erwarten. Der Herbst 1918 in einer Fabrik unter militärischer Aufsicht sieht trübe aus. Den größtenteils weiblichen Arbeitskräften schwindelt vor Hunger. Mit dem Ende des Krieges nehmen Arbeiterräte das Heft in die Hand, und Marianne, die Tochter Augustines aus der 1. Folge, kann sich ganz im Stil ihrer Patentante, der Volksschullehrerin, als mitreißende Organisatorin bewähren.

Aber als die Männer von der Front heimkehren, beanspruchen sie die rar gewordenen Arbeitsplätze, und trotz einer flammenden Rede Mariannes müssen die meisten Frauen weichen. An dem Einzelschicksal des Ehepaares Karl und Marianne (überzeugend dargestellt von Alfred Pfeifer und Linde Prelog) kann man beobachten, wie schlecht ein primitives Gemüt sich mit der Umkehrung der Geschlechterrollen abfindet.

Den krassen melodramatischen Zuspitzungen des 1. Teiles ist man diesmal jedoch aus dem Wege gegangen. Aber es fragt sich immerhin, welche Einschaltquoten man – selbst bei unleugbaren künstlerischen Leistungen – mit einer so geballten feministischen Belehrung in den grauesten Elendsfarben erzielt.

HELLMUTH JAESRICH

Von den Spuren des Lebens

Wer eine Sendung erwartet hat, die zeigt, wie die Deutschen wohnen, der mag arg enttäuscht worden sein. Wer aber richtig zuhörte und zusah, der konnte etwas erfahren von Wohngefühl, Wohnphilosophie.

Natürlich – da war auch ein bißchen Volkshochschule in belehrendem Ton dabei: Bauhaus oder Postmoderne, Nierentischkultur, Memphis. Natürlich – da war auch der neugierige Blick in Nachbars Wohnung. Bäuerliches oder Sammelsurium, edle Antiquitäten, Gut-Bürgerliches. Oder die Beispiele, wie Prominente sich einrichten. Henri Nannen vielleicht oder Dietmar Schönherr oder Gerhart Baum.

Das war nicht das Besondere, das die Redaktion von „Titel, Thesen, Temperamente" in der **Kulturwelt** (ARD) herausarbeitete und vorzüglich in Bild und Ton umsetzte. Deutlich wurde, daß Möbel mehr ist als Möbelkauf, Wohnung selbst Persönlichkeit ist, daß sich im Wohnraum die Spuren des Lebens abzeichnen. Und so ist es auch ein Verdienst der TTT-Redaktion, den universellen Geist Hugo Kükelhaus als Zeugen zu benennen, den „Wohn-Philosophen", Möbelbauer, Architekten, der sich mit Medizin und Grafik gleichermaßen beschäftigt. Bei ihm, dem Verfechter des natürlichen Wohnens mit natürlichen Werkststoffen, wird deutlich: Es kommt nicht darauf an, welch Zeitgeist oder Mode gefällt, wichtig ist nur, daß Wohnen Erlebnisraum ist.

GABRIELE HERLYN

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Mascha
Fernsehspiel von H.-E. Quelle
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Einmal Portugal und zurück
Eine vergnügliche Reise mit Walter Sedlmayr
Walter Sedlmayr führt den Zuschauer in ein Portugal fernab der touristischen Trampelpfade: Nach Nazaré und in das Alentejo-Gebiet.
16.55 Kernbeißer
Der Sonne entgegen
NDR-Magazin nicht nur für junge Leute
Durch die Sendung führt Georg von Rönn
17.45 Tele-Lexikon
Vogelschnäbel
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Pro und Contra
Steuerreform zugunsten der Familie
Leitung: Emil Obermann
21.15 Wer dreimal lügt
Kein Quiz für Leichtgläubige
Mit Wolfgang Spier
21.45 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt, Ruth Drexel, Sissy Höfferer, Hans Korte, Konstantin Wecker
Regie: Sammy Drechsel
22.30 Tagesthemen
23.00 Schlagschatten
Fernsehspiel von Iwan Schumacher nach Motiven von Rainer Puchert
Mit Johanna Sophia, Peter Kremer u. a.
Regie: Iwan Schumacher
Die Geschichte handelt von Henk, einem jungen Mann, der nach einem Jahr Knast wegen Drogenhandels die erste Nacht wieder mit seiner Freundin Angi verbringt. Die beiden haben vor, am *nächsten Morgen nach Lanzarote in den Urlaub zu fliegen.* Die Tochter Angis ist bei Bekannten untergebracht worden. Sie wollen den Urlaub zu zweit genießen. Der junge Mann aber kann sich nicht so recht freuen. Jetzt, wo er wieder draußen ist, fühlt er sich von seinen ehemaligen Komplizen bedroht, *weil er im Prozeß gegen sie ausgesagt* hat.
24.00 Tagesschau

ZDF

9.45 Heute im Parlament
Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
16.00 heute
16.04 Religionen
3. Moslems
Film von Adolf Holl
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Vorbereitung zum Fest
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Peter Maffay
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Ein feuchtes Wochenende
Peter und Susie folgen der Einladung eines Freundes in ein Wochenendhaus. Das aber entpuppt sich als Wohnwagen. Susie will sofort wieder nach Hause, aber Peter kann sie überreden, eine Nacht in der rollenden Hütte zu verbringen.
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Kontakte
Mein Sohn hängt an mir
Über Mütter und Söhne
Moderation: Wolf-Rüdiger Schmidt
Herr S. glaubt, er sei „frei" und „unabhängig" von seiner Mutter, aber er habe ihr viel zu verdanken. Frithjof B. empfindet das Band zwischen sich und der Mutter als zu eng. Er möchte sich lieber selbst verwirklichen. Sind die Männer mehr als in früheren Zeiten „Muttersöhne"? Mangelt es in unserer Gesellschaft an Väterlichkeit, weil die Väter einer entfernten, fremden Arbeit nachgehen? Stimmt es, *daß* sich eine besondere Beziehung zwischen Müttern *und Söhnen herausgebildet hat,* die *nur* als Ersatz für den fehlenden Vater anzusehen ist?
21.45 heute-journal
22.05 Was einem Nachbarn so auffällt
Europa '84 (1)
Ansichten von sechs Ländern
22.50 Tanz ist unser Leben – Let's dance
Amerik. Musical-Film, 1950
Mit Fred Astaire u. a.
0.40 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Napoleon vom Broadway
Amerik. Spielfilm, 1934
Mit John Barrymore u. a.
Regie: Howard Hawks
21.45 Sonnenstadt
22.15 Augenzeugen berichten: Verdun 1916
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Der Vogel und die Schlange
20.00 Tagesschau
20.15 Sein oder Nichtsein
US-Spielfilm, 1942
Anschl.: Kurznachrichten
21.50 Bücherjournal
22.35 Jazz Fest Berlin 1983 (2)
23.35 Nachrichten

HESSEN
19.00 Das große Abenteuer im Ballon
US-Spielfilm, 1978
20.25 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Janosik, Held der Berge (8)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Der Datterich
Hessische Volkskomödie
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Treffpunkt Fernsehturm
Nur für Großraum Mannheim
21.50 Treffpunkt Alte Feuerwache
Nur für Rheinland-Pfalz
21.50 Von Menschen im Lande
Nur für das Saarland
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der müde Theodor
Schwank von Max Neal und Max Ferner
20.45 Situationen des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Schwester der Braut
Amerik. Spielfilm, 1938
Regie: George Cukor
23.20 Rundschau
23.25 Actualités

SPORT-NACHRICHTEN

Comeback von Freisler

Frankfurt (dpa) – Der 109malige Nationalspieler Manfred Freisler vom TV Großwallstadt feiert sein Comeback in der Handball-Nationalmannschaft. Bundestrainer Simon Schobel hat den früheren Mannschafts-Kapitän für die Länderspiele gegen die Schweiz am 7. (in Stuttgart um 19.30 Uhr) und 8. März (Karlsruhe 19.00) nominiert.

Duran muß antreten

Panama City (sid) – Roberto Duran (Panama) muß seinen Weltmeistertitel im Juniormittelgewicht (Version World Boxing Association) gegen den offiziellen Herausforderer Mike *McCallum (Jamaica) verteidigen. Du*ran aber will gegen den Superweltergewichts-Weltmeister (Version Boxing Council) Tommy Hearns (USA) antreten, auch wenn er dadurch den WBA-Titel verlieren würde. Gegen Hearns winkt ihm eine Börse von 3,5 Millionen Dollar.

Diesch-Brüder in Führung

Cannes (sid) – Jörg und Eckart Diesch, Olympiasieger von 1976 in der Flying-Dutchman-Klasse, liegen bei einer internationalen Segel-Wettfahrt vor Cannes nach einem fünften und zweiten Rang in Führung. Diese Wettfahrt gilt für die deuschen Teilnehmer als Olympia-Qualifikation.

431 tödliche Sportunfälle

München (dpa) – 431 tödliche Unfälle bei Sport und Spiel ereigneten sich im Jahr 1982 in Deutschland. Dabei liegen mit 25 Prozent die Reitunfälle an erster Stelle. Eine Auswertung von 5500 Sportunfällen ergab, daß beim Fußball (36 Prozent) die meisten Unfälle passieren. Die weitere Reihenfolge: Skilauf (9,2), Turnen (7,4), Handball (6,9), Leichtathletik (6,4), Basketball (5,3), Volleyball (3,8) und Tennis (3,7).

Knetemann gewann Auftakt

San Juan (dpa) – Gerrie Knetemann (Holland) gewann den Prolog zur fünftägigen Rad-Rundfahrt „Comunidad Valencia" in Spanien. Knetemann war beim Zeitfahren um sieben Sekunden schneller als Frankreichs Star Bernard Hinault. Bester deutscher Fahrer mit 16 Sekunden Rückstand war Raimund Dietzen (Trier).

Hoffmann wird 70 Jahre

Wuppertal (dpa) – Der Wuppertaler Schwimmtrainer Heinz Hoffmann feiert morgen seinen 70. Geburtstag. Insgesamt 122 deutsche Meisterschaften und 181 Rekorde wurden seit 1961 von seinen Schützlingen aufgestellt, zu denen Olaf von Schilling, Peter Nocke und Folkert Meeuw zählten.

Kölner EC im Finale

Paris (dpa) – Der Kölner EC und die UdSSR-B-Auswahl stehen heute im Finale beim Pariser Eishockey-Vierer-Turnier. Die Kölner hatten zuvor die B-Vertretung der CSSR mit 8:4 ausgeschaltet. Die UdSSR setzte sich nach Verlängerung und zweimaligem Penalty-Schießen mit 10:7 gegen Kanadas Olympia-Team durch.

Für Olympia qualifiziert

Guayaquil (dpa) – Brasilien und Chile qualifizierten sich in Guayaquil für das olympische Fußball-Turnier in Los Angeles: Brasilien (3:2-Sieger über Chile) erreichte beim Südamerika-Finalturnier 6:0 Punkte und verwies Chile, Paraguay und Gastgeber Ekuador auf die nächsen Plätze.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, Nachholspiele: Ipswich Town – Southampton 0:3, Notts County – Tottenham 0:0, West Ham United – Watford 2:4.
Freundschaftsspiel: FC Wacker München – FC Bayern München 2:3 (2:2).

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Herren, Achtelfinale: TuS 04 Bayer Leverkusen – Fortuna Bonn 3:0 (15:11, 15:8, 15:10).

EISHOCKEY

Internationales Turnier in Paris: Kölner EC – CSSR B 8:4 (0:0, 5:2, 3:2).

TISCHTENNIS

Messe-Pokal, Viertelfinale: TTC Grenzau – Budapest 4:5.

TENNIS

US-Hallenmeisterschaften in East Hanover (New Jersey): Erste Runde: Evert-Lloyd – Mould (beide USA) 6:2, 6:3, Maleeva (Bulgarien) – Temesvari (Ungarn) 6:1, 6:0. Zweite Runde: Navratilova (USA) – Wade (England) 6:0, 6:2, Durie (England) – Piatek (USA) 6:2, 6:1, Gadusek – Bonder (beide USA) 3:6, 6:2, 6:1.

SKI ALPIN

Deutsche Meisterschaften in der Abfahrt in Schleching: Herren (Streckenlänge 3050 m): 1. Gattermann (Bayerisch-Eisenstein) 1:48,91, 2. Wildgruber (Oberaudorf) 1:48,94, 3. Steinberger (Bayerischzell) 1:50,08, 4. Lee (Australien) 1:50,14, 5. Ringsgewandl (Ruhpolding) 1:50,30, 6. Roth (Königssee) 1:50,38, 7. Eigler (Kempten) 1:50,83, 8. Renoth (Berchtesgaden) 1:51,02, 9. Zehentner (Aising-Pang) 1:51,29, 10. Wasmair (Schliersee) 1:51,42.
Damen (Streckenlänge 2750 m): 1. Mösenlechner (Inzell) 1:43,04, 2. Gerg (Lenggries) 1:43,36, 3. Kiehl (München) 1:43,67, 4. Irene Epple (Seeg) 1:43,98, 5. Dedler (Kempten) 1:44,93, 6. Stotz (Wildbad) 1:44,94, 7. Henkel (Kempten) 1:45,20, 8. Haltmayer (Bolsterlang) 1:45,35, 9. Hächer (Schleching) 1:45,38, 10. Hurler (Kempten) 1:46,27.

STAND ● PUNKT / *Ehrgeiz*

Es kommt ja nicht allzu häufig vor, *daß deutsche Sportler zu den* Weltbesten ihrer Branche avancierten. Dazu noch nach einem Teil, das eigentlich längst das sportliche Aus bedeutet hätte. Für den Radprofi Dietrich Thurau hat sich in diesem Winter ein solcher Aufschwung vollzogen. Der Frankfurter ist der erfolgreichste Sechstage-Spezialist der Saison 1983/84. In der internationalen Punktewertung, in der alle Placierungen berücksichtigt werden, setzte sich Thurau vor dem sechsmaligen Saisonsieger Rene Pijnen aus Holland durch.

Thurau, zweimal Vize-Weltmeister und Sieger klassischer Straßen-Eintagsrennen, startete in diesem Winter bei 14 Veranstaltungen – ein Mammutprogramm. Gemeinsam mit seinem überaus erfahrenen Stammpartner Albert Fritz aus Jestetten gewann Thurau viermal. Damit übernahm er *in der Zunft der Bahnfahrer jene Rol*le, die noch im letzten Jahr der zurückgetretene Belgier Patrick Sercu innehatte: Thurau ist der Meister jener Manege, die man Six-Days nennt.

Eine runde halbe Million Mark hat er sich dabei erstrampelt. Deshalb kann er es nun geruhsamer angehen lassen. Die Straßensaison, einst sein Hauptbetätigungsfeld, soll nur Vorbereitung auf die nächsten Winter sein. Statt Tour de France allenfalls Kirmesrennen?

Wohl doch nicht, denn dafür ist der mittlerweile 29jährige zu ehrgeizig. Er will immerhin die Tour de Suisse mitfahren. Wenn das gut geht, würde er wohl auch zu einem Engagement bei der Tour de France nicht nein sagen. Man muß ihn nur fragen.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Interview mit Harald Schumacher

„Wer Profi ist, muß Pfiffe und Buhrufe wegstecken"



Jetzt braucht Harald Schumacher (Foto) nicht mehr so mürrisch dreinzublicken: Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), hat ihm schriftlich das Vertrauen bekundet. Da*mit trat Neuberger Vermutungen* entgegen, der DFB und Bundestrainer Jupp Derwall wollten Schumacher wegen der Vorkommnisse bei der Weltmeisterschaft in Spanien 1982 nicht in das Aufgebot für die Europameisterschafts-End*runde im Juni in Frankreich beru*fen. In der Erklärung stellte der DFB fest: „Für den DFB und den Bundestrainer sind allein Leistung, Einsatzfreude und Wille, für die Nationalvertretung das Beste zu geben, entscheidend. Toni Schu*macher gilt heute wie schon seit* Jahren, als Torwart Nummer eins der Nationalmannschaft. Wenn er Leistung und Haltung genauso wie bisher bringt – und unverletzt bleibt –, wird sich an dieser Einstellung ihm gegenüber nichts ändern." *Die* WELT sprach mit dem Kölner Nationaltorwart.

WELT: Ihr Fall ist jetzt wohl endgültig abgeschlossen – hat Sie die ganze Diskussion eigentlich sehr gestreßt?

Schumacher: *Als ich* zum erstenmal über meinen Manager Rüdiger Schmitz Wind davon bekam, daß es bei einigen Leuten Bestrebungen gab, mich für die Europameisterschaft abzuservieren, war das für mich ein Schlag ins Gesicht. Er hat mich, ehrlich gesagt, tief getroffen.

WELT: Daß DFB-Präsident Hermann Neuberger jetzt so nachhaltig Ihren Rücken gestärkt hat, ist demzufolge wohl ein echter Triumph für Sie . . . ?

Schumacher: Ich bin glücklich darüber, selbstverständlich. Von Triumph will ich nicht sprechen. Aber davon, daß es einfach ein Akt der Gerechtigkeit war, mich nicht fallenzulassen.

WELT: Sie haben das Gespräch *mit Neuberger gesucht. Warum?* Weil Sie zu Bundestrainer Jupp Derwall nicht mehr das rechte Vertrauen hatten?

Schumacher: So haben es einige Leute interpretiert. Ich erkläre mit Nachdruck, daß eine solche Auslegung falsch ist. Ich habe mich, bevor ich den DFB-Präsidenten angerufen habe, zweimal sehr ausführlich mit dem Bundestrainer unterhalten. Und ich hatte hundertprozentig das Gefühl, daß er voll hinter mir steht. Mir schien es, übrigens in Absprache mit *Derwall, dennoch richtig,* das Gespräch mit Neuberger zu führen. Er ist der Mann an der DFB-Spitze, und ich wollte einfach das Gefühl haben, daß auch er ganz auf meiner Seite steht.

WELT: Sie sind der erste Nationalspieler, der öffentlich festgeschrieben bekommen hat, daß er die Nummer eins im Tor ist . . . ?

Schumacher: Ich bin es in dem Moment nicht mehr, wo ich leistungsmäßig von meinen Konkurrenten überflügelt werde. Neuberger und Derwall haben mir also keineswegs einen Freifahrtschein für meine Aufstellung gegeben. Sie haben nur deutlich gemacht, daß die Vorkommnisse bei der Weltmeisterschaft vor zwei Jahren in Spanien eben kein Grund mehr sein dürfen, um mich ins zweite Glied zurückzustoßen.

WELT: Was erwarten Sie eigentlich bei der Europameisterschaft vom französischen Publikum?

Schumacher: Ähnliche Dinge wie ich sie zwei Monate nach der Weltmeisterschaft bei einem Freundschaftsspiel mit dem 1. FC Köln in Paris erlebt habe. Da bin ich mit Äpfeln und faulen Eiern bombardiert worden. Da gab es am Anfang schlimme Sprechchöre gegen mich – am Ende aber haben sich die Zuschauer ruhig verhalten, weil ich sie mit meiner Leistung überzeugt habe. Und so wird es auch diesmal sein.

WELT: Besteht aber nicht die Gefahr, daß vor allem jüngere Spieler bei antideutschen Aktionen Nerven zeigen?

Schumacher: Wir sind aus der Bundesliga ja doch einiges gewohnt. Auf Fußballplätzen geht es nun einmal anders zu als bei einem großen Tennismatch z. B. Da regt sich der McEnroe ja sogar schon auf, wenn sich einer zu laut die Nase putzt. Nein, wer sich Bundesligaprofi nennt, muß Pfiffe und Buhrufe wegstecken können.

WELT: Dennoch könnte es sein, daß der eine oder andere Spieler im Falle eines Mißerfolgs mögliche Anti-Schumacher-Demonstrationen als Alibi für die eigene schwache Leistung benutzt.

Schumacher: So weit mir bekannt ist, haben sich die Stammspieler der Nationalmannschaft ohne Wenn und Aber für mich ausgesprochen. Und allein das zählt.

WELT: *Können Sie sich unter den* gegebenen Umständen eigentlich überhaupt noch auf die Europameisterschaft freuen?

Schumacher: Ich bin ein Torwart, der den Streß braucht, um eine gute Leistung zu bringen. Der Streß ist für mich diesmal vorhersehbar, das ist mein Vorteil. Ich bin sicher, daß ich in Frankreich leistungsstark sein werde, also freue ich mich auch auf die Spiele.

WELT: Werden Sie vor der EM noch einmal ein Gespräch mit ihrem damaligen Kontrahenten Patrick Battiston führen? Wird es da noch eine Goodwill-Geste von ihnen geben?

Schumacher: Ich habe mich seinerzeit mit dem Patrick ausgesprochen. Für ihn ist die Angelegenheit erledigt. Für mich auch.

BERND WEBER

Enttarnte Spione verließen die Bundesrepublik

dpa, Bonn

Zwei schon vor einiger Zeit von den deutschen Behörden entlarvte Sowjetspione haben unauffällig die Bundesrepublik verlassen. Wie gestern von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, sind die beiden Mitglieder der sowjetischen Botschaft in Bonn aus ihrem Urlaub nicht mehr in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Den Diplomaten sollen Operationen nachgewiesen worden sein, womit die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik „erheblich" verletzt wurden. Einer der *Diplomaten sollte offensichtlich einen* Agentenring aufziehen.

Die Bundesregierung hatte nach der Enttarnung der sowjetischen Spione von einer offiziellen Ausweisung Abstand genommen, um außenpolitische Komplikationen zu vermeiden. Nach vorsichtigen Schätzungen befinden sich unter den über 1600 Diplomaten der Missionen kommunistischer Staaten in Bonn gegenwärtig fast 500 Geheimdienstleute.

C-Waffen: Gibt der Kreml nach?

● Fortsetzung von Seite 1

Dazu gehören, wie der Minister unterstrich, vor allem die Überprüfung aller chemischen Fabriken, in denen C-Waffen hergestellt werden könnten, sowie die obligatorische Kontrolle vor Ort für den Fall des Verdachts auf eine Umgehung des Verbots.

Wie der Minister ankündigte, würden die USA „demnächst" den Entwurf eines Vertrages über das weltweite Verbot chemischer Waffen im Genfer Ausschuß der Vierzig vorlegen. Er ziele auf die generelle Regelung der weltweiten Vernichtung und der weltweiten Kontrolle eines *Produktionsverbots für chemische* Kampfstoffe. Bereits in früheren öffentlichen Erklärungen hatte die Bundesregierung darauf hingewiesen, daß sie in Zusammenarbeit mit deutschen Wissenschaftlern und der chemischen Industrie ein Verfahren entwickelt habe, das eine lückenlose Überwachung chemischer Produktionsanlagen durch Inspektoren *möglich mache*, ohne daß dabei Fabrikationsgeheimnisse bei der Herstellung nichtmilitärischer Produkte berührt würden.

„Bayernkurier": Angriff auf Auswärtiges Amt und FDP

Differenzen um Syrien-Reise von Strauß der Anlaß

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CSU hat einen Frontalangriff gegen das von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) geführte Auswärtige Amt gestartet. Anlaß dafür ist die im Zusammenhang mit dem Besuch des CSU-Vorsitzenden in Syrien geäußerte Kritik, Franz *Josef Strauß habe sich nicht rechtzeitig* mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt.

Das CSU-Organ „Bayernkurier" schreibt in seiner jüngsten Ausgabe, das Auswärtige Amt habe in der Vergangenheit bewiesen, was es sich unter „rechtzeitiger Information" bei Strauß-Reisen vorstelle. In dem von Chefredakteur Scharnagl gezeichneten Bericht – „Kampftruppe gegen Strauß?" – heißt es: „Dadurch soll der Apparat des Auswärtigen Amtes Zeit und Möglichkeiten bekommen, beabsichtigte Reisen des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten ins Ausland schon im Ansatz zu stören und in ihrem Erfolg zu zerstören." So habe man in der Vergangenheit vergeblich versucht, einen Besuch von Strauß und Bundesminister Warnke in Togo zu „torpedieren". Berichte des deutschen Botschafters in Togo an die Bonner Zentrale hätten sich unter diesem Aspekt zu einem „Offenbarungseid besonderer Art" gestaltet.

„Unter der Amtsführung des FDP-Vorsitzenden betrachten es deutsche Botschafter offensichtlich als ihre erste Pflicht, im Falle einer Strauß-Reise alles zu tun, diese zu einem Mißerfolg werden zu lassen", heißt es in dem Beitrag. Namentlich dem FDP-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, wird vorgeworfen, er nutze jede Gelegenheit, gegen Strauß als den Vorsitzenden der zweitstärksten Bonner Koalitionspartei „Stimmung zu machen".

CSU verschärft Tonlage

Mit diesem Beitrag im „Bayernkurier", dessen Herausgeber Strauß ist, hat die CSU ihre ohnehin latent kritische Tonlage gegenüber der FDP und vor allem deren Vorsitzenden Genscher verschärft. Er ist auch ein Indiz dafür, daß dieser Konflikt zwischen den beiden Koalitionsparteien andauern wird. Allerdings nimmt der Unmut darüber auch in den Unionsparteien zu, wobei vor allem von Strauß erwartet wird, daß er zu einer Entspannung des Koalitionsklimas beiträgt.

Strauß selbst hat in einem eigenen Beitrag seinen Besuch in Syrien und auch sein Verhalten gegenüber dem Auswärtigen Amt gerechtfertigt. Der CSU-Vorsitzende schreibt: „Verantwortungsbewußtes politisches Handeln ist ohne gründliche und umfassende Information nicht möglich. Dabei bin ich der Meinung, daß man Informationen nicht nach Freund und Feind und nicht nach den verschiedenen Lagern sammeln darf, sondern daß man sich gerade an allen Wetterecken und Brennpunkten umsehen und sachkundig machen muß." Er habe vor Antritt der Reise das Auswärtige Amt unterrichtet. „Mehr zu tun bestand keinerlei Veranlassung. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende braucht sich seine Reisen von keiner Bonner Stelle genehmigen zu lassen", betonte Strauß, der Genscher nicht namentlich erwähnte.

„Klare Haltung für Israel"

Der CSU-Vorsitzende äußerte sich in dem Beitrag auch zu seinem Verhältnis zu Israel. Seine syrischen Gesprächspartner „wußten und wissen" über „meine klare Haltung für den Staat Israel, wobei letzteres – die Übereinstimmung mit Bundeskanzler Kohl ist nahtlos – nicht die Übernahme jeder Position der israelischen Politik bedeutet". Gerade weil er seine Position für Israel „für ein gesichertes Dasein in Frieden und Freiheit nicht in Sonntagsreden bekundet, sondern – und dies ist längst Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte und Teil der Geschichte der deutsch-jüdischen Aussöhnung – durch politisches Handeln bewiesen habe, können meine Reise nach Syrien ebenso wie Besuche in anderen arabischen Ländern keinerlei Mißverständnissen ausgesetzt sein", schreibt Strauß.

Das Auswärtige Amt erklärte zu den Vorwürfen des „Bayernkurier", sie entbehrten jeder Grundlage. Erneut wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß das Amt frühzeitig über Reisen von Ministerpräsidenten der Bundesländer unterrichtet würde, damit es die Botschaften rechtzeitig darüber informieren könnte.

Riesenhuber gegen Gründung von Elite-Schulen

rtr, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber hat die Forderung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher nach der Gründung von Elite-Universitäten kritisiert. „Wir können Eliteschulen in der Bundesrepublik nicht künstlich nachbauen", sagte er in einem gestern veröffentlichten Interview der Illustrierten „Quick". Die bestehenden Hochschulen verursachten jährlich Kosten in Höhe von fast 20 Milliarden DM. Wenn aber Elitehochschulen „unsere Landschaft verändern sollen", müßten mindestens drei Prozent der Studenten dort studieren. Das würde zusätzlich rund 500 Millionen DM im Jahr kosten. Der Staat könne das *nicht bezahlen, erklärte Riesenhuber.*

Nach seinen Informationen sei auch das Interesse der Wirtschaft an derartigen Universitäten nicht so groß, daß von dort das notwendige Geld zusammenkommen würde. Praxisnähe der Wissenschaft könne seiner Ansicht nach auch dadurch erreicht werden, daß der Austausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft erleichtert werde.

Unter den Grünen kam „so etwas wie Haß" auf

Fischer will nicht mehr für den Sprecherrat kandidieren

STEFAN HEYDECK, Bonn

Auf einer Sitzung der Grünen im Bundestag ist es erneut zu heftigen Kontroversen gekommen. Insbesondere von den Nachrückern wurden die drei Fraktionssprecher Otto Schily, Petra Kelly und Marieluise Beck-Oberdorf sowie der Parlamentarische *Geschäftsführer Joschka Fischer* teilweise massiv angegriffen. Ihnen wurde vorgeworfen, sie wollten sich auf Kosten der anderen Fraktionsmitglieder und der Nachrücker in der Öffentlichkeit profilieren. Sie hätten auch nichts unternommen, um den unter Protest aus der Fraktion ausgeschiedenen ehemaligen General Gert Bastian von seinem Schritt abzuhalten. In der hitzigen Debatte kam nach den Worten eines Teilnehmers „so etwas wie Haß" auf.

Bei dem innerparteilichen Machtkampf ging es wieder um die Rotation und die Struktur der Fraktion: Der eine Flügel hält am Austausch der Abgeordneten nach zwei Jahren und an den Bürogemeinschaften mit der Begründung fest, daß dadurch die notwendige breitere Repräsentanz der Grünen öffentlich sichtbar gemacht werden könne. Die Gegenseite beharrt darauf, dies führe zu einem Mangel an Effektivität und könne zum „Nagel am Sarg" der Grünen werden.

Bis zum Wochenende soll der Rechenschaftsbericht der Fraktion für den Parteitag der Grünen Anfang März in Karlsruhe fertiggestellt werden. Das Papier, dem in erster Linie ein Entwurf von Schily zugrunde liegt, soll dann zur Diskussion an die Basis geschickt werden.

Offen blieb, wie sich künftig der Sprecherrat zusammensetzen wird. Er soll am 26. März neu gewählt werden. Fischer will nicht wieder kandidieren. Auch die Abgeordneten Waltraut Schoppe und Antje Vollmer, die bereits als Bewerber im Gespräch waren, sollen abgewinkt haben. Als Anwärter für die Fraktionsführung sind jetzt Dieter Burgmann, Gert Jannsen, Willi Hoss und Eckard Stratmann im Gespräch. Auch die Nachrücker haben Ansprüche auf einen der drei Posten angemeldet.

USA begrüßen innerdeutsche Kontakte

Nach Gesprächen in der „DDR" fordert Burt die Sowjets auf, in Genf weiterzuverhandeln

dpa/rtr/AP, Berlin

Bei seinem Besuch in Ost-Berlin *hat der Leiter der Europa-Abteilung* im US-Außenministerium, Richard Burt, die Bereitschaft der USA zur Fortsetzung der Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenwaffen *und der strategischen* Waffen unterstrichen. Nach Gesprächen mit dem für internationale Fragen zuständigen SED-Politbüromitglied Hermann Axen und *„DDR"-Außenminister* Oskar Fischer erklärte Burt im Hinblick auf die von Axen vertretene sowjetische Position, Moskau müsse „nach Genf zurückkehren", falls es den Abzug *der neuen US-Raketen aus Europa* wünsche.

Burt bekräftigte die Bereitschaft von US-Präsident Reagan zu einem Gipfeltreffen mit dem neuen sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko. Die USA, so Burt, unterstützen auch die deutsch-deutschen Kontakte, da sie zu einer Minderung der Spannungen in Europa beitragen könnten. Burt sagte, in Ost-Berlin seien auch Themen wie Handel, Schadenersatzansprüche für enteignetes US-Eigentum und humanitäre Fälle behandelt worden.

*

TH. KIELINGER, Washington

Burts Osteuropa-Reise ist Bestandteil der von den USA seit langem praktizierten Politik, gegenüber diesen Ländern *„differenziert"* aufzutreten und sie nicht über den Kamm der sowjetischen „Einflußphäre" zu scheren. Dies hängt mit der grundsätzlichen Weigerung Washingtons *zusammen, der nach Jalta 1945 in* Osteuropa entstandenen Lage – Hegemonie Moskaus und Schaffung von Satelliten-Regierungen – Legitimität zuzubilligen.

Nach dem Tod Andropows versuchen die USA zu sondieren, wie weit die Regierungen Osteuropas gewillt und in der Lage sind, ihrerseits Moskau zu drängen, die Gespräche über die nukleare Abrüstung wiederaufzunehmen. *Mit Aufmerksamkeit* registrierte Washington die Unruhe, die sich vor allem in der „DDR" nach der Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckensysteme in diesem *Land und in der Tschechoslowakei* zu artikulieren begann.

Washington ist nicht abgeneigt, bei einem Andauern des Genfer Verhandlungsstillstands in den Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin ein Element einer Stabilitätspolitik zu erkennen, das die Pause im Abrüstungsdialog zwischen Moskau und Washington überbrückt und eventuelle Spannungen abzumildern hilft. Zugleich will man vor dem USA-Besuch von Bundeskanzler Kohl mit der Reise Burts auch gegenüber Bonn demonstrieren, daß man in der Frage der Abrüstungsgespräche alle diplomatischen Mittel ausschöpft, um Moskau wieder an den Verhandlungstisch zurückzubringen.

Warnung vor Erhöhung der Mehrwertsteuer

rtr, Bonn

Die CDU-Sozialausschüsse und die Mittelstandsvereinigung der CDU haben Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenbeg mit Nachdruck davor gewarnt, zur Finanzierung der geplanten Steuerreform, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die Geschäftsführer beider Organisationen, Heribert Scharrenbroich und Peter Spary, erklärten gestern, *diese* Steuererhöhung würde die beabsichtigte steuerliche Entlastung breiter Schichten teilweise wieder aufheben und vor allem Familien sowie untere und mittlere Einkommen treffen.

Auch für die Wirtschaft bedeute eine Mehrwertsteuererhöhung eine zusätzliche Belastung. Sie können den Prozeß des wirtschaftlichen Aufschwungs gefährden und einen Anstieg der Inflationsrate bewirken, betonte Spary. Beide Organisationen kündigten an, daß sie eine solche Steuererhöhung ablehnen würden.

Gemayel steht vor Dilemma

■ Fortsetzung von Seite 1

lich auf die Falangisten eingestellt, sondern nimmt in *zunehmendem* Maße auf die Drusen Rücksicht und ist jetzt bemüht, auch mit den militärisch erfolgreichen schiitischen Milizen eine Verständigung herzustellen.

Dazu kommt, daß auch die Drusen in Israel sich die Sache ihrer Stammesgenossen in Libanon zu eigen gemacht haben und ihr politisches Gewicht einsetzen. Die Falangisten in Libanon dagegen haben sich als militärisch untauglich und politisch unzuverlässig erwiesen. Diese neue Haltung Israels bedeutet eine Abkehr von der Politik des ehemaligen Verteidigungsministers Sharon, der zusammen mit dem vormaligen Generalstabschef Eitan allein auf die christlich-falangistische Karte gesetzt hatte.

Das alles heißt nicht, daß Israel die Falangisten im Stich läßt. Sie *sind* weiterhin gern in Israel gesehen, haben eine offizielle Vertretung in Jerusalem und bemühen sich, die israelische Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen.

Teure Kohle

fu (Londen) – Die britische Kohlepolitik treibt merkwürdige Blüten. Erst war es dem staatseigenen Stromerzeuger des Landes, dem Central Electricity Generating Board, gestattet, selbst den Anteil importierter billigerer Kohle an seinem gesamten Kohlebedarf zu bestimmen. Damit ist es jetzt vorbei. Die Regierung, um die Zukunft der britischen Kohle besorgt, hat die Stromgesellschaft aufgefordert, mindestens 60 Prozent der britischen Kohleproduktion in Höhe von annähernd 77 Millionen Jahrestonnen abzunehmen. Diese rund 46 Millionen Tonnen britischer Kohle kommen den Strombenutzer teuer zu stehen.

Denn importierte Kohle aus Polen oder Südafrika kostet gegenwärtig knapp 121 Mark je Tonne, während für die britische Kohle rund 207 Mark je Tonne bezahlt werden müssen Die Aufforderung Londons an die staatliche Stromgesellschaft, die Kohleimporte auf 750 000 Jahrestonnen zu begrenzen, hat inzwischen zu einer skurrilen Situation geführt.

So lagern bereits mehr als sechs Millionen Tonnen ausländischer und für den Central Electricity Generating Board bestimmter Kohle in den Häfen von Rotterdam, Antwerpen und Amsterdam, die von dort in den nächsten Jahren in kleinen 750 000-Tonnen-Portionen nach England verschifft werden sollen. Derweil verschärfen die britischen Bergleute ihre seit 16 Wochen dauernde Protestaktion gegen geplante Zechenschließungen und scheinen mit ihrem Überstunden-Bann genau das Gegenteil ihrer Absicht zu bewirken: Etliche Zechen befinden sich bereits in einem derart verwahrlosten Zustand, daß deren Betrieb kaum noch zu verantworten ist.

Gute Argumente

Py. – Ab sofort haben es Deutschlands Autofahrer in der Hand, den Autoversicherern zu beweisen, daß sie sich vernünftigen Argumenten nicht verschließen. Mit dem Anlegen des Sicherheitsgurtes während der Fahrt könnten sie nämlich einer drohenden Prämienerhöhung in der Kfz-Haftpflichtversicherung entgehen. Zynisch könnte man anmerken, daß, wenn sie schon nichts für ihre körperliche Unversehrtheit tun, sie doch wenigstens auf ihren Geldbeutel schauen sollten. Selten wie je zuvor ist klar, daß die Prämienerhöhung 1985 fast ausschließlich auf eine auf 50 Prozent gesunkene Gurtanlegequote zurückgeht. Von den 12 000 Verkehrstoten des Jahres 1983 war ungefähr die Hälfte nicht angeschnallte Autoinsassen. Da auch Gurtmuffel wissen, daß selbst bei unverschuldeten Unfällen ihre Versicherungsansprüche gekürzt werden, erscheinen neuerliche Appelle an die Vernunft fast müßig.

Sparpolitik bis 1988

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wie lange muß die sozialistische Regierung ihre Austerity-Politiknoch fortsetzen, um Frankreich wirtschaftlich wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen? Auf diese auch die Bundesrepublik als größten französischen Handelspartner berührende Frage hat jetzt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) eine kategorische Antwort gegeben. Sie heißt: bis zum Ende von Präsident Mitterrands Regierungszeit, also bis zum Frühjahr 1988.

Mindestens solange müßten die Franzosen den Gürtel enger schnallen als etwa die Deutschen, die schon frühzeitig damit begonnen hatten, die Folgen des tiefgreifenden Wandels der Weltwirtschaft zu überwinden. Während sie jetzt die Früchte ihrer Anstrengungen ernten können, hat Frankreich nicht nur seine Versäumnisse nachzuholen, sondern darüber hinaus auch noch die Hypothek der anfänglichen sozialistischen Volksbeglückungspolitik zu tilgen.

Obwohl inzwischen das Steuer herumgeworfen wurde, liegt das Ziel aber noch in weiter Ferne. Es muß vor allem darin bestehen, die gewaltige Auslandsschuld des Landes von rundd 400 Milliarden Franc zu stabilisieren und dann auf ein erträgliches Maß zurückzubringen. Tatsächlich hatte sich die Regierung im März letzten Jahres vor allem deshalb zu ihrem Austerity-Plan entschlossen, weil sie sonst für die Verteidigung der Währung vom Ausland keine Kredite mehr erhalten hätte.

Seitdem konnte zwar dank der Franc-Abwertung und der Dollar-Hausse sowie der internationalen Konjunkturbelebung und nicht zuletzt dank der zur Begrenzung des privaten Verbrauchs ergriffenen Maßnahmen (Steuererhöhungen usw.) das Defizit der Handelsbilanz um mehr als die Hälfte und das der Leistungsbilanz um fast zwei Drittel auf 42 bzw. 29 Milliarden Franc (1983) abgebaut werden. Aber immer noch braucht Frankreich Auslandskredite. Deshalb steigt auch der Schuldendienst und zwar in zunehmendem Maße. Um für die Zinszahlungen auf die Auslandsschulden keine neuen Schulden zu machen, müßten bedeutende Exportüberschüsse erzielt werden.

Das aber ist mit der derzeitigen Politik nicht ohne weiteres zu erreichen. Denn einerseits stößt der verhältnismäßig bedeutende französische Export in die Entwicklungsländer (wegen deren Verschuldungskrise) auf zunehmende Schwierigkeiten und andererseits droht wegen der Veränderung der französischen Nachfragestruktur (mehr Ausrüstungsgüter für Investitionen) der Import wieder zuzunehmen.

Wie fragil die bisherige Verbesserung der Handelsbilanz ist, zeigt schon das schlechte Januar-Ergebnis von minus 5,4 Milliarden Franc. Auch hat sich der französische Preisauftrieb wieder verstärkt. Nach 0,8 Prozent im Januar dürfte das für 1984 gesetzte Inflationsziel von fünf Prozent kaum erreicht werden können. Unter diesen Umständen müßte die Regierung neue, verbrauchsbeschränkende Maßnahmen ergreifen. Dies auch deshalb, weil es zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs eines bedeutenden Einkommenstransfers zugunsten der (durchweg stark verschuldeten) Unternehmen bedarf. Nur so ließe sich schließlich auch das Arbeitslosenproblem in den Griff bekommen.

Die bisher für 1983 vorliegenden Wirtschaftsergebnisse sind zwar durchweg besser als erwartet, aber doch schlechter als notwendig ausgefallen. So erhöhte sich der Konsum der privaten Haushalte immer noch um real 0,8 Prozent nach 3,3 Prozent 1982. Allerdings ging der Verbrauchsanstieg zu Lasten der Spartätigkeit, deren Quote an den Einkommen auf 14,9 (15,5) Prozent zusammenschrumpfte. Demgegenüber erhöhte sich das Bruttosozialprodukt um 0,5 (1,9) Prozent.

Für dieses Jahr ist selbst nach Regierungsschätzung kein Wachstum zu erwarten. Dies wäre allerdings auch der Preis dafür, daß die französische Regierung in den Jahren der Weltrezession mit einer „Flucht nach vorn" überdurchschnittliche Produktionsergebnisse herbeigeführt hatte. So gesehen kann das Land wohl bis auf weiteres nur in sehr begrenztem Umfang an dem weltweiten Wirtschaftsaufschwung teilnehmen. Fragt sich nur, wie lange diese ökonomische Logik von den Franzosen akzeptiert wird. Gegessenes Brot zu bezahlen ist dann besonders schwierig, wenn es dem Nachbarn besser geht.

AIRBUS / Kabinett beschließt Förderung des Kurz- und Mittelstreckenflugzeugs

Bonn gibt zur Entwicklung des A320 Zuschuß von 1,5 Milliarden Mark

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Mit Zuschüssen von bis zu 1,5 Milliarden Mark will die Bundesregierung bis 1990 die Entwicklung des deutschen Anteils am neuen Airbus A 320, einem Kurz- und Mittelstreckenflugzeug mit 150 bis 164 Sitzen, fördern. Dies hat gestern das Bundeskabinett beschlossen. Das Flugzeug soll 1988 auf den Markt kommen und die Großraumflugzeuge A300 und A 310 ergänzen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung darüber hinaus ihre Bereitschaft erklärt, bei der Finanzierung der Serienproduktion Hilfestellung zu leisten.

Mit der Förderung des A320 unterstreicht die Bundesregierung, wie es in der Presseerklärung heißt, „ihre Einschätzung der Bedeutung des Airbus-Programms für die Zukunft der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie und für die industrielle Zusammenarbeit in Europa". Bereits in den sechziger Jahren hatten die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien ein gemeinsames ziviles Flugzeugprogramm beschlossen. Die Industrie kann, sobald die noch ausstehende Entscheidung der britischen Regierung vorliegt, das Projekt A320 starten.

Den Beschluß begründete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, auch damit, daß der Absatz von Großraumflugzeugen in letzter Zeit weltweit wegen geringer Erträge vieler Fluggesellschaften stagniere. Davon sei auch Airbus Industrie betroffen. Für sie sei es daher notwendig, ein breiteres Modellangebot zu entwickeln, um auf die Veränderungen des Marktes reagieren zu können. Nach einer Marktanalyse werde von 1988 an der Bedarf an Kurz- und Mittelstreckenflugzeugen mit schmalem Rumpf auf weltweit 3400 Stück veranschlagt, wovon Airbus Industrie mindestens 600 absetzen wolle.

Erst bei einer solchen Stückzahl sei mit der Rückzahlung der Zuschüsse zu rechnen. Bisher wurden 51 Flugzeuge bestellt, für weitere 45 bestehen Optionen, mehr als die Hälfte allein von der Air France. Die Lufthansa hat sich nach Angaben Grüners zwar lobend zum A320 geäußert. Die Entscheidung über mögliche Bestellungen würden jedoch erst 1985 zusammen mit der über die Flottenpolitik fallen. Das zurückgehende Engagement von McDonnell Douglas im Zivilbereich verstärkten die Chancen des A320, zumal da die Fluggesellschaften ein Interesse hatten, daß der Wettbewerb erhalten bleibe. Mit dem A320 trete Airbus Industrie allerdings zum ersten Mal in direkter Konkurrenz zu Boeing.

Grüner wies auch auf die besonderen Risiken dieses industriellen Fertigungsprogramms hin, das über das Jahr 2000 hinausreiche. Sie lägen zum einen in der Entwicklung des Dollar-Kurses. Eine Veränderung des Dollar-Kurses um 10 Pfennig würde den deutschen Kostenanteil um eine Milliarde Mark beeinflussen. Kalkuliert sei das Programm mit einem Dollar-Kurs von zwei Mark. Zum anderen spiele die Entwicklung der Treibstoffpreise eine Rolle.

Der deutsche Anteil an den Entwicklungskosten belaufen sich auf rund 1,7 Milliarden Mark oder 35 Prozent. Davon trage MBB 115 Millionen Mark. Der deutsche Anteil an der Produktion liege bei rund 30 Prozent. Über die Finanzierung der Serienproduktion sei noch keine Entscheidung gefallen. Bisher erfolgt sie durch Kredite, die vom Bund verbürgt werden. Für das bisherige Airbus-Programm A300 und A310 habe der Bund bisher 3,1 Milliarden Mark ausgezahlt. Davon entfielen 2,1 Milliarden auf die Entwicklung, 0,6 Milliarden auf Zuschüsse für die Produktion und 0,3 Milliarden auf die Absatzfinanzierung. Was auf den Bund noch zukommt, werde sich erst zeigen, wenn das Programm ausgelaufen sei. Für Flugzeuge, die bereits verkauft, aber noch nicht ausgeliefert sind, seien dies rund zwei Milliarden Mark. Würden alle Flugzeuge bis zum Jahre 2004 abgesetzt, so bezifferte Grüner die Absatzfinanzierungskosten auf 4,2 Milliarden Mark, wovon bisher 0,3 Milliarden ausgezahlt worden seien. Verkauft seien bisher 352 Großraumflugzeuge, die Rentabilitätsschwelle liege bei 860 Stück.

FRANKFURTER FRÜHJAHRSMESSE

Besseres Konsumklima gibt den Ausstellern Zuversicht

HEINZ STÜWE, Frankfurt

Das international verbesserte Konsumklima gibt den Ausstellern auf der 73. Internationalen Frankfurter Messe Grund zu Optimismus. Ihre Zuversicht stützt sich nicht nur auf wissenschaftliche Prognosen, die für 1984 im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Belebung auch für den privaten Verbrauch Auftrieb signalisieren. Vor Beginn der Frühjahrsmesse, die am Samstag eröffnet wird und bis zum 29. Februar dauert, wertete Messe-Geschäftsführer Horstmar Stauber die „erfreuliche Dispositionsbereitschaft" des Handels und bessere Exportabschlüsse der deutschen Industrie auf der diesjährigen „Heimtextil" und der Musikmesse als Indiz für eine Belebung der Konsumgüterkonjunktur. Die Auslandsvertretungen der Messegesellschaft berichteten zudem übereinstimmend von einem verbesserten Konsumklima in den zehn wichtigstens Ausstellerländern. Nur für Japan und Frankreich sei man zurückhaltender, erklärte Stauber.

Von den insgesamt 4082 Ausstellern – 158 mehr als im Vorjahr – kommen 38 Prozent aus dem Ausland. Unter 57 Ländern stellen Italien (277), Großbritannien (169) und Frankreich (164) die größten Kontingente.

Ein überwiegend freundliches Bild zeichnet das Ifo-Institut für Wirtschaftsordnung, München, in einem Bericht zur Geschäftslage der auf der Frühjahrsmesse vertretenen Sparten. Umsatzeinbußen aufgrund des unbefriedigenden Exportgeschäfts mußte 1983 danach die Geschirrporzellanindustrie hinnehmen. Inzwischen habe sich die Auftragslage in erster Linie durch das Inlandsgeschäft spürbar gebessert und den Vorjahresstand übertroffen. Die Ifo-Testfirmen erwarteten für die nächsten Monate eine weitere Geschäftsbelebung, die Produktion werde gleichwohl nur langsam zunehmen.

Bei den Herstellern von Haushaltswirtschaftsglas und Bleikristall mit maschineller Fertigung registriert Ifo, daß die Negativmeldungen zurückgehen. Eine Auftragsreichweite von 1,4 Monaten und zu 88 Prozent ausgelastete Kapazitäten spiegeln den günstigen Geschäftsverlauf der letzten Monate wider.

„Befriedigend, teilweise sogar gut" nennt Ifo die Geschäftslage bei Schneidewaren. Nach einem Produktionsplus von fünf Prozent 1983 gingen die Hersteller mit einer auf 75 (72) Prozent verbesserten Auslastung in das neue Jahr. Viele Firmen stellten Preissteigerungen in Aussicht. Von einer erholten Nachfrage profitierten auch die Hersteller von Eßbestecken sowie Haushalts- und Küchengeschirren.

Zunehmend positiv sieht die Leuchtenindustrie ihre Lage. Nach „langer Schwächephase" habe die Nachfrage im letzten Quartal 1983 wieder angezogen, schreibt Ifo. Von einem Auftragsplus seit dem Herbst berichten die Hersteller von Schreibwaren und Bürobedarf.

AUF EIN WORT



„In der Bundesrepublik kann man durchaus moderne Technologien entwickeln und auf diesem Gebiet recht erfolgreich arbeiten."

Eberhard Knoblauch, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen

FOTO: DIE WELT

Volksbanken optimistisch

AP, Bonn

Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung zeigt nach Auffassung der Volks- und Raiffeisenbanken, daß die optimistischen offiziellen Prognosen für 1984 noch übertroffen werden könnten. Ihr Bundesverband betonte in Bonn, in einigen Branchen seien bereits die Kapazitätsgrenzen erreicht, was zusammen mit den insgesamt verbesserten Rahmenbedingungen zu einer weiter verstärkten Investitionstätigkeit führen werde. Die insgesamt sehr guten Aussichten würden sich auch positiv auf die Beschäftigung auswirken, doch dürften die sich abzeichnenden Wachstumserfolge nicht durch den Kampf um die 35-Stunden-Woche gefährdet werden.

HWWA

Der Arbeitsmarkt wird sich in diesem Jahr entspannen

JAN BRECH, Hamburg

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird in diesem Jahr weiter zunehmen und den Arbeitsmarkt entlasten. Hierfür spricht nach Meinung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 3,5 bis 4 Prozent, der etwas über der Verbesserung der Produktivität liege. Zudem dürfte sich die durchschnittliche effektive Arbeitszeit nicht nennenswert verändern, selbst dann nicht, wenn in einzelnen Wirtschaftszweigen Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden sollten.

Sehr viel schwieriger, so schreibt das HWWA, sei dagegen die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots zu bestimmen. Das Erwerbspersonenpotential von Deutschen nehme langsamer zu als bisher und die Netto-Abwanderung von Ausländern dürfte sich verstärkt fortsetzen. Insgesamt rechnet das HWWA damit, daß der Rückgang der Arbeitslosen nochmals stärker ausfallen wird als der Anstieg der Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen, die zu Beginn dieses Jahres saisonbereinigt bei rund 2,2 Millionen lag, wird nach Meinung des Instituts zum Jahresende kaum die Schwelle von zwei Millionen unterschreiten. Für den Jahresdurchschnitt bedeutet dies eine Arbeitslosenzahl von etwa 2,1 (im Vorjahr 2,26) Millionen.

Steigende Beschäftigung registriert das HWWA im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe. Auch im Handel und Dienstleistungsbereich nehme sie zu, heißt es. In der Industrie habe der Personalabbau im Herbst 1983 aufgehört, so daß auch hier mit einer leichten Zunahme zu rechnen sei.

STRUKTURPOLITIK

Neugründungen verbessern die Lage der Randregionen

PETER WEERTZ, Berlin

Die Bedeutung der regionalen Industrieansiedlung für die Strukturpolitik unterstreicht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie. Zwar hätten die ursprünglichen Hoffnungen, durch die Förderung von industriellen Ansiedlungen die Wirtschaftskraft der schwach entwickelten Regionen verstärken zu können, insgesamt enttäuscht. Denn im vergangenen Jahrzehnt habe die Industrieansiedlung bei weitem nicht den Umfang erreicht, den man aufgrund der Erfahrungen in den 60er Jahren erwartet hatte.

Trotz des Schrumpfungsprozesses in den 70er Jahren sei die Industrieansiedlung unter quantitativen wie qualitativen Gesichtspunkten auch heute noch ein Mittel, um die Struktur und die Arbeitsmarktsituation wirtschaftlich schwach entwickelter Regionen zu verbessern. Vor allem gelte dies, so das Berliner Institut für die Neugründungen von Betrieben. Hier liegt der Zuwachs seit 1974 konstant bei 100 im Jahr.

Infolge der konjunkturellen Situation sind hingegen Verlagerungen und Zweiggründungen auf weniger als 20 Betriebe im Bundesgebiet zurückgegangen. Bis 1970/71 lag die Zahl der industriellen Ansiedlungen nach den Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt über alle Jahre hinweg auf einem relativ hohen Niveau mit etwa jährlich rund 700 Betrieben. Erst danach hat diese Zahl bei nur kleineren Schwankungen auf im Durchschnitt rund 200 Betriebe abgenommen. Allerdings ist die Mobilität der Unternehmen unterschiedlich je nach dem Industriezweig.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ausländer steigerten Anteil am Pkw-Markt

Flensburg (rtr) – Ausländische Hersteller konnten im Januar ihren Marktanteil für Personenwagen in der Bundesrepublik Deutschland steigern. Von 183 795 neuzugelassenen Personenwagen stammten nach der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes 49 931 oder 27,2 Prozent aus ausländischer Produktion. Japanische Hersteller verkauften 19 540 neue Pkw im Vergleich zu 16 046 vor einem Jahr und vergrößerten ihren Marktanteil auf 10,6 (10,1) Prozent. Auch die Franzosen mit 7,3 (6,3) und die Italiener mit 5,1 (4,4) Prozent erreichten höhere Marktanteile. Unter den deutschen Produzenten lag Volkswagen mit 39 715 (30 834) Wagen und einem Marktanteil von 21,6 (19,4) Prozent vorn.

Neue Berechnungsbasis

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die statistischen Zahlen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels sind auf eine neue Basis gestellt worden. Im Rahmen der Umstellung aller Indices auf das neue Basisjahr 1980 seien auch das Außenhandelsvolumen und die Außenhandelsindices für den Zeitraum 1976 bis 1983 neu berechnet worden, teilte das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mit.

Widerspruch

Düsseldorf (Py.) – Die Verbraucherzentrale Düsseldorf hat Widerspruch gegen die von der KKB Bank KGaA erwirkte Einstweilige Verfügung eingelegt, mit der der Verbraucherzentrale untersagt worden war, die Behauptung zu wiederholen, ein Drittel von 1345 Kreditverträgen aus den Jahren 1974 bis 1983 sei wegen überhöhter Zinsen sittenwidrig.

Bauherrenmodelle gefragt

Bonn (AP) – Mit 35 000 verkauften Wohnungen haben die Anbieter von Bauherrenmodellen im letzten Jahr einen neuen Rekord erzielt. Dies ergibt sich aus einer Studie des Münchener Instituts für Regional- und Wirtschaftsforschung, die der „Arbeitskreis Bauherrenmodell" (AKB) am Mittwoch in Bonn veröffentlichte. Ursache dieser Entwicklung sei unter anderem das Auslaufen der Mehrwertsteuer-Option 1983, was zu „Vorzieh-Effekten" geführt habe. Insgesamt wurden über Bauherrenmodelle 10,5 Milliarden Mark angelegt. Für das laufende Jahr wird jedoch mit einem Rückgang auf rund 25 000 Wohnungen gerechnet.

Skeptische Prognose

New York (VWD) – Die hochexpansive US-Fiskalpolitik und die massiven Haushaltsdefizite bereiten nach Ansicht des Conference Board den Boden für mögliche weitreichende wirtschaftliche Schwierigkeiten bereits im kommenden Jahr. Nach Ansicht des privaten Wirtschaftsforschungsinstituts werde das Wahljahr 1984 dagegen voraussichtlich relativ problemlos verlaufen und von einem soliden Wirtschaftswachstum, einer sinkenden Arbeitslosigkeit und einer maßvollen Inflation gekennzeichnet sein. Doch weist der Conference Board in seinem Bericht darauf hin, daß ein anhaltendes Wirtschaftswachstum bei weiterbestehenden Defiziten unwahrscheinlich sei.

Höherer Überschuß

Frankfurt (VWD) – Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik wird 1984 voraussichtlich nur „wenige Milliarden" über dem Niveau der beiden Vorjahre liegen, als er 8,4 Milliarden Mark (1983) und 8,6 Milliarden Mark (1982) betragen hatte. Diese Prognose stellen die Volkswirte der Dresdner Bank.

Abkommen gebilligt

Bonn (VWD) – Das Bundeskabinett hat am Mittwoch dem Verhandlungsergebnis des Allgemeinen Rates der EG vom 20. Februar zugestimmt und die Verträge mit Grönland – insbesondere das Fischereiabkommen – als positiv bewertet.

KABINETT

Gesetzentwurf zur Lichtung des Verwaltungsdschungels

HEINZ HECK, Bonn

Das Bundeskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung einen Gesetzentwurf zur Bereinigung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften beschlossen. Die von der Bundesregierung bereits vor Wochen angekündigten Maßnahmen zur Entbürokratisierung sollen mit diesem Gesetzentwurf und weiteren Verordnungen Gestalt annehmen. Das erklärte Ziel ist, so rasch wie möglich eine Vielzahl entbehrlicher gesetzlicher Auflagen abzuschaffen.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff wurde darüber hinaus vom Kabinett mit der Überprüfung des Rabattgesetzes (das heute die Möglichkeiten der Verbraucher beschränkt, günstigere Preise auszuhandeln), mit der Aufhebung der Vorschriften über Sommer- und Winterschlußverkäufe und Räumungsverkäufe beauftragt. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Minister, er habe die Beseitiung dieser Vorschriften selbst vorgeschlagen.

Verstärkt sollen künftig auch öffentliche Dienstleistungen auf freiberuflich Tätige verlagert werden. Soweit die öffentliche Hand weiterhin diese Dienstleistungen erbringen wolle, habe sie die Beweislast dafür, daß dies gesamtwirtschaftlich von Vorteil sei. Diese Privatisierungsbemühungen dürften allerdings nicht auf den Bund begrenzt werden.

Auch im Baurecht soll mit der Beseitigung überzogener Vorschriften Ernst gemacht werden. Die Baufreiheit in der Bundesrepublik drohe an einem Übermaß baurechtlicher Vorschriften zu ersticken, die das Bauen zudem verteuerten, erklärte Wohnungsbauminister Schneider auf derselben Pressekonferenz.

AUTOVERSICHERUNG / Verluste für 1984 programmiert

Gurtmuffel treiben die Prämien hoch

HARALD POSNY, Düsseldorf

Aller Voraussicht nach geben 1984 die Zeiten stabiler Prämien in der Auto-Haftpflichtversicherung zu Ende. Mit einigem Wenn und Aber versehen sollen die Prämien ab 1. Januar 1985 um etwa fünf Prozent steigen. Wie der Vorsitzende des Verbandes Autoversicherer (HUK-Verband), Heinz Sievers, auf dem Pressecolloquium der deutschen Versicherungswirtschaft mitteilte, könnte die Erhöhung auf etwa ein Prozent sinken, wenn sich „ab sofort alle Autofahrer anschnallen würden". Sievers bezifferte die derzeitige „Gurtanlagequote" auf nur noch 50 Prozent. Im Gefolge der Bußgeldfreiheit für das Nichtanschnallen sei die Zahl der Verkehrstoten spektakulär gestiegen.

Während das Jahr 1982 den Autoversicherern mit 3,8 Prozent Gewinn vom Prämienaufkommen (12 Milliarden Mark) ein Traumergebnis wie seit 1950 nicht mehr gebracht hatte, dürfte 1983 „vielleicht ein gerade ausgeglichenes Ergebnis" gebracht haben. Für 1984 freilich sei „bei ganz optimistischer Betrachtungsweise" mit einem Verlust von drei bis vier Prozent zu rechnen. Dabei hat sich zwar die Schadenhäufigkeit 1983 gegenüber 1982 trotz höherer Autozulassungen bei 115 pro 1000 versicherte Fahrzeuge gehalten, aber die Schadenarten – mehr schwere Personenschäden – von Insassen haben den durchschnittlichen Aufwand je Schaden seit 1981 um 12,5 Prozent auf 3750 DM (1984 voraussichtlich 3900 DM) ansteigen lassen.

Sievers wies darauf hin, daß seit der letzten Prämienerhöhung im Juli 1981 die Preise für Autos um 11,6 Prozent, für Ersatzteile um 5,9 Prozent, für Reparaturen um 10,6 und die Arzt- und Krankenhauskosten um 23,1 Prozent gestiegen sind.

Sollte sich die Einstellung der Autofahrer zum Gurt als Lebensretter nicht zum Positiven wandeln, können sich nur die seit 16 und mehr Jahren weiterhin schadenfreien Autofahrer vielleicht stabiler Kfz-Haftpflichtprämien erfreuen. Für diese 14 Prozent deutscher Autofahrer wird in Kürze mit dem Bundesaufsichtsamt diskutiert, ob der bisherige Schadenfreiheitsrabatt, der bei 13 unfallfreien Jahren endete, von 60 auf 65 Prozent der Grundprämie erhöht werden kann. Gleichzeitig ist im Sinne der Prämiengerechtigkeit geplant, die Malusklassen zu verteuern: Der Anfängertarif soll von derzeit 175 auf 200 Prozent der Basisprämie steigen. Weiter wird angestrebt, die „Mehrfach-(Malus)-Täter" stärker zur Kasse zu bitten und die Rückstufung im Schadensfall „schadenbedarfsgerechter" zu gestalten. Bei einigen Änderungen der Regionalstruktur ist vom Bundeswirtschaftsminister „kein grünes Licht zu erwarten".

FERNWÄRME / Drittes Zif-Programm gefordert

Auf Hilfen angewiesen

HANS BAUMANN, Düsseldorf

„Ohne Subventionen ist die Rechnung für Fernwärme eindeutig negativ." Dies war die Aussage von Gerhard Deuster, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme, *Frankfurt, und Vorsitzender der* Energieversorgung Oberhausen AG, der in dieser Funktion neben der Fernwärme die Interessen von Gas *und Strom zu vertreten hat.*

Nach Deuster muß sich Fernwärme nach der Subvention rechnen, sonst habe sie keinen betriebswirtschaftlichen Sinn. Deuster ist froh, daß die Politik die Fernwärme nicht mehr für das A und O des Wärmemarktes hält, auch wenn er betont, daß Fernwärme in bestimmten Bereichen sehr sinnvoll sein kann, da mit der Fernwärme auch Teile der 40 Prozent Einzelofenheizung am Niedrigtemperaturmarkt verschwinden.

Ein Fachausschuß der Arbeitsgemeinschaft hat ermittelt, daß für bestimmte Städte gemittelt die Fernwärme konkurrenzfähig ist (Tarife und Investitionen in Arbeitspreis und Leistungspreis eingerechnet). Fernwärme und Gas seien danach etwa gleichpreisig, Öl- und Elektroheizung seien teurer. Bei dieser Kalkulation *sind jedoch die Zuschüsse aus Zif I* (Zukunftsinvestitionen) und Zif II unberücksichtigt geblieben. Und da Zif II schon zur Hälfte aufgebraucht sei, *müßte* 1986/87 Zif III folgen, wenn der Ausbau der Fernwärme fortschreiten soll.

Für Düsseldorf konnte die Arbeitsgemeinschaft die Struktur des Niedrigtemperaturmarktes aufzeigen: 46 Prozent bedient das Gas, 7 Prozent *die Fernwärme, 4 Prozent* Nachtspeicherstrom, und 49 Prozent werden von nicht leistungsgebundenen Energien versorgt (davon der größte Teil *Einzelofenheizung, der Markt von* morgen für Erdgas und Fernwärme). Für das Bundesgebiet wird der Fernwärmeanteil im Niedrigenergiebereich *mit rund 8 Prozent angegeben.*

Ungehalten ist die Arbeitsgemeinschaft Fernwärme über das jüngste Gutachten des Ifo-Instituts zum The*ma Fernwärme. Die Behauptung, daß* die öffentlichen Hände seit 1975 3 Mrd. DM in diese Energiedarbietung gepumpt hätten, sei „nicht sachgerecht". Richtig sei vielmehr, daß die Versorger von 1975 bis 1982 insgesamt 5,92 Mrd. DM in die Fernwärme investiert hätten und darauf Zuschüsse von 1,4 Mrd. DM erhalten hätten. Mittlere Förderungsquote demnach etwa 25 Prozent. Darin seien aber schon Mittel aus dem Zif-II-Programm enthalten, das nur mit 17 Prozent gefördert werde, gegenüber den 35 Prozent des Zif I.

Das Ifo-Institut hat auch ein Drittel des künftigen Anschlußwertzuwachses als „förderungsinduziert" bezeichnet, zwei Drittel würden als „Ohnehin-Zuwachs" angesehen. Diese Abschätzung ist nach der Arbeitsgemeinschaft „grundsätzlich falsch". Richtig sei, daß die Versorger wegen der Zuschüsse erhebliche Investitionen vorgenommen hätten und sich *bemühten, die entstandenen* Kapazitäten in entsprechende Anschlußwerte umzusetzen, die den Bedingungen eines freien Wärmemarktes entsprächen.

HANDEL

Erholung hat begonnen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im „Windschatten" einer leichten allgemeinen Konjunkturerholung, die sich auch in einer verbesserten Verbraucherstimmung niedergeschlagen hat, ist der Umsatz des deutschen Einzelhandels 1983 um 3,4 (1982: plus 0,4) Prozent auf 448,6 Milliarden gestiegen. Nach Ansicht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) kam die höhere Konsumbereitschaft darin zum Ausdruck, daß die Ausgaben der privaten Haushalte stärker wuchsen als die verfügbaren Einkommen.

Diese Entwicklung wurde darüberhinaus dadurch begünstigt, daß zu Jahresanfang und Jahresmitte mehr als 22 Milliarden Mark aus mittelfristig angelegten Geldmitteln (vermögensbildende Lebensversicherungen und Sparverträge nach dem 624-DM-Gesetz) in erheblichem Umfang in *den Konsum flossen, dies vor allem in* den Kfz- und Möbelhandel. Darüber hinaus wurden auch normalverzinste Sparbücher zugunsten bislang aufgeschobener Anschaffungen „geplündert". Als besonders erfreulich wird vom Handel notiert, daß bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 2,4 (Vorjahr 5,2) Prozent der preisbereinigte Zuwachs seit zwei Jahren wieder mit 1 Prozent höher als im Vorjahr lag (minus 3,7 Prozent).

Unter den großen Warenbereichen erzielten Nahrungs- und Genußmittel 1983 ein Plus von 2,2 (preisbereinigt 0,3) Prozent auf 136,3 Milliarden Mark. Absoluter Spitzenreiter war der Kfz-Einzelhandel mit der beachtlichen Zunahme des Umsatzes um 14 real (10,5) Prozent auf 51,6 Milliarden Mark.

ISRAEL / Billionen-Haushaltsentwurf vorgelegt

Flexibilität im Vollzug

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Einen Viereinhalb-Billionen-Haushalt (4360 Milliarden Shekel) unterbreitete der israelische Finanzminister Yigal Cohen-Orgad am Mittwoch der Knesset. Dies sind fast neunzig Milliarden Mark; doch bis Beginn des neuen Finanzjahres am 1. April wird der Gegenwert wahrscheinlich schon auf etwa 76 Milliarden Mark gesunken sein.

Nach den Worten von Cohen-Orgad soll der Haushalt die „Fortdauer der Sanierung sichern und zum Neubeginn des wirtschaftlichen Wachstums" führen. Bemerkenswert an dem Etat ist, daß hier ein finanzpolitisches Novum geschaffen wird: Der Haushalt ist elastisch gestaltet. Zwar gelten die Daten und die detaillierten Pläne in dem 3200 Seiten umfassenden Voranschlag für das ganze Jahr (1. April '84 bis 31. März '85), doch können sie, laut Gesetzesvorlage, alle drei Monate revidiert werden, „gemäß den Änderungen im Lebenskostenindex, *im* Einkommensniveau der Bevölkerung, im Wechselkurs für Devisen und im Ausmaß der Wirtschaftstätigkeit".

Dies kann auf zweierlei Art gesehen werden: Cohen-Orgad bezeichnet es als eine Möglichkeit, „die starre Bindung an einen vorgeschriebenen Plan zu brechen und sich kurzfristigen Änderungen anzupassen". Der wirtschaftliche Wortführer der Opposition, Gad Jacobi, hingegen meinte, der Haushalt solle ein „Mittel zur *Durchsetzung einer Finanzpolitik* sein, nicht ihr Ergebnis ... Die Regierung verzichtet somit auf eine wirtschaftliche Planung und läßt sich von den Ereignissen treiben".

Die Inflation soll anhand der vorgelegten Pläne im neuen Finanzjahr zurückgehen, wird aber weiterhin hoch bleiben: Der Haushalt hat ein Defizit von fast 26 Prozent. Es wird aus „Anleihen von der Staatsbank" gedeckt. Im Klartext: durch das Drucken von Banknoten.

Die Rückzahlung von Anleihen im Inland und im Ausland wird jedoch dieses Jahr erhöht, und der Schuldendienst (Tilgung plus Zinsen) wird fast zwei Fünftel des gesamten Haushalts verschlingen.

Der Verteidigungshaushalt wurde im Vergleich zum Vorjahr um ungefähr ein Fünftel gekürzt: Zu diesem Beschluß hat sich die Regierung nach monatelangen Debatten durchgerungen. Doch auch jetzt wird der Verteidigungshaushalt noch immer 37 Prozent der verfügbaren Gelder (das heißt ohne den Schuldendienst) verschlingen. Das bedeutet fast 13 Prozent des Bruttosozialprodukts – ein horrender Prozentsatz.

Die anderen großen Kürzungen entfallen auf Dienstleistungen wie Unterricht, Sozialzuwendungen und Lebensmittelsubventionen. Cohen-Orgad erklärte dazu, eine Verringerung des Lebensstandards der Bevölkerung um sieben Prozent sei eingeplant, Investitionen würden um 13 Prozent zurückgehen, aber die Exporte würden um acht bis neun Prozent ansteigen.

Der Rückgang des Lebensstandards soll nicht durch nominelle Kürzungen von Löhnen erfolgen. Das wäre in Israel nicht durchsetzbar. Statt dessen will der Finanzminister das *altbewährte „Rezept" anwenden:* eine Erosion der Löhne durch die fortschreitende Inflation. Die noch immer gültige Indexierung soll nur einen Teil der Geldentwertung wiedergutmachen. Dem allgemeinen Gewerkschaftsverband „Histadrut" ist diese Absicht allerdings nicht entgangen. (SAD)

NUKLEARSTROM / Preisvorteil noch mal bestätigt

Rund ein Drittel billiger

AP, Bonn

Der vom Frankfurter Battelle-Institut *festgestellte steigende* Kostenvorteil des Nuklearstroms gegenüber Elektrizität aus deutscher Steinkohle wird von zwei renommierten Universitätsinstituten *bestätigt.* Darauf hat die Programmgruppe Systemforschung der Kernforschungsanlage Jülich in einer Analyse der Battelle-Studie hingewiesen, deren Ergebnisse vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen unter Berufung auf ein Experten-Hearing stark angezweifelt worden waren. Die Battelle-Wissenschaftler hatten errechnet, daß der Preisvorteil des Nuklearstroms in allen *Lastbereichen* besteht, zur Zeit maximal 3,5 Pfennig pro Kilowattstunde beträgt und sich bis 1991 auf 7,1 Pfennig erhöhen wird.

Die Jülicher Analyse kommt zu dem Ergebnis, daß es sich bei den von Battelle angewandten Berechnungsmethoden um „einen prinzipiell gleichen Ansatz" handelt, wie er auch Untersuchungen des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln (EWI) sowie von Professor Ulf Hansen von der Universität Essen zugrunde liegt. Lediglich das der Umweltschutzbewegung verbundene Freiburger Öko-Institut lehne diese Berechnungsmethoden ab und komme auf der Basis abweichender Daten zu einem gegenteiligen Ergebnis.

Die Jülicher Experten verweisen *darauf, daß* die Ergebnisse von Hansen mit den Battelle-Werten fast übereinstimmen – beide kommen zu dem Schluß, daß Nuklearstrom um rund *ein Drittel* billiger ist als Kohlestrom. Die EWI-Studie setzt den Kostenvorteil der Kernenergie sogar bei 50 Prozent an. Das Öko-Institut, das der Analyse *zufolge* bei Kernkraftwerken von wesentlich höheren Herstellungs-, Stillegungs- und Wiederaufarbeitungskosten ausgeht als die anderen Untersuchungen, kommt bei gleichzeitiger Anwendung anderer Berechnungsmethoden zu der entgegengesetzten Aussage, daß Strom aus deutscher Steinkohle rund ein Drittel billiger ist als Nuklearstrom.

EG / Unmut über amerikanischen Protektionismus

Nur maßvolle Resolution

WILHELM HADLER, Brüssel

In der EG wächst der Unmut über den amerikanischen Protektionismus. Nur mit Mühe konnten die Bundesrepublik, Großbritannien und Holland deshalb den Ministerrat von einer aggressiven Erklärung abhalten, die zu einer Eskalation im ohnehin angespannten Verhältnis zu Washington geführt hätte.

Die Resolution, die die Außenminister schließlich verabschiedeten, ist eher als Rückenstärkung für die Reagan-Administration denn als Drohung an die USA gedacht. Frankreich und einige andere Länder waren allerdings – wie in der Vergangenheit – für einen erheblich schärferen Text eingetreten.

Die Erklärung erkennt an, daß die US-Regierung in einer Reihe von Fällen „entschieden Position gegen den protektionistischen Druck" im eigenen Lande bezogen *habe. Dies gelte* zum Beispiel für die „Domestic Content Legislation" (die bei bestimmten Erzeugnissen einen festen Anteil von in Amerika hergestellten Bestandteilen vorschreiben will), die Forderung nach einer Begrenzung der Stahlimporte auf einen Marktanteil von 15 *Prozent und die in Aussicht* genommenen Importbeschränkungen für europäischen Wein.

Trotzdem äußert sich die Gemeinschaft „beunruhigt" über die Entwicklung in den USA. Dies umso mehr, als die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten relativ günstiger sei als in Europa. Die beschlossenen oder geforderten Maßnahmen – als jüngstes Beispiel etwa die von der US-Lobby verlangte Importbechränkung für Werkzeugmaschinen – repräsentierten einen Exportwert der EG von rund 4,7 Milliarden Dollar.

BDI-Kritik an Zimmermann

AP, Bonn

Mit negativen Folgen für das Investitionsklima hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wegen dessen Initiative gedroht, die Umweltschutzgesetzgebung zu verschärfen. In einer am Mittwoch in Köln veröffentlichten Erklärung heißt es, Zimmermann habe sich in Widerspruch zu Absichtserklärungen der Bundesregierung gesetzt und „die unerläßliche Abwägung ökologischer und ökonomischer Erfordernisse" aufgegeben. Damit sei der Industrie ein Signal gesetzt, *das „das Investitionsklima nachhaltig"* belaste.

Zimmermann hatte am Montag eine Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes noch in diesem Jahr angekündigt. Entscheidendes Kriterium für die Belastbarkeit von Unternehmen durch neue Umweltschutzauflagen solle nicht mehr wie bisher das Gewinninteresse der Betriebe sein. Umweltauflagen sollten danach beurteilt werden, ob sie einer „von der Verfassung gebotenen Verhältnismäßigkeit" entsprechen.

Nach Ansicht des BDI soll die Bundesregierung „anstelle in ihrer Wirkung zweifelhafter Verschärfungen" eine besserer Verzahnung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik herbeiführen.

Höheres Defizit bei Mercedes France

J. Sch. Paris

Die französische Nutzfahrzeugkrise hat auch die Daimler-Benz AG, *Stuttgart,* als *größter Importeur* zu spüren bekommen. In der Klasse von mehr als fünf Tonnen konnte Mercedes Benz France seinen Marktanteil zwar noch geringfügig auf 20,4 Prozent steigern. Vor allem bei den schweren Lastkraftwagen mit mehr als 15 Tonnen verschärfte sich aber der Preiskrieg zwischen den verschiedenen Anbietern. Die infolge erzwungener Rabatte entstandenen Verluste konnten von Gewinnen der anderen Geschäftsbereiche einschließlich des Pkw- und des lukrativen Ersatzteilsektors nicht ausgeglichen werden.

Nach Angaben der Verwaltung dürfte deshalb das 1982 verbuchte Geschäftsdefizit von fünf Millionen Franc im *letzten* Jahr noch übertroffen worden sein, obwohl der Umsatz um sechs Prozent auf 5,3 Milliarden Franc zunahm. Davon entfielen 60 Prozent auf den Nutzfahrzeug- und 40 auf den Pkw-Sektor.

Für dieses Jahr erwartet die Gesellschaft dank des „190" eine spürbare Verkaufsbelebung. 1983 wurden 18 850 Mercedes-Wagen (plus 5,5 Prozent) in Frankreich verkauft. Der deutsche Konkurrent BMW AG, München, konnte in den ersten elf Monaten 30 016 Pkw absetzen.

CHILE / Währungsfonds akzeptiert Programm

Banken gewähren Kredite

rtr, Santiago

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat nach Angaben des chilenischen Finanzministers Carlos Caceres dem Wirtschaftsprogramm seiner Regierung für 1984 zugestimmt. Wie der Minister mitteilte, wird Chile von ausländischen Geschäftsbanken einen Kredit über 780 Millionen Dollar erhalten, dessen Konditionen besser sind als im letzten Jahr. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) werde einen Überbrückungskredit für das Land „aufrechterhalten".

In einer Erklärung zum chilenischen Wirtschaftsprogramm für 1984 teilte der Minister mit, der geschäftsführende IWF-Direktor Jacques de Larosiere habe *ihn von der* IWF-Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Der Fonds sei mit einem Defizit des öffentlichen Sektors in Höhe von 4,6 Prozent des *Bruttoinlandproduktes* (BIP) einverstanden. Im letzten Jahr hatte der IWF eine Obergrenze von 2,3 Prozent des BIP verlangt.

Chile braucht in diesem Jahr dem Minister zufolge einschließlich einer fälligen Rückzahlung von 690 Millionen Dollar netto rund 1,94 Milliarden Dollar aus dem Ausland. Kredite von internationalen Organisationen und andere mittel- und langfristige Kredite sollen 850 Millionen Dollar erbringen. Die kurzfristige Mittelaufnahme werde sich auf 150 Millionen Dollar belaufen. Hinzu kommt ein Kredit ausländischer Geschäftsbanken von 780 Millionen Dollar. Die *Konditionen* sind laut Caceres erheblich besser als für den Kredit des letzten Jahres, als Chile 1,3 Milliarden Dollar aufnehmen mußte. Die tilgungsfreie Periode und die Laufzeit seien länger, und der Zinssatz liege nur noch 1¾ statt wie im letzten Jahr 2¼ Prozentpunkte über dem Londoner Interbankensatz (Libor) oder 1½ (statt 2⅛) Punkte über der US-Prime-Rate. Bis Chile den Kredit tatsächlich in Anspruch nehmen kann, wird möglicherweise die BIZ einspringen. Die Bank werde, so der Minister in einer schriftlichen Stellungnahme, einen Überbrückungskredit über 450 Mil*lionen Dollar* „aufrechterhalten", den Chile im letzten Jahr erhalten hatte.

Beobachtern fiel die Formulierung des Ministers auf, die BIZ werde den Kredit „aufrechterhalten". Offiziell sei bislang immer gesagt worden, der Überbrückungskredit sei zurückgezahlt worden. In seiner Erklärung ließ Caceres nun verbreiten, „um die Zeit zu überbrücken, bis der Kredit der ausländischen Banken ausgezahlt wird, hat sich die BIZ entschlossen, den Überbrückungskredit aufrechtzuerhalten, dem sie 1983 zugestimmt hat". Beobachter haben bisher jedoch keine Hinweise darauf, ob es sich wieder um die gleiche Summe wie im letzten Jahr handeln wird.

KRAFTWERK UNION / Mutter Siemens erhält wieder 50 Millionen Mark

Auftragsbestand mit Fragezeichen

HANS BAUMANN, Mülheim

Da nicht alles Gold ist, was glänzt, müssen auch die 30,2 Mrd. DM Auftragsbestand der Siemens-Tochter Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim, mit größter Vorsicht betrachtet werden. Es gibt einerseits keinen Zweifel, daß das Unternehmen nach 15jähriger Tätigkeit aus dem Gröbsten heraus ist oder, wie Vorstandsvorsitzender Klaus Barthelt es formulierte: „Wir sind keine Unterhaltsempfänger mehr, sondern ausreichende Mitverdiener." Sicher ist aber auf der anderen Seite auch, daß KWU schnell von seinen bisher höchsten *Auftragsbeständen* wieder herunter ist, wenn der Stromverbrauch nicht deutlich anzieht und neue Kraftwerke geordert werden.

Der Auftragsbestand setzt sich aus 16 Kernkraftwerksblöcken zusammen mit insgesamt rund 19 500 Megawatt (insgesamt 27,1 Mrd. DM) und 70 Blöcken im In- und Ausland, die fossil *befeuert werden und eine Kapazität* von rund 21 000 MW erreichen werden (3,1 Mrd. DM). Aber: Das Kernkraftwerk Krümmel mit über 13 000 MW steht vor der Inbetriebnahme. Es ist also bald nicht mehr Bestandteil der 30 Mrd. DM. Und ob die beiden Kernkraftwerke Wyhl und Biblis C je gebaut werden, dafür besteht kaum mehr als eine Hoffnung. Bestellt wurden sie 1975, eine Baugenehmigung gibt es bis heute nicht. Also fehlen am „ehrlichen" Auftragsbestand zwei weitere Kraftwerke von je gut 1300 MW, was einem Auftragswert von rund 7 Mrd. DM entspricht.

Noch eine Relativierung ist angebracht, wenn man die 30 Mrd. DM der KWU werten will: Nur rund 20 Prozent der Hardware wird in Mülheim und Berlin erstellt. Der weitaus größte Teil geht an Fremdunternehmer. In jüngster Zeit häufen sich die Aufträge, die ins Ausland vergeben werden müssen, weil die Hermes-Deckung für diese Exporte gedrosselt worden ist. So kämpft die KWU zum Beispiel um den Auftrag für ein Kernkraftwerk in der Türkei. Von dem erhofften Auftragsvolumen von 3,5 Mrd. DM gehen rund 900 Mill. DM in andere Länder, die bereit sind, eine staatliche *Auftragsbürgschaft zu* übernehmen. Daß die Türken zudem einen großen Teil des Werkes selbst bauen wollen, liegt auf der Hand. So paßt dann das Wort von Barthelt vom Knochen, um den sich „viele Hunde balgen".

Doch Klaus Barthelt ist ein Optimist. So sieht er im anziehenden Stromverbrauch ein Zeichen des Aufschwungs. Und wenn der dann in den kommenden Jahren Wachstumsraten von jährlich 3,3 Prozent bringt, so ist bis Ende der neunziger Jahre der Neubau von rund 20 000 MW in der Bundesrepublik fällig. Daß er auch auf Auslandsaufträge rechnet, zeigt das US-Engagement. Dort ist die KWU inzwischen dritter Anbieter am Markt und läßt es sich etwas kosten parat zu sein, wenn Kraftwerke wieder gefragt sein werden.

Bis dahin heißt es erst einmal, zu Hause den Gürtel enger zu schnallen. Da die Werke in Mülheim und Berlin nur zu 51 Prozent ausgelastet sind, soll die Belegschaft von rund 15 000 in den nächsten Jahren um 2 bis 3 Prozent abgebaut werden.

Wie bisher sollen auch in den kommenden Jahren rund 100 Mill. DM jährlich investiert werden. Am 1. Oktober will die KWU einen Pauschalpreis für eine Wiederaufarbeitungsanlage vorlegen. Mutter Siemens erhält wieder 50 Mill. DM für 1982/83 (30. 9.), das sind 16 *Prozent auf* 311 Mill. DM Kapital bei einem Umsatz von 3,44 (4,84) Mrd. DM.

LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

Für alle Risiken vorgesorgt

J. BRECH, Hamburg

Bei einem mäßigen Wachstum hat die Landesbank Schleswig-Holstein, Kiel, das Ergebnis im Berichtsjahr 1983 weiter verbessert. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Gerd Lausen stieg das Betriebsergebnis um 7 Prozent auf rund 100 Mill. DM, aus dem eine unveränderte Dividende von 5 Prozent gezahlt werden soll. Die gute Ertragslage, so betonte Lausen, habe die Landesbank nochmals verstärkt genutzt, um für alle Risiken *vorzusorgen. Insgesamt seien brutto* 90 Mill. DM verwendet worden, davon 30 Mill. DM für das Ausland und 60 Mill. DM für das Inland.

Von allen Krediten an Problemländer im Ausland sind nach den Worten von Lausen insgeamt 50 Prozent wertberichtigt. Im Inland hat die Landesbank jeweils 20 Mill. DM zur Risikovorsorge in den Bereichen Wohnungsbau, Schiffahrt und Schiffbau sowie gewerbliche Kunden verwendet. Damit sei allen Eventualitäten angemessen vorgebeugt, erklärt Lausen.

In diesem Jahr werde eine so umfangreiche Risikovorsorge wie in den vergangenen Jahren nicht mehr erforderlich sein. *Die Bank* werde dann der Stärkung der offenen Rücklagen den Vorzug geben. Die Landesbank verfügt zur Zeit bei einem Stammkapital von 220 Mill. DM über 511 Mill. *DM Eigenmittel. Diese Eigenkapital*ausstattung bezeichnet Lausen betriebswirtschaftlich als noch nicht zufriedenstellend.

Das verbesserte Ergebnis führt Lausen einmal auf eine leicht verbesserte Zinsspanne (von 0,76 auf 0,81 Prozent) und auf das gestiegene Geschäftsvolumen zurück. Gleichzeitig sei der *Anstieg* der *Aufwendungen* auf 2 Prozent begrenzt worden. Das ruhige Wachstum der Bank schlägt sich in einer Ausweitung des Geschäftsvolumens um 4,1 Prozent auf 28 Mrd. DM und der Bilanzsumme um 5,2 Prozent auf 26,4 Mrd. DM nieder. Schwerpunkte des Geschäfts blieben der Wohnungsbau und der öffentliche *Kredit*.

Positiv bewertet Lausen die Entwicklung der Luxemburger Tochter, die nach dem Ausscheiden der Bank auf Helsinki in Landesbank Schleswig-Holstein International S. A. umfirmiert worden ist. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um 3 auf 13,3 Mill. DM und wird voll zur Vorsorge von bestehenden *Risiken* verwendet.

Spanien will sich „hart verteidigen"

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spaniens Ministerpräsident Felipe González verkündete „eine harte Verteidigung der spanischen Gegenposition" nach Kenntnisnahme des in *Brüssel ausgearbeiteten Dokuments* mit den Agrarbedingungen für den EG-Beitritt. Nach dem Brüsseler Fahrplan, den die Spanier als Verhandlungsbasis betrachten, ist für Obst und Gemüse ein Zeitplan vorgesehen, wonach für vier Jahre die Aufrechterhaltung der Zollschranken gegenüber spanischen Importen gelten *soll. In den folgenden sechs Jahren* soll die allmähliche Anpassung erfolgen.

Diesen Zeitplan betrachtet die spanische Delegation als „in dieser Form nicht akzeptabel", wie es Außenminister Morán schon in Brüssel ausdrückte. Madrid rechnet damit, daß bis zum 30. September dieses Jahres, wenn der *Fahrplan* unterschrieben wird, eine Einigung zustande kommt, die irgendwo dazwischen liegt. Auch bei den „Nordprodukten" (Milch, Fleisch und Getreide) hofft man, die von der EG gesetzten Anpassungsfristen wesentlich unterschreiten zu können. Besonders hart werden die Spanier um eine möglichst niedrigere Frist bei der vorläufig noch ausgeklammerten Zollfreiheit für Olivenöl ringen. Vom Olivenöl lebt ein großer Teil des Landes Andalusien, das mit 23 Prozent die größte Arbeitslosigkeit in Spanien aufweist. (SAD)

BREMER LANDESBANK / Wieder fünf Prozent

Lebhaftes Kreditgeschäft

W. WESSENDORF, Bremen

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, im April 1983 aus der Fusion der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kre*ditanstalt Oldenburg-Bremen hervor*gegangen, legte ihren vorläufigen Jahresabschluß 1983 vor. Die Zahlen gelten für das gesamte Kalenderjahr, da die Geschäfte beider Vorgängerinstitute seit dem 1.Januar 1983 für die Rechnung des fusionierten Instituts geführt wurden.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt *Oldenburg* hat danach ihr Geschäftsvolumen erheblich gesteigert. Dazu hat auch die Erweiterung des Geschäftsgebietes beigetragen, heißt es in einer Mitteilung der Bank. Außerdem wurde am 1. Dezember 1983 das Geschäft der Hauptniederlassung Bremen der ADCA-Bank übernommen.

Das *Geschäftsvolumen* der Bank ist im Berichtsjahr um 2 Mrd. DM (plus 9 Prozent) auf knapp 23 Mrd. DM gewachsen; die Bilanzsumme um 1,8 Mrd. DM (ebenfalls plus 9 Prozent) auf 21,3 Mrd. DM. Die Ausweitung des Kreditgeschäftes um 1,3 Mrd. DM sei auf eine lebhaftere Nachfrage der Unternehmen zurückzuführen. Ein bedeutender Teil des Zuwachses entfalle wieder auf Darlehen an Bund, Länder und Gemeinden.

Die Geschäftsausweitung wurde durch die Emission eigener Schuldverschreibungen finanziert, deren Umlauf bei einem Bruttoabsatz von *3,8 Mrd. DM auf 1,6 Mrd. DM zunahm*. Die Einlagen gegenüber Kunden waren am Jahresende um 470 Mill. DM höher als vor Jahresfrist. Dagegen haben die bei anderen Kreditinstituten aufgenommenen Gelder um 376 Mill. DM abgenommen.

Das Stammkapital der Bank wurde durch Einlagen der NordLB und der Freien *Hansestadt* Bremen um 12 Millionen auf 182 Mill. DM erhöht. Zusammen mit den Rücklagen wird das Eigenkapital nach der vorgesehenen Rücklagenzuführung 462 Mill. DM betragen. Der Jahresüberschuß wird voraussichtlich eine Dividende in der üblichen Höhe von fünf Prozent sowie eine Zuführung zu den Rücklagen zumindest in Vorjahreshöhe von 13,5 Mill. DM zulassen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: RIKU-Trachten GmbH & Co KG Bekleidungswerk, Sulzbach/Main; **Berlin:** Reisebüro Henke & Buß oHG; Jürgen Koknat; **Essen:** Konrad Troullier, Inh. d. Oberländischen Brotfabrik u. Konditorei; **Freiburg i. B.:** Johann Baptist Koch, Inh. e. Lebensmittelgeschäfts; **Geilenkirchen:** Weselco GmbH, Lederzurichtung, Selfkant-Tüddern; **Hamburg:** HADAKON Hamburger Datenverarbeitungskontor GmbH; **Hamm:** Wolff KG, Handelsges., Kamen; **Hanau:** Nachl. d. Ludwig Peter Jennen, Maintal; **Heilbronn:** MK Automations GmbH; **Kaufbeuren:** Dieter Gerlach, Konditormeister, Marktoberdorf; **Kirchhain:** Nachl. d. Heinz Seidel, Burgholz; **Neuss:** Lonny GmbH & Co. KG, Meerbusch 1; Lonny GmbH, Meerbusch 1; **Northeim:** Georg Pohl, Malermeister, Uslar OT Schoningen; **Remscheid:** Nachl. d. Bernhard Dieter Rautenbach; **Reutlingen:** Günther R. Rotter GmbH; **Stuttgart Bad Cannstatt:** Egon Michael Siegert, Inh. d. Fa. Kirschinger, Stuttgart-Feuerbach; **Wilhelmshaven:** Norddeutscher Eisenbau GmbH, Sande.

Vergleich beantragt: Duisburg: Grünewald Grundstücks-KG; **Köln:** Berg & Co. Industrieanlagen GmbH; **Stuttgart:** Erich Kiefer, Lufttechnische Anlagen GmbH, Gärtringen.

MH BAUSPARKASSE / Neuling der Branche noch der „Hecht im Karpfenteich"

Expansionstempo bleibt ungebrochen

DANKWARD SEITZ, München

Nach knapp 3 ½jähriger Geschäftstätigkeit zählt die MH Bausparkasse AG, München, zwar noch immer zu den Newcomern der Branche – jedoch nicht mehr zu den Kleinsten. Vom Start weg erwies sie sich, nachdem bereits 1980 ein Netto-Neugeschäft von 227,6 Mill. DM Bausparsumme erzielt werden konnte, mit Zuwachsraten von 41,9 Prozent (1981) und 30,4 Prozent (1982) als „Hecht im Karpfenteich". Denn gleichzeitig befand sich die Branche mit Minusraten von 19,8 und 17,4 Prozent auf einer rasanten Talfahrt, die erst 1983 mit einem Plus von etwa 6 Prozent auf 75,4 Mrd. DM Bausparsumme gestoppt werden konnte.

Mit sichtlichem Stolz konnte MH-Vorstandsmitglied Gerhard Hörter jetzt feststellen, daß das Geschäftsjahr 1983 für sein Institut „*beinahe* noch furioser" verlaufen war als die vergangenen. Neu abgeschlossen wurden über 21 400 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 743,9 Mill. DM. Eingelöst wurden davon fast 19 000 Verträge mit über 629 Mill. DM, so daß das Vorjahresergebnis nochmals um 49,4 Prozent übertroffen werden konnte. Insgesamt verwaltete die MH Ende 1983 rund 51 150 Verträge (plus 59,1 Prozent) mit 1,73 Mrd. DM Bausparsumme (plus 58,9 Prozent). Zugeteilt wurden 1054 (218) Verträge über 51,8 (12,7) Mill. DM. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 181,0 (112,6) Mill. DM.

Auch wenn die Aktionäre der MH nochmals einen Verlust von 0,7 Mill. DM ausgleichen mußten – insgesamt sind seit 1979 rund 7,7 Mill. DM aufgelaufen –, war 1983 nach Ansicht von Hörter ein erfolgreiches Jahr. Den Ausgleich hätte man auch aus eigener Kraft schaffen können, jedoch hätten die Aktionäre diesen „solideren Weg" bevorzugt.

Am MH-Grundkapital von 10 Mill. DM sind seit Mitte 1983 die Baseler Versicherung mit 9,9 Prozent und die Helvetia Versicherung mit 10,0 Prozent beteiligt. Das restliche Kapital liegt ebenfalls bei Versicherungsgruppen, und zwar 50,1 (60,0) Prozent bei der Magdeburger, 10,0 (20,0) Prozent bei der Vereinigten Versicherungsgruppe sowie jeweils 10,0 Prozent bei der Winterthur und der Schweizerische Rentenanstalt.

Vor allem aufgrund der großen Außendienstorganisationen dieser Versicherungen setzt man bei der MH auch für die Zukunft auf Wachstum, nachdem bis jetzt erst ein Marktanteil von knapp 1 Prozent erreicht werden konnte. Nach dem Verlauf der ersten beiden Monate 1984 liegt nach Angaben von Hörter ein Neugeschäft von 1 Mrd. DM im laufenden Jahr im Bereich des Möglichen.

Vorrang vor Wachstum soll aber weiterhin die Qualität haben, daß heißt, daß der Anteil der Schnellsparer am Neugeschäft die Quote von 7 Prozent – bisher 5 Prozent – nicht übersteigen soll. Vor allem will man unverändert auf Großkunden im Schnellspargeschäft verzichten. Die Zuteilungsfristen liegen, so Hörter, nach wie vor bei 23 bis 26 Monaten.

Nach Kurseinbruch leicht erholt

Vorsichtige Auslandskäufe stießen im Verlauf auf leere Märkte

DW. – Mit Angstverkäufen reagierte der Berufshandel an der Mittwochbörse auf die angedeutete Möglichkeit, daß die USA und Großbritannien die Straße von Hormuz im Fall einer iranischen Schließung freihalten würden. Da es unverändert an Kaufneigung fehlte, gaben die Aktienkurse auf breiter Front nach. Die Auslandsnachfrage, die im Verlauf aufkam, stieß auf leere Märkte und führte zu einer gewissen Kurserholung.

Die Farbennachfolger, für die in den nächsten Tagen Zwischenberichte erwartet werden, gaben unter dem Druck der Verkäufe des Berufshandels dennoch vorübergehend nach und zogen im Verlauf wieder an. Am Elektromarkt war die Tendenz ähnlich. Die Versorgungspapiere überwiegend nachgebend. Autowerte waren nur noch mäßig gedrückt und brachten im Verlauf ebenfalls Pluskorrekturen. Stahlpapiere bewegten sich auf leichterem bis schwächerem Niveau.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten um 3 DM und DAT um 15 DM. Dyckerhoff St. gaben um 10 DM nach und Hageda um 3 DM. Huta verloren 3 DM und Keramag 3 DM. Neckermann verminderten um 4,50 DM. Kochs Adler stockten um 7 DM auf. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 35 DM und Allianz Leben 20 DM. Allianz Vers. gaben um 9 DM nach.

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben Thüringer Gas 425 DM plus 17 DM, Wickrather Holding 505 DM plus 20 DM, Chemieverwaltung 302,50 DM minus 12,50 DM, Mainzer Aktienbier 315 DM plus 10 DM, Linde 372 DM minus 11 DM. Das Bezugsrecht Pfaff wurde bei größeren Umsätzen mit 3,10 DM gehandelt. BHF-Bank-Bezüge blieben 12,10 DM. Von Auslandsaktien gaben bei Minusankündigung Goodyear auf 67,50 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf erlitten bei 345 DM (minus 15 DM) den größten Abschlag. Reichelt gaben um 3 DM auf 134 DM nach und Phoenix Gummi um 2 DM auf 147 DM nach. HEW lagen bei 101 DM. Markt und Kühlhallen gingen unverändert zu 310 DM aus dem Markt. Vereins- und Westbank wurden mit 317 DM (minus 1 DM) bezahlt.

München: Nachgeben mußten Agrob St. um 5 DM, Augsburger Kammgarn um 6 DM und Etienne Aigner um 4,50 DM. Deckel AG verloren 2,70 DM und Dywidag 3 DM. Erhöhen konnten Großkraft Franken um 1,20 DM und Grünzweig um 4,50 DM. NAK Stoffe verbesserten sich um 2,50 DM und Süd Chemie um 5,50 DM. Wanderer AG verbesserten sich um 3 DM.

Berlin: Berthold verbesserten sich um 1,50 DM. DUB-Schultheiss schwächten sich um 11 DM und Schering um 8 DM ab. Orenstein gaben um 5 DM, Bergmann und Rheinmetall um je 4 DM, Herlitz Stämme um 3 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM nach.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 22. 2.: 149,6 (151,7);
WELT-Umsatzindex vom 22. 2.: 2680 (3164)

Mailand

	22. 2.	21. 2.
Bastogi	154	157
Breda	4335	4190
Centrale	1580	1580
Farmitalia C. Erba	10510	10440
Fiat	4100	4089
Fiat Vz.	3150	3155
Finsider A	43	43
Generali	37890	38120
Gruppo Lepetit	25800	25800
IFI Vz.	5450	5490
Italcementi	47100	47900
Italgas	909	915
Magneti Marelli	1045	1045
Mediobanca	62250	62350
Mondadori	2220	2230
Montedison	227	225
Olivetti Vz.	4160	4190
dgl. St.	4185	4184
Pirelli SpA	1747	1735
Rinascente	480	482
RAS	59500	60000
S. A. I.	12900	13000
SIP	1902	1905
Snia Viscosa	1488	1510
STET	2130	2160
Index	218,59	219,38

Brüssel

Arbed	1440	1394
Brux. Lambert	2405	2395
Cockerill Ougrée	204	208
Ebes	2310	2350
Gevaert	3015	3000
Kredietbank	6900	6900
Pétrofina	6840	6900
Soc. Gén. d. Belg.	1725	1730
Sofina	5430	5490
Solvay	3705	3706
UCB	4770	4850
Index	141,18	–

Hongkong

China Light + P.	12,80	12,90
Hongkong Land	3,55	3,62
Hongk. + Sh. Bk.	8,60	8,70
Hongk. Teleph.	45,75	45,50
Hutch. Whampoa	16,80	17,80
Jard. Matheson	12,80	12,70
Swire Pac. + A +	16,80	17,80
Wheelock + A +	5,60	3,47

Singapur

Cycle + Car.	5,80	5,80
Cold Storage	4,46	4,70
Dev. Bk. of Sing.	10,10	9,95
Fraser + Neave	6,40	6,30
Kl. Kepong	3,12	3,14
Mal. Banking	9,90	9,95
Nat. Iron	5,60	5,70
OCBC	11,10	11,20
Sime Darby	2,42	2,45
Singapur Land	5,55	5,80
Un. Overs. Bank	5,40	5,70

Sydney

ACI	1,99	1,88
Ampol. Explor.	4,25	4,30
Bk. New S. Wales	3,48	3,42
Bridge Oil	3,32	3,34
Brok. Hill. Prop.	13,95	13,80
Coles	3,73	3,78
CRA	5,32	5,36
CSR (Thelss)	3,78	3,85
Metals Expl.	0,65	0,62
MIM-Holdings	3,38	3,33
Myer Emporium	1,85	1,92
North Broken Hill	2,84	2,88
Oakbridge	1,00	1,00
Peko Wallsend	5,70	5,76
Poseidon	4,36	4,32
Thomas Nat. Tr.	2,12	2,15
Walton Bond	0,53	0,55
Western Mining	4,10	4,05
Woodside Petr.	0,96	0,94
Index	743,80	744,30

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1600,00	1938,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1193,00	1404,91
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	886,90
1 £Sovereign alt	244,00	300,96
1 £Sovereign Elizabeth II.	236,00	291,84
20 belgische Franken	186,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	257,00	320,34
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1066,00	1255,14
Maple Leaf	1066,00	1255,14
Platin Noble Man	1095,00	1266,20
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	258,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	202,00	254,22
20 franz. Franken „Napoléon"	190,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	453,00	567,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die freundliche Tendenz für den US-Dollar blieb nicht erhalten nachdem schon in New York am Vorabend wenig Bereitschaft zugunsten des Dollar zu erkennen war. Da auch neue Hiobsbotschaften aus den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten ausblieben setzte sich wieder eine Pro-DM-Stimmung durch, die den Kurs von 2,6850 auf 2,6620 am späten Nachmittag drückte. Die amtliche Notiz wurde am 22. 2. mit 2,6708 festgestellt. Hohe prozentuale Abschläge erlitten auch das britische Pfund mit einem Rückgang um 1,28 Prozent auf 3,871 als Reaktion auf keine Eskalation am Golf sowie der japanische Yen, der um 8,7 Promille auf 1,1455, dem bisher niedrigsten Stand dieses Jahres, fiel. Starke Kursverluste verzeichneten auch der kanadische Dollar, die norwegische und die schwedische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 3,0125; Brüssel 54,69; Paris 8,2360; Mailand 1653,00; Wien 18,8140; Zürich 2,1931; Ir. Pfund/DM 3,067; Pfund-Dollar 1,4494; Pfund/DM 3,871.

Ostmarkkurs am 22. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar Deports am 22. Februar wieder etwas enger bei geringen Umsätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,99/0,89	2,87/2,77	5,60/5,40
Pfund/Dollar	0,08/0,10	0,28/0,20	0,61/0,65
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,80	7,10/5,70
FF/DM	29/13	84/65	158/142

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 2.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,0 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 22. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,65). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,84. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

SÜDDEUTSCHER VERLAG / Neue Gesellschaft

Franzis-Druck übernommen

DANKWARD SEITZ, München

Eine der größten Offsetdruckereien im süddeutschen Raum wird durch das jetzt angekündigte Zusammengehen der beiden Münchner Traditionsdruckereien Karl Wenschow GmbH und Franzis-Druck GmbH entstehen. Beide Gesellschaften gründen zum ersten April nach Angaben der Süddeutschen Verlag GmbH, die zu 100 Prozent an Wenschow beteiligt ist, die Karl Wenschow-Franzis-Druck GmbH mit Sitz in München. An der neuen Gesellschaft, die mit einem Stammkapital von einer Million Mark und einem Rücklagenkapital von vier Millionen Mark ausgestattet sein soll, wird die Karl Wenschow GmbH mit 74 Prozent und die Franzis Druck GmbH mit 26 Prozent beteiligt sein.

Für das erste volle Geschäftsjahr 1985 wird für Wenschow-Franzis ein Umsatz von 45 Millionen Mark erwartet. Ein großes Auftragsvolumen aus den Verlagen der Firmengruppe, so der Süddeutsche Verlag, sichere diese Umsatzerwartung bereits heute weitgehend ab und halte „den Rükken frei für gezielte Aktivitäten am Markt". Wenschow wird in die neue Gesellschaft alle Produktionsbereiche (u. a. Reproduktion, Fotosatz und Offsetdruck) mit Ausnahme der Globenfertigung einbringen. 1982 wurden dem Vernehmen nach etwa 25 Millionen Mark umgesetzt, überwiegend mit Druckleistungen, von denen rund ein Drittel gegenüber mit dem Süddeutschen Verlag verbundenen Unternehmen erbracht wurden.

Die Franzis-Druck GmbH, eine 100prozentige Tochter der Münchner Franzis Verlag GmbH, setzte nach eigenen Angaben zuletzt 36 Millionen Mark um. Sie wird in die neue Tochter die Fertigungsbereiche Bogen- und Rollenoffsetdruck sowie die Weiterverarbeitung einbringen. Die Vorstufen werden in eigener Regie weitergeführt. Wenschow-Franzis wird alle Beschäftigten von Wenschow und rund 60 Mitarbeiter von Franzis übernehmen. Den darüber hinaus noch verbleibenden 100 Franzis-Mitarbeitern sollen Arbeitsplätze innerhalb der beiden Verlage angeboten werden.

GRUNDKREDITBANK / Zwölf Prozent Dividende

Wieder kräftiges Wachstum

P. WEERTZ, Berlin

Im vergangenen Jahr ist die Grundkreditbank eG, Berlin, wieder kräftig gewachsen. Die Bilanzsumme stieg um 21,5 Prozent auf 1,63 Mrd. DM. Vor allem das Kreditgeschäft hat mit plus 27,6 Prozent auf 1,11 Mrd. DM beträchtlich zugenommen. Vorstandsvorsitzender Ulrich C. C. Jancke sieht im Kreditgeschäft einen „gewissen Durchbruch" durch die Ausweitung des Kundenkreises über das Baugewerbe hinaus. Es sei deutlicher geworden, daß die Grundkreditbank eine Universalbank mit breitem Leistungsspektrum sei und nicht nur ein Institut des Realkredits, betont Jancke. Mit dieser Entwicklung begründet Jancke die Expansion im Kreditgeschäft. Das Institut konnte interessante Kreditnehmer im gewerblichen Bereich – auch außerhalb Berlins – zugewinnen.

Gleichzeitig wuchsen die Kundeneinlagen um 16 Prozent auf 1,2 Mrd. DM. Dabei nahmen die täglich fälligen Gelder um 24,9 Prozent, die Spareinlagen um 8,1 Prozent und der Absatz von Sparbriefen um 16,9 Prozent zu. Das Wachstum des Kreditgeschäfts und die um rund 100 Mill. DM aufgestockten Eigenwertpapierbestände der Bank konnten nicht voll aus dem Zufluß von Kundengeldern finanziert werden. Deshalb stiegen die Verbindlichkeiten bei anderen Banken um 79 Mill. auf 237,5 Mill. DM.

Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich das Betriebsergebnis nicht mehr. Das Kostenwachstum von 13,2 Prozent wurde jedoch voll aufgefangen. Im Jahresdurchschnitt lag die Zinsspanne bei 3,3 Prozent. Der Jahresüberschuß erhöhte sich leicht auf 8 (7,5) Mill. DM. Für 1983 erhalten die 21 591 Mitglieder auf ihre Geschäftsguthaben mit einer Haftsumme von 30,27 Mill. DM wieder eine Dividende von brutto 12 Prozent. Gleichzeitig wurden die Rücklagen – wie im Vorjahr – mit 6 Mill. DM dotiert.

ADIG INVESTMENT / Europäischer Fonds soll geschlossen werden

Aditec bremste den Mittelrückfluß

DANKWARD SEITZ, München

Wenn auch das zweite Halbjahr 1983 eine unverändert gute Kursentwicklung am deutschen Aktienmarkt und an den meisten internationalen Börsen brachte, eine gewisse Enttäuschung über den Verlauf der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 6.) kann Erik Fintelmann, Geschäftsführer der Adig Allgemeine Deutsche Investmentgesellschaft, München, nicht verhehlen. Kein Grund zum Klagen gibt dabei die Wertentwicklung der zehn Aktien- und Rentenfonds mit 3,4 Prozent beim erst Mitte November aufgelegten Technologie-Fonds Aditec bis zu 11,0 Prozent beim Adiverba sowie das um rund 348 Mill. auf 6,62 Mrd. DM gestiegene Fondsvermögen.

Getrübt wird die Freude dadurch, daß das Mittelaufkommen bei den Aktienfonds trotz aller positiven Faktoren nicht den Erwartungen entsprach. Auf den ersten Blick verzeichnete die Adig hier zwar einen Zufluß von 174,2 Mill. DM gegenüber einem Abfluß von 51,2 Mill. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Zurückzuführen ist dies jedoch allein auf den neuen Aditec, der ein Mittelaufkommen von 266,7 Mill. DM verzeichnete. Ohne ihn hätte sich der Mittelrückfluß sogar noch auf 92,5 Mill. DM beschleunigt. Die beiden Rentenfonds Adirenta und Gotharent kamen dagegen noch auf einen Zufluß von 210,2 (316,7) Mill. DM.

Doch Fintelmann fand auch Trost, denn der gesamten Branche ging es im zweiten Halbjahr 1983 nicht besser. 614 (237,9) Mill. DM hätte sie an Rückflüssen verbuchen müssen, wenn nicht den 1983 neu aufgelegten elf Aktienfonds in diesem Zeitraum 821,3 Mill. DM zugeflossen wären und somit unter dem Strich noch ein Plus von 207,3 Mill. DM verblieb. Mit 808,2 (1075,5) Mill. DM fiel auch bei den Rentenfonds das Mittelaufkommen geringer aus. Fintelmann: „Insgesamt müssen wir darüber nicht sonderlich betrübt sein. Wer 1983 seine Anteile zurückgegeben hat, wird dies normalerweise mit Gewinn getan haben; hier handelt es sich also um zufriedene nicht um enttäuschte Kunden."

Schließen wird die Adig, wie Fintelmann mitteilte, am 1. März 1984 den europäisch orientierten Aktienfonds Adiropa, dessen Fondsvermögen im Laufe der Jahre immer weiter zurückgegangen ist und Ende 1983 auf 31,8 Mill. DM kam. Der Grund: Enttäuschte Hoffnungen auf ein politisch geschlossenes und einheitliches europäisches Wirtschafts- und Währungsgebiet, unter denen dieser Fonds aufgelegt worden ist. Dadurch hätte man nur noch in wenigen EG-Ländern außerhalb Deutschlands mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg investieren können. Eine Änderung der Anlagegrundsätze aber sei nicht sinnvoll gewesen. Das Fondsvermögen sei inzwischen so disponiert, daß im Zuge von Umtauschaktionen in andere Adig-Fonds "die Positionen rasch und geräuschlos aufgelöst" werden könnten.

Für 1984 zeigte sich Fintelmann zuversichtlich, ähnlich hohe Wertsteigerungen wie im vergangenen Jahr erzielen zu können. Am Aktienmarkt werde „die Luft zwar nach den historischen Höchstkursen zwangsweise dünner", doch die Ertragsentwicklung bei vielen Aktiengesellschaften werde sich weiter verbessern, was in die heutigen Kurse noch nicht voll eingegangen sei. Positive Signale für den Rentenmarkt seien dagegen kaum zu erwarten. Zur Zeit spreche wenig dafür, daß man sich vom US-Markt abkoppeln könne.

DEUTSCHE SPAR / „Geld-zurück-Garantie"

Konsolidierung erfolgreich

HENNER LAVALL, Hamburg

Das „Jahr des Einzelhändlers" soll die 5400 Geschäfte der Deutschen Spar gegen die verschärften Wettbewerbsbedingungen besser wappnen. Dafür hat sich die Zentrale der bedeutendsten freiwilligen Handelskette in Deutschland einiges einfallen lassen. Präsident Bernhard A. Schmidt präsentierte in Hamburg die neue Generation der „Sparmarken", die das Programm der seit zwei Jahren bestehenden Namenlosen (Sparsamen) abrunden sollen. Die mit „Geld-zurück-Garantie" ausgestatteten Produkte haben beim Verbraucher ein erfreuliches Echo gefunden, stellte Schmidt fest. Man könne nun für das Geschäftsjahr 1984 einen Gesamtumsatz von 10 Mrd. DM als realistisch anvisieren, davon 350 Mill. DM durch die 300 neuen „Sparmarken".

Das vergangene Jahr stand bei der Spar noch im Zeichen einer „erfolgreichen Konsolidierung". Mit 89 Geschäften fiel die Abschmelzungsrate (1,6 Prozent) so klein aus wie seit Jahren nicht mehr. Angesichts der Herausforderungen, die der Handel im letzten Jahr bewältigen mußte, konnte man bei Spar zufrieden sein. Der addierte Jahresumsatz aller selbständigen Einzelhändler einschließlich Spar-Filialen stieg um 6 Prozent auf 7,9 Mrd. DM, während die nicht unter dem Eigennamen geführten Filialen ein Minus von 19 Prozent auf 1,5 Mrd. DM verzeichneten. Die Gesamtsteigerung entsprach mit einem knappen Prozent (auf 9,4 Mrd. DM) dem Branchendurchschnitt.

Der Großhandelsumsatz erhöhte sich um 1,4 Prozent auf 5,6 Mrd. DM. Da in den Zahlen bereits der Wegfall von zwei Gesellschaftern (jetzt noch 23) enthalten ist, wird das Gesamtergebnis 1983 bei der Spar mit Genugtuung gesehen, zumal der Marktanteil im Nahrungs- und Genußmittelhandel bei 7 Prozent behauptet werden konnte.

Schmidt beklagte allerdings den erneut angestiegenen Kostendruck. Die Gesamtbelastung mit den wichtigsten Faktoren Personal, Betriebskosten, Miete, Pacht und Raumkosten stieg von 14,95 Prozent in 1982 auf 15,3 Prozent im abgelaufenen Jahr an. Die völlig unbefriedigende Ertragssituation sei durch die nach Schmidt „nicht zu rechtfertigende Mehrwertsteuererhöhung" zur Jahresmitte 1983 verstärkt worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Schachtel-Test

Frankfurt (Wb.) – Die Gesellschaft für Automobilwerte mbH, Frankfurt, zu 50 Prozent im Besitz der Dresdner-Bank-Gruppe und zu jeweils 10 Prozent bei 4 Versicherungsunternehmen sowie der Erbengemeinschaft Quandt, hat sich 1983 mit insgesamt 10 Prozent an der BMW AG, München, beteiligt. Die Dresdner Bank sieht in diesem Engagement ein Pilotprojekt, mit dem die Neuregelung des steuerlichen Schachtelprivilegs (seit Jahresbeginn schon für 10 statt bisher 25 Prozent) in der Praxis erprobt werden soll. Attraktiv ist dabei nicht nur die höhere Rendite, sondern auch die Möglichkeit, die Schachtel unter 10 (bisher 4) Gesellschaftern aufzuteilen.

Aigner zahlt 22,5 Prozent

München (VWD) – Die Etienne Aigner AG, München, wird der Hauptversammlung für 1983 die Ausschüttung einer Dividende von 22,5 Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 8 Mill. DM vorschlagen. 1983 wurde eine Umsatzsteigerung um 7,4 Prozent auf 128,5 Mill. DM erzielt, der Gruppenumsatz erhöhte sich um 12 Prozent auf 166 Mill. DM.

Bremer Werftenfusion

Bremen (dpa/VWD) – Mit einer Kapitalerhöhung bei der Bremer Vulkan-Werft soll die Fusion des Schiffbauunternehmens mit der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven eingeleitet werden. Der Vorstand wird einer Hauptversammlung der Vulkan-Werft AG am 28. März vorschlagen, das vorhandene Grundkapital um 10 auf 88 Mill. DM zu erhöhen und dazu 200 000 neue Inhaberaktien im Nennwert von 50 DM auszugeben. Die jungen Aktien sollen zum Kurs von 125 DM ausgegeben werden und ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigt sein. 15 Mill. DM sollen in die offenen Rücklagen eingestellt werden. Die Hapag-Lloyd AG, der die Reparaturwerft in Bremerhaven bisher zu 100 Prozent gehört, tritt als Mitaktionär in die Vulkan-Werft AG ein.

Gerüchte um Lünebest

Hannover (dos.) – Schwieriger als vorgesehen gestaltet sich offenbar die Zusammenarbeit zwischen der Glücksklee GmbH, Hamburg, und der Lüneburger Molkerei Lünebest Hans Stamer KG. Eine Bestätigung der Gerüchte, wonach Glücksklee sich von der im Herbst 1981 erworbenen 50-Prozent-Beteiligung an Lünebest wieder trennen will, war gestern zwar nicht zu erhalten. Glücksklee-Geschäftsführer Kurt Braun wollte aber auch nicht dementieren.

NWK / Keine zusätzlichen Brokdorf-Anteile

Konzepte benötigen Zeit

JAN BRECH, Hamburg

Die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, haben keine Absicht, von ihrem Partner, der Hamburgischen Electricitätswerken AG (HEW), zusätzliche Anteile am gemeinsamen Kernkraftwerk Brokdorf zu übernehmen. Das hat jetzt der Vorstandssprecher der NWK, Hermann Krämer, erklärt. NWK sei bei ihren Planungen von einem Anteil von 50 Prozent an Brokdorf ausgegangen, und es bestehe keine Notwendigkeit, von diesem Programm abzuweichen.

Kernenergie, so erklärte Krämer weiter, habe trotz immer wieder gegenteilig geäußerter Meinungen nach wie vor einen erheblichen Kostenvorteil gegenüber anderen Primärenergien. Dies gelte unabhängig davon, daß durch kostspielige behördlichen Auflagen ein Stück der Wirtschaftlichkeit verlorengegangen wäre.

Zur allgemeinen Lage in der Elektrizitätswirtschaft erklärte Krämer, daß sich die Stimmung durch die neu aufgekommene Diskussion über eine Entstickung der bestehenden Kraftwerke wieder verschlechtert habe. Für die Forderung nach einer Entstickung der Anlagen gebe es zur Zeit kein abgesichertes Verfahren.

Gleichwohl, so fügte Krämer hinzu, gehe die Elektrizitätswirtschaft auch in dieser Frage nicht auf Gegenkurs. Man müsse ihr aber Zeit einräumen, um ein tragfähiges Konzept zur Eindämmung der Emissionen von Stickoxyden zu entwickeln. Krämer nannte eine Spanne von 4 bis 5 Jahren. In der Frage der Entsorgung hält die Industrie nach den Worten von Krämer an der Lösung über eine Wiederaufarbeitung fest. Den Weg der direkten Endlagerung werde man nicht gehen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Limbald, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Beck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714.

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Brand-Schutz

Die erschreckende Zunahme der Brandschäden in den letzten Jahren mit einer Gesamtschadenssumme von inzwischen 3,3 Milliarden Mark im Jahre 1982 (250 Millionen Mark 1960) zeigt, daß nur verstärkte Aufklärung Schlimmeres verhüten kann. In diesem Jahrzehnt muß in der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 10 000 Toten und mehr als 12 000 Verletzten bei Bränden gerechnet werden. Das geht aus einer Studie der Versicherungsgruppe Deutscher Lloyd in München hervor. Die Studie: „Jede Stunde wird in der Bundesrepublik ein Kind zum Brandstifter." Und der Rat des Chefs der Münchener Feuerwehr, Karl Seegerer: „Nehmen Sie Ihr Kind an die Hand, und besuchen Sie Ihre Feuerwehr." Es geht also beim Brandschutz in erster Linie um Aufklärung. Aber auch um vorbeugenden Schutz, damit es nicht immer kräftiger weiterbrennt.



„Es kann Ihnen nichts passieren. Die Films sind in einem feuerfesten Raum." Historische Lichtbildeinblendung aus dem Bildband „Lichtspielhausarchitektur in Deutschland", erschienen im Verlag Frölich und Kaufmann

Wenn Staub zu Sprengstoff wird

Wann immer von Explosionen und ähnlichen Katastrophen die Rede ist, überkommt den Menschen ein Gefühl der Machtlosigkeit. Gleichzeitig wird der Wunsch wach, sich umfassend vor diesen Gefahren zu schützen. Besonders deutlich wird dies, wenn die Folgen von Staubexplosionen bekannt werden, also Explosionen von Stoffen wie Mehl, Getreide, Zucker oder Milchpulver. Laien trauen diesen Stoffen keine Explosionsgefahr zu. In einer bestimmten Staub-/Luftkonzentration und bei entsprechender Zündquelle aber entstehen Explosionen, deren Kosten in Millionen-Höhe führen können.

Es gibt Möglichkeiten, auch diese Gefahren auszuschließen: Anlagen zur Unterdrückung von Staubexplosionen. Die Zerstörung von Prozeßbehältern durch Staubexplosionen läßt sich mit Systemen verhüten, die bei einem definierten Druckanstieg Löschpulver freisetzen. Pyrotechnisch öffnende Ventile und empfindliche Detektoren gewährleisten ein schnelles Ansprechen der Explosions-Unterdrückungsanlage.

Bereits in der Anfangsphase lassen sich Explosionen in Behältern mit staubförmigem oder granuliertem Gut unterdrücken, indem innerhalb von wenigen Millisekunden aus Schnellausblasflaschen ausstömendes Löschmittel eine Flammensperre aufbaut. Die Flammenfront der Explosion wird abgelöscht, bevor eine zerstörende Wirkung entsteht.

Für den Explosionsschutz in Industriebetrieben hier eine Reihe von Anwendungsbeispielen: Dazu gehört der Schutz von Mahlanlagen für anorganische Farbstoffe, von Wirbelschichttrocknern für Weizenmehl, von Müllzerkleinerungsbetrieben, von Elevatoranlagen und von Feinmahlanlagen für Zellulose-Azetat.

Der Bedarf an Löschmittel und damit die Anzahl der Löschmittelbehälter wird entsprechend dem Volumen des zu schützenden Behälters und der Stoffkonstante des Produktes festgelegt. Bei einem organischen Pigment werden beispielsweise für ein Volumen von einem Kubikmeter zwei Löschmittelbehälter, für zehn Kubikmeter sechs und für 100 Kubikmeter 30 Löschmittelbehälter benötigt. Die Löschmittelbehälter werden gleichmäßig an der Behälterwand verteilt. Sie lassen sich wahlweise direkt senkrecht oder waagerecht über ein Rohrknie mit 90-Grad-Winkel einbauen. Teleskopkugeldüsen im Inneren der Anschlußrohre sorgen für ein optimales Verteilen des Löschpulvers.

Als Löschflaschen dienen nahtlos gezogene Stahlzylinder, die jeweils vier Kilogramm Ammonphosphat enthalten und durch Stickstoffgas unter einem Druck von 60 bar gehalten werden. Das Öffnen der Ventile geschieht pyrotechnisch. Die Fünf-Liter-Flasche hat einen Ventilauslaß von 3 Zoll, die 4,4-l-Flasche mit Doppelkopfventil hat eine Auslaßöffnung von drei Viertel Zoll. Während die 3-Zoll-Flasche zur eigentlichen Explosionsunterdrückung dient, ist die Drei-Viertel-Zoll-Flasche in erster Linie als Flammensperre bestimmt.

Aus einer großen Anzahl von verfügbaren Meldern werden im Normalfall für die industrielle Explosionsunterdrückung meist Druckdetektoren benutzt. Diese Sensoren haben eine Membrane mit Kontaktstift und geben beim Erreichen oder Überschreiten des vorher eingestellten Ansprechdruckes das Auslösesignal für die Löschmittelbehälter. Um Fehlauslösungen zu vermeiden, sind jeweils zwei Detektoren in Serie geschaltet, deren Druckmembranen um 90 Grad zueinander versetzt sind. Üblicherweise wird ein Ansprechdruck der Detektoren von 0,1 bar gewählt.

Nach dem Ansprechen der Druckdetektoren löst die Zentrale eine Ansteuerung der Löschmittelbehälter, der Berstscheiben und der Schnellschlußklappen aus. Die elektrischen Impulse führen dann zum Zünden der Sprengkapseln und Schneidschnüre. Eine Steuereinheit umfaßt meist mehrere Explosionsunterdrückungslinien. Die Zentrale überwacht sämtliche Eingänge auf Drahtbruch. Sie prüft außerdem den Kapselkreis auf Drahtbruch. Ebenfalls gemeldet werden eine Entladung des Kondensators und das Entfernen der Batterien. (S. L.)

Zur Teezeit machten die Pilger Feuer an Bord

Die Verkehrsluftfahrt registrierte zwischen 1960 und 1980 rund zweihundert Vorfälle mit Feuer oder starker Rauchentwicklung an Bord von Flugzeugen. Vierzig dieser Vorkommnisse mußten als Unfälle eingestuft werden. In einer Reihe von Fällen kamen Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben, weil sie – durch starken Rauch und giftige Gase beeinträchtigt – nicht mehr in der Lage waren, sich zu retten.

Von KARLHANS MÜLLER

Beim schwersten Brandunglück kamen am 19. August 1980 301 Menschen ums Leben. Sieben Minuten nach dem Start einer Lockheed L-1011 TriStar ertönte im Cockpit eine akustische Rauchwarnung. Nach einer Inspektion der Kabine meldete der Flugingenieur: „Nur Rauch!" Der Kapitän kehrte um und forderte über Funk die vorsorgliche Unterstützung der Feuerwehr an. Auf einmal konnte die Cockpit-Crew den Schub des im Heck installierten Triebwerks des dreistrahligen Großraumflugzeugs nicht mehr regeln. Wie später die Untersuchungskommission feststellte, waren die Kabel durchgeschmort.

Acht Minuten nach der Rauchwarnung wurde Feuer in der Kabine gemeldet. Unter den Passagieren begann sich Panik zu verbreiten. Obwohl der Copilot und der Flugingenieur darauf drängten, über Funk den Notfall zu erklären und bereits eine sofortige Evakuierung nach der Landung anzuordnen, traf der Kapitän keine Entscheidung. Als die TriStar 26 Minuten nach de Rauchwarnung landete, waren keine Anzeichen einer Beschädigung zu erkennen.

An giftigen Gasen und am Rauch erstickt

Die Frage der bereitstehenden Rettungsmannschaften, ob ein Eingreifen erwünscht sei, wurde lediglich mit einem „Warten Sie!" beantwortet. Bald stieg unter dem Rumpf weißer Rauch auf. Ganze sieben Minuten nach der Landung kam aus dem Cockpit der letzte Funkspruch: „Wir versuchen jetzt zu evakuieren!" Dafür war es aber zu spät. Die Türen waren derart von Passagieren blokkiert, daß sie sich nicht von innen öffnen ließen. Nochmals verstrichen acht Minuten, bis die Rettungsmannschaften begannen, die Türen von außen zu öffnen. Zu diesem Zeitpunkt erfaßte eine Feuerwalze die gesamte Oberseite des Rumpfes. Passagiere und Besatzungsmitglieder waren längst erstickt und toxischen Gasen erlegen. Der Schwelbrand, der im Heck der TriStar ausgebrochen war, entwickelte sich wegen des unglaublichen Verhaltens des Flugkapitäns zur Katastrophe.

Die Boeing 707 einer südamerikanischen Fluggesellschaft befand sich am 11. Juli 1973 beim Anflug auf *Paris in 2400 Meter Höhe* rund 40 Kilometer von Orly entfernt, als der Flugkapitän die Flugsicherung über ein „Problem mit Feuer an Bord" unterrichtete und um Genehmigung für eine Notlandung bat.

Der hintere Teil der Kabine war verraucht. Innerhalb der nächsten drei bis vier *Minuten* überschlugen *sich die Ereignisse. Schnell drang* der Rauch bis ins Cockpit vor. Der Chefsteward meldete, Passagiere seien bereits bewußtlos. „Totales Feuer" ließ der Pilot die Radarlotsen wissen, als sich das Flugzeug noch in etwa 900 Meter Höhe befand. Dann brach der Funkkontakt ab.

Die Auswertung des aus den Trümmern geborgenen Voice Recorders ergab, daß die Cockpit-Besatzung Sauerstoffmasken und Rauchbrillen angelegt hatte, aber vor lauter Qualm nicht einmal mehr die Instrumente sehen konnte. Der Flugkapitän riß das Seitenfenster auf und steckte den Kopf heraus, als er den Jet fünf Kilometer vor der Landebahnschwelle auf einem Gartengelände aufsetzte.

Augenzeugen sahen eine Rauchfahne, die an der Wurzel des Höhenleitwerks aus dem Rumpf austrat. Bei der Außenlandung brach das Fahrwerk ab. Das Flugzeug verlor alle vier Triebwerke und den halben linken Flügel, bevor es zum Stehen kam.

Erst sechs bis sieben Minuten nach dem Crash brachen Flammen am Heck duch die Oberseite des Rumpfes. Nur einer von 117 Passagieren und zehn der 17 Besatzungsmitglieder überlebten die Katastrophe. Die 123 Opfer sind nicht verbrannt, sondern an giftigen Gasen und dem Rauch erstickt, der sich bei dem Schwelbrand entwickelte. Er wurde durch die Sorglosigkeit eines Fluggastes verursacht, der in einer Toilette im Heck eine Zigarette in den Abfallbehälter für Papierhandtücher geworfen hatte.

An Wolle kann Feuer sich nur schwer entflammen

Sobald die Unfallursache geklärt war, wurde in der Verkehrsluftfahrt der gesamten westlichen Welt ein striktes Rauchverbot in Toiletten eingeführt. Zugleich erging eine Vorschrift, die Abfallbehälter brandsicher zu konstruieren, so daß ein durch Zigarettenglut oder ein brennendes Stück Papier hervorgerufenes Feuer sich nicht jenseits des Behälterinhalts fortpflanzen kann. Alle Verkehrsflugzeuge sind entsprechend umgerüstet worden.

Die Lufthansa tat noch ein übriges: Sie baute zusätzliche Feuerlöscher ein, die bei knapp 80 Grad Celsius durch eine Schmelzsicherung automatisch hinter der Verkleidung aktiviert werden. Veranlassung dazu gab die Erkenntnis, daß die in den neuen Bauvorschriften geforderte Dichtigkeit der Behälter im ständigen Einsatz nur schwer zu erhalten ist.

Bei dem Unfall nahe Paris hatte sich das Feuer hinter den Verkleidungen und in den Klimaschächten, in denen sich im Laufe der Zeit Staub ansammelt, unerkannt fortgepflanzt, *so daß giftige Brandgase* in die Kabine gelangten. Es ist nicht übertriebener Perfektionismus, wenn bei einer Fluggesellschaft in bestimmten Abständen Klimaschächte gesäubert werden. Hinter Wand- und Deckenverkleidungen verborgene Brände sind tückisch.

Dagegen ist es kein Problem, in der Kabine sichtbare Feuer, wie sie – das ist kein Witz – beispielsweise Mekka-Pilger zur Teezubereitung während des Fluges entzündet haben, zu löschen. An Bord stehen nicht nur genügend Feuerlöscher zur Verfügung. Jedes Besatzungsmitglied ist dafür ausgebildet und im Umgang mit den Halonlöschern, die für sämtliche Brandklassen geeignet sind, trainiert.

Für Sitzbezüge und Bodenteppiche an Bord von Verkehrsflugzeugen wird Wolle verwandt, weil dieses Material von Natur aus schwer entflammbar ist. Das Gewebe ist zusätzlich behandelt, so daß wenig Rauchgas entsteht. Beim Wareneingang werden jeder neuen Lieferung verschiedene Proben zu Untersuchung in der Brennkammer entnommen. Bei zwölf Sekunden Beflammung ist eine Nachbrenndauer von fünfzehn Sekunden erlaubt.

Bei den Materialien, die die Lufthansa einsetzt, liegt die Nachbrenndauer lediglich zwischen einer und drei Sekunden. Wiederholt gingen schon ganze Fertigungsmargen an den Hersteller zurück, weil sie den *hohen Anforderungen nicht entsprachen.* Auch bei dem umfangreichen Borddienstmaterial von Decken bis Kunststofftassen wird auf Schwerentflammbarkeit und geringe Rauch- sowie Giftgasemission geachtet.

Für die Vorhänge, die an Bord zur Abtrennung der Klassen oder Abschirmung der Küchenbereiche dienen, setzt *die Lufthansa schwer entflammbares* Polyester ein, das aus dem Flammbereich herausschmilzt, während sich in diesem Fall bei Wolle duch die Kaminwirkung der Falten die Flamme erhalten kann. Die hohen Standards haben freilich auch ihren Preis. Beispielsweise könnte die Lufthansa allein bei den Sitz- und *Rückenpolstern aus Schaumgummi* jedes Jahr rund 800 000 Mark sparen, wenn sie ein anderes, behördlich noch erlaubtes Material verwenden würde.

Große Anstrengungen sind unternommen worden, für die Luftfahrt nicht nur Materialien, die bei einem Brand wenig Qualm und giftige Gase freisetzen, zu entwickeln, sondern auch noch realistischere Testbedingungen und -verfahren festzulegen. Hinsichtlich Rauch und Giftgasen gibt es von den Behörden noch keine quantifizierten Auflagen.

Auf freiwilliger Basis und im Vorgriff auf zu erwartende Vorschriften hat die Airbus-Industrie im Mai 1979 in ihrer Spezifikation ATS 1000, die beim Bau der A 310 und aller neuen Airbusse angewandt wird, Höchstwerte für die Rauchentwicklung und für die Freisetzung von Giftgasen im Brandfall festgelegt. Nach 90 Sekunden darf beispielsweise die Kohlenmonoxyd-Konzentration 3000 ppm (parts per million), nach vier Minuten 3500 ppm nicht überschreiten. Bei Schwefeldioxyd liegen die Höchstwerte bei 50 ppm nach *90* Sekunden und 100 ppm nach vier Minuten. Die Spezifikation nennt auch Höchstwerte für Chlor-, Fluor- und Zyanwasserstoff (Blausäure) sowie für Nitrosegase. Ähnliche Limitierungen wenden inzwischen auch Boeing und andere Hersteller an.

Nach Messung der einzelnen Parameter ist das Ergebnis als Prozentsatz zur zugelassenen Maximalkonzentration zu erfassen. Die Addition aller Prozentzahlen führt zum kombinierten Feuer-Test-Index. Dieser Summenwert muß unter 100 Prozent liegen. Die Bauvorschrift ATS 1000, die sich der Flugzeughersteller selbst auferlegt hat, führte dazu, daß die Airbus-Industrie auf die Anwendung von PVC und ähnlicher Materialien vollkommen verzichtet.

Höchstens 90 Sekunden zur Evakuierung der Passagiere

Zu den Zeitspannen, nach denen gemessen wird, ist noch eine Anmerkung erforderlich: Zur Zulassung eines Verkehrsflugzeugs muß in einer Demonstration der Nachweis erbracht werden, daß die Evakuierung einer voll besetzten Kabine höchstens 90 Sekunden beansprucht, auch wenn nur die Hälfte der Notausgänge zur Verfügung stehen sollte. Toxische Gase treten somit erst nach der Evakuierung in gefährlicher Konzentration auf.

Eins freilich können weder Flugzeughersteller noch Luftverkehrsgesellschaften beeinflussen: die Kleidung der Passagiere und das, was sie im Handgepäck an Bord bringen. Aus gutem Grund sind Sprühdosen nicht erlaubt: sie wirken bei einem Feuer wie kleine Explosivkörper. Nylonstrümpfe schmelzen bei Hitzeeinwirkung und verkleben mit der Haut. Manches Sommerkleid besteht aus einem leicht brennbaren Gewebe, das die Trägerin in eine brennende Fackel verwandeln kann. Trotz schwerer Unfälle ist unstreitig, daß zu Hause allein durch Zigarettenglut, die auf das Negligé fiel, mehr Frauen *ums Leben* kamen als Fluggäste durch Brandeinwirkung.

DIN 18 230 – Brandschutz nach Maß für den Industrie- und Hallenbau

Im Baugenehmigungsverfahren oder im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Brandschau unterscheidet man zwischen geringer, mittlerer, hoher und sehr hoher Brandbelastung. Die Bewertung hängt heute noch in starkem Maße davon ab, welche Erfahrung und Einstellung der Beurteilende im Umgang mit Brandlasten hat.

Die Einschätzung wirkt sich auch auf die Bauteilanforderungen der zuständigen Bauaufsichtsbehörde aus. In der Vergangenheit hat dies bei gleicher Nutzung und sonstigen Gegebenheiten (Abstand zu anderen Gebäuden, Grenzabstand, harte Bedachung, Zugänglichkeit für die Feuerwehr) zu unterschiedlichen Auflagen für die Bauteile geführt.

Verschiedene Beurteilungen

Oft ist es vorgekommen, daß die Brandschutzdienststelle in Köln sich für eine Bauteilanforderung F 90 ausspricht, die Berufsfeuerwehr in Berlin aber sagt, F 30 sei ausreichend. Daß dies jedoch für den Bauherrn nicht selten Mehr- oder Minderkosten von einigen 100 000 Mark bedeuten kann, bleibt meist außer acht.

Um diesen Ermessensspielraum einzuengen und dem Mangel an Beurteilungssicherheit abzuhelfen, bietet die DIN 18 230 „Baulicher Brandschutz im Industriebau" die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringem Aufwand über eine Brandlasterhebung zu Ergebnissen zu kommen, die sehr nahe an der Wirklichkeit liegen.

Deshalb benutzen schon viele Brandschutzingenieure, Berufsfeuerwehren und Bauaufsichtsbehörden eine Brandschutzberechnung nach Vornorm DIN 18 230 als Entscheidungshilfe für einen vernünftigen „Brandschutz nach Maß", indem sie sich Aufschluß darüber verschaffen, ob Bedenken wegen des Brandschutzes bestehen oder Erleichterungen von den Anforderungen der Bauordnung gewährt werden können.

Für den Beurteilenden ist es zunächst eine ungewohnte Sache, aufgrund von tatsächlichen oder zu erwartenden Brandlasten Anforderungen an die Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden Bauteile stellen zu müssen. Wer jedoch einmal verfolgt hat, wie die sorgfältige Erfassung der brennbaren Stoffe in einem zum Vergleich herangezogenen Betrieb oder beim Industrieplaner aufgrund der Planungsdaten erfolgt, faßt Vertrauen in die Methode, die sicher mehr Gerechtigkeit als früher bietet.

Keine Aufweichung

Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, sei eines jedoch deutlich gesagt: Eine Brandschutzberechnung nach DIN 18 230 bedeutet keinesfalls eine Aufweichung des bisherigen Sicherheitsniveaus. Sie soll dem Beurteilenden vielmehr objektiv aufzeigen, wo verschärfende Anforderungen notwendig und wo andererseits Erleichterungen zulässig sind.

Der Deutsche Stahlbau-Verband, Köln, hat vielfältige Erfahrungen mit der Anwendung der Vornorm DIN 18 230 und ist auch bereit, Auskünfte über die Praxis der Brandlastermittlung zu erteilen.

KARL-HEINZ HALFKANN

Einmal jährlich muß die elektrische Anlage zum TÜV

Ein erheblicher Teil der Entschädigungsleistungen der Feuerversicherer ist auf Mängel in den elektrischen Anlagen zurückzuführen. Veröffentlichungen von Versicherern ist zu entnehmen, daß der Anteil der Brände, die auf das Ursachen-Konto Elektrizität gehen, bei 20 bis 25 Prozent, bezogen auf die Entschädigungssumme, liegt.

Von FRITZ KAUP

Wenn man die Anzahl der Schäden betrachtet, so liegt die Schadensursache Elektrizität bei 35 Prozent, das heißt, jeder dritte Brand ist auf elektrische Ursachen zurückzuführen. Diese Tatsache veranlaßt die Feuerversicherer, in ihren Versicherungsbedingungen eine jährliche Prüfung der elektrischen Anlagen in Fabriken und gewerblichen Anlagen durch eine Überwachungsstelle zu fordern, die vom Verband der Sachversicherer anerkannt sein muß.

Der Technische Überwachungs-Verein Rheinland ist eine solche Überwachungsstelle und in dieser Eigenschaft laufend mit der Beurteilung elektrischer Anlagen im Hinblick auf die Brandsicherheit befaßt, wobei sich die Maßnahmen gegen Brandgefahren nicht immer streng von Maßnahmen gegen Berührungsgefahren trennen lassen.

Die regelmäßige Prüfung elektrischer Anlagen unter dem Aspekt des Brand- und Unfallschutzes wird in einer Reihe von weiteren Vorschriften gefordert, beispielsweise in baurechtlichen Verordnungen für Geschäftshäuser, Versammlungsstätten, Großgaragen, Krankenhäuser und Schulen. Diese Prüfungen sind von Sachverständigen durchzuführen, die vom zuständigen Ministerium anerkannt sind. Weiterhin werden Prüfungen elektrischer Anlagen nach gewerberechtlichen Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und VDE-Bestimmungen gefordert.

Zweck wiederkehrender Prüfungen ist es, Schäden und Mängel in den elektrischen Anlagen rechtzeitig zu erkennen und abzustellen.

Generell müssen elektrische Betriebsmittel richtig ausgewählt und richtig eingesetzt werden, sie müssen den Beanspruchungen am Einbauort gewachsen sein. Darunter sind sowohl elektrische Einflüsse als auch äußere Einflüsse (Umgebungstemperatur, Feuchtigkeit, Staub, Gas, Dämpfe oder mechanische Beanspruchungen) zu verstehen. Mit elektrischen Beanspruchungen ist gemeint, daß die Nennspannung der Betriebsmittel mindestens gleich der Nennspannung des Netzes sein muß, und daß die Betriebsmittel entsprechend den Kurzschlußbeanspruchungen an der Einbaustelle ausgewählt werden müssen.

Die bestimmungsgemäße Verwendung der elektrischen Betriebsmittel wird in der Regel nur von Fachleuten beurteilt werden können. Hierzu ein Beispiel: Leuchtstoff-Leuchten und auch Glühlampen-Leuchten entwikkeln beim Betrieb Wärme. Wenn solche Leuchten auf brennbarer Befestigungsfläche, beispielsweise Holz, montiert werden, müssen Bauarten eingesetzt werden, die für diesen Zweck geeignet sind.

Das trifft zu für sogenannte F-Leuchten. Eine Leuchtstoff-Leuchte ohne F-Kennzeichen auf Holz montiert, wäre nicht bestimmungsgemäß eingesetzt und bedeutet eine Brandgefahr.

Wenn elektrische Betriebsmittel bestimmungsgemäß verwendet werden, können sich dennoch Brandgefahren aus betrieblichen Überlastungen der Geräte und der Kabel und Leitungen oder durch Erd- und Kurzschlüsse ergeben.

Abhilfe gegen betriebliche Überlastung kann durch Überlastungsschutz für Geräte und durch Überstromschutz von Kabeln und Leitungen geschaffen werden. Ein Überlastschutz kommt für alle motorisch betriebenen Geräte in Betracht, die im Extremfall festgebremst und dann überlastet werden können.

Der Überstromschutz von Kabeln und Leitungen ist im Sinne des Brandschutzes ein besonders wichtiger Bereich. Kabel und Leitungen können mit Rücksicht auf die Wärmebeständigkeit ihrer Isolierung nur bestimmte maximale Dauertemperaturen vertragen. Bei Überschreitung der zulässigen Höchsttemperaturen sinkt die Lebensdauer und damit die Betriebssicherheit. Die Brandgefahr wächst bei Schäden an der Isolation.

Der Überstromschutz für Kabel und Leitungen besteht aus Einrichtungen, die den Überlast- oder Kurzschlußstrom unterbrechen, bevor eine schädliche Erwärmung hervorgerufen wird. Überlast tritt auf, wenn der zulässige Strom durch zu viele gleichzeitig eingeschaltete oder falsch dimensionierte, zu große Stromverbraucher überschritten wird. Kurzschluß entsteht durch Isolationsfehler zwischen betriebsmäßig gegeneinander oder gegen Erde (unter Spannung) stehenden Punkten. Für den Überstromschutz, also den Überlast- und Kurzschlußschutz, eignen sich im wesentlichen Schmelzsicherungen und Leitungsschutzschalter, sogenannte Automaten.

Die zulässige Dauerbelastung von Kabeln und Leitungen ist in den VDE-Bestimmungen festgelegt. Bei der Dimensionierung ist eine Reihe von Einflußfaktoren, wie Verlegungsart, Umgebungstemperatur und Häufung, zu berücksichtigen. Unter Beachtung dieser Hinweise und weiterer Detailfestlegungen wird jedem Leiterquerschnitt ein höchstzulässiger Sicherungsnennwert zugeordnet. Bei Stromkreisen mit Steckdosen muß die Absicherung nicht nur auf die zulässige Belastung der Leitungen, sondern auch auf den Nennstrom der angeschlossenen Steckdosen abgestimmt werden, um Überlastungen von Steckdosen zu verhindern.

Die Erhaltung des ordnungsgemäßen Zustandes ist eine weitere Maßnahme zur Vermeidung von Brandgefahren und in gleicher Weise auch von Berührungsgefahren. Hierzu gehört die Verpflichtung, regelmäßige Prüfungen vorzunehmen. Dabei ist die Beurteilung des Isolationszustandes von Leitungen und Kabeln im Sinne des Brandschutzes von erheblicher Bedeutung: Beschädigungen der Isolation werden durch Besichtigen der Anlage und durch Isolationsmessungen ermittelt.

Zu den Brandgefahren, die von elektrischen Anlagen ausgehen, zählen im weiteren Sinne auch Durchtrittsstellen von einem zum anderen Brandabschnitt. Erfahrungsgemäß liegen hier, besonders bei älteren Anlagen, oft Mängel vor, durch die eine Übertragung von Rauch und Feuer in andere Brandabschnitte möglich ist. Durchtrittsstellen müssen mit geeigneten Schottungsmaterialien abgedichtet werden.

Der Autor ist Leiter des Fachbereichs Elektro- und Gebäudetechnik beim TÜV-Rheinland in Köln

Versuchs-Objekt

Die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) in Berlin und der TÜV Hannover wollen die Erforschung der Brandschutzmaßnahmen für oberirdische Flüssiggasanlagen intensivieren. Im Rahmen dieser Untersuchungen fand Ende des vergangenen Jahres auf dem BAM-Außengelände in Lehre bei Braunschweig ein Versuch statt, bei dem die Auswirkungen eines Unfallfeuers auf einen ungeschützten Tank festgestellt werden sollten. Nach Schätzungen wird die Zahl der Autogastankstellen bis Mitte der 80er Jahre auf 1500 steigen. Derzeit existieren rund 700 Gastankstellen, von denen etwa 200 mit mobilen Kompaktanlagen (sie bestehen aus einem 5000-Liter-Tank und angebauter Zapfsäule) ausgestattet sind.

Geschenk-Idee

Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen erhalten 24 von der Polizei ausrangierte Wasserwerfer als Geschenk. Die Werfer mit 5000 Liter fassenden Wassertanks sollen vornehmlich den Wehren zugeteilt werden, die große Waldflächen oder lange Autobahnabschnitte überwachen müssen, kündigte der Vorsitzende des Landes-Feuerwehrverbandes, Klaus Schneider, Hamm, an. Obwohl die Werfer, die „abgerüstet" und rot gespritzt werden, keinen Allradantrieb haben und keine vollständige Löschgruppe transportieren können, freute sich Schneider mächtig über das Geschenk: „Es war eine Klasse-Idee der Polizei, diese Wagen uns zu schenken und nicht zu verschrotten. Wir können noch mehr davon gebrauche."

In zwei Minuten am Brandherd

Dreizehn Prozent aller tödlichen Flugunfälle werden durch Brände nach Bruchlandungen verursacht. Das Feuer wird meist durch freigesetzten Kraftstoff ausgelöst. Die Tanks einer Boeing 747 fassen bis zu 197 000 Liter Kerosin. Bei einer Temperatur zwischen 500 und 600 Grad Celsius beginnt die Rumpfbeplankung aus Aluminium zu schmelzen.

Wesentlich besser halten einem Feuer die aus Kunststoff gefertigten Paneele an den Seiten und an der Decke der Kabine stand. Aber bei 1000 bis 1100 Grad Celsius geben auch sie nach. Bereits bei einem Anstieg der Umgebungstemperatur auf 70 Grad Celsius sind die Körperfunktionen des Menschen eingeschränkt; bei 200 Grad Celsius setzen schwere Verbrennungen ein. Als Maximum, das fünf Minuten lang toleriert werden kann, werden allgemein 140 Grad Celsius angesehen.

Angesichts dieser Tatsachen kann die Devise nur lauten: Raus, so schnell wie möglich raus. Deswegen wurde bei den neuesten Evakuierungsrutschen die Aufblaszeit von sieben auf drei Sekunden reduziert. Zudem ist das Material der Rutschen nicht mehr „Friesennerz"-gelb, sondern aluminiumbeschichtet. Damit wurde die Standfestigkeit gegenüber Hitzeeinwirkung wesentlich erhöht.

Beim Jumbo-Jet kostet eine solche Evakuierungsrutsche, die im sehr unwahrscheinlichen Fall einer Notwasserung auch als Floß dient, über 35 000 Mark. Selbstverständlich ist jede der acht Türen der Boeing 747 mit einer Rutsche ausgestattet. Hinzu kommen noch Evakuierungshilfen für die Notausgänge über den Tragflächen und aus dem Oberdeck. Auch wenn nur jeder zweite Ausgang benutzt werden kann, darf die Evakuierung eines bis auf den letzten Platz besetzten Flugzeugs höchstens anderthalb Minuten dauern.

Innerhalb zwei, höchstens drei Minuten muß die Flughafen-Feuerwehr jede Stelle an den Start- und Landebahnen erreicht haben, und zwar mit sämtlichen Löschfahrzeugen. Das schreiben die neuen Richtlinien des Bundesverkehrsministeriums vor, die aufgrund einer Empfehlung der Internationalen Verkehrsluftfahrtorganisation ICAO erlassen worden sind. Das letzte Fahrzeug darf nicht später als sechzig Sekunden nach dem ersten am Einsatzort eintreffen, wo auch immer er liegen mag.

Jede Sekunde zählt

Mehr noch als sonst gilt bei Flugzeugbränden: je schneller die Feuerwehr zur Stelle ist, desto größer die Erfolgschance. Ist nach einem Flugunfall Feuer ausgebrochen, zählt jede Sekunde. Deswegen werden erhebliche Anstrengungen unternommen, das Tempo zu steigern. Die Feuerwehr der Flughafen Frankfurt (Main) AG (FAG), die genau hundert Aktive umfaßt, benötigt zum Ausrücken tagsüber etwa 30 und nachts rund 45 Sekunden. Ein Teil der elf Millionen Mark, die die Flughafengesellschaft 1983 in den Brandschutz investiert, dient dazu, noch schneller zu werden.

In ihrer Planung für die nächsten zehn Jahre geht die FAG-Feuerwehr nur noch von einem Fahrzeugtyp für die Flugzeugbrandbekämpfung aus. In enger Zusammenarbeit mit der Industrie wurde ein Großflughafenlöschfahrzeug konzipiert, dessen Wasservorrat von 12 000 Litern binnen zwei Minuten vollständig in Form von Löschschaum eingesetzt werden kann. Außerdem führt der neue Typ 2000 Kilogramm Löschpulver mit; die Ausstoßrate beträgt 50 Kilogramm pro Sekunde.

Erstmals werden getrennt zwei Schaummittelkomponenten mitgeführt: eins auf Proteinbasis und AFFF mit einem filmbildenden Zusatzmittel. Zusätzlich zu dem auf dem Dach montierten Hauptwenderohr erhalten die Fahrzeuge einen Frontmonitor, um auch unter Flugzeugtragflächen wirkungsvoll eingreifen zu können. Die Umschaltung von Pulver auf Schaum erfolgt auf Knopfdruck. Zur Ausstattung gehören Selbstschutzanlagen, insbesonders für die Räder, so daß dicht am Brandherd operiert werden kann.

Eine wesentliche Forderung der Experten ist, daß die neuen Fahrzeuge nicht mehr als 40 Tonnen Gesamtgewicht, eine tiefe Schwerpunktlage und eine ausgeglichene Achslastverteilung aufweisen, so daß auch in Kurven hohe Geschwindigkeiten möglich sind. Es versteht sich von selbst, daß alle vier Achsen angetrieben werden.

Für den neuen Fahrzeugtyp ist der modifizierte Motor des Leopard-II-Panzers mit 1250 PS vorgesehen. Er soll in 25 Sekunden für eine Beschleunigung aus dem Stand auf 80 km/h und für eine Höchstgeschwindigkeit von mindestens 125 km/h sorgen. Fachleute schätzen die Kosten je Einheit auf etwa 1,8 Millionen Mark. Bis zum Sommer 1984 sollen auf Rhein-Main die ersten beiden Fahrzeuge der völlig neuen Baureihe bereitstehen. Insgesamt sind im Laufe der achtziger Jahre sechs Einheiten vorgesehen, die nach und nach vorhandene Löschfahrzeuge ablösen.

Die ICAO stuft den Frankfurter Flughafen in die Kategorie 9 ein. Das bedeutet, daß in den Löschfahrzeugen ständig mindestens 36 400 Liter Wasser zur Verfügung stehen müssen. Vorgeschrieben ist ferner eine Ausstoßrate von mindestens 13 500 Liter Wasser pro Minute, wobei sich durch die Verschaumung die Menge versieben- bis verzehnfacht.

Die Löschfahrzeuge, über die die Frankfurter Flughafen-Feuerwehr heute verfügt, führen insgesamt 57 000 Liter Wasser und 16 000 Kilogramm Trockenlöschmittel mit. Das Rückgrat bilden drei Kolosse mit mehr als 50 Tonnen Gesamtgewicht und 1000-PS-Motoren; ihre Kapazität beträgt 18 000 Liter Wasser beziehungsweise 12 000 Kilogramm Löschpulver.

Erst Pulver, dann Schaum

Die Strategie sieht vor, Kraftstoffbrände zuerst durch Pulver zu erstikken und unmittelbar darauf wegen der Rückzündungsgefahr alles mit Schaum einzudecken. Bei einem Flächenbrand hält die Flugzeugzelle zwischen 90 Sekunden und maximal drei bis vier Minuten den Flammen stand, obwohl der Rumpf von Großraumflugzeugen mit bis zu fünf Millimeter starken Blechen aus Aluminiumlegierungen beplankt ist.

Wenn auf dem Frankfurter Flughafen eine Notlandung bevorsteht, rükken stets die FAG-Feuerwehr und die Fire Brigade der US Air Force gemeinsam aus; die gegenseitige Hilfeleistung ist vertraglich zwischen der Flughafen AG und der Air Force abgesichert. (khm.)

Renten freundlich bis fest

Der Rentenmarkt profitierte im Verlauf von der abgeschwächten Dollar-Tendenz und im Gefolge davon auch von Auslandskäufen. Öffentliche Anleihen wurden bis um 0,6 Prozentpunkte heraufgesetzt, Bundesobligationen bis um 0,3 Punkte. Fester tendierten auch DM-Auslandsanleihen. Der Pfandbriefmarkt verkehrte gut behauptet, hier und da sogar auch ein wenig freundlicher.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	21. 2.	20. 2.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	82G
6½ dgl. Pf 5	88G	88G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,3G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	108,45G	107,45G
7 dgl. KS 132	96G	95G
8 dgl. KS 155	100G	99T
9 dgl. KS 169	102,9G	102,4G

Bundesbahn

		22. 2.	21. 2.
F 4 Abl. 57•	4/84	100,15G	100,15G
8 Bdbahn 72	9/84	100,9	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 III	11/84	99,8	99,8

	21. 2.	20. 2.
M 5½ Bayer.Hubs Pf 14	92bG	92,25G
6 dgl. Pf 20	82bG	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75bG	96G
7 dgl. Pf 3	95,25bG	95,75G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,5G	90,5G
6 dgl. 47	78	79
10 dgl. IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 60	94,25	94,2G
M 5 Vereinsbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,1bG	101,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,3G	101,3G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	106,75G	106,75G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Zu deutlichen Preisaufschlägen kam es am Mittwoch an den Rohstoff-Terminmärkten der New Yorker Comex. Der Goldpreis streifte die Marke von 400 Dollar/Feinunze. Fester tendierten auch die meisten übrigen Metalle sowie Kaffee und Kakao. Bei den NE-Metallen gaben die Notierungen von Aluminium entgegen dem Tagestrend nach.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22. 2	21. 2
März	331,50	328,75
Mai	330,75	328,25
Juli	325,25	322,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	22. 2.	21. 2.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	246,35	geschl.
Amber Durum	233,00	geschl.

Kakao New York ($/t)	22. 2.	21. 2.
Terminkontr. März	2285	2371
Mai	2301	2296
Juli	2285	2270
Umsatz	–	4064

Zucker New York (c/lb)	22. 2.	21. 2.
Kontrakt Nr. 11 März	6,85	6,74
Mai	7,25	7,09
Juli	7,54	7,44

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

Edelmetalle

NE-Metalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Teure Kunst, billiger Trost

mar – Kunstbücher sind ein teures Vergnügen geworden. Deshalb schießen als Ersatzlieferanten jetzt allenthalben die Kunstkatalog-Vertriebe aus dem Boden. Denn die durch öffentliche Subventionen und Druckkostenzuschüsse billig gehaltenen Ausstellungskataloge haben sich inzwischen zu einer verhängnisvollen Konkurrenz für die normale Kunstbuchproduktion erwiesen. Das *hatten* wohl zuerst Fröhlich & Kaufmann in Berlin erkannt, die mit einem Verkaufsstand im Museum begannen und sich zu einem großen Katalog-Versand entwickelten. Dieser Erfolg beflügelt natürlich auch andere.

Aber für die Nachahmer genügt es nicht, nur dasselbe zum selben Preis anzubieten. Sie müssen sich schon noch ein Extra *einfallen* lassen. Das hat die Münchner Firma „Kunst im Katalog" getan. Sie teilt dem präsumptiven Kunden nicht nur mit, daß er z. B. den Katalog der Alex-Colville-Ausstellung in Toronto/Berlin/Köln/Vancouver für 49,80 Mark erwerben kann, sondern fügt noch die Fußnote „Kunst und Preise" hinzu. Und da steht dann: „Die Preise für Gemälde nähern sich den *DM 100 000*. Ein kleineres Aquarell war 1982 für DM 3500 zu erhalten."

So erfährt der Kunstliebhaber, *der sich mit dem sparsamen Katalog*erwerb begnügen muß, daß auf ihn für 600 000 bis 900 000 Dollar in „einer bekannten New Yorker Galerie" Original Balthus-Gemälde warten, oder daß eine signierte Zeichnung von Beckmann es bei einer *Auktion auf 30 000 Mark brachte*, während ein großformatiges Gemälde von Turner für 2,5 Mill. (ob Pfund oder Mark bleibt offen) versteigert wurde.

Offen bleibt bei diesen Mitteilungen auch, ob sie als Anregung, als Trost oder als Beleg für das Wilhelm-Busch-Zitat gedacht sind: „Enthaltsamkeit ist das Vergnügen an Sachen, welche wir *nicht* kriegen."

Mannheim: B. Nicholsen

Das Summen romanischer Klöster

Daß manchmal das Fernste das Nächste sein kann, ist nicht nur bei *Heidegger oder Laotse* nachzulesen, man kann es auch in sinnlicher Form aus den Radierungen und Reliefs eines Malers erfahren, der die englische Kunst der Gegenwart wie sonst nur Henry Moore oder Barbara Hepworth in die kontinentale Linie eingeführt *hat*: Ben Nicholson. *Die* Kunsthalle in Mannheim hat ihm jetzt eine sehenswerte Ausstellung seiner Radierungen eingerichtet, die aus der Zusammenarbeit mit François Lafranca entstanden sind.

Begonnen hat der 1894 in Denham geborene Maler mit einem variierten Kubismus, hat sich dann über den Purismus Ozenfants und Le Corbusiers dem Neoplastizismus genähert. In den Radierungen, die in Mannheim gezeigt werden, sind die kubistischen, lyrischen Strategien denn auch sehr *deutlich. Mancher Betrachter* wird diese verbogenen Säulen, diese schiefen Bögen und ineinanderlaufenden, transparenten Architekturen für verzeichnet halten. Aber damit haben die Sachen natürlich nichts zu tun. Dennoch, die Mischung von *konstruktiver Abstraktion und* gegenständlicher Weltsicht mag durchaus einfachere Ursachen haben, als man gewöhnlich annimmt.

Was sich oft ohne Zirkel und Lineal einfach über den Daumen gepeilt und dem schlichten Augenmaß vertrauend in schöner Ungenauigkeit entfaltete, das war ursprüngliche Architektur. Die Klangfiguren der linearen Radierungen (Rhodos und Olympia, die Landkirchen und Dome in der Toskana, in Siena und Pisa, in Apulien oder sonstwo im mediterranen Bereich) *schlugen sich zu* Kunstgebilden nieder, die zum großen Zeugnis der eingeborenen Ingeniosität des englischen Lyrismus wurden. Denn, das ist es vor allem, die Kantilene, der Gesang der Linie, aber auch die schöne Spannung der Flächen, die von ihr eingeschlossen werden.

Simplizität wird hier zum höchsten Raffinement und zu vollendeter Clarté *dazu*. Und es sind nicht nur Architekturen, es sind auch die Stilleben, die Gläser, die bauchigen Krüge, die Flaschen, Teller und Schalen, die Berglinien und die Kuppeln, die türkischen Sonnenuhren und die romanischen Klöster, sie alle summen und singen mit in diesem Gefüge der *Linien* und der sich überlagernden Konsonanzen. Und manchmal ist's nicht nur *die Linie* allein, sondern ein leise gesetzter Tonwert, der die linearen Abläufe verknüpft und sie in einen imaginären Raum einbindet. Wo auch immer Nicholson seinen Radierstift ansetzt, immer ist da die wohl abgestimmte Lautenmusik, der man lauschen muß – wie einem Philosophen. (Bis 4. März)

HERBERT ALBRECHT

Der „exemplarische Mensch Jesus" und die theologischen Freizeithistoriker

Lernen bei Eduard Meyer

Es ist angesichts der gängigen theologischen Diskussionen ein wahrer Genuß, die drei Bände „Ursprung und Anfänge des Christentums" wieder zu lesen, die der große Altertumsforscher Eduard Meyer 1920–23 veröffentlicht hat. Die Lektüre ist *aufschlußreich und genußreich*, auch wenn Meyer den Katholizismus spöttisch die polytheistischste Religion der Welt nennt, die Reformation als Rückkehr zum Monotheismus feiert, die Gottheit Christi rundweg als Unsinn erklärt und sich über die Auf*erstehung des Fleisches lustig macht*. Er findet es „rührend zu sehen, mit welcher Naivität vielfach auch die intellektuell höchststehenden Männer an Gebilden festhalten, die doch lediglich Spiele ihrer Phantasie sind". Und zu diesem Satz fügt er unterm Strich diese völlig aus dem Rahmen einer historischen Arbeit fallende Anmerkung: „Ein Mann wie Roscher (sc. der Verfasser des zehnbändigen griechisch-römischen Mythologielexikons) hat in seiner Selbstbiographie sich ausgemalt, wie im Himmel sein Verhältnis zu seiner früh verstorbenen Tochter sich umwandeln und er von ihr erzogen und immer weiter in der geistigen Erkenntnis fortgebil*det werden wird*."

Der zweite Band, der diese Anmerkung enthält, ist im Todesjahr Roschers erschienen. Ich hoffe, daß der 73jährige alte Manndie Taktlosigkeit Meyers, mit dem er in besten wissenschaftlichen Beziehungen stand, *nicht zu Gesicht bekam. Aber man* sieht an dieser ungewöhnlichen Anmerkung, wie leidenschaftlich Eduard Meyer die spätere Entwicklung des Christentums, auch wenn er sie gelegentlich „Entfaltung" nennt, ablehnt.

Da *Meyer aber ein Historiker mit* profunden Quellen- und Sprachkenntnissen der antiken Welt war und ungeheuer gescheit dazu, kam er immer wieder zu beherzigenswerten Erkenntnissen. So wies er, um nur ein Beispiel zu nennen, die Geschichtsspekulationen schon der damaligen Theologen zurück, die in Paulus einen „Hellenisten" sahen.

Der griechische Sprachstil des Paulus war für gebildete Griechen in Wahrheit schauderhaft, seine Gedankenwelt entsprang ganz und gar dem *Judentum*. Gewisse Übereinstimmungen mit Mysterienkulten, Unsterblichkeitsgedanken, Vergeistigung der Götter und Vergöttlichung großer Menschen, schreibt Meyer, „sind auch den Christen nicht verborgen geblieben; aber sie ziehen daraus die umgekehrte, schon vom Judentum vorbereitete Folgerung, daß alle heidnische Weisheit nichts sei als Plagiat der weit älteren jüdischen Offenbarung".

Meyer wäre wohl in Gelächter ausgebrochen, hätte er etwa die protestantische Theologin Sölle sagen hören: „Die Weihnachtsgeschichte erzählt, wie Gottes Frieden in die ge*spaltene Welt eintritt* ... *Er ist eine* Nachricht vom anderen Leben für die, die unter der pax romana leiden, eine Nachricht, die später auch in das reiche und auf seine Weise todessüchtige Zentrum gelangt. Die Nachricht von einem Frieden, der nicht auf Un*terdrückung* und *Militärherrschaft* aufgebaut ist, hat es nicht leicht: Ihre Boten werden überhört, zum Verstummen gebracht und notfalls; wie Paulus, mitten im Zentrum der Macht von der Staatspolizei beseitigt."

Was die soziale Sprengkraft des *Christentums wirklich betrifft, so* kann man bei Meyer die historischen Fakten nachlesen. Die Weigerung, der von den Göttern verliehenen Majestas des Kaiser zu huldigen, war eine Verweigerung der politischen Loyalität. Meyer: „Auf politischem Gebiet ist eine solche Weigerung offene Rebellion und führt, wenn sie geduldet wird, zur Revolution. Derartige Gedanken lagen nun freilich den Christen ganz fern; aber an der Sache konnte das nichts ändern. In solchen Konflikten gibt es keine Lösung. Im Begriff der Rechtsidee und ihrer Verkörperung im Staat liegt die Zwangsgewalt beschlossen ... Der Staat setzt voraus, daß alle römischen Bür*ger sich formell zu den Göttern* des Staats bekennen, und verlangt von allen Untertanen mit Ausnahme der durch Sonderprivilegien eximierten Juden, daß sie den zu Reichsgöttern konsekrierten Cäsaren und vor allem dem regierenden Kaiser durch reli*giöse Huldigung mit* Weihrauch *und* Wein und durch Anrufung des Genius des Kaisers die schuldige Ehrung erweisen."

Man konnte also, anders als im alten Griechenland, öffentlich über die Götter spotten, aber man konnte *nicht die Huldigung vor der* kaiserlichen Majestas verweigern. Vor allem nicht mit der Bestreitung des Staatsrechts und der Berufung auf ein höheres christliches Gottesrecht. Zur Abwehr solcher Majestätsverbrechen bedurfte es keines besonderen Gesetzes; es ergab sich aus dem römischen Staatsrecht. Erst viel später, als die Zahl der Christen wie eine Überschwemmung anschwoll, suchten mehrere Kaiser, als erster Decius, die staatsgefährdende Christenreligion total zu vernichten, freilich vergeblich. Die schließliche juristische „Lösung" – Christentum als Staatsreligion – ist bekannt. Aber moderne Theologen tun so, als sei das alles nicht bekannt. Wenn katholische Theologen heute schreiben, z. B. Seidensticker: „Die Berichte vom Ostermorgen und den Ostererscheinungen sind so verschiedenartig und widersprüchlich, daß eine kritische Wis*senschaft gegen diese Überlieferun*gen zumindest Bedenken anmelden muß", dann wollen wir doch sofort einen althistorischen kritischen Wissenschaftler hören, nämlich Erich Stier, den Herausgeber der nachgelassenen Schriften Eduard Meyers.

Stier sagt zu solchen pseudohistorischen Eskapaden: „Als Althistoriker muß ich erklären: Die Quellen für die Auferstehung Jesu in ihrer relativ großen Widersprüchlichkeit im einzelnen stellen für den Historiker gerade ein Kriterium außerordentlicher *Glaubwürdigkeit dar. Denn wäre das* die Konstruktion einer Gemeinde oder einer sonstigen Gruppe, dann wäre sie lückenlos geschlossen und einleuchtend. Daher ist jeder Historiker dann besonders skeptisch, wenn ein außergewöhnliches Ereignis *nur in völlig widerspruchsfreien* Darstellungen berichtet wird."

Die theologischen Freizeithistoriker haben also allen Grund, den echten Historikern aus dem Weg zu gehen. Aber sie möchten halt auf der Höhe der Wissenschaft sein, übrigens auch der Naturwissenschaft. Bitte keine Wunder, so sagen sie. Und wissen nicht, daß die Naturwissenschaft nur die meßbare, experimentierbare, mathematische Dimension der Welt behandelt. Von der Wissenschaft droht dem Glauben nur die Gefahr von Mißverständnissen, und umgekehrt.

Wenn einer sagt, er könne nicht an Wunder glauben, frage ich ihn nach der Gottheit Christi. Kommt er mir mit dem „exemplarischen Menschen Jesus", weise ich ihn auf den exemplarischeren Menschen Sokrates hin. Sagt er, der Mensch Jesus sei von Gott zum Herrn der Kirche eingesetzt worden, dann frage ich ihn, wieso er plötzlich an dieses Wunder glaube. Dann kommt die Antwort, das sehe man an dem langdauernden Bestand der Kirche. Da darf gelacht werden, der Buddhismus besteht schon etwas länger.

Die modernen Theologen zerstören mit unverdauten naturwissenschaftlichen und historischen Argumenten den Glauben an den Gottmenschen. Was übrig *bleibt, sind philanthropi*sche oder sozialrevolutionäre Gruppen mit besserwisserischem politischen Sendungsbewußtsein. Vielen Dank!

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Der Wettberwerb der Berlinale: Griechen und Russen liegen gut im Rennen

Aus Deutschland ein Kafka in Schwarz

Halbzeit bei der Berlinale – und noch immer spukt Ettore Scolas schöner Film „Der Ball" in den Köpfen der Filmfans herum und wird als starker Anwärter auf den Goldenen Bären gehandelt – der griechische Beitrag „Rembetiko" freilich macht ihm jetzt harte Konkurrenz. Auch dies ist ein Film, in dem die Musik dominiert und der fast fünfzig Jahre Geschichte streift. Er tut das jedoch nicht wie Scolas „Ball" auf komödiantisch-karikierende Weise, sondern eher im Stil der antiken Tragödie.

Der 48jährige Regisseur Costas Ferris taucht in diesem seinem fünften Film tief in Traditionen seines *Landes* ein. *Seinen Helden*, vor *allem* der jungen Sängerin *Marika*, deren fiktive Lebensgeschichte er erzählt, wird der Rembetiko – ein griechischer Gesang, der in Inhalt und sozialer Bedeutung dem amerikanischen Blues verwandt ist – zum Schicksal. *Nach einer armseligen Kindheit und* nach langen Kapiteln leidvoller griechischer Geschichte, die Marika sehr bewußt durchlebt, macht sie in Amerika Karriere, kehrt, heimwehkrank, nach Athen zurück und wird hier eher zufällig von Straßenräubern erstochen. Mit ihr sterben auch ihre Lieder. Ein ungewöhnlich eindringlicher Film in Moll.

Heiter gibt sich dagegen Pjotr Todorowskijs *„Frontromanze" aus der* UdSSR. Man erwartet ein zähes Epos aus Kriegstagen und wird überrascht mit einem Stückchen ganz unorthodoxen russischen Alltags. Sascha, ein junger Rekrut, verliebt sich im Kriegsjahr 1944, während er im Schützengraben Wache schiebt, in die Stimme einer Frau, die aus der Erdhütte seines Kommandeurs dringt. Sie ist die Geliebte des Leutnants, und Sascha wahrt respektvollen Abstand. Doch das Lachen und Singen dieser Frau erleichtert ihm das Leben an der Front. Er träumt von ihr immer gerade dann, wenn er eigentlich schießen müßte. Nach dem Krieg – er ist längst mit einer anderen Frau verheiratet – trifft er das Frontmädchen an einer Straßenecke von Moskau wieder, wo sie Piroggen verkauft: verhärmt und zynisch, ärmlich gekleidet und ziemlich vulgär. Ihr Geliebter ist gefallen, sie selbst aus der Bahn geworfen.

Saschas alte Liebe, jetzt mit großem Mitleid gepaart, wird noch einmal wach. Und es gelingt ihm *mit* sehr viel Geduld, die Frau wieder zu erwärmen, ihre Schönheit und ihr La*chen neu hervorzuzaubern*. Die Straßenszenen aus dem winterlichen Moskau, die sich stark an Chaplins „Lichter der Großstadt" anlehnen und von ihm auch inspiriert sind, stecken voller Charme. Ein guter Film, der einer Auszeichnung wert wäre.

Um die Sorgen und Nöte junger Menschen von heute geht es dem Franzosen Maurice Pialat in „Auf das, was wir lieben". Pialat zeichnet sensibel das Porträt einer Fünfzehnjährigen, die Mussets Drama „Man spielt nicht mit der *Liebe*" für eine Schüleraufführung einstudiert und dabei zu erkennen glaubt, sie selber sei unfähig zu lieben. In der Familie und im Freundeskreis ist sie ein Außenseiter. Ihr Vater, dem sie sich als einzigem verbunden fühlt (brillant in dieser *Rolle Pialat selbst*), *hat die Familie* verlassen, die Mutter ist hochneurotisch, der Bruder wüst und aggressiv. Das Mädchen sucht Bestätigung und ein bißchen Glück in den Armen von Zufallsbekanntschaften aus der Disco und aus dem Café, gerät dadurch jedoch immer tiefer in die Einsamkeit. Ein Film, der betroffen macht, mit einer schauspielerischen Entdeckung, der 17jährigen Sandrine Bon*naire, einem Mädchen mit* unglaublich traurigen Augen und einem geradezu steinerweichenden Lächeln.



Viel Musik und viel Traurigkeit: Szene aus „Rembetiko" FOTO: DIE WELT

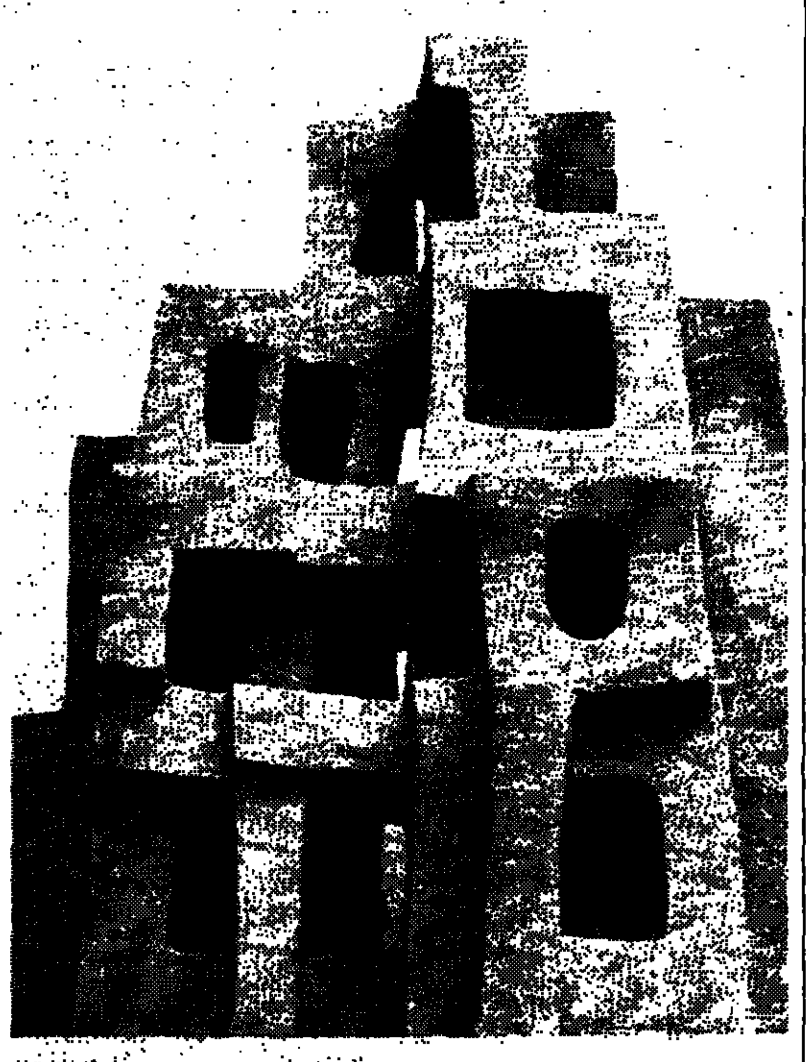
Junge Menschen stehen auch im Mittelpunkt von Jean-Marie Straubs „Klassenverhältnissen", dem ersten der vier deutschen Wettbewerbsfilme. *Der 16jährige Karl Rossmann* wird – weil ein Dienstmädchen ihn verführte – aus der Familie verbannt und nach Amerika geschickt. Auf der Überfahrt freundet er sich mit einem Heizer an, dem er helfen will, als er glaubt, der Mann werde auf dem Schiff *ungerecht behandelt*. Im Büro des Kapitäns trifft er per Zufall seinen Onkel, der ihn zunächst bei sich in New York aufnimmt, ihn aber bald wieder *fallenläßt*. Rossmann zieht mit ein paar wilden Typen kreuz und quer durch Amerika, findet Arbeit und verliert sie wieder. Immer ist eine Kette unglücklicher Umstände schuld. Rossmann ist am Boden, und er kommt auch nicht wieder hoch.

Die Geschichte ist bekannt, sie stammt von Kafka. An dessen „Amerika"-Fragment hält sich Straub wortgetreu. Er läßt die Schauspieler Originaltext sprechen, freilich so zäsuriert und verbackstückt, daß sie unfreiwillig komisch wirken. Straub findet klare, asketische, statische Bilder in Schwarzweiß, die Kafka durchaus gemäß sind, aber man fragt sich doch, was dieses angestrengt experimentelle Opus im offiziellen Wettbewerb zu suchen hat.

Hollywood alter Schule boten dagegen zwei Filme am Rande des Festivals, die außer Konkurrenz liefen. Das war die für elf Oscars nominierte „Zeit der Zärtlichkeit", ein Rührstück aus dem Alltag einer amerikanischen Mittelstandsfamilie von James L. Brooks, das in Kürze auch bei uns anlaufen wird (Wir kommen darauf zurück). Und Bob Fosse präsentierte „Star 80", die authentische Geschich*te von Glanz und Elend einer kleinen* Serviererin (Mariel Hemingway umwerfend naiv), die Hugh Hefner zu „Playboy's Playmate 1980" kürte, die auch beim Film Karriere machte und schließlich von ihrem eifersüchtigen Ehemann und Manager erschossen wurde. Fosse bleibt in diesem Film jedoch weit unter seinem Niveau. In Berlin erntete der Regisseur von „Cabaret" *und „All that jazz"* denn auch nur sehr wenig Beifall.

Alles in allem: Eine Halbzeit mit unbestrittenen *Glanzlichtern, die* auf die zweite Hälfte des Festivals neugierig macht.

DORIS BLUM



Erinnerungen an archaische Sakralbauten: „Mère Ruche" (1974), Zinnplastik von Parvine Curie FOTO: DIE WELT

Troyes: Zeichnungen und Skulpturen von P. Curie

Wie Tempel der Urzeit

Vorbildlich für die künstlerische Aktivität in der französischen Provinz ist das Museum in Troyes. Es besteht erst seit 1978 und liegt im ehemaligen Bischofssitz der Stadt. Seine Existenz verdankt es einer Stiftung des aus Straßburg stammenden Industriellen Pierre Lévy. Dieser entdeckte in den dreißiger Jahren seine Leidenschaft für moderne Kunst, insbesondere für die Fauvisten. Seine Sammlung vereinigte wichtige Werke von Braque, Puy, Matisse, Dufy, Friesz, Vlaminck, ferner Vuillard, Courbet und Millet. Wer beispielsweise das Werk André Derains studieren möchte, darf die Reise nach Troyes nicht scheuen, um die mehr als 80 Ölbilder dieses Meisters zu sehen.

Die Stadt, nur 150 km von Paris entfernt, besitzt den *idyllischen* Charme der französischen Provinz. Der junge Museums-Konservator Philippe Chabert hat sich vom Einfluß der Metropole frei gehalten und sein eigenes Programm entwickelt. Er ist übrigens sehr für deutsche Kul*tur aufgeschlossen*, hat *in* Köln studiert und eine Dissertation über den in Deutschland geborenen Maler Helmut Kolle geschrieben, eine Entdeckung des Sammlers und Kritikers Wilhelm Uhde. Philippe Chaberts Geschmack wird durch die Klassische *Moderne* bestimmt, mit Schwergewicht auf Frankreich. Junge Künstler seiner Wahl stehen außerhalb avantgardistischer Experimente.

So gibt er mit seiner neuesten Ausstellung einen Überblick über das traditionsgebundene Werk der Bildhauerin Parvine Curie (Jahrgang 1936), die 1982 mit einer umfangreichen Einzelshow im Dortmunder Museum am Ostwall zu sehen war. Die Künstlerin ist Trägerin des begehrten Bourdelle-Preises.

Die Originalität von Parvine Curies Skulpturen besteht darin, daß sie architektonisch gebaut und *dabei* von stark arachaischem Zuschnitt sind. Ihre monumentalen und blockartigen Formen *stehen* wie Stelen außerhalb der Zeit. Sie bilden Gehäuse der Unaktualität, seit Jahrtausenden überkommen, Chiffren der ersten Einheit von Form und Sensibilität. Die bauhüttenartigen Plastiken mit dem breit ausladenden Fundament und dem kantig gefügten Gerüst darüber sind bar aller Beiläufigkeiten oder Effekte. An ihrer *noblen Schlichtheit* scheitern literarische Kommentare.

Parvine Curies bevorzugte Strukturen sind massive Balken, gestufte Quadern, verkantete Sockel oder auch dicke, breitausladende Deckplatten, einfachste Formen also, die mit elementarem *Gleichgewicht* zueinander schräg nach oben hin gebaut sind. Sie geben dabei Hohlräume, Rechteckluken, Kreisöffnungen oder Ausbuchtungen frei. Manche Skulpturen evozieren primitive Sakralbauten oder gar krude Ur-Tempel, *lassen* an *Kultstätten* denken, an ein Dasein ohne den todbringenden ontologischen Riß.

Parvine Curie ist eine klassische Bildhauerin, deren bevorzugtes Material Holz ist, das sie selbst bearbeitet. Andere Großplastiken hat sie aus *selbstgeschnittenen Betonquadern* gefügt. Daneben gibt es auch gegossene Aluminium- und Bronzeskulpturen. Die Gouachen und Zeichnungen sind lineare und flächenhafte Entsprechungen der plastischen Gebilde, sozusagen deren zeichnerische Analysen und vereinfachende Synthesen, mitunter von einem seltsam spröden Reiz in der Formgebung und Linienführung.

Der skulpturale Stil von Parvine Curie ist auf eine persönliche Weise ungegenständlich, eine Synthese aus Gestalten, Bildhauern und Bauen, eine Projektion archetypischen Formen und Ideen. Ihre Kunst symbolisiert vielerlei. Sie ist Projektion und Abwehr, Zuflucht oder Ort, an dem Entfremdung fremd ist, Nähe zur Mutter Erde, zum Wachsen und Weben in der Natur, Natura naturans. Parvine Curie ist eine bewußt antiavantgardistische, doch moderne, weil illusionslose Künstlerin, der die Essenz *am meisten*, die *Existenz* der Dinge viel, ihr Schein aber nur wenig bedeutet.

WOLFGANG SAURE

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Rowohlts Bildmonographien zum 300. Mal

Die Wattewelt der Virginia Woolf

Periodica in Form von regelmäßig erscheinenden Taschenbüchern über ein bestimmtes Interessengebiet sind eine Art von Aristokratie des Zeitschriftenmarktes – man denke etwa an Kaltenbrunners „Initiative"-Reihe in der Herderbücherei oder an dieRowohlt-Bildmonographien, die nun seit einem Vierteljahrhundert (Beginn im März 1958 mit Curt Hohoffs „Kleist") die Großen dieser Welt, von den Staatsmännern bis zu den Künstlern, vorstellt. Ein Rückblick auf die bisher gut 300 Bändchen der Rowohlt-Monographien drängt sich auf. Es kündet sich nämlich Konkurrenz an. Während die biographische Serie des Heyne-Verlages bisher gegen Rowohlts raffinierte Mischung von Lesetext/Nachschlagetext/Bild nicht ankam, könnten die „Exempla historica – Epochen der Weltgeschichte in Biographien", das Mammut-Unternehmen des S. Fischer Verlages, vielleicht gefährlicher werden.

An der Rowohlt-Reihe ist eine gewisse Weiträumigkeit anzuerkennen, die wohl vor allem auf das Konto ihres Gründers Kurt Kusenberg geht. Zwar hatte auch er seine Grenzen; so lehnte er zu Beginn der 60er Jahre den Vorschlag eines Bändchens über Heimito von *Doderer* gereizt ab. *Das* war aber wohl ein ästhetisches Urteil, keines über die „Richtung".

Auf jeden Fall hielt sich in der Reihe der durch die vulgärmarxistische Mode angerichtete Unfug in Grenzen (eines der einschlägigen Bändchen, über Storm, hat sogar den Vorzug unfreiwilliger Komik). Die dumme Polemik gegen „narrative Geschichtsschreibung", die Verdrängung des Biographischen durch Abstraktionen schlug in diesen Monographien kaum durch. Die eben erschienene „Virginia Woolf" von Werner Waldmann ist ein Beispiel dafür. Jedem linientreuen Strukturalisten *oder Adepten der „Rezeptionsästhetik"* müssen bei seiner Lektüre die Haare zu Berge stehen.

Dies übrigens schon, weil sich das Bändchen in einem Zuge liest, was ja bei manchen promovierten Langeweilern als Beweis für „Unwissenschaftlichkeit" gilt. Waldmann will nichts beweisen, sondern trägt aus dem überreich angehäuften biographischen *Material* (auch dem optischen) die Elemente zusammen, in deren „Spannungsfeld" (im wahrsten Sinne des Wortes) das Werk der Virginia Woolf entstand. Das ist wichtig bei einem literairschen Werk, an dem *Glanz und Elend der Moderne* in gleicher Weise abzulesen sind.

So läßt sich Waldmann dankenswerterweise nicht auf den Versuch ein (er wäre gescheitert), bei dieser Dichterin zwischen ihrer Geisteskrankheit und den Milieu-Einflüssen *(z. B. die „viktorianische Enge")* zu unterscheiden – wie er auch bei den chaotischen Sexualverhältnissen der um die Woolf gescharten Bohème-Clique sich auf diskrete Andeutungen beschränkt (Genaueres bei Virginias Neffen Quentin Bell).

So wird uns durch keinerlei einseitige Kausalitäten der Zugang zum Phänomen Virginia Woolf verstellt: *zu einer dichterisch hochsensiblen* Frau, für die die Wirklichkeit um sie herum nur „Watte" war. Sie wühlte mit lässiger Hand, in einer Mischung von Trance und lucider Fröhlichkeit in „Wirklichkeitspartikeln", um aus ihnen die „eigentliche" Welt, hinter der Watteschicht, zu rekonstruieren. Die Hybris moderner Intelligenz ist bei wenig anderen so hautnah zu spüren, wie *bei dieser überzüchteten* Frau, die sich mit 49 Jahren im März 1941, die Manteltaschen vorsorglich mit Steinen beschwert, in einem englischen Landflüsschen ertränkte.

ANTON MADLER

JOURNAL

Die Pläne des RSO unter Riccardo Chailly

gtl. Berlin

Riccardo Chailly und Peter Ruzicka, Chefdirigent und Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin, die beide ihre Verträge bis 1987 verlängert haben, stellten gemeinsam ein aufsehenerregendes Programm für die kommende Spielzeit vor. Sie kündigten 14 Novitäten an: Uraufführungen u. a. von Isang Yun, Bussotti, Rihm, Krzystof Meyer und Trojahn. Die Hälfte aller Konzerte wird Chailly selbst leiten. Zu den Solisten gehören u. a. Martha Argerich, Vladimir Ashkenazy, Justus Frantz, Peter Frankl, Katia Ricciarelli und Brigitte Fassbaender. Als Gastdirigenten sind Michael Gielen, Jesus Lopez Cobos, Rostropowitsch, Bernhard Klee, Walter Weller, Christoph Prick, Hans Zender und Myung-Whun Chung vorgesehen. Unter Chailly wird das Orchester 16 Konzerte in den Vereinigten Staaten und Kanada geben.

Paulin und Jensen gehen nicht nach Köln

dpa. Köln/Bochum

Rolf Paulin und Dr. Uwe Jens Jensen, *Mitglieder des Schauspiel*-Direktoriums in Bochum, haben dem Kölner Kulturdezernenten Peter Nestler in einem Brief mitgeteilt, daß sie für die Leitung des Kölner Schauspiels nicht mehr zur Verfügung stehen. Als Grund nennen sie, *daß nach der Absage von Thomas* Langhoff das von ihnen gewünschte Dreier-Direktorat nicht mehr möglich sei.

Adolf Dresen verläßt vorzeitig Frankfurt

dpa. Frankfurt

Der Direktor des Frankfurter Schauspiels, der aus der „DDR" stammende Adolf Dresen,hat seinen Vertrag zum Ende der Spielzeit 1984/85 und damit ein Jahr vor Ablauf gekündigt.Als Nachfolger hat Frankfurts Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (SPD) Claus Peymann, den Bochumer Theaterleiter, ins Gespräch gebracht. Genannt wird aber auch Thomas Langhoff, ebenfalls aus der „DDR".

Privatmann rettet das Fotosymposion

DW. Düsseldorf

Ein Düsseldorfer Rechtsanwalt und Kunstsammler hat für das 5. Internationale Fotosymposion Schloß Mickeln 10 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Symposion, das von der Fotografin Erika Kiffl *organisiert wird, drohte zu scheitern*, weil die Stadt Düsseldorf den notwendigen Etat um die Hälfte auf 10 000 Mark reduziert hatte. Die Veranstaltung im Oktober steht unter dem Thema „Fotografie zwischen Kunst und Kommerz".

Nichts geht mehr in Italien ohne Sponsoren

M.v.Z. Mailand

Alle von der Stadt Venedig für 1984 geplanten Veranstaltungen werden von der Industriegruppe Alivar (Kekse, Kartoffelchips, Konserven) gesponsert. Neun Sponsoren und fünf Garanten stellen au*ßerdem der Biennale die fehlenden* drei Milliarden Lire zur Verfügung. Mit der Restaurierung der Ca Venier haben Amerikas italienische Banken verhindert, daß die Sammlung Peggy Guggenheim nach New York verlagert wird. Insgesamt wurden im *letzten Jahr 500 Milliarden* Lire von der Privatwirtschaft für kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt. Damit hat sie einen wesentlichen Teil der Aufgaben des Staates übernommen.

Sorgen unter strahlend blauem Himmel

MONIKA GERMANI, Johannesburg

Die Wolkenbrüche im Dezember hatten die Bewohner der Gegend um Johannesburg, Pretoria und den Witwatersrand aufatmen lassen: Endlich schien die Trockenheit des vergangenen Jahres ein Ende zu finden. Vorbei sei, so hoffte man, die Zeit der Verbote der Stadtverwaltungen, die Gärten zu sprengen, und die Ermahnungen im Fernsehen, Wasser zu sparen. Langsam erholten sich Blumen und Bäume. *Die verregneten Weihnachtsfeiertage* waren eher Anlaß zur Freude nach dem fast regenlosen Sommer 1982/83. In der Nachbarprovinz Oranje Freistaat stand der Mais im hoffnungsvollen Grün, Rinder machten sich vorsichtig an frische Grashalme heran und setzten langsam wieder Fleisch an.

Ein gutes Düngemittel?

Doch dann kündigte sich die Katastrophe an – mit strahlend blauem Himmel. Seit Neujahr ist alles wieder wie im alten Jahr. Die Industrie rund um die größte Stadt im südlichen Afrika mit ihren Goldminen und Fabriken mußte ihren Wasserverbrauch schon drastisch einschränken. Betroffen sind aber auch die Privathaushalte. Doch bei allen Sorgen und Sparappellen kommt es gelegentlich auch zu komischen Situationen in der schlimmsten Trockenheit seit wohl 200 Jahren.

Längst wurden die privaten Wassersparmaßnahmen zum zentralen Thema aller Cocktailparties. *Damen der* Gesellschaft erzählen stolz, wie sie mit dem Personal Bade- und Spülwasser liebevoll auf Rosen und Pfirsichbäume verteilen. Muskelpakete an zarten Frauenarmen haben ihren Ursprung nicht mehr vom Schwingen des Tennisschlägers, sondern im Schleppen von Wassereimern. Das Gerücht kursierte, die Chemikalien im Waschwasser seien ein gutes Düngemittel.

Trotzdem ist auch die häusliche Obsternte mickrig wie nie zuvor. Die subtropische Üppigkeit der Gärten, angesichts der Bodenverhältnisse, sowieso nur ein Produkt liebevoller und aufopfernder Pflege und harter Arbeit, kümmerte angesichts der wasserlosen Hitze vor sich hin. Die berühmte lila Jacarandablüte, die Bougainvillen und eine wunderschöne und ausdauernde Kakteenblüte waren die einzigen Lichtblicke.

Sparsam wegen hoher Preise

Das Rasenmähen, Ausgleichssport mittelständischer Familienväter am Wochenende, wich einer lähmenden Siesta. Wohltuende Ruhe liegt denn auch an Samstagnachmittagen über den weißen Vororten. Beim sonntäglichen „raaivleiss", dem südafrikanischen Barbecue, *wurden die Erfolge* des letzten Wünschelrutengängers diskutiert: Wohl dem Haushalt, der einen Brunnen hat. Wer einen neuen bohren lassen will, muß zwei bis drei Monate warten und rund 9000 Mark anlegen.

Dank der Disziplin der Bevölkerung, aber auch drastischer Strafmaßnahmen der Stadtverwaltung (mit Bußgeldern von 1000 Mark an aufwärts *wird* bestraft, wer mit einem Gartenschlauch in der Hand erwischt wird), ist der Wasserverbrauch erheblich gesunken. Die Johannesburger Stadtverwaltung sieht sich inzwischen gezwungen, die Wasserpreise heraufzusetzen, um das Loch in den Einnahmen zu stopfen. Vielleicht sogar, um ein total veraltetes Wasserrohrsystem, das derzeit an allen Straßenecken und -enden zu Wasserrohrbrüchen führt, zu sanieren.

Touristen, gerade durch den sicheren Sonnenschein angelockt, werden ermahnt, gewisse Örtchen nur in „dringenden Fällen" aufzusuchen. Selbst Whiskies sollen in der Bar nur auf ausdrücklichen Wunsch verlängert werden. Das alles bringt dem Gastgeber seinem Besucher aus Europa gegenüber oft genug den Ruf ein, ein hoffnungsloser Geizhals zu sein.

(SAD)

Hessen will zur Jagd auf die „rollenden Bomben" blasen

Kontrollen ergaben enormen Anstieg von Sicherheitsverstößen beim Transport gefährlicher Güter

H.-H. KANNENBERG, Wiesbaden

Der hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Heribert Reitz, hat für 1984 zur Jagd geblasen auf Tankwagen, die mit gefährlicher Fracht und erheblichen technischen Mängeln zum Sicherheitsrisiko auf deutschen Straßen werden. Verschärfte Sonderkontrollen sollen Fuhrunternehmern, die aus Gewinnsucht oder Nachlässigkeit bestehende Sicherheitsvorschriften in den Wind schlagen, das Leben schwer machen. Hintergrund der Aktion: Stichproben bei Tanklastzügen hatten 1983 in Hessen einen rapiden Verfall der Sicherheitsmoral im gefährlichsten Zweig des Güterverkehrs auf der Straße signalisiert. Reitz: „Die Zahl der Fahrzeuge mit schweren technischen Mängeln ist in erschreckendem Umfang angestiegen!"

Von den kontrollierten Tankzügen hatten 1982 sieben Prozent, 1983 dagegen 17 Prozent gravierende Mängel in der Sicherheitsausrüstung. Das entspricht einem Anstieg der „rollenden Bomben" von einem Jahr zum anderen um mehr als 140 Prozent. Dazu der Referent des Ministeriums für gefährliche Transporte, Klebe: „Fünf Jahre nach der Katastrophe von Los Alfaques ist die heilsame Signalwirkung offenbar dabei, in Vergessenheit zu geraten."

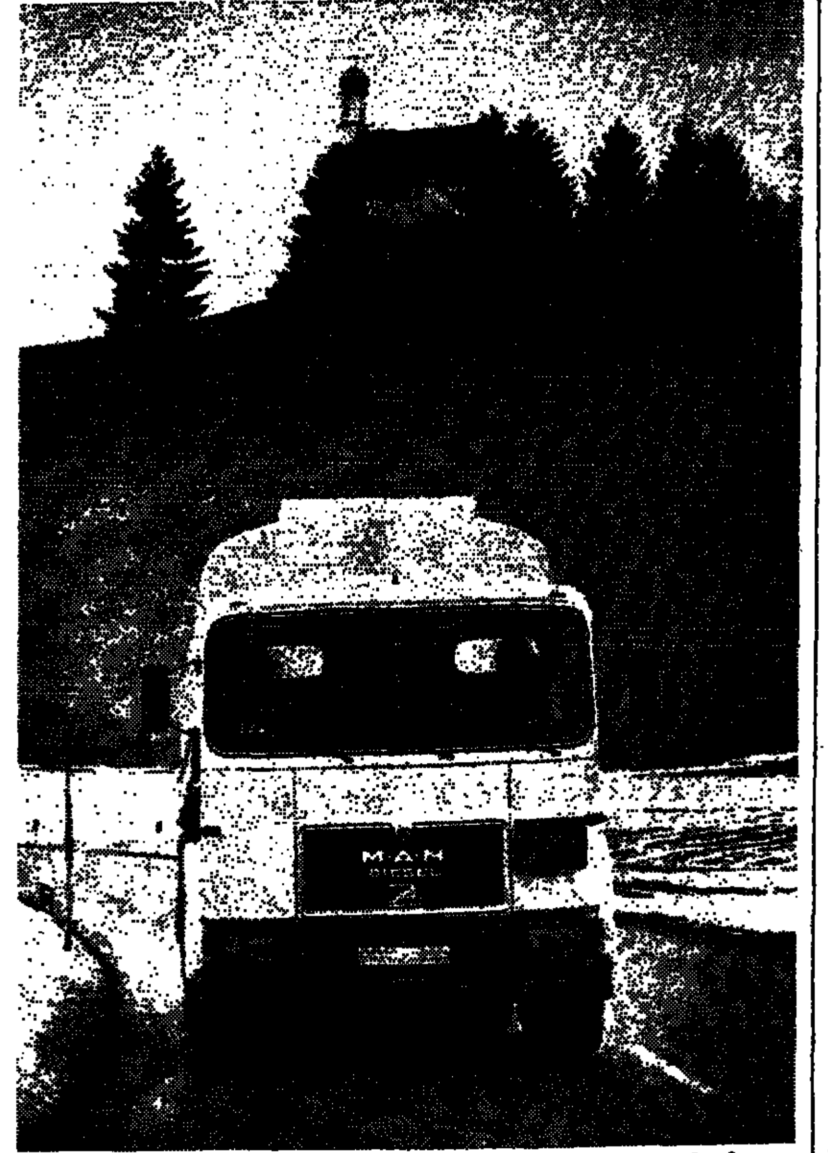
Hermann Kirchner, Sachbearbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums für Transporte gefährlicher Güter, war 1983 mit Verkehrspolizisten und Tankexperten an acht Stellen hessischer Fernverkehrsstraßen bei überraschenden Stand- und Streckenkontrollen auf Achse. Die Stichproben ergaben: Von den kontrollierten Tankzügen waren nur 55 Prozent ohne Mängel (1982: 63 Prozent). *Die 17 Prozent* Tankwagen, bei denen schwere Verstöße gegen die Sicherheit festgestellt wurden, wiesen meist die gleichen Mängel auf: Unzulänglich gesicherte Armaturen im „*Dom-Bereich*" (Einfüllstutzen) des Tanks (das birgt die Gefahr, daß bei einem Unfall die Schotten der Tankabteilungen undicht werden); der „Trennschalter" funktionierte nicht (damit wird bei einem Unfall die elektrische Ausrüstung im Tankbereich ausgeschaltet, um einen Brand oder gar eine Explosion zu verhindern); und schließlich waren die Tanks mit Stoffen beladen, für die sie nicht zugelassen waren.

Was geschehen kann, wenn eine falsche Ladung im Tank landet, dafür lieferten die hessischen Kontrollen ein Schulbeispiel. Ein Tankzug war, entgegen der Zulassungsvorschrift, mit Säure beladen. Kirchner ließ die aggressive Ladung abpumpen. Beim Nachmessen der inneren Tankverkleidung stellte sich heraus, daß die *5,12 Millimeter dicke Schutzhaut* bereits um 0,1 Millimeter abgefressen war. Kirchner: „So etwas öfter, und eines Tages läuft die Ladung aus!"

Seit dem Flammeninferno von Los Alfaques in Spanien, bei dem mehr als 200 Menschen auf einem Campingplatz ihr Leben ließen, ist Europa in Sachen „rollende Bomben" sensibler geworden. So gibt es beispielsweise international bindende Richtlinien.

Wer in der Bundesrepublik Säuren, Flüssiggas, Treibstoff und andere gefährliche Güter in Tankwagen transportiert, deren Sicherheit zu wünschen übrig läßt, braucht *zur Zeit* allerdings das Gesetz kaum zu fürchten. Für Verstöße gegen die einschlägigen Verordnungen zum Transport gefährlicher Güter droht Bußgeld zwischen 100 und 1000 Mark (nur Hessen hat die Obergrenze auf 3000 Mark heraufgesetzt). Wer mit einem technisch veralteten Lkw Gewinn eingefahren hat, kann darüber hinaus vom Gericht dazu verurteilt werden, den *Risiko-Erlös an die Staatskasse* abzuführen.

Dies ist nach Auffassung von Experten kein Instrumentarium, mit dem man die Verstöße beim Transport gefährlicher Güter in Tankwagen eindämmen könnte. Dennoch hofft Sachbearbeiter Kirchner: „Unsere verstärkten Sicherheitskontrollen werden sich in der Branche herumsprechen. Vielleicht sieht nächs*tes Jahr die Bilanz schon* wieder viel besser aus!"



Die Schockwirkung der Katastrophe von Los Alfaques läßt nach – immer häufiger werden bei Lastwagen, die gefährliche Güter transportieren, grobe Verstöße gegen die Sicherheit registriert. FOTO: DIE WELT

Deutscher Schlepper gesunken: 6 Tote?

dpa, Brest

Vier Seeleute des Lübecker Schleppers „Eduard", der in der Nacht zum Dienstag vor der Bretagne aus bisher ungeklärter Ursache gesunken ist, wurden gestern auf hoher See gerettet. Für sechs weitere Mitglieder der Besatzung bestanden am Nachmittag *nur noch* geringe Überlebenschancen. Die Überlebenden wurden nach Angaben der Marinepräfektur von Brest etwa 35 Meilen von der Batz-Insel entfernt in einem Schlauchboot entdeckt und mit einem Hubschrauber ins Krankenhaus nach Brest gebracht. Bereits um 8.08 Uhr hatten Suchflugzeuge ein erstes Rettungsboot ausfindig gemacht, nachdem in der Nacht Suchalarm ausgelöst worden war. Doch dieses Boot war leer. Es wird deshalb vermutet, daß es keine weiteren Überlebenden gibt. Der deutsche Schlepper „Pazifik" ist inzwischen in dem Gebiet eingetroffen. Von dem 38 Meter langen Unglücks-Schiff waren am Montag die letzten Funksignale aufgefangen worden. Am Dienstagabend entdeckten griechische Seeleute einen Schwimmkran ohne den Schlepper „Eduard" etwa 40 Meilen vor der Vierge-Insel herrenlos treiben. Die „Eduard" war auf dem Weg von Finnland ins Schwarze Meer.

Vier Kinder ertränkt

dpa, New York

Die 26jährige Jeanne Anne Wright aus Camden im US-Bundesstaat New Jersey hat gestanden, ihre vier Kinder im Alter von elf Monaten bis sieben Jahren am *11.* November vergangenen Jahres in einem Fluß ertränkt zu haben. Als Motiv gab die Frau an, sie habe verhindern wollen, daß ihr Mann ihr die Kinder wegnähme.

Bremer Gymnasium besetzt

dpa, Bremen

Mit einer Schulbesetzung wollen die rund 540 Schüler der gymnasialen *Oberstufe der Parseval-Schule in* Bremen ihre Schulstufe erhalten. Mit dieser Aktion, die bis Ende nächster Woche fortgesetzt worden soll, wollen die Schüler verhindern, daß die gymnasiale Oberstufe geschlossen wird. Die Behörden erwägen diesen Schritt wegen rapide sinkender Schülerzahlen.

Volksverhetzungs-Prozeß

der. Zweibrücken

Vor dem Landgericht Zweibrücken bestritt gestern der 35jährige ehemalige Polizeibeamte Hans Günther F., Erfinder und Versender des neonazistischen Würfelspiels „Jude ärgere dich nicht" zu sein, das 1982 an Zeitungen, Justizstellen und jüdische Gemeinden verschickt worden war. Sieger in diesem Spiel sollte sein, wer zuerst „*sechs Millionen Juden vergast*" habe. F., der jetzt u. a. wegen Volksverhetzung angeklagt ist, behauptete vor Gericht, das Spiel sei ihm selber zugeschickt worden, und zwar mit Wissen der Polizei. Man wolle ihn jetzt nur ausschalten, weil er zuviel wisse.

Operation mißlungen?

SAD, Houston

Der 12jährige David, der wegen einer angeborenen Immunschwäche von Geburt an unter einer Plastikhülle leben mußte, die er in der vergangenen Woche nach einer Operation zum ersten *Mal* verlassen durfte (die WELT berichtete), hat einen Rückfall erlitten und ist auf die Intensivstation eines Krankenhauses in Houston eingeliefert worden. Ärzte bezeichneten seinen Zustand als kritisch.

ZU GUTER LETZT

„gefangenenpressedienst: ‚Die Feile' ist nicht wie angekündigt beim gefangenen-presse-dienst in Oldenburg zu haben, weil der herausgeber und redakteur bei seinem letzten ausgang abgehauen ist!!!" Aus „die tageszeitung"

In den Staaten geht das Telefon in die Luft

Neuer Service der US-Airlines: Fernsprecher über den Wolken

A. BÄRWOLF, Hamburg

Des Amerikaners zweitliebstes Kind ist das Telefon – nach dem 24-Stunden-TV. Der Service scheint grenzenlos: Geht man aus, tippt man einfach die Nummer des Restaurants in den Apparat, und es klingelt dort, wo man ißt, nicht dort, wo man nicht ist. Oder: Spricht man gerade, wird aber gleichzeitig von einem Dritten angerufen, gibt einem die Muschel am Ohr ein Signal, daß der Anrufer nicht hören kann, und man vermag hin- und herzuschalten. Oder: Man sitzt gemütlich auf dem Sofa in Los Angeles und kann sich gleichzeitig den Sohn beim Skiurlaub in den Rockies und die Tochter in New York an die Strippe holen. Vom kommenden Sommer an geht das Telefon in Amerika nun auch noch in die Luft.

Wer im Sommer 1984 in die Staaten fährt und dort mit einer der großen inneramerikanischen Airlines von Küste zu Küste fliegt, der kann von seinem Sitz über den Wolken jeden Telefonapparat in den USA einschließlich Hawaii und Alaska erreichen. Als erste Gesellschaft will American Airlines von Juni an den Service *aufnehmen. United Airlines*, die größte der inneramerikanischen Gesellschaften, hat 47 der Telefonanlagen für ihre DC 10-Flotte, 18 für ihre Boeing 747 und 39 für die neuen Großraumjets Boeing 767 bestellt. Auch Panam und TWA werden ihren Kunden den Direktwahl-Telefonservice anbieten. In den meisten Maschinen sind die notwendigen technischen Einrichtungen, wie Antennen, schon *installiert. Lediglich* die Sprechgeräte sind noch nicht eingebaut.

Der Flugreisende kann die Fernsprechverbindung mit dem Boden *ohne Hilfe eines „Amtes"* oder eines „operators" herstellen. Der Besitz einer gültigen Kreditkarte einer der großen US-Firmen ist Voraussetzung. Ein Dreiminutengespräch kostet 7,50 Dollar. Für jede weitere Minute werden 1,25 Dollar berechnet.

Es können allerdings nur Gespräche geführt, aber nicht entgegengenommen werden. Die Anlagen werden nur in den sogenannten Jumbos zur Verfügung stehen.

Der Direktwählverkehr des durch die Stratosphäre jettenden Passagiers funktioniert nach Auskunft der Herstellerfirma des fliegenden Telefons so: An den Trennwänden der einzelnen Kabinensektionen sind Anlagen angebracht, die einem öffentlichen Fernsprecher nicht unähnlich sind. Der Passagier steckt seine Kre*ditkarte in einen Schlitz* des Automaten. Ein Zentralcomputer in Chicago prüft die Kartengültigkeit, nimmt Kennung der Airline, Flugnummer, Datum, Zeit usw. auf. Bei O.K. vom Boden gibt der Automat den Hörer frei, der keine Schnur hat. Der Hörer kann zum Sitz mitgenommen werden. Von dort aus wählt der Passagier die gewünschte Nummer über Tasten im Hörer. Nach Gesprächsende *und Rückgabe des Hörers gibt* der Automat die Kreditkarte frei. Abgerechnet wird von den Kreditinstituten auf dem üblichen Wege.

Auch die Technik hinter dem fliegenden Telefon ist imponierend: 26 Bodenstationen decken ganz Amerika ab, vorausgesetzt, die Flughöhe liegt über 7000 Meter. Technische Raffinessen haben in mehr als zehnjährigen Anstrengungen die Hürden genommen, die in den knappen Frequenzen, den Sicherheitserfordernissen und dem Umstand zu suchen sind, daß bei einem Tempo von rund eintausend Stundenkilometer über Grund telefoniert wird. Bei dieser Geschwindigkeit ist der sogenannte Doppler-Effekt besonders störend, da sich Sender und Empfänger relativ schnell aufeinander zubewegen. Die Anlage sucht automatisch auf dem Flugkurs die nächste und die am weitesten entfernte Bodenstation. So ist eine Sprechzeit von etwa 20 Minuten garantiert. Wer länger sprechen will, wird zuvor automatisch getrennt und muß neu wählen.

„Antwort" der Transportunternehmen stürzt halb Europa ins Chaos

Streik italienischer Zöllner droht nach Frankreich auch in Bayern den Verkehr lahmzulegen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Näselnd kam die Stimme des Reporters aus dem Polizeihubschrauber mit stündlich neuen Katastrophenmeldungen: „*Die A 1 Paris–Lille* zwischen Rundautobahn und Flughafen Charles de Gaulle gesperrt. Die A 3 Richtung Reims in der Höbe der Porte de Bangnolet ebenfalls... Landsleute hört meinen Rat: Nehmt den Zug."

Das war gestern um 14 Uhr. Am Morgen hatten die Franzosen an Hand einer Landkarte und eines Transistorradios mit angehaltenem Atem den stündlich zunehmenden Würgegriff der Straßenkapitäne gegen ihr Land verfolgen können. Denn hier war System in der Sache. Als habe eine unsichtbare Hand Tausende von Brummis planmäßig auf die strategischen Knotenpunkte des Straßenverkehrs in Marsch gesetzt. In der Nacht war laut Polizeibericht die Zahl der festen Straßensperren von 110 auf 176 angewachsen. Der Norden, der Osten und der Süden des Landes starben langsam ab unter der Drosselung. Automobilfabriken schlossen, weil keine Ersatzteile mehr durchkamen. Kühe und Kälber starben in der eisigen Kälte in ihren Transportern.

Am Stadtrand von Paris schoß ein entnervter Autofahrer neunmal aus seiner Schrotflinte auf einen Lastwagenfahrer. Das Opfer, ein Holländer, liegt im Krankenhaus. Am Fährhafen von Calais prügelten sich englische und französische Fernfahrer um den Zugang zu den Fähren nach Großbritannien. Ein deutscher Fernfahrer aus dem seit Tagen blockierten Cluses im Alpental von Chamonix im Telefongespräch mit dem Kölner Deutschlandfunk: „Die Lage ist viel schlimmer, als ihr es in euren Nachrichten angebt. Die Leute hier werden alle verrückt."

Obwohl der Anschein dagegen spricht, war bei dem Chaos aber noch keine generalstabsmäßige Planung im Spiel. Es war noch nicht – auch wenn vieles daran erinnert – Chile. Und Präsident Mitterrand in seinem belagerten Paris war noch nicht Salvador Allende im brennenden Moneda-Palast von Santiago de Chile. Hier war *einfach* der Volkszorn übergekocht, weil ein öffentlicher Diener, der kommunistische Transportminister Charles Fiterman, ungeschickt bei der Behandlung eines seit Jahren drohenden Sozialkonfliktes vorgegangen war.

Erst hatte Fiterman gedroht; dann hatte er beschwichtigt; dann schickte er die Polizei; dann bot er Verhandlungen an. Und als er seine Vorschläge am *Dienstag* vor den Vertretern des Gewerbes ausgebreitet hatte, stellten sie sich – obwohl er erhebliche Konzessionen gemacht hatte – immer noch als unannehmbar für die Basis heraus. Jene berühmte Basis, auf die weder Regierung noch Gewerkschaften noch Fuhrunternehmerverband irgendeinen Einfluß haben und die das Gesetz des Handelns einfach an sich reißt, wenn sie glaubt, nicht mehr verstanden zu werden. Sie will alles und sofort: die Entschädigung für ihren Verdienstausfall durch den Streik der italienischen Zöllner; einen 50prozentigen Abschlag *auf den Dieselölpreis*; bessere Arbeitsbedingungen; freie Fahrt auf den Maut-Autobahnen und mehr Lastgut auf der Straße statt auf der Schiene wie bisher.

Aber alles konnte der Minister nicht akzeptieren. Denn wenn er das tut, muß er morgen die Klagen der Stahlarbeiter, der Bergleute, der Schiffbauer, der Funktionäre und der Textilarbeiter befriedigen. Was wird dann aus dem *Austerity-Programm* der Regierung? Fiterman will erst am 1. März wieder verhandeln. Bis dahin werden die Lastwagenfahrer, so scheint es, ihre Aktion gnadenlos fortsetzen.

*

AP, München

Der Bummelstreik der italienischen Zöllner hat gestern zu chaotischen Verhältnissen auch auf den österreichischen Autobahnen und gegen Abend zunehmend auch in Bayern geführt. 1300 Lastwagen stauten sich vor dem Grenzübergang nach *Italien am Brenner. Der Stau reichte* bis nach Bayern hinein, wo Lastwagen am Übergang Kufstein-Kiefersfelden auf die Weiterfahrt warteten.

Auch die deutschen Fuhrunternehmer schließen nunmehr Protestaktionen angesichts der Lage am Brenner und mit Blick auf den heutigen Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi in Bonn nicht mehr aus.

Die Autobahnpolizei Kiefersfelden berichtete gestern, in Österreich gehe zur Zeit „gar nichts mehr". Sämtliche Stauräume entlang der Autobahn seien belegt, die Lastwagen stauten sich bereits auf einer Länge von sieben Kilometern auf der deutschen Seite entlang der Inntalautobahn.

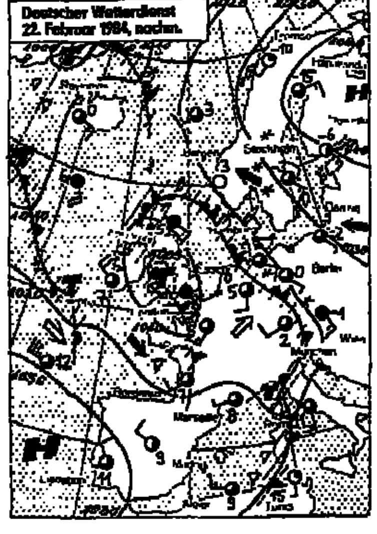
Ursache für die Verlagerung des Staus nach Bayern war eine Anordnung des österreichischen Finanzministers Herbert Salcher, wonach seit Dienstag 21 Uhr von den österreichischen Zollbeamten in Kufstein keine Lastwagen mehr abgefertigt werden, die nach Italien weiterfahren wollen.

Unterdessen hat der bayerische Ministerpräsident Strauß in einem Schreiben an den italienischen Ministerpräsidenten appelliert, eine zügigere Zollabfertigung zu gewährleisten. „Mittelalterlich" nannte Strauß darin die Durchlauf- und Wartezeit von 13 bis 15 Stunden an der österreichisch-italienischen Grenze.

Der Sprecher des Bundesverkehrsministeriums sagte gestern in Bonn, *Verkehrsminister Dollinger*, habe sich wegen der katastrophalen Lage am Brenner bereits dreimal, am 7., am 17. und am 21. Februar fernschriftlich an seinen italienischen Amtskollegen Claudio Signorile gewandt. Signorile habe am 18. Februar mit der Zusicherung geantwortet, der italienische Ministerrat sei bereit, den Zolldienststellen am Brenner eine angemessene Zahl von Beamten zur Verfügung zu stellen.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein Tief über Südengland zieht unter Abschwächung zum westlichen Mittelmeer. Es lenkt zunächst noch ziemlich milde Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtbundesgebiet und Raum Berlin: In der Westhälfte vielfach aufgeheitert und nur vereinzelt leichte Schauer, im *Osten meist stark* bewölkt und zeitweise Regen oder Schnee. Tageshöchsttemperaturen null bis 5, nachts zwischen plus 1 und minus 3 Grad. Schwacher Wind aus Süd bis Ost.

Weitere Aussichten:
Leicht unbeständig, kälter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	0°	Kairo	18°
Bonn	5°	Kopenh.	1°
Dresden	*1°*	*Las Palmas*	*17°*
Essen	5°	London	5°
Frankfurt	3°	Madrid	9°
Hamburg	−1°	Mailand	2°
List/Sylt	−1°	Mallorca	14°
München	2°	Moskau	−8°
Stuttgart	4°	Nizza	10°
Algier	9°	Oslo	−3°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	14°	Prag	−2°
Barcelona	12°	Rom	11°
Brüssel	5°	Stockholm	−3°
Budapest	1°	Tel Aviv	20°
Bukarest	0°	Tunis	15°
Helsinki	−6°	Wien	−1°
Istanbul	9°	Zürich	4°

* *Sonnenaufgang am Freitag*: 7.20 Uhr, Untergang: 17.52 Uhr; **Mondaufgang:** 2.37 Uhr, Untergang: 10.50 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Gefahr liegt in der Luft

Beim Hearing des Bundestages zum Thema Luftverschmutzung trugen Experten wenig bei

KNUT TESKE, Bonn

Die Luftverschmutzung in der Bundesrepublik Deutschland ist trotz aller Bemühungen vieler Seiten immer noch katastrophal hoch und führt mit Sicherheit zu gesundheitlichen Schäden. In diesem Punkt waren sich gestern in Bonn alle Umweltexperten *einig, die der Gesundheits*ausschuß des Deutschen Bundestages zum Thema „Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit" geladen hatte.

Einigkeit herrschte auch bei der Forderung nach einer weiteren drastischen Senkung der Immissions-Höchstwerte, die erst kürzlich mit der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) erheblich herabgesetzt worden waren. So müsse der Schwefeldioxid-Gehalt von 400 Milligramm pro Kubikmeter auf 150 verringert werden (zum Vergleich: USA 80), wolle man den menschlichen Organismus spürbar entlasten.

Weithin ungeklärt blieb gestern jedoch, welche Folgen die Schadstoffe konkret und nachweisbar auf die menschliche Gesundheit haben. Das wurde besonders *deutlich für die im* Vordergrund stehenden Fragen, welche Auswirkungen die Luftverschmutzung auf Lungenkrebs, Pseudo-Krupp-Husten bei Kindern und der plötzliche Säuglingstod (Sudden Infant Death Syndrom, SIDS) hat.

In Deutschland sterben jährlich rund 25 000 Menschen an Lungenkrebs. Die Wissenschaftler sind sich darin einig, daß Schadstoffe der Luft dabei zwar auch eine Rolle spielen – allerdings nicht die zentrale. Nach wie vor gilt das Rauchen als Ursache Nummer eins für den Lungenkrebs, wobei die Kombination von Rauchen plus Luftverschmutzung freilich eine sogenannte „überadditive" Wirkung erreichen kann, bei der sich die Bedeutung einzelner Faktoren nicht mehr nachweisen läßt. Bisher ist le*diglich* rein *statistisch* der Nachweis gelungen, daß Raucher, die in der Asbestindustrie arbeiten, viel häufiger von dieser Krebsart befallen werden als Raucher „ohne Asbestexposition". Doch schon *die Hypothese*, daß Reizstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid die Bildung von Lugentumoren begünstigen, konnte bisher nicht bewiesen werden.

Ähnlich steht es um den Nachweis für den Pseudo-Krupp-Husten. 16 000 Kindern sollen heute schon unter dieser Kehlkopfentzündung mit akuten Atembeschwerden leiden. Diese Zahl nannte der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller, der für dieses Jahr eine Zunahme von weiteren 10 000 Erkrankungen prognostizierte.

Harald Haupt, Chefarzt der Städtischen *Kinderklinik von Duisburg* – neben Essen eines der Schwerpunktgebiete dieser Plage – räumte ein, daß ein Zusammenhang zwischen hohen Immissionswerten mit einem *häufigen Auftreten* dieser Krankheit naheliege; bewiesen sei es freilich nicht. Die Fachleute gingen vielmehr davon aus, daß die Krankheit, die auch in Reinluftgebieten vorkomme, meistens von Viren ausgelöst werde.

Was endlich die Todesursache für die plötzliche Säuglingssterblichkeit betrifft, so tappt die Wissenschaft völlig im dunkeln. So viel nur scheint festzustehen: eine Einzelursache komme nicht in Frage. Vielmehr müsse man von Wechselwirkungen zwischen der körperlichen Entwicklung des Kindes und äußeren Faktoren während der Schwangerschaft und nach der Geburt ausgehen, heißt es in dem Referat des Düsseldorfer Privatdozenten Wichmann.

Rätselhafter „Todesstern"

Wissenschaftler entwickeln neue Theorie zum Saueriersterben

dpa, New York

Hinweise auf einen geheimnisvollen „Todesstern", der in regelmäßigen Abständen von 28 Millionen Jahren eine kosmische Katastrophe auf der Erde verursacht und auch für das Sterben der Saurier vor 65 Millionen Jahren verantwortlich sein soll, wollen amerikanische Wissenschaftler entdeckt haben. Die neue Theorie für das geheimnisvolle Saueriersterben ist in zwei Studien enthalten, die Wissenschaftler der renommierten Uni*versitäten von Berkeley und Prince*ton vorgelegt haben. Sie haben vorgeschlagen, den Stern, für den es bislang nur indirekte Nachweise gibt, nach der griechischen Göttin der *strafenden Gerechtigkeit „Nemesis"* zu nennen.

Nach Ansicht der Forscher kommt der Stern alle 28 Millionen Jahre in die Nähe des Sonnensystems, durchquert dabei die sich um dieses System erstreckende sogenannte Kometenwolke und wirft ganze Schauer von Kometen aus ihrer Bahn. Einige dieser Kometen – so die Theorie – prallen auf die Erde, reißen tiefe Krater und wirbeln Staubwolken auf, die die Atmosphäre verdunkeln und die Temperaturen absinken lassen. Die kosmische Katastrophe löscht nach Auffassung der Wissenschaftler jeweils zwischen 20 und 70 Prozent allen pflanzlichen und tierischen Lebens auf der Erde aus.

Die Theorie, daß Kometeneinschläge für das Sterben ganzer Gruppen von Arten verantwortlich sind, ist bereits vor mehreren Jahren anhand von geologischen Studien entwickelt worden. Ausgehend von Forschungsergebnissen, daß das Kometen-Bombardement sich offensichtlich in regelmäßigen Abständen wiederholt, entwickelten der Physiker Richard A. Muller und der Geologe Walter Alvarez von der Berkeley-Universität den Gedanken, daß ein bislang unbekannter Stern, der das Sonnensystem begleitet und umkreist, die Katastrophe auslöst.

Zur Zeit ist dieser *Stern nach den* theoretischen Berechnungen an seinem sonnenfernsten Punkt – mehr als 20 Trillionen Kilometer von unserem Planetensystem entfernt. Die nächste kosmische Katastrophe ist, wenn die Theorie zutrifft, also erst wieder in etwa 15 Millionen Jahren zu erwarten.